



HESSISCHER LANDTAG

04. 03. 2015

Kleine Anfrage

des Abg. Degen (SPD) vom 20.01.2015

betreffend Impulse zum Bildungsgipfel

und

Antwort

des Kultusministers

Vorbemerkung der Fragesteller:

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage 19/998 erklärt die Landesregierung zu Frage 4, dass sie bereit wäre, die zum Bildungsgipfel erfolgten schriftlichen Impulse den Landtagsfraktionen zur Verfügung zu stellen, sofern die jeweiligen Impulsgeber ihre Zustimmung erteilen.

Darüber hinaus wurden die einzelnen Mitglieder der Arbeitsgruppen des Bildungsgipfels um die Beantwortung von weiteren Fragestellungen gebeten. Während sich hier offenbar eine Vielzahl von Akteuren beteiligt hat, bleibt undurchsichtig, welchen Bedarf und welche Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Schulsystems die Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen.

Die Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wann wurden die jeweiligen Impulsgeber des Bildungsgipfels um ihr Einverständnis gebeten?

Die Impulsgeber wurden am 28. Oktober 2014 um ihr Einverständnis gebeten.

Frage 2. Wie war das Ergebnis der Abfrage?

43 Impulsgeber haben der Veröffentlichung ihrer Schreiben zugestimmt. Die betreffenden Institutionen sind der Anlage 1 zu entnehmen.

Frage 3. Welche Forderungen und thematischen Impulse wurden konkret eingereicht? (Bitte vollständig und falls erforderlich, anonymisiert auflisten)

Die Forderungen und thematischen Impulse der Institutionen, welche einer Veröffentlichung zugestimmt haben, sind den in Anlage 2 gebündelten Schreiben zu entnehmen.

Frage 4. In welchen Arbeitsgruppen des Bildungsgipfels wurden die jeweils teilnehmenden Mitglieder im Rahmen der jeweiligen Aufgabenstellungen um weitere Konkretisierungen und Beantwortungen von Fragestellungen gebeten?

Die Mitglieder der Arbeitsgruppen 1, 2, 3 und 5 wurden um Stellungnahmen zu konkreten Fragestellungen gebeten. In der Arbeitsgruppe 4 wurden die Mitglieder im Rahmen eines Workshops um Stellungnahme zu konkreten Fragestellungen gebeten.

Frage 5. In welchen Arbeitsgruppen wurden diese Antworten allen AG-Mitgliedern zur Verfügung gestellt?

In den Arbeitsgruppen 1, 2 und 5 wurden auf Bitte der Arbeitsgruppenmitglieder jeweils intern allen Mitgliedern sämtliche eingegangenen Antworten im Vorfeld der entsprechenden Sitzung zur Verfügung gestellt. In der Arbeitsgruppe 4 wurde eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Workshops allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Frage 6. Welche Antworten welcher Arbeitsgruppen wurden nicht allen AG-Mitgliedern zur Verfügung gestellt?

Die Antworten der Arbeitsgruppe 3 wurden den AG-Mitgliedern nicht zur Verfügung gestellt.

Frage 7. Welche Gründe liegen für eine Nichtveröffentlichung in einzelnen Arbeitsgruppen vor?

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe 3 haben nicht um die Zusendung der Antworten gebeten.

Frage 8. Wurden von der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Impulse zum Bildungsgipfel eingereicht und wurden diese veröffentlicht?

Die CDU-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben ihre Impulse mündlich eingereicht. Die Impulse wurden nicht verschriftlicht und daher nicht veröffentlicht.

Frage 9. Wurden von der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Antworten auf Fragestellungen innerhalb der einzelnen Arbeitsgruppen eingereicht und wenn ja, in welchen Arbeitsgruppen?

Die CDU-Fraktion hat Antworten auf alle Fragestellungen innerhalb der Arbeitsgruppen 1 (2 von 2 Fragestellungen), 2 (2 von 2 Fragestellungen), 3 (1 von 1 Fragestellung) und 5 (1 von 1 Fragestellung) eingereicht.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Antworten auf die Fragestellungen innerhalb der Arbeitsgruppen 1 (2 von 2 Fragestellungen) und 2 (1 von 2 Fragestellungen) eingereicht.

Wiesbaden, 20. Februar 2015

Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz

Anlage(n):

Die komplette Drucksache inklusive der Anlage kann im Landtagsinformationssystem abgerufen werden → www.Hessischer-Landtag.de

Nr.	Institution
1	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen
2	Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren der Beruflichen Schulen in Hessen
3	Beauftragter der Evangelischen Kirchen in Hessen am Sitz der Landesregierung
4	Bildungsfaktor Abitur Hessen
5	Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Hessen
6	Bundesarbeitskreis der Seminar- und Fachleiter/innen e.V. Landesverband Hessen
7	Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren Landesverband Hessen
8	Daetz-Stiftung
9	Deutsche Kinder- und Jugendstiftung
10	Deutsche Schulsportstiftung
11	Die Wiesbaden Stiftung
12	Elternbund Hessen
13	Ganztagsschulverband GGT e. V. Landesverband Hessen
14	Gemeinnützige Hertie-Stiftung
15	Gemeinsam leben Hessen e. V.
16	GEW Landesverband Hessen
17	Haus der kleinen Forscher
18	Heraeus Bildungsstiftung
19	Herbert Quandt-Stiftung
20	Hessischer Handwerkstag
21	Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt am Main
22	IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen
23	Interessenverband Hessischer Schulleiterinnen und Schulleiter e. V.
24	Justus-Liebig-Universität Gießen
25	Karl-Hermann-Flach-Stiftung
26	Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Hessen (AGFS-Mitglied)
27	Landessportbund Hessen e. V.
28	Philipps-Universität Marburg
29	Privatperson
30	RCDS Landesverband Hessen
31	Roland Berger Stiftung
32	Siemens Stiftung
33	Software AG-Stiftung
34	SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
35	START-Stiftung gGmbH
36	Stiftung Jugend forscht e.V.
37	Stiftung Lesen

Nr.	Institution
38	Universität Kassel
39	Verband Bildung und Erziehung Landesverband Hessen e. V.
40	Verband der Lehrer Hessen
41	Verband deutscher Musikschulen Landesverband Hessen e. V.
42	Verband Sonderpädagogik – Landesverband Hessen e.V.
43	VhU Hessen



640000157265

Eingang		Az:	
<input checked="" type="checkbox"/> Min	<input checked="" type="checkbox"/> St	<input checked="" type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> AL
Verfügung			
<input type="checkbox"/> scannen	<input type="checkbox"/> registrieren		
<input type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> Sin	<input type="checkbox"/> St + AE	<input type="checkbox"/> AE Fachref
<input type="checkbox"/> v Abg z K	<input type="checkbox"/> n Abg z K	<input checked="" type="checkbox"/> z w V	

agah • Kaiser-Friedrich-Ring 31 • 65185 Wiesbaden

An das
 Hessische Kultusministerium
 Herrn Staatsminister
 Prof. Dr. R. Alexander Lorz
 Postfach 31 60
 65021 Wiesbaden

agah

Landesausländerbeirat

Anlage 2

Arbeitsgemeinschaft der
 Ausländerbeiräte Hessen -
 Landesausländerbeirat

Geschäftsstelle:
 Kaiser-Friedrich-Ring 31
 65185 Wiesbaden
 Tel: 0611/ 98 99 5-0
 Fax: 0611/ 98 99 5-18
 agah@agah-hessen.de
 www.agah-hessen.de

Stab BG-ZB ✓

LSA-DZ z.w.V

M2417

Wiesbaden, den 21. Juli 2014
 ze

Bildungsgipfel

Ihr Schreiben vom 16.05.14

Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Dr. Lorz,

wir danken Ihnen für die Zusendung des Schreibens vom 16. Mai 2014 und der damit verbundenen Berücksichtigung unseres Verbandes beim Bildungsgipfel der Hessischen Landesregierung.

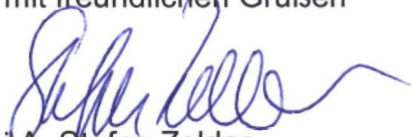
Gerne kommen wir Ihrer Aufforderung nach und nennen Ihnen einige inhaltliche Aspekte, die uns wichtig erscheinen. Es wäre zu begrüßen, wenn diese erörtert werden könnten.

Der Bildungsgipfel sollte unserer Auffassung nach daher (auch) folgende Themen aufgreifen:

- Situation der schulischen Seiteneinsteiger (z.B. jugendliche Flüchtlinge)
- Mehrsprachigkeit, Förderung der Muttersprache, herkunftssprachlicher Unterricht
- "Deutsch als Zweitsprache" (DaZ-Förderung)
- Interkulturelle Öffnung der Schule und Berücksichtigung des Aspekts "Interkulturalität" im Curriculum

Bankverbindung:
 Santander Bank Wiesbaden
 Konto 103 197 3100
 BLZ 500 333 00

In der Hoffnung auf einen erfolgreichen Bildungsgipfel verbleiben wir
mit freundlichen Grüßen



i.A. Stefan Zelder

Arbeits-Gemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an den beruflichen Schulen und den Studienseminaren für die beruflichen Schulen in Hessen

AGD c/o Friedrich-Feld-Schule Georg-Schlosser-Str. 20 35390 Gießen

Herrn Staatsminister
Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom Unser Zeichen, unsere Nachricht vom Gießen
14.07.2014

Bildungsgipfel

Sehr geehrter Herr Minister,

gerne lasse ich Ihnen die Anregungen und Vorschläge der **Arbeits-Gemeinschaft** der Direktorinnen und Direktoren an den beruflichen Schulen und den Studienseminaren für die Beruflichen Schulen in Hessen für den Bildungsgipfel zukommen.

Für den Bildungsgipfel möchten wir herausstreichen, welche besondere Bedeutung die Beruflichen Schulen für die Schülerinnen und Schüler in Hessen haben. Neben der Aufgabe, mit den Betrieben zusammen Auszubildende im dualen System auf ein zukünftiges Berufsleben vorzubereiten, sehen wir einen Schwerpunkt darin, für Jugendliche zu garantieren, dass keiner ihrer Schulabschlüsse ohne Anschlussmöglichkeiten bleibt. Eine wirkliche Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung muss Grundlage der bildungspolitischen Überlegungen in Hessen sein.

Wir Beruflichen Schulen sehen uns als Schulen, die es auch solchen jungen Menschen ermöglichen einen weiterführenden Abschluss zu erlangen, für den an Allgemeinbildenden Schulen keine Perspektive mehr bestand. Wir sehen uns als Schulen für eine erneute Chance in Rahmen eines Lebens mit beruflichen Perspektiven.

Berufliche Schulen bieten Bildungschancen für junge Menschen von der Berufsvorbereitung über die Allgemeine Hochschulreife bis hin zu Fachschulen und Technikerschulen. In diesem Kontext erachten wir es als unerlässlich, dass der gesamte Bereich der Berufsorientierung und -vorbereitung von Jugendlichen im gleichberechtigten Zusammenspiel zwischen Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen organisiert wird. Bei allen Überlegungen – vor allem zur Reform der sogenannten Übergangssysteme – ist für uns die Beachtung regionaler Gegebenheiten essentiell. Es darf auch langfristig nicht dazu kommen, dass berufliche Bildung allein in den Ballungsräumen stattfindet. Ein regionales Angebot im gesamten Land ist für die duale Ausbildung und deren hohe Qualität unerlässlich. Den Beruflichen Gymnasien muss die Chance zur Weiterentwicklung, zur Realisierung weiterer Schwerpunkte gegeben werden.

Aufgrund der dargestellten umfangreichen Aufgabenstellungen bedauert es die AGD außerordentlich, dass es für die Beruflichen Schulen keine eigenständige Abteilung mehr im Ministerium gibt.

Berufliche Schulen waren und sind Vorreiter für die Selbständigkeit von Schulen. Die Selbständigkeit von Schulen, besonders von Beruflichen Schulen, vor allem auch im Zusammengehen mit den Hessen Campi muss verstetigt, garantiert und ausgebaut werden. Berufliche Schulen übernehmen gerade in den Hessen Campi als verlässliche Institutionen die regionale Steuerung des lebenslangen Lernens.

In den letzten Jahren konnten wir in sehr konstruktiven Gesprächen mit Vertretern des Ministeriums erreichen, dass die Beruflichen Schulen eine transparente, eindeutige und zentrale Zuweisung ihrer Lehrerstunden erhalten. Diese Zuweisung hilft uns bei unseren Planungen außerordentlich. Aufgrund verschiedener Verlautbarungen sehen wir die Umsetzung dieser Zuweisung aktuell und für die Zukunft gefährdet. Uns werden Stunden und Stellen auskömmlich zugewiesen, allerdings sehen wir zurzeit nicht, dass wir die Stellen besetzen können und die Stunden unterrichtswirksam erhalten. Einzelne Schulämter sind im Bereich der Allgemeinbildenden Schulen offensichtlich überbesetzt, was wohl schulamtsintern ausgeglichen werden muss. Wir erwarten in diesem Zusammenhang, dass die spezifischen Bedarfe der Beruflichen Schulen Berücksichtigung finden. Die Beruflichen Schulen dürfen nicht zum Verschiebebahnhof wegen der Überbesetzungen an Allgemeinbildenden Schulen werden.

Berufliche Schulen schaffen für jeden Schüler und jede Schülerin das richtige Bildungsangebot. Neben der Förderung begabter und hochbegabter junger Menschen sehen wir uns in der Verantwortung, auch weniger begabten Jugendlichen sowie Jugendlichen mit Förderbedarf Perspektiven an unseren Schulen zu bieten. Deshalb ist es dringend geboten, dass auch an beruflichen Schulen Stunden und vor allem entsprechend ausgebildete Lehrkräfte für inklusiven Unterricht zur Verfügung stehen. Das Land muss aktiv werden, damit Kommunen als Schulträger mehr für eine barrierefreie Umgebung an Schulen leisten.

Die Schulleitungen von Beruflichen Schulen sind verantwortlich für komplexe und meistens sehr große Systeme. Die Zahl der Funktionsstellen an unseren Schulen ist auch im Vergleich zu einzelnen Bereichen des Allgemeinbildenden Schulwesens, hier besonders der Gymnasien, nicht bedarfsgerecht. Eine Aufstockung der Ausstattung besonders der Schulen mit Beruflichen Gymnasien sehen wir als unbedingt notwendig an.

Den Beruflichen Schulen liegt die Ausbildung zukünftiger Lehrkräfte am Herzen. In vielen Bereichen fehlen kompetent ausgebildete Lehrkräfte (z.B. im Metall- und Elektrobereich); hier besteht ein großer Nachholbedarf, der durch Seiteneinstiegsprogramme mit Referendariat und Berufseinstiegsbegleitung ausgeglichen werden muss. Die bisherigen Qualifizierungsprogramme lassen aufgrund zu geringer verpflichtender berufspädagogischer Module kaum Nachhaltigkeit erkennen. Ebenso sind häufig fachliche Aktualisierung und Erweiterung von berufsbiografischer Spezialisierung erforderlich. Daneben ist von Seiten des Ministeriums zu klären, wie ein Vorbereitungsdienst ausgestaltet sein soll, in dem Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst sowohl an einer Allgemeinbildenden wie auch an einer Beruflichen Schule ausgebildet werden. Zusätzlich dazu halten wir es für sinnvoll, dass Bewerber/innen, die das Lehramt an Gymnasien im ersten Staatsexamen abgelegt haben, auch zur Ausbildung an den Studienseminaren und den Ausbildungsschulen für das berufliche Lehramt zugelassen und dort ausgebildet werden und das Lehramt an beruflichen Schulen erwerben können.

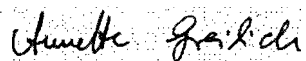
Neben der Ausbildung zukünftiger Lehrkräfte sind Fort- und Weiterbildung der jetzigen Lehrerinnen und Lehrer erforderlich, um Qualitätsentwicklung voranzutreiben. Hierfür stehen die Ausbilderinnen und Ausbilder an Studienseminaren für berufliche Schulen mit ihren vielfältigen Kompetenzen zur Verfügung.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal kurz die Themen nennen, die der AGD für einen Bildungsgipfel wichtig sind:

- Gleichwertigkeit von Allgemeiner und Beruflicher Bildung
- Berücksichtigung regionaler Besonderheiten in der Beruflichen Bildung
- Stellung der Beruflichen Bildung innerhalb des Ministeriums
- Ausbau der Selbständigkeit der Schulen

- Umsetzung der Stellenzuweisung mit garantierten, bedarfsgerechten Einstellungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten
- Inklusion und Förderung an Beruflichen Schulen
- Nachwuchsförderung und –gewinnung
- Qualifizierte Lehreraus- und -fortbildung

Mit freundlichen Grüßen



Annette Greilich
Stellv. und komm. Vorsitzende

DER BEAUFTRAGTE
DER EVANGELISCHEN KIRCHEN IN HESSEN
AM SITZ DER LANDESREGIERUNG

Ev. Kirche in Hessen und Nassau Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck Ev. Kirche im Rheinland

Hessisches Kultusministerium
Herrn Staatsminister
Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Luisenplatz 10

65185 Wiesbaden

25.07.2014

Betr.: Themenliste Bildungsgipfel

Eingang		AC	
<input checked="" type="checkbox"/> M	<input checked="" type="checkbox"/> S	<input checked="" type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> AL
Verfügung			
<input type="checkbox"/> S	<input type="checkbox"/> Sin	<input type="checkbox"/> Sin - AE	<input type="checkbox"/> AE Fachret.
<input type="checkbox"/> v. AexL/K	<input type="checkbox"/> v. AexL/K	<input checked="" type="checkbox"/> ZAW	Gr 28.7.

Sehr geehrter Herr Staatsminister,
sehr geehrter, lieber Herr Prof. Dr. Lorz,

Ø z.k. Stab B6 - Zbl ✓

im Namen der Evangelischen Kirchen in Hessen und ganz persönlich danke ich Ihnen sehr herzlich für Ihren Brief vom 16. Mai 2014.

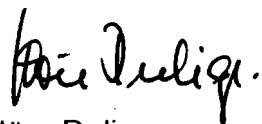
In unserer „Augustin-Runde“ am Freitag, 23. Mai 2014, haben wir ja schon ein erstes Mal über den geplanten Bildungsgipfel gesprochen. In Fortsetzung unseres Gesprächs dort kann ich Ihnen heute die Themenliste für den Bildungsgipfel übersenden, wie sie von den Evangelischen Kirchen in Hessen vorgeschlagen wird. Die Themenliste finden Sie als Anlage diesem Schreiben beigelegt.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Vertreterinnen und Vertreter der Evangelischen Kirchen in Hessen sowohl an den zentralen Veranstaltungen als auch an den geplanten Arbeitsgruppen teilnehmen könnten.

Ihr ambitioniertes Ziel, eine Grundlage für einen erfolgreichen Bildungskonsens in Hessen zu schaffen, wird von den Evangelischen Kirchen in Hessen nachhaltig unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen und guten Wünschen für die Sommerzeit

Ihr



Jörn Dulige

Anlage

Themen für den Bildungsgipfel

1. Ausgestaltung der Ganztagschule, des Nachmittagsunterricht / der Nachmittagsbetreuung, Pakt für den Nachmittag
 - Mitwirkungsbereitschaft der Kirchen bei klaren Rahmenbedingungen
 - Bedeutung der Kooperation zwischen Sozialministerium (z.B. Jugendhilfe) und Kultusministerium.

2. Aufrechterhaltung von Schulstrukturen in ländlichen Räumen
 - die Ausdünnung von Schulstandorten bedroht die dörflichen Infrastrukturen
 - Flex-Klassen nicht nur in den Klassenstufen 1 und 2, sondern auch in 3 und 4 aufrechterhalten werden (gleiches gilt für die Eingangsstufen).

3. Lehrerbildung
 - Stärkere Kooperation zwischen Wissenschafts- und Kultusministerium in der universitären Lehrerbildung.
 - Sachgerechte Bestimmung des Verhältnisses von Fachwissenschaft und Fachdidaktik
 - Bedeutung der fachwissenschaftlichen Ausbildung für gute Lehrer und guten Unterricht
 - Struktur und Gestaltung des Praxissemesters.

4. Inklusion
 - Chancen und Grenzen der Inklusion
 - Wie werden gegenwärtige Lehrer und zukünftige Lehrer (in der Lehrerbildung) kompetent gemacht für den mit Inklusion vollzogenen Perspektivwechsel und die Umsetzung der Inklusion?
 - Neubestimmung des Verhältnisses der Schultypen, insbesondere Förderschulen und Grundschulen.

5. „Selbständige Schule“:
 - Bestimmung der zentralen Vorgaben seitens des HKM und der Regelungsspielräume der Schulen.

6. Religiöse Urteilsfähigkeit in einer multireligiösen Gesellschaft fördern
 - Wertekonflikte in der Migrationsgesellschaft sind nur bearbeitbar, wenn religiöse Sozialisation begleitet und reflektiert wird und Individuen über religiöse Urteilsfähigkeit verfügen.

7. Unterricht und Fächerkanon
 - Verhältnis von natur- und geisteswissenschaftlichen / kulturwissenschaftlichen Fächern

8. Bildungsbegriff
 - Ökonomisierung des Bildungsbegriffs
 - Selbstverständnis von Schule
 - Schule als „Betrieb“?

9. Bildungsgerechtigkeit
 - Übergänge
 - Individuelle Förderung

10. Sorge für die Lehrerinnen und Lehrer
 - Bemühungen, um das gesellschaftliche Ansehen des Lehrerberufs zu verbessern
 - Bemühungen, um die Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer nachhaltig zu sichern

Wolfgang Imitig.

Wiesbaden, 25.07.2014

Bildungsgipfel (HKM)

Von: Schmidt-Dietrich, Monika <Monika.Schmidt-Dietrich@stadt-frankfurt.de>
Gesendet: Mittwoch, 30. Juli 2014 10:57
An: Bildungsgipfel (HKM)
Betreff: Bildungsgipfel Beiträge der BA
Anlagen: Positionen der BA -Bildungsgipfel.docx

Sehr geehrter Herr Zboril,
vor einigen Wochen sind wir gebeten worden, Themen für den bevorstehenden Bildungsgipfel vorzuschlagen. Ich nehme an, Sie sind mit ihren Vorbereitungen schon weit vorangeschritten. Ich möchte Ihnen aber trotzdem gern einige Themen (verbunden auch mit Einschätzungen und Positionen) nennen, die unser Verband gern im Kontext des Bildungsgipfels diskutiert hätte. Sie finden Sie in der angehängten Datei.

Mit freundlichen Grüßen
M. Schmidt-Dietrich

Sprecherin des Landesvorstands
Bildungsfaktor Abitur.Hessen

c/oErnst-Reuter-Schule 1
Hammarskjöld-Ring 17A
60439 Frankfurt/ Main
Tel.: 069-212 32000
E-Mail:monika.schmidt-dietrich@stadt-frankfurt.de

Situationsbeschreibung „Gymnasialer Bildungsgang heute“

Wie die sich ausdifferenzierende Gesellschaft hat sich auch das Gymnasium in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Zu den bestimmenden Faktoren von gesellschaftlichen Veränderungen, die auf das Gymnasium rückwirken, zählen u.a.

- die demographische Entwicklung (was je nach Region einen deutlichen Rückgang der Schülerzahlen bedeutet),
- die Vielfalt in familiären Strukturen (Stichwort Alleinerziehende, Patchworkfamilie usw.),
- die Veränderungen in der familiären Sozialisation, wodurch Erziehungsaufgaben in die Schulen verlagert werden,
- die Zunahme von Kindern, deren Eltern wenig Wissen über gymnasiale Strukturen und Anforderungen haben und die dementsprechend nur wenig häusliche Unterstützungsarbeit leisten können,
- die große Anzahl von Schülerinnen und Schülern Menschen mit Migrationshintergrund (die unterschiedliche kulturelle Vorstellungen und häufig mangelnde Deutschkenntnisse mitbringen),
- die erhöhte Anspruchshaltung der Eltern an einen möglichst hochwertigen Schulabschluss für ihre Kinder (erkennbar an der faktischen Durchsetzung des „2-Säulensystems“ der Bildungslandschaft),
- der politische Wunsch nach höheren Abiturientenzahlen wegen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften,
- die Erweiterung der Bildungsaufgaben durch zusätzliche Themen wie Gesundheitserziehung, Berufswahlorientierung, Umwelterziehung etc.

Alle oben beschriebenen Faktoren formen den heutigen gymnasialen Bildungsgang mit. Die beiden klassischen Hauptaufgaben „Bildungs- und Erziehungsauftrag“ haben sich dadurch in den letzten Jahrzehnten stark in Richtung Erziehung verschoben. Das bedeutet aber auch, dass weniger Zeit für die inhaltliche Bildung zur Verfügung steht. Nichtsdestotrotz bleiben die traditionellen Erwartungen an die Qualifikationsleistungen des Gymnasiums gleich hoch wie früher, bzw. werden sogar noch ausgeweitet (z.B. Beherrschung moderner Medien).

Hierfür ist die Weiterentwicklung des Unterrichts notwendig. Allein die Stichworte Kompetenzorientierung und Bildungsstandards zeigen, dass hier bereits ein tiefgreifender Unterrichtsentwicklungsprozess im Gange ist, der von den Kollegien intensive Fortbildung und Arbeit verlangt.

Die Gymnasien nehmen die neuen Aufgaben selbstverständlich an, weisen aber darauf hin, dass sie zur Bewältigung dieser veränderter Aufgaben auf adäquate Ressourcen und Zeitkontingente angewiesen sind. Als ein Beispiel sei nur auf spezialisiertes Personal für die zunehmenden Erziehungs- (z.B. Sozialarbeiter) oder Organisationsaufgaben (z.B. Budgetverantwortliche) verwiesen.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Entwicklungen, die auf alle Gymnasien zutreffen, gibt es regionale Unterschiede, die dezentrale Lösungen für Bildungsregionen notwendig machen. Die demographische Entwicklung ist z.B. in ländlichen und städtischen Regionen sehr unterschiedlich, das gleiche gilt für die anderen o.g. Faktoren. Für diese regionalen Besonderheiten ist die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Schulen, dem Schulträger

und der Schulaufsicht von großer Bedeutung. Diese Vernetzung funktioniert in Hessen aber leider regional unterschiedlich gut.

Aus dieser Situationsbeschreibung heraus ist es für uns als BA auch wichtig zu formulieren, in welche Richtung sich der gymnasiale Bildungsgang weiter entwickeln soll, bzw. darauf hinzuweisen, welche Ressourcen dafür notwendig sind.

- **Ganztagsangebote**

Der Aufbau einer flächendeckenden Ganztagsbetreuung ist eine notwendige Voraussetzung zur Realisierung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schulen. Nur diese ermöglicht die angestrebte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso wie die Übernahme von gesellschaftlichen Integrations- und Inklusionsaufgaben und die Verbesserung individueller Förderung im Unterricht.

So wichtig es ist, dass frühzeitig (also in Kindergarten und Grundschule) mit den Maßnahmen und Angeboten begonnen wird, so wenig kann es sein, dass die weiterführenden Schulen dabei außen vor gelassen werden. Die Konzentration der Weiterentwicklung des Ganztagsangebots auf die Grundschulen, wie aktuell beschlossen, birgt die Gefahr, dass nach der 4. Jahrgangsstufe ein Abbruch für die Schüler und Eltern erfolgt. Gerade in den wichtigen Jahren danach, wenn entscheidende Grundlagen für den langfristigen Schulerfolg / die Berufskarriere gelegt werden, müssen die Schulen (auch die Gymnasien!) der Ort sein, in dem Förderung, Zusatzangebote und Betreuung möglich sind.

Diese Forderung nach Kontinuität hat nicht die „Zwangsganztagschule“ zum Ziel (was besonders im ländlichen Raum auf Widerstand bei der Elternschaft stößt), sondern die Schaffung eines für Schülerinnen und Schüler attraktiven Angebots, das ihren vielfältigen Ansprüchen und Bedürfnissen entspricht.

Dazu brauchen die weiterführenden Schulen sowohl finanzielle Mittel für das benötigte Raumprogramm und dessen Ausstattung (wobei hier auch Bundesmittel denkbar sind), als auch die Möglichkeit, mit einem Budget selbstständig für geeignetes Personal (z.B. für Aufsichten oder besondere AG-Angebote) zu sorgen. Aus diesem Grunde lautet unsere Forderung, nicht nur die bisherigen Mittel im Ganztagsbereich weiterhin zuzuweisen, sondern es auch wesentlich mehr weiterführenden Schulen zu ermöglichen, das Ganztagsprofil 2 bzw. 3 zu erwerben.

- **Zusammenarbeit Schulträger / Land**

Die in vielen Bereichen künstlich erscheinende Trennung zwischen Landes- und Schulträgeraufgaben bereitet den Schulen vor Ort beträchtliche Schwierigkeiten, wie man z.B. an der Problematik „IT“ sieht. Im Spannungsfeld zwischen Anschaffungen für Verwaltungs- bzw. Unterrichtsaufgaben, in der Unterscheidung zwischen pädagogischem und technischem Support, in den Themen Medienkompetenz und Jugendschutz versus Informations- und Kommunikationstechnischer Grundbildung – immer besteht aus Sicht der Schulen ein erhöhter Aufwand, bis geklärt ist, wer gerade zuständig ist, und oft genug entsteht der Eindruck, dass beide Seiten sich jeweils der „Schwarzen Peter“ hin und herschieben und die Schule alleingelassen ist.

Landes-Gremien wie der Städtetag und andere Ansätze zur Verständigung zwischen Kommunen und Land führen aus unserer Sicht nicht weiter und enden oft genug im

parteilichen Gezänk, wenn die politische Ausrichtung unterschiedlich ist. Auch vor Ort gibt es extreme Unterschiede in der Güte der Zusammenarbeit, so dass für die Schulen in Hessen keine vergleichbaren Bedingungen herrschen.

Darunter dürfen die Schulen nicht leiden! Eine Konzentration auf die Problemlagen, die uns alle gleichermaßen angehen, z.B. bei der Schulsozialarbeit oder der regionalen Schulentwicklung, ist unbedingt zu verwirklichen. Wir fordern daher langfristig eine Überwindung dieser künstlichen Trennung (wie es in anderen Ländern, z.B. in Schweden, verwirklicht ist). Bis dahin möchten wir die entsprechenden Gremien daran erinnern, sachbezogene Lösungen zu suchen, die für Schulen einfach zu handhaben und landesweit vergleichbar sind!

Als Zwischenschritt muss zumindest angestrebt werden, dass größere Teile der jeweiligen Budgets kompatibel sind, ohne dass der entsprechende Verwaltungsaufwand der jeweiligen anderen Seite die Schulen in der Ausführung knebelt.

• Inklusion

Der Verpflichtung zur größtmöglichen Integration und Teilhabe an der Regelschule für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen ist eine gesellschaftliche Aufgabe und grundsätzlich zu unterstützen und zu fördern, falls die Eltern und die Schüler das möchten.

Allerdings fühlen sich die Schulen bei dieser Aufgabe nicht hinreichend unterstützt.

Das geht von den mangelnden Ressourcen der Schulträger für spezielle Ausstattungen über die ungeklärte Frage medizinischen Spezialwissens und ggf. Haftung bei Lehrkräften bis hin zu den absolut unzureichenden Stundenkontingenten von Lehrkräften, zugeordneten Förderschulkräften bzw. Sozialpädagogen.

Gerade die Gymnasien stehen vor einigen besonderen Herausforderungen:

Die Kollegien müssen durch Fortbildungen Fach- und Sachkompetenzen erwerben, da der Umgang mit behinderten Kindern in der Regel nicht zu ihrer Ausbildung gehörte. Erst in den letzten Jahren wurde dieses Thema auch Bestandteil der Ausbildung.

Die hohen Leistungsanforderungen sowie die teilweise auch von außen gesetzten Standards (Vergleichsarbeiten, Zentralabitur usw.) zwingen die Gymnasien zu einer zügigen und klaren Lernprogression.

Sowohl die behinderten Schüler selbst als auch ihre Mitschüler haben oft wenig Freiraum; der Zeitrahmen ist mitunter wenig flexibel, und zusätzliche Betreuung braucht immer Zeit.

Gerade Inklusion von geistig behinderten Kindern kommt da sehr schnell an seine Grenzen.

Die Struktur des Gymnasiums (z.B. das Fachlehrerprinzip mit zahlreichen Lehrern pro Schüler) erschwert Inklusion. Dieser Sachverhalt aber spiegelt sich nicht in einer Veränderung der Rahmenbedingungen des Gymnasiums wider, sind doch z.B. die Vorgaben für Klassenstärken oder die Pflichtstundenverordnungen unverändert geblieben.

Der Verweis auf die 104%-Versorgung greift dabei auch zu kurz, denn in der Summe reicht dies nicht für alles, was Schule damit ausstatten soll (Profilbildung, kleinere Klassen, besondere Projekte usw.). Hier wäre eine separate Bilanzierung angebracht.

Hinzu kommt, dass viele Gymnasien vor allem im städtischen Bereich auch von den Möglichkeiten der Gebäude und des schulischen Gesamtareals her sehr eingeschränkt sind, stimmen doch häufig weder Klassenräume noch andere architektonische Besonderheiten mit den Erfordernissen der Inklusion überein.

Die Gymnasien verschließen sich in keiner Weise der Inklusion und sie erkennen sehr deutlich an, dass Kinder mit Behinderung durchaus über sehr gute Möglichkeiten verfügen, den Lern-, Leistungs- und Entwicklungsansprüchen des Gymnasiums gerecht zu werden.

Grundsätzlich muss aber Berücksichtigung finden, dass mit der Inklusion eine große Herausforderung, ein notwendiger Wandlungsprozess und vor allem ein deutlich erhöhter Mehraufwand für die Schulen verbunden sind.

Hier kann man nicht einfach eine Verordnung ändern, neue Vorgaben setzen und die Schulen zu einem solch großen zusätzlichen Tätigkeitsbereich verpflichten, ohne sie angemessen dafür auszustatten.

Und ein solcher Prozess benötigt angemessene Zeit und Begleitung sowie einen ehrlichen Umgang mit den Möglichkeiten und Grenzen aller Beteiligten (als der Lehrkräfte, der Eltern und der Schüler – aber auch der Schuladministration und der Schulträger).

- **Unterrichtsversorgung / Lehrerzuweisung**

Die Zuweisung von Lehrerstunden über die reine Erfüllung der Stundentafel hinaus ist ein Schritt in die richtige Richtung, da sie deutlich macht, dass an Schulen über den klassischen Unterricht hinaus weitere Arbeit geleistet und zusätzliche Angebote gemacht werden (z.B. AG-Bereich, zusätzliche Fremdsprachen, Begabtenförderungen etc.). Ebenfalls wird deutlich, dass viele zusätzliche neue Aufgaben an die Schulen herangetragen wurden, die nicht ohne Anrechnung erfüllt werden können, z.B. im Bereich Schulentwicklung oder Inklusion.

Wenn sich Unterricht entsprechend neuerer Schulforschung und durchgeführter Evaluationsmaßnahmen verändern soll (kompetenzorientiert, individualisiert, schülerorientiert) werden über das Kerncurriculum hinausgehende Angebote für notwendig erachtet. Die muss in der Lehrerzuweisung dauerhaft berücksichtigt werden.

Schulen, die sich in der Vergangenheit für besondere Profile engagiert haben, (MINT-EC, Bili, Schule mit Schwerpunkt Musik usw.) geraten in ein Entscheidungsdilemma, das sie zwingt diese besonderen Profile gegen zusätzliche Förderangebote aufzurechnen. Eine nachhaltige Fortführung der Profile ist an zusätzliche Unterstützung gebunden.

Wichtig ist, dass die Zuweisung über die Grundunterrichtsversorgung hinaus in den nächsten Jahren im mindestens im gleichen Umfang Bestand hat. Gerade bei Profilbildungsmaßnahmen (s.o.) muss nachhaltig gearbeitet werden können.

Weiterhin muss sich die Berichtspflicht über die zusätzlich verausgabten Stunden auf ein bürokratisches Minimum beschränken und ist nur dann sinnvoll, wenn sie Grundlage einer qualifizierten Rückmeldung der Schulaufsicht wird.

Es wäre wünschenswert, wenn auch seitens des HKM in der Öffentlichkeit deutlich gemacht wird, dass die zusätzliche Zuweisung nur begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten bietet. Gegenwärtig entsteht das falsche Bild, dass in den Schulen durch die zusätzliche Ressource alles möglich wäre.

- **Selbstständigkeit von Schule**

Die anzustrebende zunehmende Selbstständigkeit von Schulen ist ein bundesweiter Trend, der sehr viel Sinn macht und langfristig weiter verfolgt werden sollte.

Grundsätzlich sind viele Entscheidungen bei der Schule vor Ort sinnvoll: die Einstellung passenden Personals, die Entscheidung über pädagogische Zielsetzungen und Profile ebenso wie die Verwaltung verschiedener Teilbudgets. Hier hat sich in den letzten Jahren auch viel zum Positiven verändert, wobei je nach Schulamtsbezirk große Unterschiede vorhanden sind. Auch hier wäre es wichtig, dass nicht der Zufall bzw. die jeweiligen Personen an den Schulämtern die Spielräume der Schulen bestimmen.

Langfristig muss langfristig versucht werden, die vom Schulgesetz vorgesehenen Spielräume zu erweitern und auch denjenigen Schulen, die bei der Verwaltung des Personalbudgets noch zögerlich sind, auf anderen Gebieten

Entscheidungsmöglichkeiten zu gestatten. In Bezug auf die Mittelverwaltung sollte aber allen Schulen in Hessen gleiche verbindliche Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt werden, die auch die Einstellung speziell ausgebildeten, nichtpädagogischen Personals (z.B. aus dem kaufmännischen Bereich) ermöglicht.

- **Lehrerarbeit**

Die Schulen haben in den letzten Jahren neben der Erteilung von Unterricht viele zusätzliche Aufgaben wahrnehmen müssen und wahrgenommen (vgl. Situationsbeschreibung „Gymnasialer Bildungsgang heute“), die weiterreichende und andere Kompetenzen und Arbeitsabläufe erfordern. Noch immer aber wird die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer nach der Pflichtstundenverordnung geregelt, eine Verordnung die der alltäglichen Tätigkeit der Lehrerinnen und Lehrer (Beratung, Diagnostik, individuelle Förderung, aber auch Management etc.) nicht mehr gerecht wird. Solange man jedoch nicht zu einer Neuberechnung der Lehrerarbeitszeit gelangt, die den realen Belastungen und zeitintensiven Aufgaben außerhalb von Unterricht und Korrekturen gerecht wird, muss durch eine Ausweitung der Schuldeputate den Schulen die Möglichkeit eingeräumt werden, diese Aufgaben in besonderer Weise zu entlasten. Es ist offenkundig, dass die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen trotz allen Engagements den zunehmenden Ansprüchen kaum gerecht werden kann, eine Verwaltung des Mangels schafft keine Voraussetzungen zur Bewältigung neuer Herausforderungen.

- < Zurück



Regionaldirektion Hessen, Saonstr. 2-4, 60528 Frankfurt

Hessisches Kultusministerium

Postfach 3160

65021 Wiesbaden

Bundesagentur für Arbeit

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht: vom 16.05.2014

Mein Zeichen: 120 – 6701.11

(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Name: Frau Weidt-Klaes

Durchwahl: 069 6670 256

E-Mail: Christa.Weidt-Klaes3@arbeitsagentur.de

Datum: 20. August 2014

Betreff Bildungsgipfel

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihrer Bitte, sich an der Planungsphase des Bildungsgipfels zu beteiligen, entsprechen wir gern. Unsere Vorschläge knüpfen an die Empfehlungen der Fachkräftekommission an. Aus Sicht der Regionaldirektion Hessen sollten folgende inhaltlichen Schwerpunkte gesetzt werden:

Ausbau der Berufs- und Studienorientierung

1. Festschreibung der Kompetenzfeststellung in Vorvor-Abgangsklassen für alle allgemeinbildenden Schulen
 - mittelfristig Durchführung durch Lehrer
 - Festlegung von Qualitätsstandards
 - Unterstützungsstrukturen (Qualitätssicherung) durch Support, durch Überarbeitung und Erstellung von Materialien
 - Festlegung des Kompetenzfeststellungsverfahrens für Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen sowie der Verfahren für schwerbehinderte Schüler
 - Mitfinanzierung der Verfahren
2. Festschreibung eines Moduls „handlungsorientierter Erwerb berufskundlicher Kenntnisse“, für alle allgemeinbildenden Schulen, abgedeckt durch
 - BOP
 - Werkstatt-Tage
 - Maßnahmen nach § 48 (MINT etc.)
3. Dauerhafte Verankerung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung (siehe Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung in der Studien- und Berufsorientierung vom 07.01.2014) in allen Schulformen

Postanschrift
Regionaldirektion Hessen
Saonstr. 2-4
60528 Frankfurt

Besucheradresse
Saonstr. 2-4
Frankfurt

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
BIC: MARKDEF1760
IBAN: DE5076000000076001617

Internet: www.arbeitsagentur.de

Öffnungszeiten
Mo - Do
8:30 - 16:30
Fr
8:30 - 14:00

Sie erreichen uns
Straßenbahn Linie 12
S - Bahn Linie S7, S8, S9
Frankfurt - Niederrad
Bahnhof

4. Festschreibung der Fortbildung der Lehrer zu den Themen
 - Kompetenzfeststellungsverfahren
 - Beobachterschulung zur Durchführung der Kompetenzfeststellung
 - Einsatz des Berufswahlpasses
 - Umsetzung der OloV-Standards
 - Ausbildungsmarkt/Bildungsmarkt
 - Zusammenarbeit mit der Berufsberatung
5. Verankerung des Gütesiegels in Verbindung mit der Vorgabe der Erstellung schulspezifischer Curricula

Optimierung des Übergangsbereiches

1. Bestandaufnahme und Überprüfung der bestehenden Angebote, siehe dazu die Empfehlung der Fachkräftekommission:
 - Begrenzung auf zwei Zielrichtungen (Nachholen von nicht erreichten Schulabschlüssen und ggf. Erwerb von zusätzlichen Qualifikationen in der Übergangsphase für junge Menschen, die kein Angebot für eine duale Ausbildung erhalten haben)
2. Konsequente Unterbindung von Parallelstrukturen im Übergangsbereich
 - Abstimmung der Angebote von Bund und Land
 - Erhöhung der Transparenz
3. Von Zuständigkeiten und Konjunktur unabhängige Gewährleistung einer lückenlosen und abgestimmten Unterstützung von Personen mit hohem Betreuungsbedarf
 - Vermeidung von Schulabbruch
 - Vermeidung von Ausbildungsabbruch durch abgestimmte Maßnahmen (z.B. verbindliche Einführung von QuaBB, Sicherstellung von ausbildungsbegleitenden Hilfen - abH der BA, ggf. gemeinsame Finanzierung von assistierter Ausbildung)

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Christa Weidt-Klaes

Leiterin des Fachbereichs
Arbeitsmarkt und Netzwerke

Bildungsgipfel (HKM)

Von: Herbert Lauer (WINShuttle) <lauer@stsgym.f.shuttle.de>
Gesendet: Montag, 28. Juli 2014 12:45
An: Bildungsgipfel (HKM)
Betreff: Schwerpunkte Bildungsgipfel - Vorschlag des BAK Hessen
Anlagen: 140728_BAK_Hessen_Bildungsgipfel.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Anhang finden Sie den Vorschlag des Bundesarbeitskreises der Seminar- und Fachleiter/innen e. V., Landesgruppe Hessen, für die inhaltlichen Schwerpunkte des Bildungsgipfels am 17. September 2014 in Wiesbaden.

--
Mit freundlichen Grüßen

Herbert Lauer
BAK HESSEN - Landessprecher -
Tel +49(69)38989 340 SMS +49(170)2150786
Fax +49(69)38989 395
E-Mail herbert.lauer@lsa.hessen.de

Landesschulamt und Lehrkräfteakademie
Studienseminar für Gymnasien
Stuttgarter Straße 18 - 24
60329 Frankfurt am Main
<http://lakk.sts-gym-frankfurt.bildung.hessen.de/>



**Landesverband
Hessen**

BAK Hessen c/o Studienseminar Gymnasien Stuttgarter Str. 18 – 24 60329 Frankfurt (M)

Hessisches Kultusministerium
Herrn Kultusminister Prof. Dr. R. A. Lorz
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

**Anmeldung von Themen für den Bildungsgipfel am 17. September 2014
Ihr Schreiben vom 16. Mai 2014**

Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Dr. Lorz,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zum Bildungsgipfel, der ich gerne nachkommen werde. Der BAK Hessen begrüßt die Zielsetzung des Bildungsgipfels und wird sich gerne für diese einsetzen.

Als inhaltlichen Schwerpunkt für den Bildungsgipfel schlage ich – nach Konsultierung der Mitglieder – vor: Qualitätssicherung in der Lehrerbildung mit den drei Unterpunkten Stärkung der Verbindungslinien zwischen den drei Phasen der Lehrerbildung (Praxissemester, Berufseingangsphase), Weiterentwicklung der Feedback-Kultur in Vorbereitungsdienst und Unterricht (nach John Hattie) sowie Inklusion als Aufgabe für Lehrerbildung und Unterricht.

Mit freundlichen Grüßen

(Herbert Lauer, Landessprecher des BAK Hessen)

BAK
Bundesarbeitskreis
der Seminar- und
Fachleiter/innen e.V.

**Landesverband
Hessen**

Landessprecher:
Herbert Lauer
Tel.: 069 / 38989340
Fax: 069 / 38989395
E-Mail:
lauer@stsgym.f.shuttle.de
herbert.lauer@lsa.hessen.de

privat
Danziger Allee 20
65239 Hochheim a.M.
Telefon: 06146 / 7535
Mobil: 0170 / 2150786
E-Mail:
lauer-hochheim@t-online.de

www.bak-online.de

Bildungsgipfel (HKM)

Von: Elisabeth Waldorff <waldorff@t-online.de>
Gesendet: Sonntag, 13. Juli 2014 18:46
An: Bildungsgipfel (HKM)
Betreff: Beiträge zum Bildungsgipfel
Anlagen: Positionspapier Schulinspektion.pdf; Resolution Inklusion November 2010.pdf; Sicherung und Entwicklung der Qualität des Unterrichts_II.pdf

Kategorien: Rote Kategorie

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Anlage sende ich Ihnen drei Positionspapiere des Verbandes der Oberstudiendirektoren, die unsere Positionen deutlich machen und die Themen beschreiben, die wir für den Bildungsgipfel als wichtig einstufen.

Mit freundlichen Grüßen
E. Waldorff
Vorsitzende

Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren
Landesverband Hessen e.V.

Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren Landesverband Hessen e. V.

Die Hessische Schulinspektion: Hinweise zur Verbesserung und Weiterentwicklung

Im Kalenderjahr 2011 geht die hessische Schulinspektion in die zweite Runde. Wie in der ersten Runde wird die Inspektion als vollständige Evaluation durchgeführt und richtet sich primär auf die Evaluation der Einzelschule, um Entwicklungsprozesse anzustoßen. Darüber hinaus will sie systemische Auffälligkeiten durch Metaanalyse des Datenmaterials aufzeigen.

Zu den Neuerungen der zweiten Phase gehören Rückmeldungen zur Umsetzung landesweiter Entwicklungsschwerpunkte, der Rückbezug auf die ersten Inspektionsergebnisse, die Möglichkeit, schulische Schwerpunkte evaluieren zu lassen, die Bereitstellung einer internetbasierten Austauschplattform für Dokumente und die Einführung einer Nachinspektion unter bestimmten Bedingungen.

Schulinspektion braucht, um Effekte zu zeigen, Akzeptanz. Wir schlagen daher vor, die Inspektion unter folgenden Gesichtspunkten zu verändern und weiterzuentwickeln:

- Der Datenbereitstellungsaufwand vor der eigentlichen Inspektion ist deutlich zu hoch und bündelt immense personale Ressourcen. So ist nicht vertretbar, dass Unterlagen sowohl in digitaler als auch in Papierform vorgelegt werden müssen. Das Verfahren sollte durch Dokumentensichtung vor Ort und direkte Beobachtung ersetzt werden. Dies stellt gleichzeitig eine größere Authentizität des bereitgestellten Materials sicher.
- Bei guten und sehr guten Schulen sollten die Inspektionsintervalle auf 6 Jahre vergrößert bzw. Kurzinspektionen eingeführt werden.
- Die Schulleitung sollte vor der Inspektion besondere Beobachtungsschwerpunkte und -kriterien vereinbaren können (zum Beispiel eine Evaluation des Unterrichts in einzelnen Fächern). Das Inspektionsteam wird entsprechend zusammengesetzt, damit die für den Beobachtungsauftrag erforderliche Expertise gegeben ist.
- Da die Schulinspektion auch dem besonderen Bildungsauftrag einzelner Schulformen Rechnung tragen sollte, muss im Inspektorenteam mindestens eine Person mit Ausbildung für und Erfahrungen in dieser Schulform vertreten sein.
- Schule, insbesondere das Gymnasium, ist nach wie vor in Fächern organisiert. Die Schulinspektion braucht daher eine fachlich-inhaltliche (fachdidaktische) Komponente. Eine Definition guten Unterrichts vor allem auf der methodischen und allgemeinpädagogischen Ebene reicht nicht aus, weil Schule auch Wissen verlässlich vermitteln muss.
- Der Dialog zwischen Inspektoren, Schulleitung und Lehrkräften sollte deutlich offener gestaltet werden und eine informelle Ebene einbeziehen (zum Beispiel Beteiligung an Gesprächen im Lehrerzimmer, Austausch mit den Lehrkräften über hospitierten Unterricht). Dies ist schon deshalb notwendig, damit sich die Beteiligten in ihrer Professionalität wertgeschätzt und ernst genommen fühlen (vgl. auch die negativen emotionalen Effekte der englischen Schulinspektion bei Jeffrey/Woods 1996).

- Der Inspektionsbericht sollte nicht nur Feststellungen zu Stärken und Schwächen treffen, sondern auch Unterstützungsangebote benennen, die Schulen helfen, ihre Leistung zu optimieren.
- Der Inspektionsbericht sollte kürzer gefasst werden und sich auf die wesentlichen Punkte konzentrieren. Insbesondere bei Lehrer-, Eltern- und Schülerbefragungen muss der Inspektionsbericht Aussagen über die Validität und Reliabilität dieser Daten enthalten.
- Die Inspektion ist kostspielig. Deshalb muss die Frage nach ihrer Effizienz und ihrem Wertschöpfungspotential ebenso gestellt werden wie die Frage, ob sie die in sie gesetzten Erwartungen und Ziele erfüllt. In der englischen Inspektion zeigen sich beispielsweise unbeabsichtigte Nebenwirkungen wie der negative Effekt auf Examensergebnisse im Jahr der Inspektion (Rosenthal 2003). Eine empirische Begleitforschung ist daher unabdingbar.
- Das Inspektorenteam sollte durch Schulleitungsmitglieder begleitet werden („Shadowing“). Hierdurch erhalten die Inspektoren wichtige Informationen über schulische Besonderheiten (zum Beispiel zu einzelnen Unterrichtsstunden, Ressourcen usw.). Weiterhin ermöglicht das *Shadowing* eine Rückmeldung über die Akzeptanz der Inspektion, die auch in der empirischen Auswertung des Datenmaterials von Bedeutung ist (*face validity*).

Literaturhinweise:

Rosenthal, Leslie. 2004. „Do School Inspections Improve School Quality? Ofsted Inspections and School Examination Results in the UK“. *Economics of Education Review* 23: 143–151.

Jeffrey, Bob, und Peter Woods. 1996. „Feeling Deprofessionalised: The Social Construction of Emotions during an OFSTED Inspection“. *Cambridge Journal of Education* 26: 325-343.

Verabschiedet auf der Frühjahrstagung der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren

Landesverband Hessen am 1. März 2011

Redaktion: Dr. Ralf Weskamp

Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren Landesverband Hessen

Resolution

Integration/ Inklusion von Schülern mit Behinderungen

Die Landesdirektorenkonferenz begrüßt die Ratifizierung der UN-Vereinbarung über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2009). Für Menschen mit Behinderungen ist schulische Bildung eine wichtige Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Auch wenn es von der Integration zur Inklusion ein langer Weg ist, so bewirkt diese Vereinbarung mittel- und langfristig gravierende Veränderungen in der Schulorganisation.

Zunächst muss der 7. Abschnitt (§ 49 – 55) HSchG geändert werden. Zu klären ist hier vor allem das Entscheidungsrecht der Schule bei der Aufnahme von Schülern mit Förderbedarf und die Aufgabe der Förderschulen. In erster Linie sollte die Schule und nicht das Staatliche Schulamt über die Aufnahme entscheiden. Grundlegende Kriterien für die Aufnahme müssen die schulformbezogene Eignung des Schülers / der Schülerin und die behinderungsspezifische personelle und sächliche Ausstattung der Schule sein. Allgemein bildende Schulen sollten sich zudem auf bestimmte Formen von Behinderungen spezialisieren können, sodass sich ein flächendeckendes Angebot ergibt.

Auf Dienstversammlungen sind die Schulleitungen umgehend über die anstehenden Veränderungen zu informieren.

Integration fängt in den Köpfen an.

Für die Kollegien ergibt sich ein hoher Weiterbildungsbedarf z. B. über die integrative Didaktik und Methodik, den Umgang mit Heterogenität, Formen des Teamunterrichts. Die Integration behinderter Schüler kann nur gelingen, wenn unter anderem

- die Klassengrößen gesenkt werden,
- Entlastungsstunden zur Verfügung gestellt werden,
- die Lehrerzuweisung neu geregelt wird,
- die Kooperation mit Beratungsstellen der Kinder- und Jugendhilfe intensiviert wird.

Zur Unterstützung der Fachlehrerinnen und Fachlehrer sind Integrationshelfer dringend notwendig. Ferner sollten Psychologen während der Unterrichtszeit in den Schulen ansprechbar sein.

Die Tätigkeitsbereiche der Förderschullehrerinnen und -lehrer sollten möglichst bald geklärt werden. So stellt sich die Frage, inwieweit sie vornehmlich nur noch beratende Funktion haben werden.

Auf die Schulträger kommen weitere Aufgaben zu. So müssen unter anderem

- Schulen barrierefrei gestaltet und folglich umgebaut werden,
- sich die Größe und die Ausstattung der Klassenräume ändern,
- mehr Hilfs- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden,
- Beratungszentren eingerichtet und ausgebaut werden,
- Schulentwicklungspläne umgeschrieben werden.

Angesichts der genannten Punkte ist es dringend geboten, dass Land und Schulträger zusammenarbeiten.

Die meisten der genannten Forderungen und Maßnahmen kosten Geld. Angesichts der derzeitigen Schuldenlast der öffentlichen Haushalte ist leider mit einer schnellen Umsetzung von Integration und Inklusion nicht zu rechnen.

Frankfurt, den 11. November 2010

Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren

Landesverband Hessen e. V.

SICHERUNG UND ENTWICKLUNG DER QUALITÄT DES UNTERRICHTS

In den letzten Jahren hatte das schulpolitische Handeln einen wesentlichen Schwerpunkt: Selbstständigkeit wurden als Schlüssel für die Qualitätsentwicklung von Schulen definiert und erhielt im neuen hessischen Schulgesetz einen rechtlichen Rahmen. Damit folgt Hessen, wie viele andere Bundesländer auch, der Idee, dass die in der Wirtschaft gebräuchlichen Kriterien Wettbewerb, Autonomie und Rechenschaftspflicht zu einer Qualitätsverbesserung in der Schule führen.

Im Einzelnen wurde eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um bisher zentral administrierte Bereiche in die einzelnen Schulen zu verlagern. Hierzu gehören Budgetverwaltung, Personalmanagement und Curriculumsentwicklung (auf der Basis von Bildungsstandards). Die ebenfalls zum Konzept der School Based Management gehörenden Bereiche des Monitoring und der Evaluation werden hingegen weiterhin in Form von Schulinspektion, Zielvereinbarungen, Lernstandserhebungen und Vergleichsarbeiten zentral verfolgt.

Als wichtige Akteure im Handlungsfeld der selbstständigen Schule wurden die Schulleiterinnen und Schulleiter gesehen und entsprechend ihre Aus- und Fortbildung in der Hessischen Führungsakademie verfolgt. Das Augenmerk lag dabei eher auf der Entwicklung allgemeiner Fähigkeiten wie Zuhören, Entscheidungen zu treffen und Delegieren als auf schulspezifischen Entwicklungsnotwendigkeiten wie zum Beispiel Unterricht.

Insgesamt war die Zielrichtung des schulpolitischen Handelns in den vergangenen fünf Jahren eine Restrukturierung des Managements und der Verwaltung von Schule, ohne dass jedoch Ressourcen zur Verfügung gestellt worden wären. Die Zunahme des Berichts- und Rechenschaftswesens, die zusätzliche Abstimmungsarbeit in schulischen Gremien und der durch Übertragung administrativer Aufgaben zusätzliche Verwaltungsaufwand hat nicht nur zu kaum mehr zu bewältigenden Mehrbelastungen der Schulleitungen geführt, sondern auch das wesentliche Ziel von Schule in den Hintergrund treten lassen, nämlich die Qualität von Unterricht. Wir schlagen daher der Bildungspolitik vor, in Zukunft folgenden fünf Bereichen des Bildungswesens besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Das vorliegende Papier stellt eine überarbeitete Version unserer am 1. März 2012 verabschiedeten Empfehlungen dar.

1. LEHRERBILDUNG

Guter Unterricht ist ohne gut aus- und fortgebildete Lehrkräfte nicht möglich. Seit der Modularisierung des Vorbereitungsdienstes sind gravierende Verschlechterungen eingetreten, die in die Qualität des Unterrichts hineinwirken. Auf der inhaltlichen Seite stellen die Schulleiterinnen und Schulleiter eine zunehmende Theoretisierung und Abkopplung der Ausbildung von der Unterrichtspraxis fest. Auf der organisatorischen Seite bewirkt die erhöhte Zahl der Unterrichtsbesuche je Fachleiterin und Fachleiter einen stärkeren Unterrichtsausfall an der jeweiligen Stammschule, auch weil Unterrichtsbesuche gezwungenermaßen verstärkt in der Zeit durchgeführt werden, in der die Fachleiterinnen und Fachleiter eigenen Unterricht hätten erteilen müssen. Die Erhöhung der Anrechnung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst auf das Stellenkontingent der einzelnen Schulen bewirkt eine Reduzierung der Betreuungsmöglichkeiten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die mehrfach zugesagten Entlastungsstunden für Mentorinnen und Mentoren nicht umgesetzt wurden.

Ebenso wichtig wie die Ausbildung ist die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Diese ist jedoch in Hessen dem Zufall überlassen. Es existieren unzählige Anbieter, deren Aktivitäten weder überprüft noch koordiniert werden. Neue Programme wie die „Schulentwicklungsberatung“ beziehen zwar den Landesschwerpunkt „Kompetenzorientiertes Unterrichten“ mit ein, richten sich aber vor allem auf systemische Fragen und nicht auf eine fachbezogene Unterrichtsentwicklung. Vor der Einführung ist zudem nicht geklärt worden, ob überhaupt Bedarf an den Schulen für eine solche Beratung besteht. Das gleiche gilt für die Einrichtung von Fachberaterinnen- und Fachberaterstellen, die nicht in ein klares Fortbildungsmanagement und -programm eingebunden sind.

Wir schlagen daher vor:

- Die Betreuung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst muss verbessert werden, indem an den Schulen wieder ein Schulseminar eingerichtet wird, in dem pädagogische und fachdidaktische Inhalte mit einer umfassenden Begleitung (Beratung, Coaching) verbunden werden.
- Die Anfahrtsdauer der Fachleiterinnen und Fachleiter insbesondere in Flächenseminaren muss berücksichtigt werden, damit ausreichend Zeit für die fachdidaktische Ausbildung verbleibt. In diesem Zusammenhang muss auch die Zeit, die den Fachleiterinnen und Fachleitern je Lehrkraft im Vorbereitungsdienst zur Verfügung steht, mindestens auf das alte Maß angehoben werden.
- Die Ausbildung der Lehrkräfte sollte stärker als bisher den fachspezifischen Bedürfnissen der einzelnen Schulen Rechnung tragen. Insbesondere muss durch eine über den tatsächlichen Einstellungsbedarf hinausgehende Ausbildung im Bereich von 20 bis 30% sichergestellt werden, dass genügend gut qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stehen, die in das jeweilige Schulprofil passen.
- Die Voraussetzung für die zukünftigen Lehrkräfte an Gymnasien ist ein exzellentes fachwissenschaftliches Studium an den Universitäten und eine entsprechende methodisch-didaktische Ausbildung im Vorbereitungsdienst. Diese Verbindung hat sich in Hessen hervorragend bewährt. Sie basiert auf eine jahrzehntelange, erfolgreiche Verbindung mit den Studienseminaren und hat vor der Modularisierung zu einer Lehrerausbildung

derung geführt, die als modellhaft angesehen werden sollte. Aus diesen Gründen verbieten sich jedwede Kürzung des Referendariats zugunsten von Schulpraktika. Die bereits erfolgte Reduzierung

- Die Einführung eines Praxissemesters im Studium hat zur Voraussetzung, dass den Schulen entsprechende Ressourcen zur Verfügung stehen, damit eine kontinuierliche Beratung möglich ist, insbesondere bei der Hospitation und bei der Vor- und Nachbereitung von Unterrichtsversuchen. Schulen, die ein Praxissemester durchführen, erhalten für die Koordination zusätzliche Beförderungsstellen und Deputatsstunden für die betreuenden Lehrkräfte. Ein Praxissemester wird im Hauptstudium absolviert, damit die Studierenden über die notwendigen fachlichen und fachdidaktischen Kenntnisse verfügen und die eigene Schulzeit so weit zurückliegt, dass ein reflektierter Rollenwechsel in den Lehrerberuf möglich ist. Die Universitäten entwickeln in enger Abstimmung mit den Studienseminaren Studienordnungen, in denen ein Vorbereitungsseminar und ein Begleitseminar zum Praxissemester vorgesehen sind.

Das Praxissemester darf weder zu einer Verkürzung des Vorbereitungsdienstes führen, noch als Schritt in eine einphasige Lehrerbildung gesehen werden. Ein solcher Trend würde einer fundierten Lehrerbildung widersprechen.

- Hessen benötigt eine Bildungsakademie, die als Anbieter und Koordinator von fachdidaktischer Fortbildung in den einzelnen Fächern verantwortlich ist. Hierzu gehören die Einrichtung von landesweiten Tagungen mit Multiplikationscharakter, die Bereitstellung von Angeboten für die schulinterne Fortbildung, die Einrichtung fachgebundener Lernwerkstätten zur Vernetzung von Schulen auf regionaler Ebene und das Angebot stufen- und schulformbezogener Fortbildung in den einzelnen Fächern und Fachgruppen. Eine Bildungsakademie gestattet es zudem den Schulleitungen, Lehrkräften gezielte Fortbildungsaufträge zu geben, falls Mängel festgestellt wurden.

Die Studienseminare wären aufgrund der dort bereits hervorragend ausgebildeten fachdidaktischen und pädagogischen Expertise ideale Anbieter von Fortbildung innerhalb der Bildungsakademie. Hierfür müssen den Studienseminaren zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Gerade diese Ressourcen sind jedoch zum Jahresbeginn 2012 vollständig vom Hessischen Kultusministerium gestrichen worden.

2. SCHULMANAGEMENT

Ein Schlüssel zur Entwicklung der Unterrichtsqualität liegt in einem Schulmanagement, dem ausreichend Zeit für die pädagogische Entwicklung der Schule zur Verfügung steht. Die Schulleiterinnen und Schulleiter sehen die Zunahme des Verwaltungshandelns und der Rechenschaftslegung mit großer Sorge, insbesondere, weil sich immer wieder die Frage nach den tatsächlichen Erfordernissen und der Sinnhaftigkeit stellt. Diese Situation wird durch undurchsichtige und nicht geregelte Verwaltungsverläufe zusätzlich erschwert. Als Beispiel hierzu sei der „5000-Euro-Erlass“ im Rahmen des Schulbudgets genannt. Die Bewirtschaftung ist zwar durch das Hessische Kultusministerium geregelt, jedoch erfolgt die Umsetzung in den einzelnen Schulamtsbezirken höchst unterschiedlich und zum Teil nicht erlasskonform.

Wir schlagen folgende Veränderungen vor:

- Schulmanagement braucht verlässliche und vor allem schlanke Organisationsstrukturen. Dabei sind grundsätzlich zwei Formen denkbar: Eine an der Politik orientierte „Polisstruktur“ mit Schulleitung und Gesamtkonferenz oder eine an der Wirtschaft orientierte Struktur mit Vorstand und Aufsichtsrat. Komplizierte Mischformen mit der dabei nötigen Gremienarbeit resultieren häufig in zeitraubenden Entscheidungsprozessen. Diese Zeit fehlt für die Weiterentwicklung des Unterrichts. Die Schulleitungen sollten daher auch die schulischen Mitwirkungsstrukturen auf die Gegebenheiten der jeweiligen Schule anpassen können.
- Ein zentraler Aufgabenbereich des Schulmanagements ist die Unterrichtsentwicklung. In den Gymnasien ist dies vor allem die Aufgabe der Direktorinnen und Direktoren, die Fachbereiche leiten, hierfür jedoch keine zeitlichen Ressourcen zur Verfügung haben. Wir schlagen vor, diese Direktoren pro Woche um fünf Unterrichtsstunden zu entlasten, damit sie diese Aufgabe wahrnehmen können. Inhaltlich wird ihre Aufgabe stärker darauf ausgerichtet, als Coaches und Berater zu arbeiten, die die persönliche Entwicklung der Lehrkräfte als Unterrichtende begleiten, und ihre Fähigkeiten und Kompetenzen weiterzuentwickeln. Dies geschieht in Gesprächen, Unterrichtsbesuchen, Vereinbarungen und durch die Koordination gemeinsamer Unterrichtsprojekte der Lehrkräfte.
- Den Schulen wird für die erweiterten organisatorischen Aufgaben (Mittelbewirtschaftung, operatives Finanzmanagement, Kostenrechnung, Controlling usw.) Verwaltungspersonal zugewiesen. Diese Aufgaben können von der Schulleitung nicht zusätzlich übernommen werden.
- Das Hessische Kultusministerium trägt dafür Sorge, dass ein einheitliches Verwaltungshandeln entwickelt wird und die Berichtspflicht und Rechenschaftslegung auf das minimal Notwendige reduziert wird. Auf diese Weise erhalten die Schulleitungen die notwendige Zeit zur pädagogischen und organisatorischen Qualitätsentwicklung. Das Verwaltungshandeln übergeordneter Behörden hat einen klaren Bezug zu Verordnungen und Erlasse und wird transparent erläutert.

3. INHALTLICHE AUSRICHTUNG DER BILDUNGSSTANDARDS

Durch die Einführung von Bildungsstandards ist das Augenmerk auf einen möglicherweise vernachlässigten Bereich gerichtet worden, nämlich das Können, die Fertigkeiten und die Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern. Gleichzeitig ist aber auch die Gefahr evident geworden, dass Bildung nur noch an Kompetenzen und nicht mehr an Wissensbeständen ausgerichtet ist.

Von einer gelungenen Bildung kann man jedoch nur sprechen, wenn der Kompetenzerwerb sich an relevanten Inhalten vollzieht, die Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung haben und die exemplarisch für andere Wissensbestände stehen. Ein Land, das die Inhalte bei vorgegebenen Könnenszielen durch die einzelnen Schulen, Fachgruppen oder Kolleginnen und Kollegen definieren lässt, läuft Gefahr, kulturlos zu werden. Es kann nicht einzelnen Personen überlassen werden festzulegen, was wir unseren Schülerinnen und Schülern an Wissen als Erbe unserer Generation mitgeben. Dies ist vielmehr ein durch Politik verantworteter gesell-

schäftlicher Entscheidungsprozess. Eine Beliebigkeit im Bereich der Wissensvermittlung führt schließlich zu Mobilitätsbarrieren bereits innerhalb der Schulen eines Schulamtsbezirks.

Wir schlagen daher vor:

- Mit den Bildungsstandards muss auch ein Wissenskanon vorgegeben werden, in dem sich unser kulturelles Erbe im sprachlichen, künstlerischen, gesellschaftswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Bereich wiederfindet. Dabei wird auf so viel Freiraum geachtet, dass die einzelnen Schulen Inhalte ergänzen können, die beispielsweise von besonderer regionaler Bedeutung sind oder die die individuellen Stärken einzelner Lehrerinnen und Lehrer spiegeln und für die es entsprechend in den Kollegien besondere Expertise gibt.

4. DIALOGISCHE EVALUATION DER UNTERSTÜTZUNGSSYSTEME UND MASSNAHMEN

Durch eine bildungspolitische Akzentsetzung reagiert eine Landesregierung auf Veränderungen in der Gesellschaft und auf Erkenntnisse der Bildungsforschung. Allerdings werden einmal getroffenen Maßnahmen kumuliert, und es wird zu wenig die Frage gestellt, was entbehrlich ist, um neuen Entwicklungen Raum zu geben, und welche Maßnahmen tatsächlich zu einer Verbesserung der Unterrichtsqualität geführt haben. Beispiele sind die Verpflichtung zur Verschriftlichung von Schulprogrammen, die Einführung des fünften Abiturprüfungsfaches, Förderpläne, die Schulinspektion, die obligatorische Teilnahme an Lernstandserhebungen und die Einführung von Fachberatungen.

Wir schlagen vor:

- Betroffene Maßnahmen müssen ebenso wie die Unterstützungssysteme mit Methoden der empirischen Sozialforschung im Hinblick auf ihre positive Rückwirkung auf Unterricht untersucht werden. Hierzu gehören insbesondere Interviews und schriftliche Befragungen ebenso wie Methoden des Meinungs- und Erfahrungsaustauschs in Großgruppen wie *Open Space* oder *World Café*. Hier sehen wir das Hessische Kultusministerium in der Pflicht, Raum für eine offene, dialogische Evaluation bildungspolitischer Maßnahmen zu schaffen.
- Maßnahmen und Institutionen, für die sich keine positive Rückwirkung auf den Unterricht nachweisen lassen, werden aufgegeben.
- Die Verordnung neuer Maßnahmen muss auf die begrenzten Zeitressourcen der Lehrkräfte Rücksicht nehmen, damit diesen in Zukunft wieder mehr Zeit zur Verfügung steht, um sich der Unterrichtsführung zu widmen.

5. EFFIZIENTE MITTELVERWENDUNG

Die pädagogische Dimension guten Unterrichts hat auf der finanziellen Seite ihren Gegenpart in der effizienten Mittelverwendung zur Zielerreichung. Diese geschieht auf der Basis

der Evaluation vorhandener Maßnahmen. Darüber hinaus muss zwischen Maßnahmen unterschieden werden, die sich nach den bisherigen Erfahrungen als besonders oder weniger bedeutsam für die Schulentwicklung erwiesen haben.

Unsere Vorschläge:


- Auch wenn der Personalrekrutierungsbedarf in den nächsten Jahren möglicherweise sinkt, ist für den Erhalt und die Weiterentwicklung schulischer Qualität eine möglichst große Anzahl qualifizierter Bewerberinnen und Bewerber notwendig. Nur so ist die Chance groß, dass Schulen Personal finden, deren Kompetenzen zum Profil und zu den strategischen Zielen einer Schule passen. Deshalb dürfen keine weiteren Kürzungen in der zweiten Phase der Lehrerausbildung vorgenommen werden, sowohl was die Anzahl als auch den zeitlichen Rahmen und die Qualität angeht.
- Die Einstellung von Fachberaterinnen und Fachberatern sowie Schulentwicklungsberaterinnen und Schulentwicklungsberatern an den Staatlichen Schulämtern ist ohne Bedarfs-erhebung erfolgt. Es ist völlig unklar, ob die Schulen hierfür überhaupt eine Verwendung haben. Im Hinblick auf die große Anzahl der zu betreuenden Schulen und den höchst unterschiedlichen Qualifikationen der für diese Aufgaben abgeordneten Lehrkräfte ist eine nachhaltige Wirkung kaum prognostizierbar; gleichwohl sind die Kosten sehr hoch. Wir schlagen vor, diese Stellen zur Gegenfinanzierung geeigneter Maßnahmen (siehe oben) an die Schulen zurückzuführen.
- Die Struktur aus Kultusministerium, Landesschulamt und staatliche Schulämter hat zu Unklarheiten in den Zuständigkeiten beigetragen und wird aus unserer Sicht nicht als effizient wahrgenommen. Wir schlagen vor, den Bereich der Lehrerbildung (Ausbildung und Fortbildung) in einer eigenen Bildungsakademie zu bündeln. Eine weiterentwickelte Form der Schulinspektion (vgl. unser Papier „Die Hessische Schulinspektion: Hinweise zur Verbesserung und Weiterentwicklung“) sollte in die Staatlichen Schulämter verlagert werden. Die operative Aufgabenerfüllung kann Arbeitsgruppen (zentrale Prüfungen) am Kultusministerium übertragen werden bzw. als zeitlich befristete Projekte (Curriculumsentwicklung) erfolgen.

Redaktion: Dr. Ralf Weskamp

Daetz-Stiftung • Schlossallee 2 • 09350 Lichtenstein

Hessisches Kultusministerium
„Bildungsgipfel“
Postfach 3160
65021 Wiesbaden

Lichtenstein, 08.07.2014

Freigang 14.07.2014


Betrifft Hessischen Bildungsgipfel

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Veranlassung von Herrn Minister Prof. Dr. Lorz des Hessischen Kultusministeriums mit seinem Schreiben an uns vom 16. Mai 2014, möchten wir Ihnen hiermit unseren Vorschlag für inhaltliche Schwerpunkte zum Hessischen Bildungsgipfel übermitteln.

Für weitere Informationen und Erklärungen stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dipl.-Ing. Peter Daetz
Kuratoriumsvorsitzender

Anlage

Vorschlag der Daetz-Stiftung

Vorschlag inhaltlicher Schwerpunkte für den „Hessischen Bildungsgipfel“



Daetz-Stiftung Lichtenstein
(gemeinnützige rechtsfähige private Stiftung)
Schlossallee 2
09350 Lichtenstein/Sa.
www.daetz-stiftung.org

Telefon: 037204-585821
Telefax: 037204-585811

Ansprechpartner:
Herr Peter Daetz, Kuratoriumsvorsitzender
E-Mail: contact@daetz-stiftung.org

Verbesserung der Berufschancen für junge Menschen und der Willkommenskultur

1. Hintergrundinformationen

Die wirtschaftliche, politische und kulturelle Globalisierung und die durch die demographische Entwicklung unausweichlich zunehmende Migration führen zu einem Aufeinandertreffen von Menschen unterschiedlicher Herkunft, die miteinander arbeiten, lernen und leben müssen. Das Wissen über die Traditionen, Glaubensformen, Denk- und Lebensweisen der Menschen aus anderen Ländern trägt zum gegenseitigen Verständnis bei und nimmt einen großen Einfluss bei der Jugend auf ihre künftigen Berufschancen. Zusätzlich zu einer soliden Fachausbildung können Sprachkenntnisse hilfreich sein, genauso wichtig ist es jedoch, gerade für die zukünftige Generation, zu wissen, inwieweit der andere, aus dem Ausland kommende – Kunde, Lieferant, Kollege, Chef oder Nachbar – lebt, denkt und worin seine Empfindlichkeiten und seine Erwartungen liegen.

2. Die Jugend von heute ist unsere Gesellschaft von morgen

Wenn es uns gemeinsam mit geeigneten Unterrichtsmodulen in den Schulen gelingt, die Jugend für die Lebensgewohnheiten und Kulturen in fremden Ländern zu interessieren, um dabei eine zunehmend aufgeschlossene Einstellung zu den internationalen Herausforderungen zu entwickeln, werden wir der kommenden Generation vielseitige Chancen für ihren beruflichen Werdegang eröffnen und dabei auch schrittweise die Willkommenskultur schrittweise verbessern.

3. Entwicklung und Umsetzung von landesbezogenen Unterrichtsmodulen in Schulen

Veranlasst durch die starken Empfehlungen der Kultusministerkonferenz und dies auch im Zusammenhang mit den Empfehlungen der Vereinten Nationen zu den Kriterien der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) hat sich die Daetz-Stiftung seit nunmehr 10 Jahren dieser Aufgabe mit ihrem Schulprojekt „Lichtensteiner Modell“ angenommen. Bereits im Schulalltag – und nicht erst im Berufsleben – müssen wir die Jugendlichen an die Gegebenheiten im Ausland heranzuführen.

Es ist ein erklärtes Ziel unserer Stiftung, mit gezielten Bildungsprogrammen zu erreichen, dass sich unsere Bevölkerung, Migranten und Deutsche mit Migrationshintergrund zunehmend mit Hochachtung und Respekt auf Augenhöhe begegnen.

Anhand unserer länderspezifischen Unterrichtsmodule lernen Schülerinnen und Schüler jeweils innerhalb von 5 Tagen auf partizipativen Wegen die Geschichte, Mentalitäten, Wirtschaftsentwicklungen, Umweltprobleme etc. kennen.

Das Sächsische Kultusministerium war mit der Daetz-Stiftung übereingekommen, dass das „Sächsische Modell“ auch in den Schulen Hessens zur Einführung gelangen kann. Ein Team, bestehend aus hessischen und sächsischen Lehrern, hat die von den Botschaften geprüften Unterrichtsmodule auf das hessische Schulsystem eingestellt.

Das Hessische Kultusministerium entschied sich für die Module zu Polen und China.

Zu einem, weil es zwischen den hessischen und den Schulen in Polen und China bereits Kooperationskontakte gibt, zum anderen, weil die Klassen, die zum Teil vorwiegend mit Schülern mit Migrationshintergrund besetzt sind, **damit gemeinsame neue Aufgaben und Ziele angehen können, ohne durch ihre Familienhintergründe Vor- oder Nachteile zu haben.**

In Abstimmung mit dem Hessischen Kultusministerium und Dank der Unterstützung der Stiftung Polytechnische Gesellschaft fand 2011/2012 die erste Pilotphase zu den beiden Modulen China und Polen in 4 Frankfurter Testschulen statt.

Nachdem die 4 Frankfurter Testschulen das Ergebnis für positiv werteten, erfolgte eine weitere Einführungsphase des Lichtensteiner Modells im Schuljahr 2013/2014, in dem bis jetzt 14 weitere Schulen (Raum Frankfurt/Main, Hanau, Altstadt) die Module zu Polen und China erprobten.

Gleichzeitig entwickelte die Daetz-Stiftung in Kooperation mit einem polnischen Lehrerteam ein Modul zu Deutschland für polnische Schulen, das zurzeit in niederschlesische Schulen eingeführt wird.

Im Freistaat Sachsen konnten bis einschließlich des Schuljahres 2013/14 über 17.500 Schüler und 1.500 Lehrkräfte unsere Module in ihren Schulen erleben und dies in sehr engagierter Form. Die Reaktionen der jungen Menschen sind äußerst positiv.

4. Unser Vorschlag für den Hessischen Bildungsgipfel

Aufgrund der sehr positiven und weit vorangegangenen Einführung des Lichtensteiner Modells in Hessen, sollte auch weiterhin das interkulturelle Lernen in jungen Jahren eine große Rolle beim Hessischen Bildungsgipfel spielen.

Unser Vorschlag beinhaltet daher:

- Fortführung des Lichtensteiner Modells in Hessen mit Unterstützung des Kultusministeriums und der Staatlichen Schulämter
- Weiterer Einsatz von Multiplikatoren durch Abordnung vom Hessischen Kultusministerium zur Vorstellung des zukunftsorientierten Unterrichtsmodells in den Schulen
- Es sollten weiterhin die Möglichkeiten genutzt werden, sowohl an staatlichen Schulämtern als auch in Schulen direkt Informationsveranstaltungen zur Vermittlung von landesbezogenem interkulturellem Wissen zu organisieren.

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. Daetz'.

gez. Daetz
Kuratoriumsvorsitzender

Lichtenstein, 07.07.2014

Eingang	7016	Az:	
<input checked="" type="checkbox"/> M	<input checked="" type="checkbox"/> S	2014	<input type="checkbox"/> AL
Verfügung			
<input type="checkbox"/> scaniert	<input type="checkbox"/> registriert		
<input type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> Stn	<input type="checkbox"/> Stn + AE	<input type="checkbox"/> AE Fachref
<input type="checkbox"/> v Abg.z K	<input type="checkbox"/> n Abg.z K	* z w y	

09/106

929.000.11080-



Träger des deutschen Stifterpreises 2004

Daetz-Stiftung • Schlossallee 2 • 09350 Lichtenstein

Herrn Minister
 Prof. Dr. R. Alexander Lorz
 Hessisches Kultusministerium
 Luisenplatz 10
 65185 Wiesbaden



Lichtenstein, 27.05.2014

Sehr geehrter Herr Minister,

mit großem Interesse habe ich Ihrem Schreiben vom 16. Mai 2014 entnehmen können, dass Ihre Landesregierung einen Bildungsgipfel plant. Sie luden mich ein, mich an der Planungsphase zu beteiligen.

Sehr gerne komme ich Ihren freundlichen Anregung nach, Ihrem Hause in Kürze unsere Anregungen für inhaltliche Schwerpunkte vorzustellen. Sie konzentrieren sich auf das Gebiet der interkulturellen Wissensvermittlung in Schulen, entsprechend der starken Empfehlungen der Kultusministerkonferenz.

Die Jugend von heute ist unsere Gesellschaft von morgen. Wenn es uns gemeinsam gelingt, sie für die Lebensgewohnheiten und Denkweisen der Menschen aus anderen Ländern zu interessieren, um dabei eine aufgeschlossene Einstellung zu den internationalen Herausforderungen zu erzielen, werden wir der kommenden Generation vielseitige Chancen für Ihren beruflichen Werdegang eröffnen und damit auch die Willkommenskultur auf der Basis solider Bildungsmaßnahmen nachhaltig weiterentwickeln können.

In enger Kooperation mit Ihrer Abteilung Qualitätsentwicklung und schulformübergreifende Bildungsaufgaben, mit der Unterstützung der Stiftung Polytechnische Gesellschaft und der Hertie-Stiftung konnten die Unterrichtsmodule zu Polen und China der Daetz-Stiftung bereits in einigen Schulen in Hessen erfolgreich eingeführt und umgesetzt werden.

Es würde mich freuen, wenn unsere Stiftung zu Ihrem und dem geplanten Gedankenaustausch Ihres Herrn Staatssekretärs mit verschiedenartigen Institutionen eingeladen wird, um dabei unsere Erfahrungen im schulischen Bereich einiger Bundesländer einfließen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung · Tempelhofer Ufer 11 · 10963 Berlin

Hessisches Kultusministerium
Herrn Prof. Dr. Alexander Lorz
Minister
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Berlin, den 24. Juli 2014

Sehr geehrter Herr Minister Lorz,
in Ihrem Schreiben vom 16. Mai 2014 haben Sie uns über die Planung des Hessischen Bildungsgipfels informiert und gebeten, mögliche Themen- und Fragestellungen vorzuschlagen.

Ausgehend von der langjährigen und vielfältigen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und dem Land Hessen erscheinen uns vor allem folgende fünf Handlungsfelder für eine zukunftsweisende Gestaltung von Bildung wichtig:

1. Inklusion und individuelle Förderung als gemeinsame Aufgabe von Schulen, ihren Partnern und Kommunen

Die Frage danach, wie sich inklusive Bildung und eine bestmögliche individuelle Förderung für alle Schülerinnen und Schüler verwirklichen lassen, wird aktuell vor allem mit Blick auf die dafür notwendigen Ressourcen (personelle und materielle Ausstattung) und Strukturen (Verbindung von Allgemein- und Förderschulsystem) gestellt. Zudem richtet sie sich insbesondere an Schulen – z.T. auch an Einrichtungen der Frühen Bildung – und entsprechend zielen Fortbildungs- und andere Unterstützungsangebote darauf, die Methodenkompetenzen von Lehrkräften und/oder Sonderpädagoginnen und -pädagogen zu erweitern.

Entscheidende Voraussetzungen für gelingende Inklusion und individuelle Förderung sind (auch) die **Förderung pädagogischer Haltungen** und die **Stärkung der engen Zusammenarbeit aller Beteiligten**, also von Lehrkräften, Eltern, Fachkräften, kommunalen und politischen Verantwortungsträgern. Ziel muss sein, um Einrichtungen herum tragfähige lokale Netzwerke aufzubauen, in denen die Beteiligten gemeinsam praktische Ansätze für eine gelingende Inklusion entwickeln, sie in ihren Leitlinien und Konzepten verankern und in ihrem Alltag umsetzen und leben.

2. Schulerfolg sichern

Dass alle Schülerinnen und Schüler erfolgreich die Schule abschließen, ist sowohl für ihre individuelle Zukunft, aber auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ein wichtiges Ziel. Das Land Hessen hat mit den Ostercamps und den o.camps, die seit

2004 gemeinsam mit der DKJS umgesetzt werden, wirksame Ansätze entwickelt, um versetzungsgefährdete Jugendliche auf dem Weg zum Schulabschluss zu unterstützen.

Eine wichtige Aufgabe wird es sein, diese **Angebote auszuweiten** und zugleich den **Wirkungskreis zu vergrößern**, also u.a. danach zu fragen, wie sich diese Angebote fest verankern und das Modellwissen systematisch für Verbesserungen im Bereich der Lehrerfortbildung, für Reformen in der Lehrerausbildung, die Ausgestaltung anderer Unterstützungsangebote oder strukturelle Veränderungen nutzen lassen.

3. **Qualitätsentwicklung im Bereich ganztägiger und sozialräumlicher Bildung**

Das Land Hessen hat in den letzten Jahren viel für den Ausbau und die Qualitätsentwicklung von Ganztagschulen getan. Mit dem Qualitätsrahmen für Ganztagschulen erhalten Schulen Orientierung, mit dem Pakt für den Nachmittag werden auch Kommunen und Bildungslandschaften in die Pflicht genommen. Diese Orientierung ist ein notwendiger Schritt, allein wird sie die Praxis noch nicht wesentlich verändern.

Eine wichtige Aufgabe wird es sein, Ganztagschulen, ihre Partner und die Kommunen auf dem Weg zu Entwicklung ganzheitlicher Bildung professionell zu begleiten. Wie können Schulen und ihre Partner ein gemeinsames Bildungsverständnis entwickeln und zu gemeinsamen Handeln kommen? Wie kann gute Praxis vervielfacht werden und das Voneinander lernen von Ganztagschulen und Bildungslandschaften in Netzwerken systematisch erfolgen? Wie müssen Netzwerke gebaut sein, um die Qualitätsentwicklung vor Ort zu befördern? Welche Qualifizierungsangebote braucht es, um individuelle Förderung, das Arbeiten in multiprofessionellen Teams und Kooperation in Bildungslandschaften flächendeckend zu guter Praxis zu entwickeln?

4. **Professionalisierung und Qualitätsentwicklung in der Bildungsverwaltung**

Schulen sind immer so gut wie die Menschen vor Ort. Die Qualität und die Leistungsfähigkeit von Schulen und des Bildungssystems insgesamt hängen jedoch auch entscheidend davon ab, welche Impulse die Steuerung setzt: wie gut die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien, Verwaltungen und Einrichtungen der Lehrerfortbildung die Qualität ihrer Arbeit überprüfen und weiterentwickeln, wie sie miteinander, mit Schulen bzw. Schulleitungen und ihren Partnern kooperieren – und ob sie die dafür notwendige Unterstützung erhalten.

Welche Steuerungs- und Qualitätsinstrumente gibt es für diese relevanten Akteure? Welche Unterstützungs- und Professionalisierungsangebote erhalten sie und wo besteht Handlungsbedarf? Diese und weitere Fragen im offenen Dialog mit den Beteiligten zu diskutieren, kann ein erster wichtiger Beitrag sein, um die Qualität und Leistungsfähigkeit des Bildungssystems in Hessen weiter zu verbessern.

5. **Lernen in der digitalen Gesellschaft**

Digitale Informations- und Kommunikationsmedien prägen den Alltag unserer Gesellschaft, und so auch die Lebenswelten und -praktiken von Kindern und

Jugendlichen. Sie verändern die Art, wie sie sich Wissen und Kompetenzen aneignen und mit anderen interagieren. Dadurch entstehen für Lehrkräfte, Schulen und ihre Partner, Eltern und Verantwortungsträger der Bildungsverwaltung und -politik eine Vielzahl an Herausforderungen.

Wie wird die Entwicklung von Medienkompetenz zu einer gemeinsamen Aufgabe aller? Wie muss die Lernkultur aussehen, die dem digitalen Alltag Rechnung trägt? Wie fördern wir innerhalb und außerhalb der Schule nicht nur digitale Fähigkeiten und Verantwortungsbewusstsein, sondern auch Kreativität und eine Ethik, die den sich verändernden Ansprüchen gerecht wird?

Wir freuen uns auf den weiteren Austausch zu diesen wichtigen Themenfeldern.

Für heute grüße ich Sie herzlich



Dr. Heike Kahl
Geschäftsführerin



JUGEND TRAINIERT FÜR PARALYMPICS BUNDESWETTBEWERB DER SCHULEN



JUGEND TRAINIERT FÜR OLYMPIA BUNDESWETTBEWERB DER SCHULEN

JUGEND TRAINIERT FÜR OLYMPIA

Deutsche Schulsportstiftung

MOTIVATION FÜR SPORRTALENTE

www.jtfo.de

Vorstandsvorsitzender der Deutschen Schulsportstiftung

Herrn Minister
Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Eingang		Az:
<input checked="" type="checkbox"/> Wi	<input checked="" type="checkbox"/> Sts	<input checked="" type="checkbox"/> AL
Verfügung		
<input type="checkbox"/> scannen	<input type="checkbox"/> registrieren	
<input type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> Str	<input type="checkbox"/> Str + AE
<input type="checkbox"/> v Abg z K	<input type="checkbox"/> n Abg z K	<input checked="" type="checkbox"/> w.v. <i>Gia</i>

Stab-Bf - 26

LSA-DE z.w.K.

K 2417

Vorsitzender der Kommission Finanzen / Projekte

Karl Weinmann
c/o Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Thouretstr. 6
70173 Stuttgart

Telefon: (0711) 279 26 23
Telefax: (0711) 279 27 95
E-Mail: Karl.Weinmann@km.kv.bwl.de

Assistentin:
Gabriella Notaro

Telefon: (0711) 279 26 42
Telefax: (0711) 279 27 95
E-Mail: schulsportstiftung@km.kv.bwl.de

Sehr geehrter Herr Minister,

für Ihre schriftliche Einladung an die Deutsche Schulsportstiftung, bei der inhaltlichen Vorbereitung des von der Landesregierung Hessens geplanten Bildungsgipfels mitzuwirken, bedanke ich mich sehr herzlich.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich Ihnen keine unmittelbare Zusage geben kann. Gerne werde ich Ihre Bitte in den Vorstand der Deutschen Schulsportstiftung einzubringen. Gemeinsam werden wir beraten, ob, und ggf. auf welche Weise, sich die Deutsche Schulsportstiftung am Dialogprozess beteiligen kann.

Bereits jetzt bitte ich Sie mit Blick auf den Bildungsgipfel, neben den zweifelsohne wichtigen schul- und unterrichtsorganisatorischen Themen auch pädagogische Belange im Blick zu behalten, insbesondere die des Schulsports.

Mit freundlichen Grüßen

K. Weinmann

Karl Weinmann

Stuttgart, den 15.07.2014

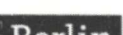
Steuernummer: 99033/32107

Bankverbindung:
Baden-Württembergische Bank
Kontonummer:
2233727
Bankleitzahl:
60050101
IBAN:
DE51600501010002233727

Gefördert durch:



Mobility Networks Logistics



ausgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages



Bildungsgipfel (HKM)

Von: Marie-Luise Stoll-Steffan <stollsteffan@googlemail.com>
Gesendet: Freitag, 27. Juni 2014 14:34
An: Kuntze, Wulf-Michael (HKM)
Cc: Bildungsgipfel (HKM)
Betreff: Schreiben des Hessischen Kultusministers betr. Beteiligung am Bildungsgipfel

Kategorien: Rote Kategorie

Sehr geehrter Herr Kuntze,

Für die Einladung von Herrn Minister Lorz, in der Planungsphase zum hessischen Bildungsgipfel mitzuwirken, möchten wir uns herzlich bedanken.

Als eine in Wiesbaden ansässige Stiftung (www.die-wiesbaden-stiftung.de) haben wir einen engen Kontakt zu den Wiesbadener Schulen, da sie in den letzten Jahren in wachsender Zahl (1.500 Schüler pro Jahr) am Schulwettbewerb Leonardo (www.leonardo2013.de) teilgenommen haben. Die dabei gewonnenen Daten und Erfahrungen bringen wir gern in die Bildungsdiskussion mit ein.

Ich persönlich bin eine ehemalige Kollegin von Jörg Meyer-Scholten aus dem HMWK und bin Gründerin der Internationalen Schule Frankfurt (www.isf-net.de), in der ich 16 Jahre geschäftsführend tätig war. 2011 habe ich eine internationale Schule in der Schweiz gegründet, die sich insbesondere die Inklusion auf die Fahne geschrieben hat (www.llis.ch).

Für das Hessische Kultusministerium war ich zwei Jahre lang am Aufbau der Internatsschule Schloss Hansenberg beteiligt mit der Aufgabe der Koordination zwischen Bauplanern und pädagogischen Experten. Bis 2012 gehörte ich der Fachkommission BEP/BNE von Prof. Fthenakis an.

Meine Erfahrungen und Expertise aus dem Bereich der internationalen/bilingualen Schulen würde ich – falls gewünscht - gern in den Bildungsgipfel einbringen.

Ich freue mich, von Ihnen zu hören.

Herzliche Grüße
Marie-Luise Stoll-Steffan

Dr.-Marie-Luise Stoll-Steffan
Die Wiesbaden Stiftung
Stellv. Vorsitzende des Vorstands

Stellv. Leiterin des AK Bürgerstiftungen
Bundesverband deutscher Stiftungen, Berlin

Tel. +49 - 611 - 80 52 61
Mobil +49 - 178 980 7005

www.die-wiesbaden-stiftung.de
stoll-steffan@die-wiesbaden-stiftung.de

elternbund hessen e. V. • Postfach 18 01 64 • 60082 Frankfurt

Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Frankfurt, den 22.07.2014

Bildungsgipfel

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Hella Lopez, bisherige Vorsitzende des elternbund hessen e. V. hat ihr Amt mit sofortiger Wirkung niedergelegt.

Bis zur Mitgliederversammlung im November 2014 werde ich, als stellvertretender Vorsitzender des elternbund hessen e. V. ihre Aufgaben übernehmen und die Geschäfte des elternbund führen.

Zudem bin ich Vorsitzender des Kreiselternbeirats Darmstadt-Dieburg.

Am Bildungsgipfel würde ich mich gerne beteiligen.

Den inhaltlichen Schwerpunkt sehe ich in den Bereichen:

Der Ganztagschulen,

Die Betreuende Grundschulen und in der

Elternbeteiligung an Schulen

Es würde mich freuen am Bildungsgipfel und in den Arbeitsgruppen teilnehmen zu dürfen.

Meine Kontaktdaten:

Erbacher Straße 50
64380 Roßdorf
Telefon: 06154-60 87 30
E-mail: ottmar.haller@web.de

Mit freundlichen Grüßen


Ottmar Haller
Stellv. Vorsitzender



LANDESVERBAND HESSEN
im GANZTAGSSCHULVERBAND
GGT E.V.
Vorsitz: Guido Seelmann-Eggebert
Anschrift: Lichtenbergstr. 13a
65191 Wiesbaden
eMail: p.: gkseelmann@t-online.de

Unser Zeichen:

24.7.2014

Betreff: Bildungsgipfel;
hier: Stellungnahme des Ganztagsschulverbandes HESSEN

Der Ganztagsschulverband HESSEN beschränkt sich auf Erwartungen des Verbandes zum Ausbau von Ganztagsschulen in HESSEN.

Der Ganztagsschulverband Hessen favorisiert eine Priorisierung des Ausbaus von Ganztagsschulen im Grundschulbereich. Diese Forderung wird durch alle aktuellen Forschungsergebnisse (STEG-Studie, DJI-Studie, Bertelsmann-Stiftung u.a.) ebenso unterstützt. Diese Priorisierung bedeutet jedoch nicht, die Schulen im Bereich der Sekundarstufe I von der Weiterentwicklung auszunehmen. Im Koalitionsvertrag von CDU/Bündnis 90 die Grünen heißt es:

„Wir wollen durch eine Ausweitung des Ganztagsschulprogramms unsere Schulen dabei unterstützen, im Unterricht und darüber hinaus Kindern vielfältige Lernanregungen zu geben – mit Angeboten, die sie fördern, bereichern und ihr Interesse wecken. Gerade Kinder aus bildungsfernen Haushalten sind auf diese Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Bildungschancen besonders angewiesen... Qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote sind zudem Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unser „Pakt für den Nachmittag“ will eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für Grundschul Kinder verwirklichen. So leisten wir sowohl einen Beitrag für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Eltern, als auch für mehr Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe.“

Der Ganztagsschulverband befürchtet, dass die im Koalitionsvertrag gemachten Aussagen zu mehr Bildungsgerechtigkeit und Bildungsteilhabe nicht erfüllt werden können, weil hierfür sowohl die personellen als auch sächlichen Voraussetzungen fehlen.

Die im Zwischengutachten der AKTION Bildung (11.2013) vorgelegten Aussagen zu Betreuungsmodellen und rhythmisierten Ganztagsgrundschulen haben deutlich gemacht, dass in der rhythmisierten Ganztagsgrundschule die Kompensation sozialer Benachteiligung eher möglich erscheint, außerdem gelingt eine individuelle Leistungsförderung besser, weil eine auf den Lernstand abgestimmte Förderung, sowie eine sinnvoll durchdachte Lernkultur positiven Auswirkungen haben können. In rhythmisierten Ganztagsgrundschulen alternieren Fachunterrichtsstunden, Betreuungsangebote, Lern- und Freizeitphasen sowie offene Angebote über den gesamten Schultag. Daher ist eine rhythmisierte Ganztagsgrundschule i.d.R. für alle Kinder verpflichtend.

Auch der Ganztagsschulverband sieht in der rhythmisierten Ganztagsgrundschule den entscheidenden Hebel zu mehr Bildungsgerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe. Hierfür müssen die notwendigen konzeptionellen, aber auch finanziellen und personellen Rahmenbedingungen stimmen und Ressourcen bereitgestellt werden.

Der Landesverband Hessen sieht die zwingende Notwendigkeit, den Ausbau der Ganztagsgrundschulen zu beschleunigen, ohne den weiteren Ausbau der Sekundarstufenschulen abzubremsen. Sowohl die Berufsorientierung als auch die Übergänge gilt es im Blick zu behalten.

Die Ganztagschule ist sowohl im Grundschulbereich, als auch im Sek I-Bereich eine Notwendigkeit, um die Inklusion in allen Schulformen voran zu bringen.

In einem ersten Schritt wünschen wir uns eine Unterstützung der Schulen und Kommunen in HESSEN, die den Weg einer rhythmisierten Ganztagsgrundschule gehen wollen. Hierfür erachten wir eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Land HESSEN und den kommunalen Spitzenverbänden für sinnvoll, die sicherstellt, dass in allen Landesteilen Grundschulen diesen Weg gehen können.

Der dafür notwendige finanzielle Mehraufwand kann jedoch von den Ländern nicht allein getragen werden. Um dies in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Ländern sicherzustellen, bleibt es erforderlich, das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufzuheben und zwar so, dass eine Förderung der schulischen Bildung im Sinne einer anteiligen Grundfinanzierung durch den Bund gegeben ist. Diese Förderung muss auf den personellen Bereich der Schulen ausgedehnt werden, um die für eine umfassende ganztägige Bildung nötige Multiprofessionalität dauerhaft zu garantieren.

i.A. Guido Seilmann-Eggebert, Vorsitzender des Landesverbandes HESSEN



Herrn Staatsminister
 Professor Dr. Ralph Alexander Lorz
 Hessisches Kultusministerium
 Luisenplatz 10
 65185 Wiesbaden

Ansprechpartner: Dr. Antje Becker
 Geschäftsführerin
 Tel. +49 (69) 66 07 56-141
 Fax +49 (69) 66 07 56-302
 BeckerA@ghst.de

Eingang	<input checked="" type="checkbox"/> M	<input checked="" type="checkbox"/> A	Ap	<input checked="" type="checkbox"/> 4-11ü	<input type="checkbox"/> AL
Verfügung	<input type="checkbox"/> scannen	<input type="checkbox"/> registrieren			
	<input type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> Stn	<input type="checkbox"/> Stn + AE	<input type="checkbox"/> AE/Fachref	
	<input type="checkbox"/> v Abg z K	<input type="checkbox"/> n Abg z K	<input checked="" type="checkbox"/> z.w.V.		

30. Juni 2014

Ø Stst. Hr. Zboril per.
 Go 1/7

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 16. Mai 2014 und für die Möglichkeit, uns an der thematischen Ausrichtung des Bildungsgipfels zu beteiligen. Sehr gerne nehmen wir diese an und haben auf der folgenden Seite einige Themen, die aus unserer Sicht relevant sind (nicht priorisiert), zusammen getragen. Zu diesen Themenfeldern tragen wir gerne unsere Erfahrungen und Expertise bei, falls sich hierzu Möglichkeiten ergeben sollten.

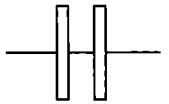
Die START-Stiftung gGmbH, ein Projekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, die ebenfalls ein Schreiben erhalten hat, wird Ihnen ihre Vorschläge separat zukommen lassen. An dieser Stelle noch einmal vielen Dank!

Wir freuen uns auf die weitere und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium und verbleiben

mit herzlichen Grüßen

Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Dr. Antje Becker
 Geschäftsführerin



Themensammlung der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung für den hessischen Bildungsgipfel des Hessischen Kultusministeriums

Vorschule	<ul style="list-style-type: none"> - Gestaltung des Übergangs Kita – Grundschule - Ausbildung der Erzieher
Erzieher	<ul style="list-style-type: none"> - Qualitätssicherung in der Erzieherausbildung (vor dem Hintergrund der steigenden Herausforderungen im Beruf, des erheblichen Fachkräftemangels und eines 2015 neu einzuführenden Rahmenlehrplans sowie zahlreicher privater Ausbildungsanbieter, die bisher häufig nicht zertifiziert und daher eine Mehrbelastung für das staatliche System sind)
Grundschule	<ul style="list-style-type: none"> - Hortplätze für den Grundschulbereich - Ganztagskonzepte im Grundschulbereich
Schule	<ul style="list-style-type: none"> - Inklusives Curriculum - Unterrichtsentwicklung: Wie kann gewährleistet werden, dass Kompetenzorientierung im Unterricht tatsächlich zu einer nachhaltigen Verbesserung der Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler führt? - Pädagogisches Qualitätsmanagement: Wettbewerbe als pädagogisches Instrument (Wie können Unterricht, Wettbewerb und Aktivitäten im Schulleben am fruchtbarsten aufeinander bezogen werden?) - Entwicklung des Schullebens: Wie können Strukturen der Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler (z.B. Klassenrat, SV) gestärkt und weiterentwickelt werden?; Wie kann die Bedeutung aktiver gesellschaftlicher Teilhabe (auch ehrenamtliches Engagement) schon in der Schule vermittelt werden? - Berufsorientierung im Regelunterricht - Individuelle Förderung beim Übergang in Ausbildung - Modelle für die Betreuung von Schulabgängern - Benotung/Bewertung von Schülerleistungen - Ausbau von Ganztagsangeboten - Formen schulischer Qualitätsentwicklung und -sicherung - Selbstevaluation von Schule
Lehrpersonal	<ul style="list-style-type: none"> - Gezielte Förderung von Vielfalt - Interkulturelle Schulöffnung - Qualitätssicherung in der Lehrer(aus)bildung - Qualitativ hochwertige Umsetzung der Inklusion, die die vorhandenen Ressourcen sinnvoll einbezieht - Professionsübergreifende Kooperation mit Externen

Bildungsgipfel (HKM)

Von: Dr. Dorothea Terpitz <info@artycon.de>
Gesendet: Montag, 7. Juli 2014 07:57
An: Bildungsgipfel (HKM)
Betreff: Themen für den Bildungsgipfel von Gemeinsam leben Hessen e.V.
Anlagen: Bildungsgipfel Inklusion GIH Juli 2014.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Herrn Minister Prof. Dr. Lorz für die Einladung, uns bei der Themenfindung für den Bildungsgipfel zu beteiligen.

Im Anhang sende ich Ihnen unseren Beitrag zum geplanten Gipfel.

Darüber hinaus hätten wir ein weiteres Anliegen:

Da Inklusion sich mittlerweile überall vor Ort im Prozess der Umsetzung befindet, fänden wir es hilfreich, wenn auch von Schulamtsseite Experten für die Umsetzung und den bisherigen Stand zur Verfügung stünden. Daher möchten wir Sie bitten, auch die Fachberater für Inklusion an den Staatlichen Schulämtern im Rahmen des Bildungsgipfels zu Wort kommen zu lassen und sie bei der Vorbereitung und Durchführung des Bildungsgipfels aktiv zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dorothea Terpitz
Vorsitzende
Gemeinsam leben Hessen e.V.



Gemeinsam leben Hessen e.V.

c/o Elternbund Hessen
Oeder Weg 56
60318 Frankfurt
www.gemeinsam-leben-hessen.de

Amtsgericht Frankfurt
Vereinsregister Nr. 15106
als gemeinnützig anerkannt durch das
Finanzamt Frankfurt am Main III

Vorstand:

Dr. Dorothea Terpitz (1. Vorsitzende)
Verena Middendorf (2. Vorsitzende)
Petra Doering (Schatzmeisterin)
Anke Koch-Röttering (Schriftführerin)



Gemeinsam leben Hessen e.V.

Inklusion: Schwerpunktthema des Bildungsgipfels

Im Koalitionsvertrag hat Inklusion als Thema zwar Eingang gefunden, wird allerdings nur unter dem Thema „Inklusion und Förderschulen“ (S. 34) subsumiert. Die UN-BRK definiert jedoch ein anderes Verständnis von Inklusion. Sie bezieht sich unmittelbar auf Menschen mit Behinderungen und weist dennoch durch ihre vorangestellte Definition von Behinderung darauf hin, dass es um viel mehr geht, als eine reine Fokussierung auf den Behinderungsbegriff in der üblichen Form. Behinderung ist in ihrer Definition im medizinischen Sinne wird abgelöst durch ein soziales Verständnis vom grundsätzlichen Umgang mit Heterogenität, Behinderung wird zum aktiven Prozess, der erst durch gesellschaftliche Einschränkungen und Barrieren entsteht. Deshalb fordert die UN-BRK im Folgenden jeden Einzelnen auf, genau diese „Behinderungen“ zu beseitigen und bezieht bei der Umsetzung der Inklusion außerdem alle mit ein, die derzeit aufgrund von gesellschaftlichen Normen und Verhaltensweisen oder von Barrieren (im Umfeld/in den Köpfen) in ihren Entfaltungsmöglichkeiten eingeschränkt bzw. diskriminiert werden.

Denkt man also nicht mehr vom einzelnen Individuum her, bei dem eine Behinderung festgestellt wird, sondern betrachtet man Behinderung als Resultat des gesellschaftlichen Umgangs miteinander, kommt man nicht umhin, Inklusion viel weitgreifender zu verstehen: Ausgehend von der Verpflichtung zur Wertschätzung eines jeden Einzelnen und zur Akzeptanz von Verschiedenartigkeit stellt Inklusion die Grundlage gesellschaftlichen Handelns dar: Niemand darf aufgrund seiner Herkunft, seinen Fähigkeiten, Begabungen oder Einschränkungen etc. benachteiligt werden. Es hat sich in den letzten Jahren bereits gezeigt, dass die Umsetzung der UN-BRK einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel hervorruft. Das Thema Inklusion ist erfreulicherweise allmählich in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Nun gilt es, Inklusion auch an den einzelnen Schulen vor Ort zu realisieren und Schulleitungen, Pädagogen und alle übrigen dort tätigen Verantwortlichen in die Lage zu versetzen, inklusiv zu denken bzw. innerhalb ihrer eigenen Sozialräume inklusive Konzepte in eigener Verantwortung zu entwickeln. Das ist eine Aufgabe, die weit über die Diskussion zur Auflösung bzw. Umorganisation der Förderschulen, d.h. über die Thematik „Inklusion und Sonderpädagogik“ des Koalitionsvertrags hinausgeht. Alle verantwortlichen Akteure im Bereich von Schule und Bildung sind aufgerufen, sich mit der neuen Aufgabe der Umsetzung der Inklusion zu befassen.

Daher bitten wir darum, Inklusion generell (und nicht nur unter dem Unterpunkt Sonderpädagogik) zum Schwerpunktthema des Bildungsgipfels zu machen und nochmals zu betonen, dass das Thema Inklusion jeden einzelnen von uns betrifft.

Wir schlagen folgende Themenbereiche vor, die unter dem Aspekt der Inklusion werden sollten:

Amtsgericht Frankfurt
Vereinsregister Nr. 15106
vorläufig als gemeinnützig anerkannt durch das
Finanzamt Frankfurt am Main III

Vorstand:
Dr. Dorothea Terpitz
Verena Middendorf
Petra Doering
Anke Koch-Röttering

Gemeinsam leben Hessen e.V.
c/o Elternbund Hessen
Oeder Weg 56
60318 Frankfurt
www.gemeinsam-leben-hessen.de

Bankverbindung
GLS Bank
BIC: GENO DE M 1 GLS
IBAN: DE22430609676029003800



1. Konzepte für Inklusion an den Schulen entwickeln

Bewusstseinsbildung: Aufruf an die Schulen sich mit Inklusion innerhalb des jährlich fortzuschreibenden Schulprogramms und im Leben in der Schulgemeinde zu beschäftigen:

- Was ist schon inklusiv im Leben der Schulgemeinde? (Z.B. Wertschätzung im Umgang mit den Schülern, gegenseitige Achtung und Akzeptanz, Konzept der individuellen Förderung, Teamteaching, differenziertes Material, Umgang mit der Notengebung, Zusammenarbeit mit den Eltern und außerschulischen Institutionen)
- Gibt es bereits Erfahrungen mit Schülern mit besonderem Förderbedarf? Wie lassen sich die Kenntnisse ausbauen, Erfahrungen teilen, woher kommt weitere Beratung/Informationsaustausch?
- Blick auf die „Checkliste Inklusion“ des HKM: Was macht die Schule bereits, was könnte sie in ihr Schulprogramm aufnehmen?
- Das pädagogische Konzept einer Schule kann von vorneherein inklusiv ausgelegt sein, die Schule macht sich bewusst, dass das nicht noch „on top“ hinzukommen muss.
- Schulen können sich untereinander austauschen und vernetzen, auch mit anderen Institutionen Zusammenarbeit mit den Kitas, mit der weiterführenden Schule.

◆ **Anstoß geben für Beschäftigung mit Inklusion – Schulen nehmen Inklusion ins Konzept auf**

2. Ansprechpartner für Inklusion vor Ort

Die Schule benennt einen Ansprechpartner für Inklusion, ähnlich dem Ansprechpartner im Kollegium für LRS (s. Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses). Die Schulgemeinde bestimmt selbst, welche Aufgaben und Kompetenzen dieser haben soll.

Mögliche wäre die Einrichtung einer AG Inklusion/ die Benennung eines Ansprechpartners beim Elternbeirat als niedrigschwellige Anlaufstelle für Eltern (vgl. Konzeptentwurf Modellregion Offenbach)

Die SV/Schülersprecher benennen eine Person in ihrem Team als Ansprechpartner für Inklusion (vgl. Broschüre: Schulen und Inklusion in Oldenburg)

◆ **Inklusion wird Bestandteil des Lebens der Schulgemeinde**



3. Aufbau von multiprofessionellen Teams

Kultur der Teamarbeit: Klassenlehrerteams innerhalb eines Jahrgangs, Teams aus Klassen/Fachlehrer, Förderlehrer, Sozialpädagoge, Schulpsychologe, Teilhabeassistent/päd. Fachkraft, externe Therapeuten etc.

Regelmäßiger Einsatz von Runden Tischen, Einplanung eines Zeitrahmens für Teamgespräche.

Wertschätzender und hilfsbereiter Umgang miteinander (schulintern, extern z.B. mit den Eltern).

- ◆ **Teamteaching statt Einzelkämpfertum (Einbezug verschiedenster Fachexpertise)**

4. Inklusion in der Ganztagschule

Der Aufbau der Ganztagschule hat die Auflösung der Horte zur Folge. Die Nachmittagsbetreuung geht allmählich von der reinen Betreuungsaufgabe durch Kommunen, private Träger etc. in die schulische Bildung über. Zuständig für das Nachmittagskonzept wird dadurch die Schulbehörde/HKM. Bisher unregelt ist die Problematik der Kinder mit besonderem Förderbedarf: Der Integrationsplatz des Horts fällt weg, die von den Eltern stattdessen beantragte Teilhabeassistent ist nach SGB einkommensabhängig und wird nicht ohne weiteres bewilligt. Die zunehmende Pädagogisierung des Nachmittags erfordert entsprechend pädagogische/sonderpädagogische Kräfte, bzw. zumindest pädagogische Fachkräfte für die besonderen Kinder, die jedoch über das Sozial-/Jugendamt bewilligt werden müssen. Die Kreise und Kommunen sehen sich dabei jedoch nicht in der Pflicht, denn das Nachmittagsangebot wird zunehmend ein schulisches Programm.

Hier besteht dringend Regelungsbedarf, Lösungen sind bisher (auch bereits für das kommende Schuljahr) noch nicht in Sicht.

- ◆ **Berücksichtigung der Inklusion bei der Konzepterstellung für die Ganztagschule**
- ◆ **Gesetzliche Regelungen bzw. Rahmenverträge für die Betreuung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen**

5. Inklusion in der weiterführenden Schule

Ziel des Koalitionsvertrags ist die Umsetzung der Inklusion in den Grundschulen bis zum Ende der Legislaturperiode. Dies reicht jedoch nicht aus, denn jedes Jahr wechseln Schüler mit besonderem Förderbedarf in die weiterführenden Schulen. Hier bedarf es neuer Unterrichtskonzepte, um auch diesen



Schülern gerecht zu werden. Nachweislich lassen sich Schüler mit besonderem Förderbedarf gut in der weiterführenden Schule unterrichten, wenn die bisher praktizierte Unterrichtspraxis des Frontalunterrichts zugunsten von neuen Unterrichtsformen aufgegeben wird. (Zusammenfassend vgl. Kersten Reich, Inklusive Didaktik, Weinheim/Basel 2014).

- ◆ **Unterrichtsgestaltung in der weiterführenden Schule berücksichtigt die Bedürfnisse aller Schüler**

6. Öffnung bzw. Umwandlung der Förderschulen

Förderschulen müssen so umstrukturiert werden, dass sie den Forderungen der UN-BRK entsprechen:

Statt des separierenden, zweigeteilten Systems „ein inklusives Schulsystem auf allen Ebenen“.

Sonderpädagogische Fachexpertise muss erhalten bleiben.

Sinnvoller Einsatz der Förderlehrer vor Ort in der inklusiven Schule mit Anbindung an das BFZ.

BFZ als unabhängiges Kompetenzzentrum zur Organisation, Beratung und Supervision.

- ◆ **volle Teilhabe und individuelle Förderung aller Schüler in einem allgemeinen, nicht separativen Schulsystem**

Frankfurt, 7. Juli 2014

An den
Hessischen Kultusminister
Herrn Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Eingang	30/6	Az:	X 4	<input type="checkbox"/> AL
Verfügung				
<input checked="" type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> Stn	<input checked="" type="checkbox"/> Stn + AE	<input type="checkbox"/> AE Fachref	
<input type="checkbox"/> v. Abg z K	<input type="checkbox"/> i. Abg z K	<input checked="" type="checkbox"/> z w V.		

Donnerstag, 26. Juni 2014

Stabsstelle BG-2b
StS-Dr; bitte
direkten Kontakt
zwecks TV

Gültig bis Juni mit
mittlerweile? (Juni)

M 717
Abgabe
Fr. Dg z. m. k

Sehr geehrter Herr Kultusminister Prof. Dr. Lorz,
vielen Dank für Ihr Schreiben vom 19. Mai d. J., in dem Sie u.a. als eine Begründung für die Einrichtung eines „Bildungsgipfels“ ausführen, dass Schulen für ihre Arbeit vor allem langfristige Verlässlichkeit wünschen und benötigen.

Die GEW Hessen weist in diesem Zusammenhang ganz ausdrücklich darauf hin, dass die Schulen für ihre tägliche Arbeit – Schülerinnen und Schüler optimal zu fördern – in erster Linie angemessene Arbeitsbedingungen für die Schülerinnen und Schüler ebenso wie für alle in Schulen Beschäftigten benötigen. Die bereits von der Regierung unter Ministerpräsident Koch vorgenommene Abwertung des Berufs der Lehrerin, des Lehrers, die nach den Aussagen des Koalitionsvertrags in den kommenden drei Jahren jetzt sogar noch weiter vorangetrieben werden soll, steht diesem grundlegenden Erfordernis für gute Arbeit diametral entgegen.

Selbstverständlich benötigen Schulen auch Planungssicherheit. Dass diese gerade in den vergangenen Jahren kaum gegeben war, lag im Wesentlichen daran, dass die jeweilige Landesregierung nicht bereit war, auf den Rat von Expertinnen und Experten zu hören und sich stattdessen mit ihrer parlamentarischen Mehrheit immer wieder darüber hinweg gesetzt hat.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang beispielhaft an die sogenannte ‚Unterrichtsgarantie plus‘, die Implementierung von G8 oder an das Landesschulamts. Die GEW Hessen hat diese Vorhaben jeweils gemeinsam mit vielen anderen entschieden abgelehnt. Dennoch wurden die Schulen bzw. die Schulverwaltung angewiesen, die Pläne so lange umzusetzen, bis sie aufgrund des öffentlichen Drucks von der Landesregierung und dem Landtag wieder zurückgenommen werden mussten.

Wenn als Konsequenz daraus die neue Landtagsmehrheit inzwischen – wie bei G8/G9 beschlossen – nach dem Motto handelt: Dann übernehmen wir keine Verantwortung mehr, dies sollen jetzt Schulen und Eltern für uns machen, hat auch dies aus unserer Sicht mit Verlässlichkeit nichts zu tun.

Weiterhin entnehmen wir Ihrem Schreiben, dass Sie und der Staatssekretär in den nächsten Wochen weiter Gespräche zu einem diesbezüglichen Austausch nutzen wollen. Bei der GEW-Hessen, als größter unmittelbar im hessischen Bildungsbereich tätigen Organisation, ist davon bisher aber auch gar nichts angekommen.

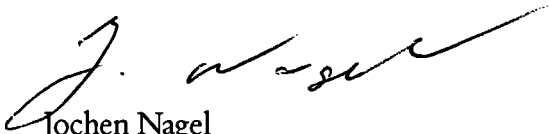
Seit dem 13. Februar warten wir auf ein Gespräch mit Ihnen. Vereinbarte Termine (30. April und 6. Juni 2014) wurden jeweils kurzfristig abgesagt. Und nur weil wir den vorgeschlagenen Ersatztermin (17. Juni) von unserer Seite aus nicht wahrnehmen konnten, werden neue Terminangebote auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben. Ganz zu schweigen davon, dass nach der ersten Absage ein Zusatztermin mit dem Staatssekretär zugesichert wurde, auf dessen zugesagten Rückruf mit konkreten Terminvorschlägen wir bis heute warten. Wenn Sie als Kultusminister oder auch Ihr Staatssekretär Termine mit uns immer wieder verschieben oder gar nicht wahrnehmen wollen oder erst mehr als fünf Monate nach der ersten Anfrage in Aussicht stellen, kann von wirklicher Gesprächsbereitschaft nicht gesprochen werden.

Deshalb wenden uns mit aller Entschiedenheit dagegen, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden soll, unter Beteiligung aller „zum Wohle der Kinder“ zu handeln.

Im Sinne konkreter Ergebnisse für die Schulen schlägt die GEW Hessen für den Bildungsgipfel folgende inhaltlichen Schwerpunkte vor:

- Schaffung angemessener Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten in den Schulen und Beendigung der Abwertung des Berufs der Lehrerin, des Lehrers
- Entwicklung einer landesweiten Schulstruktur, bei der nicht die soziale Herkunft der Kinder für den Bildungsabschluss entscheidend ist
- Ausbau und Entwicklung echter (gebundener) Ganztagschulen, die professionellen pädagogischen Standards entsprechen, statt weiterer Experimente am Kind durch ESB oder „ehrenamtliche“ Nachmittagsangebote an Schulen
- Konkrete Planungen für die Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention in den Schulen
- Strukturierung der Übergänge zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen
- Erweiterung des Rechts auf Schulbesuch für 16- bis 21-jährige zugewanderte junge Menschen
- Demokratische Beteiligungsrechte in den Schulen

Mit freundlichen Grüßen


Jochen Nagel
Vorsitzender GEW Hessen

Dieses Schreiben werden wir auch den Fraktionen im Hessischen Landtag und unserem Landesvorstand zur Kenntnis geben.

Bildungsgipfel (HKM)

Von: Nadine Nobile <Nadine.Nobile@haus-der-kleinen-forscher.de>
Gesendet: Samstag, 26. Juli 2014 14:43
An: Bildungsgipfel (HKM)
Betreff: Beitrag zum Bildungsgipfel
Anlagen: 140710_Beitrag Bildungsgipfel Hessen HKM_NIT_NN_vb.pdf

Sehr geehrter Herr Minister Lorz,

im Namen von Herrn Michael Fritz, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“, bedanke ich mich sehr herzlich für Ihr Schreiben vom 16. Mai 2014 und Ihre Einladung, Impulse für den geplanten Bildungsgipfel einzubringen.

Als bundesweit größter Anbieter von Fortbildungen im frühkindlichen Bildungsbereich engagiert sich die Bildungsinitiative „Haus der kleinen Forscher“ für die Bildung von Kindern im Kita- und Grundschulalter in den Bereichen Naturwissenschaften, Mathematik und Technik. Sie unterstützt mit ihren praxisnahen und kontinuierlichen Fortbildungsangeboten pädagogische Fach- und Lehrkräfte dabei, Mädchen und Jungen bei ihrer Entdeckungsreise durch den Alltag zu begleiten.

Im Anhang finden Sie unseren Beitrag mit inhaltlichen Impulsen aus Sicht der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“. Wir legen dabei den Schwerpunkt auf die Förderung von MINT-Kompetenzen bei Schülerinnen und Schülern entlang der gesamten Bildungskette. Notwendig hierfür ist die Förderung der entsprechenden Kompetenzen bei pädagogischen Fach- und Lehrkräften sowie die Verankerungen einer Didaktik, die forschendes und entdeckendes Lernen der Mädchen und Jungen im Unterricht sowie im Rahmen des Ganztagsangebots fördert und aktiv begleitet. Unterstützung für ein solches Vorhaben könnte ein Bündnis aller relevanten MINT-Akteure in Hessen bieten, das ein flächendeckendes Fortbildungsangebot ermöglicht und sich als Themenanwalt für die MINT-Bildung in Hessen versteht.

Durch die enge Zusammenarbeit mit Ihrem Haus haben wir erfahren, dass für Herbst erste Gespräche geplant sind. Sehr gerne nehmen wir diese Gelegenheit wahr um uns mit Ihnen, Vertreterinnen und Vertreter aus Ihrem Haus sowie anderen Bildungsakteuren in Hessen auszutauschen und damit einen Beitrag in der Mitgestaltung des Bildungsgipfels zu leisten.

Mit Spannung verfolgen wir die weitere Entwicklung und freuen uns auf den Austausch mit Ihnen.

Freundliche Grüße

Nadine Nobile

Nadine Nobile | Leitung Team „Netzwerke Beratung“

Stiftung Haus der kleinen Forscher
Rungestraße 18
10179 Berlin

Tel 030 27 59 59 -216
Fax 030 27 59 59 -209
Mobil 0151 11 474 -205
nadine.nobile@haus-der-kleinen-forscher.de
www.haus-der-kleinen-forscher.de

Fan werden auf Facebook: www.facebook.com/KleineForscher

Die gemeinnützige Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ engagiert sich mit einer bundesweiten Initiative für die Bildung von Kindern im Kita- und Grundschulalter in den Bereichen Naturwissenschaften, Mathematik und Technik. Sie unterstützt mit ihren Angeboten pädagogische Fach- und Lehrkräfte dabei, Mädchen und Jungen bei ihrer Entdeckungsreise durch den Alltag zu begleiten. Partner der Stiftung sind die Helmholtz-Gemeinschaft, die Siemens Stiftung, die Dietmar Hopp Stiftung, die Deutsche Telekom Stiftung und die Autostadt in Wolfsburg. Gefördert wird sie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.



Impulse und inhaltliche Schwerpunkte
zum Bildungsgipfel

Beitrag der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“

Stiftung Haus der kleinen Forscher
Berlin, Juli 2014

Inhalt

1	Die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“	3
2	Allgemeine Entwicklungen in Hessen	3
2.1	Anzahl der Schülerinnen und Schüler bis 2025.....	3
2.2	Entwicklung des Fachkräfteangebots.....	4
2.3	Bildungspolitische Situation	4
3	Analyse der bildungspolitischen Situation in Hessen aus Perspektive der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“	5
3.1	Qualitätsentwicklung im Zuge des Ausbaus von Kitaplätzen und Ganztagsbetreuung an Grundschulen unzureichend berücksichtigt.....	5
3.2	Bedeutung der MINT-Bildung in Hessen steigerungsfähig	6
4	Impulse und inhaltliche Schwerpunkte zum Bildungsgipfel	6
4.1	MINT-Kompetenzen hessischer Schülerinnen und Schüler nachhaltig fördern	6
4.2	MINT-Kompetenzen der pädagogischen Fach- und Lehrkräfte kontinuierlich entwickeln.....	7
4.3	Vernetzung aller relevanter MINT-Akteure Hessens in einer MINT-Allianz vorantreiben.....	8
5	Anhang	9
5.1	Der pädagogische Ansatz der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ und der hessische Bildungs- und Erziehungsplan.....	9
5.2	Das gemeinsame Modellprojekt der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ und des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration und des Hessischen Kultusministeriums.....	10
5.3	Die lokalen Netzwerkpartner der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ in Hessen ..	12

1 Die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“

Die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ engagiert sich als größte deutsche Bildungsinitiative bundesweit im Bereich der frühen MINT-Bildung. Zweck der gemeinnützigen Stiftung ist die Förderung der naturwissenschaftlichen, mathematischen und technischen Bildung im Elementar- und Primarbereich. Mit einem kontinuierlichen Fortbildungsangebot und praxisnahen Materialien unterstützt die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ pädagogische Fach- und Lehrkräfte dabei, Bildungsprozesse mit Kindern in den Bereichen Naturwissenschaften, Mathematik und Technik zu begleiten und die alltägliche Begegnung mit diesen Bildungsbereichen nachhaltig im Alltag von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen zu verankern.¹

Partner der Stiftung sind die Helmholtz-Gemeinschaft, die Siemens Stiftung, die Dietmar Hopp Stiftung, die Deutsche Telekom Stiftung und die Autostadt in Wolfsburg. Gefördert wird sie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Mit über 230 lokalen Partnern vor Ort bildet das "Haus der kleinen Forscher" ein starkes, deutschlandweites Netzwerk, das durch die Stiftung unterstützt und kontinuierlich ausgebaut wird. Diese Netzwerkpartner sorgen für die Verbreitung der Stiftungsangebote und geben der Bildungsinitiative in der Region ein Gesicht.²

2 Allgemeine Entwicklungen in Hessen

2.1 Anzahl der Schülerinnen und Schüler bis 2025

Wie im Bundesdurchschnitt zeichnet sich auch in Hessen die demographische Entwicklung durch eine sinkende Geburtenzahl und eine älterwerdende Gesellschaft aus. Diese Entwicklung bildet sich auch bei der Anzahl von Schülerinnen und Schüler ab, die in den letzten Jahren deutlich gesunken ist und voraussichtlich bis 2025 weiter sinken wird.³

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Hessen 1995-2025* nach Schulformen**

Schulform	Jahr									
	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2015	2020	2025	
Grundschulen	253 123	258 151	246 578	216 470	214 513	211 996	205 342	198 023	198 390	
Förderstufen	42 643	44 540	29 149	18 757	17 593	16 638	16 072	15 160	14 963	
Hauptschulen	39 095	40 315	41 374	26 964	25 589	24 494	21 532	20 257	19 473	
Realschulen	83 504	88 203	91 477	87 107	85 112	82 435	72 865	67 707	64 948	
Integrierte Jahrgangsstufen	57 455	61 859	58 039	63 555	64 907	65 063	63 259	59 916	57 741	
Gymnasien	165 470	176 256	201 796	216 661	214 971	211 803	191 766	180 068	173 185	
Förderschulen	19 526	23 394	26 643	25 259	24 912	24 505	23 438	22 057	21 444	
Mittelstufenschulen	—	—	—	—	1 140	2 171	5 257	5 613	5 413	
Insgesamt	660 816	692 718	695 056	654 773	648 737	639 105	599 531	568 801	555 557	

* Ab 2012: Vorausberechnung.

** Einschli. entsprechender Zweige an Gesamtschulen, ohne Schulen für Erwachsene.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), 2013

¹ Weiterführende Informationen zum pädagogischen Konzept der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ sowie zum aktuellen Stand der Verbreitung der Bildungsinitiative in Hessen sind im Anhang dargestellt.

² Eine Darstellung der Netzwerkpartner in Hessen ist im Anhang unter Die Bildungsinitiative „Haus der kleinen Forscher“ in Hessen abgebildet.

³ Hessische Staatskanzlei (Hrsg.): 3. Demographie-Bericht. Wiesbaden 2013.
https://www.hessen.de/sites/default/files/media/staatskanzlei/3_demografie-bericht.pdf

2.2 Entwicklung des Fachkräfteangebots

Hessen ist eines der wirtschaftsstärksten Bundesländer in Deutschland.⁴ Das Wirtschaftswachstum liegt dabei deutlich über dem Bundesdurchschnitt.⁵ Zu den stärksten Branchen gehören die Automobilindustrie, die chemisch-pharmazeutische Industrie, der Maschinenbau, die Elektrobranche sowie die Logistik- und Kommunikationsbranche.⁶

Maßgeblich für die Sicherung dieses wirtschaftlichen Erfolgs ist das Angebot an Fachkräften.⁷ Die derzeit zu beobachtende Entwicklung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt stellt die regionale Wirtschaft vor große Herausforderungen.⁸ Die Prognosen des IHK-Fachkräftemonitors zeigen, dass hessenweit bis 2015 rund 100.000 Fachkräfte pro Jahr fehlen.⁹ Das ist eine Entwicklung, die sich durch den demographischen Wandel weiter verstärken wird. In den sogenannten MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) fehlen in hessischen Unternehmen bereits mehr als 40.000 qualifizierte Fachkräfte.¹⁰

2.3 Bildungspolitische Situation

Ausbau der U3-Betreuung sowie des Ganztagsangebots in Schulen

Eine wesentliche Maßnahme der hessischen Landesregierung zur Begegnung des demographischen Wandels ist u.a. die Förderung eines breiten Angebotes der Kinderbetreuung für Kinder im Alter von 0-12 Jahren. Damit verbunden sind ein quantitativer Ausbau des Betreuungsangebotes im U3-Bereich sowie der Ausbau der Ganztagsschulangebote.

In Hessen gibt es landesweit 1.166 Grundschulen (Schuljahr 2013/2014)¹¹. Davon haben bereits 364 Grundschulen ein Ganztagsangebot.¹² Das Ganztagsangebot an Grundschulen wird kontinuierlich ausgebaut. Das Wachstum hat sich jedoch verlangsamt und liegt aktuell bei 1,1 Prozent. Bei gleichbleibender Entwicklung ist mit einer Versorgungsquote von 52,2 Prozent bis 2020 zu rechnen.¹³

⁴ <http://www.cdu-fraktion-hessen.de/inhalte/1029521/presse/14401/walter-arnold-hessen-ist-eines-der-wirtschaftsstaerksten-bundeslaender-in-deutschland/index.html>

⁵ http://www.hessen-agentur.de/mm/mm001/Hessen_Konjunkturspiegel_1Q2014.pdf S.10

⁶ <https://www.helaba.de/de/DieHelaba/Presse/Presseinformationen/2013/20131009-VowiStudie.html> S.17

⁷ Weiterführende Informationen zum Fachkräftemangel in Hessen sind in folgendem Bericht dargestellt. Fachkräftekommission Hessen (Hrsg.): Abschlussbericht der Fachkräftekommission Hessen. Wiesbaden 2012.

⁸ http://www.hessen-agentur.de/mm/mm001/Hessen_Konjunkturspiegel_1Q2014.pdf S.7.

⁹ <http://www.ihk-hessen.de/presse/2013/14157/index.html>

¹⁰ <http://www.ihk-hessen.de/presse/2012/12928/index.html>

¹¹ <http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/bildung-kultur-rechtspflege/landesdaten/bildung/allg bild-schulen/grundschulen/index.html>

¹² <http://www.ihk-hessen.de/presse/2013/14157/index.html>

¹³ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Ganztagschulen in Deutschland: Die Ausbaudynamik ist erlahmt. Gütersloh 2014. S. 20 http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-39B26EAC-00A00973/bst/xcms_bst_dms_40031_40032_2.pdf

Die Bildungsinitiative „Haus der kleinen Forscher“ in Hessen

Für das "Haus der kleinen Forscher" engagieren sich in Hessen 19 lokale Netzwerkpartner.¹⁴ Diese stellen das Fortbildungsangebot der Stiftung für pädagogische Fach- und Lehrkräfte zur Verfügung und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur frühkindlichen Bildung in den Bereichen Naturwissenschaften, Mathematik und Technik. Von den insgesamt 4.004 Kindertageseinrichtungen (Kita, Krippe, Hort) und 1.175 Grundschulen in Hessen nehmen derzeit 1.073 Einrichtungen (Kita, Hort und Grundschule) aktiv an den Fortbildungen der Bildungsinitiative teil. Von den teilnehmenden Einrichtungen im Land sind 201 als "Haus der kleinen Forscher" zertifiziert.

Das Fortbildungsangebot der Bildungsinitiative kann jedoch nicht flächendeckend allen Einrichtungen in Hessen (Kita, Hort, Grundschule) angeboten werden. Dies liegt zum einen darin begründet, dass noch nicht in allen Landkreisen und Städten Netzwerkpartner gefunden wurden, die das Fortbildungsangebot den Einrichtungen vor Ort zur Verfügung stellen. Zum anderen ist es vor allem vielen Netzwerkpartnern in Mittel- und Südhessen aufgrund fehlender Personal- und Finanzressourcen nicht möglich ein bedarfsgerechtes Fortbildungsangebot zu etablieren.

So befindet sich Hessen bei einem Vergleich der Bundesländer lediglich auf dem 14. Rang, bezogen auf den Anteil der Einrichtungen, die bereits an einer Fortbildung vom „Haus der kleinen Forscher“ teilgenommen haben. Aus diesem Grund ist es das Ziel der Stiftung, tragfähige Strukturen in ganz Hessen auf- und auszubauen und hierfür mittelfristig starke Partner und Förderer zu gewinnen.

3 Analyse der bildungspolitischen Situation in Hessen aus Perspektive der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“

3.1 Qualitätsentwicklung im Zuge des Ausbaus von Kitaplätzen und Ganztagsbetreuung an Grundschulen unzureichend berücksichtigt

Die hessische Landesregierung setzt auf einen quantitativen Ausbau der Betreuungseinrichtungen im U3 und Ganztags schulbereich. Dabei sollten aber auch die qualitative Weiterentwicklung sowie die Stärkung der frühkindlichen Bildung stärker in den Blickpunkt rücken. Der Erhalt eines qualitativ hochwertigen Bildungsangebotes in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen in erreichbarer Nähe stellt dabei einen wichtigen Aspekt dar, der sich auch mehr und mehr zu einem relevanten Standortfaktor entwickelt.

Die Stiftung sieht hier die Möglichkeit, den Qualitätsaspekt der Einrichtungen durch ein entsprechendes flächendeckendes, qualitativ hochwertiges und gleichzeitig niederschwelliges Fortbildungsangebot für pädagogischen Fach- und Lehrkräfte in den Einrichtungen zu stärken. Vor allem zur Stärkung des ländlichen Raums braucht es ein breites dezentrales Angebot für Fach- und Lehrkräfte. Denn gerade im ländlichen Raum

¹⁴ Eine Darstellung der Netzwerkpartner in Hessen ist im Anhang unter „Die Bildungsinitiative „Haus der kleinen Forscher“ in Hessen“ abgebildet.

stellen die sinkenden Schülerzahlen im Grundschul- und Sekundarbereich eine große Herausforderung „für die Erhaltung eines wohnortnahen, breit gefächerten Bildungsangebotes mit ausreichend ausgelasteten Schulen und entsprechend differenzierten Angeboten“¹⁵ dar.

3.2 Bedeutung der MINT-Bildung in Hessen steigerungsfähig

Eine bundesweite Bestandsaufnahme der Körber-Stiftung von regionalen Netzwerken für die MINT-Bildung zeigt, dass von den deutschlandweiten 56 MINT-Regionen nur zwei in Hessen verankert sind. Zu den MINT-Regionen in Hessen zählen die Initiativen „MINT im Werra-Meißner-Kreis e.V.“ sowie die „MINT-Initiative Fulda“. Es zeigt sich, dass es hier eine Diskrepanz zwischen dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel und der Bedeutsamkeit naturwissenschaftlicher und technischer Bildung gibt. Vor allem mit Blick auf den Fachkräftemangel muss es gelingen, Strukturen für eine frühe MINT-Bildung aufzubauen und diese mit Leben zu füllen. Die Stiftung sieht hier vor allem einen verstärkten Bedarf bei der Förderung der frühkindlichen Bildung sowie der Begeisterung von Schülerinnen und Schüler für sogenannte MINT-Berufe und -Themen.

Eng damit verbunden ist die Qualifizierung pädagogischer Fach- und Lehrkräfte in den Bereichen Naturwissenschaften, Mathematik und Technik. Mit einem flächendeckenden Angebot zur frühen MINT-Bildung kann hier ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Bedeutsamkeit von Naturwissenschaft, Mathematik und Technik geleistet werden.

4 Impulse und inhaltliche Schwerpunkte zum Bildungsgipfel

4.1 MINT-Kompetenzen hessischer Schülerinnen und Schüler nachhaltig fördern

Die Bedeutung von Naturwissenschaften und Technik nimmt immer mehr zu. Sie begegnen uns überall und prägen gerade in einer hochtechnisierten Wissensgesellschaft unser alltägliches Leben. Die Auseinandersetzung mit naturwissenschaftlichen Bildungsinhalten fördert bei Schülerinnen und Schülern u.a. die Fähigkeit, sich mit Problemen und Fragestellungen auseinanderzusetzen und Zusammenhänge zu begreifen. Dies sind Kompetenzen, die in unserer Zeit von grundlegender Bedeutung sind für eine gesellschaftliche Teilhabe.

Die frühe MINT-Bildung sollte in Hessen gestärkt und damit das naturwissenschaftliche, mathematische und technische Verständnis bei Schülerinnen und Schülern gefördert werden. Das stärkt nicht nur die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler, sondern trägt zu einer langfristigen Nachwuchssicherung in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen wie auch in den mathematischen und technischen Berufen bei. Neben dem naturwissenschaftlichen, mathematischen und technischen Verständnis wird beim Forschen und Entdecken darüber hinaus auch die Entwicklung von Sprach-, Lern- und Sozialkompetenzen von Schülerinnen und Schüler gefördert.

Mit ihrem sehr praxisnahen Bildungsangebot kann die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ einen Beitrag dazu leisten, mehr Schülerinnen und Schüler für MINT-Fächer zu begeistern.

¹⁵ Vgl.: Hessische Staatskanzlei (Hrsg.): 3. Demographie-Bericht. Wiesbaden 2013. S.25

und das naturwissenschaftliche, mathematische und technische Verständnis sowie Basiskompetenzen bei Schülerinnen und Schülern zu fördern.

Die Hessische Landesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Aktivitäten zur Fachkräftesicherung in Hessen zu bündeln. Dabei soll ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept erarbeitet werden, das Zielvorgaben für „die Aus- und Weiterbildung von Schülern und Auszubildenden, zur Aktivierung unzureichend genutzten Arbeitskräftepotentials und zur Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland“¹⁶ beinhaltet. Hier sieht die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ die MINT-Bildung entlang der Bildungskette noch nicht ausreichend berücksichtigt und empfiehlt eine frühzeitige Verankerung bereits im Elementar- und Primarbereich.

4.2 MINT-Kompetenzen der pädagogischen Fach- und Lehrkräfte kontinuierlich entwickeln

Die Bildungsinitiative „Haus der kleinen Forscher“ kann mit ihrem Fortbildungsangebot einen Beitrag dazu leisten, den Anteil an naturwissenschaftlich-technisch fortgebildeten Fachkräften in hessischen Grundschulen deutlich zu steigern.¹⁷ Die Integration naturwissenschaftlichen Forschens und Entdeckens in das Bildungsangebot im Grundschulbereich kann durch eine regelmäßige und kontinuierliche Fortbildung der pädagogischen Fach- und Lehrkräfte erfolgen.

Erste sehr positive Erfahrungen in der Umsetzung einer vertieften naturwissenschaftlichen Qualifizierung pädagogischer Fach- und Lehrkräfte zeigen sich in einem Modellprojekt des Hessischen Kultusministeriums, des Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“. Im Rahmen des Modellprojekts werden pädagogische Fach- und Lehrkräfte aus Kindertagesstätten und Grundschulen, die gemeinsam ein Tandem bilden, sowohl zu naturwissenschaftlichen Bildungsinhalten als auch zur verstärkten Kooperation zwischen Bildungseinrichtungen fortgebildet, um dadurch die Umsetzung des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans in die Praxis zu unterstützen.¹⁸

Eine langfristige vertiefte Qualifizierung der pädagogischen Fach- und Lehrkräfte im Grundschulbereich durch das Fortbildungsangebot der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ ist möglich, da jährlich zwei neue Themenworkshops angeboten werden können. Die Fortbildungen der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ haben eine hohe Qualität, sind sehr praxisnah und beziehen sich auf die Altersgruppe drei- bis zehnjährige Kinder. Allen teilnehmenden Fach- und Lehrkräften werden pädagogisch hochwertige und kostenlose Materialien zur Verfügung gestellt. Die Qualität der Angebote der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ wird durch kontinuierliches Qualitätsmonitoring und wissenschaftliche

¹⁶ Vgl. Hessische Staatskanzlei (Hrsg.): 3. Demographie-Bericht. Wiesbaden 2013. S.74

¹⁷ Seit Anfang des Jahres 2011 stellt sich auch die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ der Herausforderung, die einmal begonnene naturwissenschaftliche Frühbildung in Bildungseinrichtungen der sechs- bis zehnjährigen Kinder weiterzuführen und zu vertiefen. Nach einer erfolgreichen Modellphase (2011-2013) in der die o.g. Angebote des Bildungsprojektes in Pilotenrichtungen (Horte, Grundschulen und Ganztagschulen) erprobt wurden, beginnt ab dem Schuljahr 2013/2014 die bundesweite Öffnung des Fortbildungsangebotes auf die Altersgruppe sechs bis zehn Jahre für alle interessierten lokalen Netzwerkpartner. Fortan wird ab Januar 2013, dort wo es den Netzwerkpartnern möglich ist, das Fortbildungsangebot für pädagogische Fach- und Lehrkräfte angeboten, die mit Kindern im Alter von drei bis zehn Jahren arbeiten.

¹⁸ Nähere Informationen zum Modellprojekt sind im Anhang dargestellt.

Begleitforschung überprüft und stetig weiterentwickelt. Der praxisnahe Ansatz macht es möglich, die erlernten und erfahrenen pädagogischen und naturwissenschaftlichen Inhalte rasch in die alltägliche pädagogische Arbeit mit Schülerinnen und Schüler einzubinden.

Durch die Zusammenarbeit der Stiftung mit lokalen Netzwerkpartnern in Hessen ergibt sich für die hessischen Grundschulen ein besonderer Mehrwert. Die Fach- und Lehrkräfte haben dadurch die Möglichkeit, wohnortnah an einem regelmäßigen und fachlichen Erfahrungsaustausch mit Fach- und Lehrkräften aus Kitas, Horten und anderen Grundschulen teilzunehmen.

4.3 Vernetzung aller relevanter MINT-Akteure Hessens in einer MINT-Allianz vorantreiben

Ausgehend von der oben beschriebenen Situation scheint es zukunftsweisend, die MINT-Bildung in Hessen zu stärken. Hierzu könnte eine MINT-Allianz-Hessen gegründet werden, die alle relevanten MINT-Akteure entlang der Bildungskette miteinander vernetzt. Regelmäßige Austauschtreffen sollen dazu dienen, die Synergieeffekte der hessischen MINT-Akteure zu nutzen und diese in die Mitgestaltung der hessischen Schullandschaft einfließen zu lassen.

Durch die Bereitstellung eines flächendeckenden und regional verankerten Fortbildungsangebotes für alle pädagogischen Fach- und Lehrkräfte könnte die MINT-Bildung in Hessen nachhaltig in allen Bildungseinrichtungen entlang der Bildungskette verankert werden. Der Grundschule kommt hier einer besonderen Aufgabe zu, da spätestens in diesem Bildungsabschnitt das Interesse der Schülerinnen und Schüler an MINT-Fächern aufgegriffen und begleitet werden sollte. Pädagogische Fach- und Lehrkräfte benötigen hierfür neben fundierten naturwissenschaftlichen, mathematischen und technischen Kompetenzen, die Fähigkeit als Lernbegleiter die Schülerinnen und Schüler beim Explorieren und Forschen zu unterstützen und die unterschiedlichen Vorerfahrungen und Kompetenzen der Kinder einzubeziehen.

5 Anhang

5.1 Der pädagogische Ansatz der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ und der hessische Bildungs- und Erziehungsplan

Auf inhaltlicher Ebene bestehen große Übereinstimmungen zwischen dem hessischen Bildungs- und Erziehungsplan und dem pädagogischen Ansatz der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“.¹⁹ Beide basieren auf der Vorstellung eines aktiven und kompetenten Kindes, das seine Umwelt erkunden und begreifen möchte. Dabei nimmt es eine aktive Gestalterrolle seiner eigenen Lernprozesse ein.²⁰

Die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ stärkt durch ihre Angebote die naturwissenschaftlichen, mathematischen und technischen Kompetenzen bei Kindern. Gleichmaßen werden die allgemeinen Basiskompetenzen wie Sprach-, Sozial- und Problemlösekompetenz und lernmethodische Kompetenzen gestärkt. Das Bild vom aktiven und kompetenten Kind, die Ko-Konstruktion von Lernprozessen und das Bewusstmachen des eigenen Lernens (Metakognition) zur Stärkung der lernmethodischen Kompetenzen der Kinder stellen die Leitlinien aller pädagogischen Konzepte der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ dar und sind zugleich auch die Basis des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans.

Das Fortbildungsangebot für Fach- und Lehrkräfte, das im Rahmen des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans angeboten wird, hat zahlreiche inhaltliche Überschneidungen mit dem Fortbildungsangebot der Stiftung. Aus der tabellarischen Übersicht lässt sich eine hohe Kompatibilität der beiden Ansätze zur Verbesserung der frühen (naturwissenschaftlich-mathematisch-technischen) Bildung erkennen.

Tabelle 1: Gegenüberstellung der Qualifizierungsmodule für die Fachkräfte aus Kindertagesstätte und Grundschule im Rahmen des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan und des Fortbildungsangebotes der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“

Qualifizierungsmodule für pädagogische Fachkräfte aus Kita und Grundschule ²¹	Fortbildungsangebot der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ ²²
Modul 1 Grundsätze und Prinzipien des Plans – Teil A <ul style="list-style-type: none">• Bild vom Kind• Verständnis von Bildung• Ko-Konstruktion• Konsistenz im Bildungsverlauf	„Forschen mit Wasser“ <ul style="list-style-type: none">• Pädagogische Leitlinien der Stiftung Haus der kleinen Forscher• Bild vom Kind• Ko-Konstruktion• Forschungskreis• Oberflächenspannung• Löslichkeit

¹⁹ Stiftung Haus der kleinen Forscher (Hrsg.): Pädagogischer Ansatz der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ – Philosophie, Konzept und praktische Hinweise zur Umsetzung. Das Konzept wurde gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Dr. Dr. Fthenakis entwickelt. Broschüre zum pädagogischen Ansatz im pdf-Format: <http://www.haus-der-kleinen-forscher.de/de/forschen/paedagogik/paedagogischer-ansatz/>

²⁰ Bildung von Anfang an – Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen, 5. Auflage 2013, Seite 20 f sowie Pädagogischer Ansatz der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“, 4. Auflage 2013, Seite 17

²¹ Quelle: http://www.bep.hessen.de/irj/BEP_Internet?cid=ef3bda7b5662acc2b1eb474f46974f81

²² Auszug aus dem Fortbildungsangebot der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“

	<ul style="list-style-type: none"> • Aggregatzustände des Wassers
Modul 4 Lernmethodische Kompetenzen <ul style="list-style-type: none"> • Philosophie des HBEP • Lernmethodische Kompetenzen • Lernprozesse initiieren • Lernprozesse reflektieren 	„Forschen mit Luft“ <ul style="list-style-type: none"> • Metakognition • Interaktionsprozesse • Dialog • Luft ist nicht nichts • Luft unterschiedlicher Temperaturen • Luft bewegt
Modul 19 Mathematik <ul style="list-style-type: none"> • Grundsätze und Prinzipien des HBEP • mathematische Kompetenzen in allen Altersstufen und an allen Bildungsorten • mathematische Aufgabenstellungen erproben und ko-konstruktive Erfahrungen machen • Merkmale mathematischer Bildung im Sinne des HBEP • Reflexion der eigenen Rolle als Lernbegleitung und in der Ko-Konstruktion • Gemeinsame Projektideen für Kita und Grundschule entwickeln 	„Mathematik in Raum und Form entdecken“ <ul style="list-style-type: none"> • Beobachtung des kindlichen Entwicklungsstands • Muster und Reihenfolgen (Regelmäßigkeiten und Spiegelungen) • Flächen und Körper • Mengen, Zahlen und Ziffern im Alltag • Kategorisieren, Vergleichen
Modul 20 Naturwissenschaften <ul style="list-style-type: none"> • Grundsätze und Prinzipien des HBEP • Rolle der Fachkraft für Vorbereitung, Planung und Strukturierung eines naturwissenschaftlichen Projekts • Reflexion der eigenen Rolle als Lernbegleitung und in der Ko-Konstruktion • Dokumentation von Projekten 	„Forschen mit Sprudelgas“ <ul style="list-style-type: none"> • Sprachliche Bildung • Lernbegleitung • Entstehung von Kohlendioxid • Eigenschaften von Kohlendioxid • Nachweis von Kohlendioxid
	„Forschen zu Strom und Energie“ <ul style="list-style-type: none"> • Bildungspartnerschaft mit Eltern • Strom im Alltag • Stromquellen • Stromwerkstatt • Ohne Strom läuft nichts?
Modul 21 Technik <ul style="list-style-type: none"> • Grundsätze und Prinzipien des HBEP • Verknüpfung des Bildungsbereiches Technik mit anderen Bildungsbereichen • Reflexion der eigenen Rolle als Lernbegleitung und in der Ko-Konstruktion im Zusammenhang mit technischer Bildung • Gemeinsame Projektideen für Kita und Grundschule entwickeln 	„Technik – Bauen und Konstruieren“ <ul style="list-style-type: none"> • Lernbegleitung • Technik im Alltag • Werkzeugkunde • Konstruktion und Bau einer Fantasiemaschine Zugänge zu technischer Bildung: Analyse, Konstruktion, Fertigung, Experiment

5.2 Das gemeinsame Modellprojekt der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ und des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration und des Hessischen Kultusministeriums

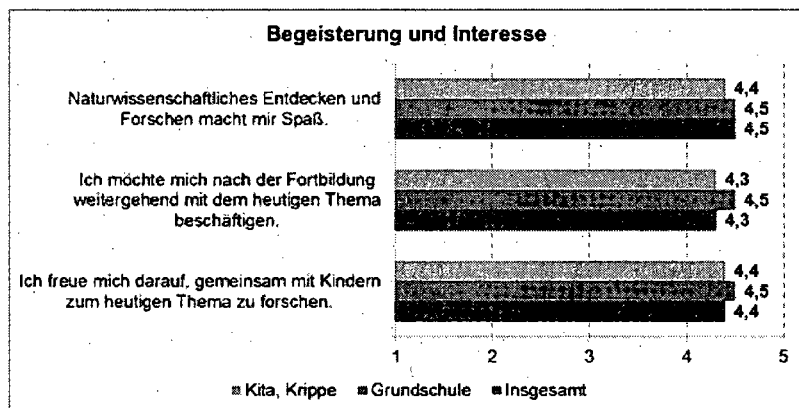
Unter dem Titel „Frühe MINT-Bildung in Hessen – pädagogische Fachkräfte aus Kindertagesstätten und Grundschulen gemeinsam fortbilden und die inhaltliche Tandearbeit fördern“ führt die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales und Integration und dem Hessischen Kultusministerium ein Modellprojekt durch. Ziel ist die vertiefte Qualifizierung der pädagogischen Fach- und

Lehrkräfte in Tandems aus Kindertageseinrichtungen und Grundschulen im Handlungsfeld der frühen naturwissenschaftlichen, mathematischen und technischen Bildung auf Grundlage des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans.

Im Rahmen des Modellprojektes bietet die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ in Zusammenarbeit mit drei lokalen Netzwerkpartnern Fortbildungen für hessische Tandems aus Kindertagesstätten und Grundschulen an. Das Fortbildungskonzept der Stiftung, d.h. die beiden Basisworkshops der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ („Forschen mit Wasser“ und „Forschen mit Luft“), wurde dabei um ein hessenspezifisches Element zu den Grundlagen und den Bildungszielen des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans sowie dem Element der Tandemarbeit ergänzt. Die Fortbildung von Fachkräftetandems bietet weitreichende Chancen für gegenseitiges Verständnis der verschiedenen Professionen und Einrichtungen und ermöglicht die Entwicklung einer gemeinsamen Bildungsphilosophie, in deren Mittelpunkt das Kind mit seinen individuellen Lernvoraussetzungen selbst aktiv seine Lernerfahrungen mitgestaltet und ko-konstruiert.

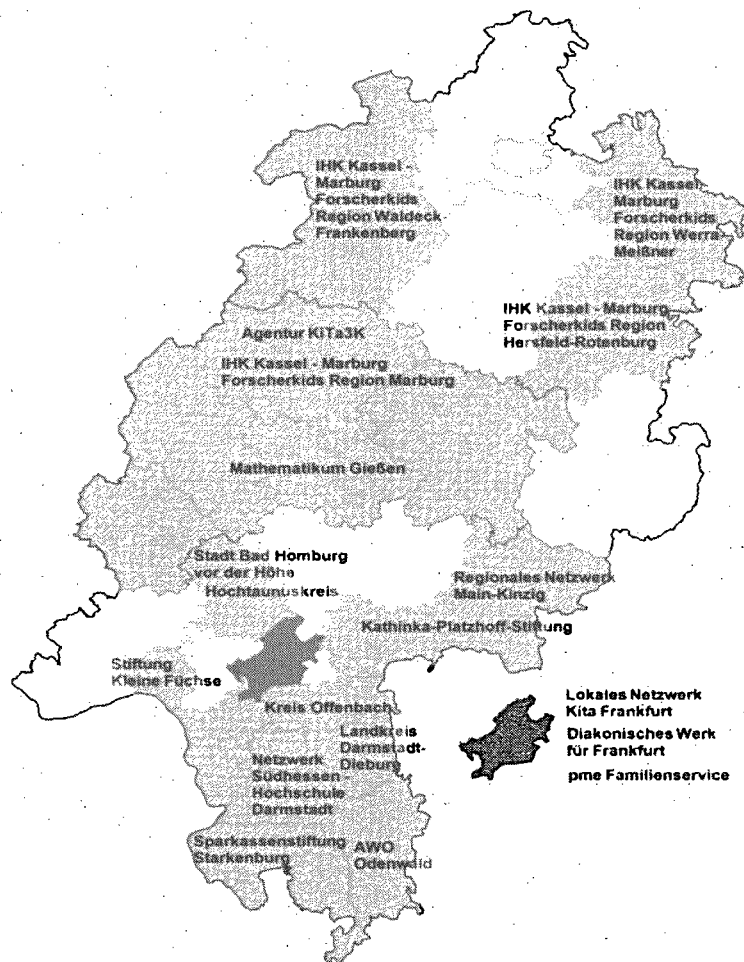
Beispielhaft sei hier ein kurzer Auszug aus dem Zwischenbericht des Modellprojekts dargestellt:

„Um bei Kindern Begeisterung für naturwissenschaftliche Themen zu wecken und Möglichkeiten für grundlegende Lernerfahrungen zu schaffen, müssen auch die Pädagoginnen und Pädagogen Freude an diesen Themen haben. Sie sollten über grundlegendes Wissen zu den beforschten naturwissenschaftlichen Fragestellungen verfügen und wissen, wie man systematisch und „wissenschaftlich“ mit diesen Fragestellungen umgehen kann. Dazu benötigen sie pädagogische Handlungsstrategien, um die Kinder optimal bei ihren Forschungs- und Lernprozessen unterstützen zu können, und sollten ihre eigene Rolle als Lernbegleitung regelmäßig reflektieren.“



Die im Modellprojekt angebotenen Fortbildungen wecken bei den pädagogischen fach- und Lehrkräften Interesse und Freude an der Beschäftigung mit naturwissenschaftlichen Themen. Die pädagogischen Fach- und Lehrkräfte freuen sich auf die praktische Umsetzung und das gemeinsame Forschen mit den Kindern.“

5.3 Die lokalen Netzwerkpartner der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ in Hessen



Netzwerkname	Strasse	PLZ	Ort
IHK Kassel-Marburg Forscherkids - Region Waldeck-Frankenberg	Christian-Paul-Straße 5	34497	Korbach
IHK Kassel-Marburg Forscherkids - Region Marburg	Software Center 3	35037	Marburg
IHK Kassel-Marburg Forscherkids - Region Hersfeld-Rotenburg	Leinenweberstraße 1	36251	Bad Hersfeld
IHK Kassel-Marburg Forscherkids - Region Werra-Meißner	Niederhoner Straße 54	37269	Eschwege
Agentur KiTa3K	In Wolfgruben 24	35232	Dautphetal
Mathematikum Gießen	Liebigstraße 8	35390	Gießen
Diakonisches Werk für Frankfurt	Kurt-Schumacher-Straße 31	60311	Frankfurt
pme Familienservice	Guillettstraße 18-22	60325	Frankfurt
Lokales Netzwerk Kita Frankfurt	Zeil 5	65929	Frankfurt
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	Rathausplatz 1	61343	Bad Homburg vor der Höhe
Hochtaunuskreis	Ludwig-Erhard-Anlage 1-5	61352	Bad Homburg vor der Höhe
Kreis Offenbach	Werner-Hilpert-Straße 1	63128	Dietzenbach
Kathinka-Platzhoff-Stiftung	Französische Allee 12	63450	Hanau
Regionales Netzwerk Main-Kinzig	Herzbachweg 14	63571	Gelnhausen
Landkreis Darmstadt-Dieburg	Jägertorstraße 207	64289	Darmstadt
Netzwerk Südhessen - Hochschule Darmstadt	Birkenweg 8	64295	Darmstadt
Sparkassenstiftung Starkenburg	Merianstraße 4	64646	Heppenheim
AWO Odenwald	Kellereibergstraße 4	64720	Michelstadt
Stiftung Kleine Füchse	Solmsstraße 1	65185	Wiesbaden

Bildungsgipfel (HKM)

Von: Schulte, Astrid <astrid.schulte@heraeus-bildungsstiftung.de>
Gesendet: Mittwoch, 16. Juli 2014 16:53
An: Bildungsgipfel (HKM)
Cc: Löffler-Ensgraber, Dr. Mignon (HKM); zu Leiningen, Olga; Bremer, Monika
Betreff: Bildungsgipfel
Anlagen: Themen Bildungsgipfel.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir haben in der Heraeus Bildungsstiftung Themen, Ideen und Anregungen zu dem geplanten Bildungsgipfel diskutiert und freuen uns, Sie bei der Erarbeitung zielführender Bildungsmaßnahmen zu unterstützen. Eine Zusammenfassung unserer thematischen Impulse erhalten sie beigelegt.

Gerne möchten wir den Austausch mit Ihnen zu dem spannenden Thema „Bildung“ weiter fortführen und wünschen Ihnen für die Planung des Bildungsgipfels viele gute Empfehlungen und viel Erfolg.

Herzliche Grüße auch von Frau Dr. Beate Heraeus

Astrid Schulte
Geschäftsführerin

Heraeus Bildungsstiftung
Kurt-Blaum-Platz 2
63450 Hanau
Tel.: 06181 428938-20
Fax: 06181 428938-90
Mobil: 0176 19892444
E-Mail: astrid.schulte@heraeus-bildungsstiftung.de
Internet: www.heraeus-bildungsstiftung.de
Facebook: www.facebook.com/PersonlichkeitMachtSchule



Heraeus
Bildungsstiftung

Vorstand der gemeinnützigen Stiftung: Dr. h.c. Beate Heraeus (Vorsitzende), Dr. Jürgen Heraeus (stellv. Vorsitzender), Ursula Heraeus, Eric Seng;
Geschäftsführer: Ernst Höhmann, Astrid Schulte
Bankverbindung: IBAN DE 29506500230000112540, BIC HELADEF1HAN (Sparkasse Hanau)
Wir freuen uns über weitere Zustiftungen und Spenden, um unsere Arbeit ausweiten zu können!

This e-mail is intended for the exclusive use of the individual or entity named above and may constitute information that is privileged or confidential or otherwise protected from disclosure. Dissemination, distribution, forwarding or copying of this e-mail by anyone other than the intended recipient is prohibited. If you have received this e-mail in error, please notify the sender immediately by telephone or e-mail and completely delete or destroy any and all electronic or other copies of the original message.



Bildungsgipfel des Hessischen Kultusministeriums

Themenvorschläge der Heraeus Bildungsstiftung

Ausbildung von Lehrern:

- Einheitliche und verpflichtende Eignungsfeststellung für Lehrer und die Etablierung eines Auswahlverfahrens für Lehramtsinteressenten an den Universitäten
- Verbesserung der inhaltlichen und organisatorischen Verzahnung der ersten und zweiten Phase der Lehrerausbildung (Phase 1: Hochschule, Phase 2: Referendariat)
- Optimierung des Berufseinstiegs für Junglehrer, z.B. Implementierung von Mentoren-Systemen, Einarbeitungsplänen etc.

Auswahl von Schulleitern - Initiierung von „Talentsuche“

- Entwicklung eines systematischen Bewerbungs- und Auswahlverfahrens für Schulleiter
- Vorbereitendes und berufsbegleitendes Qualifizieren der Schulleiter
- Schulleitung als Team begreifen

Weiterqualifizierung von Lehrern:

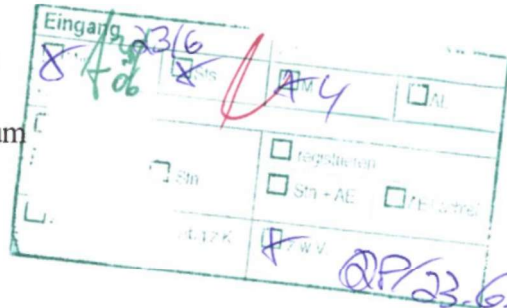
- Differenzierte Planung der Weiterbildung der Lehrer

Strukturelle Rahmenbedingungen:

- Intensivierung der Zusammenarbeit der Studienseminare und Schulämter (über Ländergrenzen hinweg!)
- Schaffung von Anreizsystemen für Lehrer und Schulleiter
- Etablierung von Job-Tausch-Modellen und Förderung des Austauschs zwischen Schule und Wirtschaft/Unternehmen (Patenschaften o.ä.)



Herrn
 Prof. Dr. R. Alexander Lorz
 Der Minister
 Hessisches Kultusministerium
 Luisenplatz 10
 65185 Wiesbaden



12. Juni 2014

Bildungsgipfel des Hessischen Kultusministeriums

Sehr geehrter Minister Lorz,

Ende Mai hat mich Ihr Schreiben vom 16. Mai erreicht. Gerne nehmen wir Ihre Einladung an, einen Beitrag zu dem geplanten Bildungsgipfel zu leisten.

Die Herbert Quandt-Stiftung engagiert sich seit zehn Jahren an weiterführenden Schulen in Hessen durch ihren „Dialog der Kulturen-Schulenwettbewerb“. Zentrales Thema unserer Arbeit ist die interkulturelle und religiöse Kompetenzvermittlung in einem fächerübergreifenden und projektorientierten Arbeiten. Ein Jahr lang widmen sich die Schulen dem interkulturellen Lernen und Leben an der Schule.

Aus dieser Arbeit konnten bereits Bildungsstandards und Unterrichtsmaterialien gehoben werden. Auch können wir Erfahrungen aus der Projektarbeit für eine curriculare Verankerung der interkulturellen Kompetenzvermittlung sowie für eine interkulturelle Öffnung der Schulen benennen.

Die Erfahrungen aus der Projektarbeit und die erkannten Bedarfe werden wir in unsere thematischen Vorschläge für den avisierten Bildungsgipfel gerne einfließen lassen. Sie erhalten unseren Beitrag bis zum Beginn der Sommerferien Ende Juli. Unabhängig von Ihrem Schreiben stehen der Vorstand der Stiftung, Herr Dr. Christof Eichert, und die Leiterin des „Dialogs der Kulturen“, Frau Dr. Bernadette Schwarz-Boenneke, mit Ihrem Büro im Kontakt, um einen Termin für ein Gespräch zu finden.

Es würde mich freuen, wenn bei diesem Gespräch einige Themen für Ihren Bildungsgipfel angesprochen werden könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Klatten
 Stiftungsratsvorsitzende



Hessischer Handwerkstag · Postfach 29 60 · 65019 Wiesbaden

Herrn Staatsminister
Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz
Hessisches Kultusministerium
Postfach 31 60
65021 Wiesbaden

Unser Zeichen: IV-Ha
Ansprechpartner: Andreas Haberl
Telefon: 0611 136-195
Telefax: 0611 136-8195
E-Mail: andreas.haberl@
hwk-wiesbaden.de

Datum: 17. Juli 2014

Eingang		Az:	
<input checked="" type="checkbox"/> IAC	<input checked="" type="checkbox"/> Sts	<input checked="" type="checkbox"/> IV 4	<input type="checkbox"/>
Zuordnung			
<input type="checkbox"/> Inznanen	<input type="checkbox"/> registriert		
<input type="checkbox"/> AF	<input type="checkbox"/> Stn	<input type="checkbox"/> Stn + AE	<input type="checkbox"/> AE Fachref
<input type="checkbox"/> v. Abg z K	<input type="checkbox"/> n. Abg z K	<input checked="" type="checkbox"/> z w V.	Grü 27/12

Bildungsgipfel der Hessischen Landesregierung

Ø BerStab - 26 ✓
LSA - D 2 v. hr. V.
17. 2415

Sehr geehrter Herr Professor Lorz,

gerne kommen wir Ihrer Aufforderung nach, Ihnen zum anstehenden Bildungsgipfel der Hessischen Landesregierung thematische Impulse für die inhaltliche Arbeit des Bildungsgipfels zukommen zu lassen. Für diese Möglichkeit danken wir Ihnen an dieser Stelle sehr herzlich.

Wir möchten uns bei unseren Anregungen auf zwei Themen konzentrieren, die uns für unseren zukünftigen Fachkräftenachwuchs besonders wichtig sind:

1. Ausbau der Berufs- und Studienorientierung in der Schule

Das hessische Handwerk stellt fest, dass der Trend zum Abitur mit anschließender Aufnahme eines Studiums an einer Hochschule in den letzten Jahren massiv zugenommen hat. Gegen den Erwerb höherer Schulabschlüsse bzw. des Abiturs ist zunächst nichts einzuwenden.

Mit Sorge erfüllt uns aber, dass nach einer Umfrage des Bundesinstituts für Berufsbildung im Frühjahr 2012 nur noch 47 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger den Wunsch äußerten, eine duale Ausbildung zu absolvieren – 10 Prozentpunkte weniger als 2006. Und 28 Prozent der Studierenden, die ein Bachelorstudium aufnehmen, verlassen die Hochschule ohne einen Studienabschluss. In den universitären Bachelorstudiengängen der Ingenieurwissenschaften sieht das Bild noch drastischer aus: Hier sind es rund die Hälfte aller Studierenden, die das akademische Ziel nicht erreichen. In den entsprechenden Studiengängen der Fachhochschulen liegt die Quote bei 30 Prozent.

Dies ist eine Fehlentwicklung, die durch eine entsprechende Berufs- und Studienorientierung an den allgemein bildenden Schulen gestoppt werden muss.

DAS HANDEWERK
DIE WIRTSCHAFTSMACHT. VON NEBENAN.

..2

Trotz vielfältiger Anstrengungen der Hessischen Landesregierung, Ihres Hauses und der allgemein bildenden Schulen in den letzten Jahren, stellen wir leider fest, dass Schülerinnen und Schüler weiterhin nicht ausreichend auf die Zeit nach der Schule und vor allem auf ihre Berufswahl vorbereitet sind.

Jeder Jugendliche, der die allgemein bildende Schule verlässt, muss in der Lage sein, auf der Basis einer fundierten Einschätzung der eigenen Qualifikation, der eigenen besonderen Neigungen und Fähigkeiten und des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes eine sachgerechte Entscheidung für die eigene Ausbildung oder sein Studium zu treffen. Jugendliche müssen die Vor- und Nachteile einer beruflichen, schulischen oder tertiären Ausbildung kennen und für sich bewerten können.

Berufs- und Studienorientierung muss daher in allen Schulformen ein verpflichtender Bestandteil des Unterrichts – nach Möglichkeit als eigenständiges Unterrichtsfach – der letzten drei Schuljahre sein. Hierfür ist an allen Schulen ein aufeinander aufbauendes Gesamtkonzept zu entwickeln, das den Staatlichen Schulämtern vorzulegen ist. Berufs- und Studienorientierung muss zudem ein struktureller Bestandteil der Lehreraus- und Lehrerfortbildung sein.


2. Zurückfahren des Übergangsbereiches auf das „Nötigste“

Weiterhin durchlaufen zu viele Schülerinnen und Schüler Maßnahmen des Übergangssystems. Der Übergangsbereich hatte in Phasen des Ausbildungsplatzmangels und in Situationen des Strukturwandels wichtige Aufgaben. Im Kontext der heute veränderten demografischen Lage ist dieses im Kern kompensatorische System jetzt auf den unumgänglichen Bedarf zurückzuführen und immer darauf auszurichten, zielgerichtet zur Ausbildung im dualen System hinzuführen.

Die Angebote zwischen allgemein bildender Schule und beruflicher Bildung werden zwar als Unterstützung für schwächere Jugendliche weiterhin gebraucht, sie sind jedoch auf die Zielgruppe zu konzentrieren, die keinen allgemein bildenden schulischen Abschluss erreicht hat oder trotz Abschluss noch nicht in der Lage ist, eine betriebliche Ausbildung zu absolvieren. Maßnahmen des Übergangssystems müssen sich darauf konzentrieren, Jugendliche durch Qualifikation und Unterstützung der Persönlichkeitsentwicklung in Ausbildung zu integrieren und während der Ausbildung zu stabilisieren.

Wir hoffen, dass wir bei beiden Themen im Rahmen des Bildungsgipfels zu Fortschritten und Verabredungen kommen, die von allen Seiten mitgetragen und letztlich eingehalten werden. Dabei sagen wir Ihnen unsere tatkräftige Unterstützung gerne zu.

Mit freundlichen Grüßen

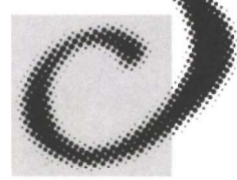


Harald Brandes
Geschäftsführer

950 800 020 - 431

Eingang	04/08	Az: 808 25
<input checked="" type="checkbox"/> M	<input checked="" type="checkbox"/> V	<input checked="" type="checkbox"/> M LMB
Verfügung	i.v. LMB	114
<input checked="" type="checkbox"/> scannen	<input checked="" type="checkbox"/> registrieren	
<input type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> Stn	<input checked="" type="checkbox"/> Stn + AE
<input type="checkbox"/> v. Abg. z. K.	<input type="checkbox"/> n. Abg. z. K.	<input type="checkbox"/> z. w. V.

Frist: 20.08.14



HfMDK, Eschersheimer Landstraße 29-39, 60322 Frankfurt am Main

Hessisches Kultusministerium
Herrn Kultusminister
Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden



Hochschule für Musik
und Darstellende Kunst
Frankfurt am Main

Der Präsident
Thomas Rietschel
Telefon +49 (0)69 154 007 311
Telefax +49 (0)69 154 007 310
Thomas.Rietschel@hfmdk-frankfurt.de

31. Juli 2014

Bildungsgipfel

Sehr geehrter Herr Minister,

eher zufällig haben wir erfahren, dass die Landesregierung einen Bildungsgipfel plant, „der zu einer langfristigen Verständigung über Ziele und Maßnahmen der Bildungspolitik in unserem Land führen soll“.

Ich begrüße diese Initiative sehr, und wir sind als Hochschule für Musik und Darstellende Kunst gerne bereit, uns auch inhaltlich in Vorbereitung und Durchführung des Bildungsgipfels einzubringen. Wir möchten in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Kulturellen Bildung hinweisen. Musik, aber auch Bildende Kunst, Theater (Darstellendes Spiel) und Tanz sind die Bereiche, in denen die Kreativität von Kindern und Jugendlichen angesprochen und geschult wird. Hier handelt es sich um die Fächer, in denen nicht nur die kognitive Seite, sondern die ganze Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen angesprochen wird. Von daher sollten sie unserer Ansicht nach bei diesem Bildungsgipfel angemessen berücksichtigt werden.

Wir können als Hochschule für Musik und Darstellende Kunst vielfältige Erfahrungen und Fachkompetenzen in diesen Bildungsgipfel einbringen. Unsere Musikpädagogen setzen sich auch als Forscher mit dem Thema Kulturelle Bildung intensiv auseinander, die Musiklehrausbildung nimmt eine zentrale Stelle an unserer Hochschule ein.

Da ich erst vor wenigen Tagen von dem geplanten Bildungsgipfel Kenntnis bekommen habe, sehe ich mich kurzfristig nicht in der Lage, einen ausführlichen Beitrag von unserer Seite einzusenden. Ich bitte Sie dafür um Verständnis und würde mich aber freuen, wenn wir und vor allem das Thema Kulturelle Bildung in die Planung für den Bildungsgipfel genommen werden könnten. Als Hessens Hochschule für Musik, Theater und Tanz sehen wir uns als einen der zentralen Ansprechpartner für Fragen der Kulturellen Bildung in unserem Land.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Rietschel

Thomas Rietschel



Eschersheimer Landstraße 29-39
60322 Frankfurt am Main
Telefon +49 (0)69 154 007 0
www.hfmdk-frankfurt.de



Arbeitsgemeinschaft
Hessen

Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern | 60284 Frankfurt

Herrn Staatsminister
Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz
Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Eingang		AZ:	
<input checked="" type="checkbox"/> M	<input checked="" type="checkbox"/> S	<input checked="" type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> AL
Verfügung			
<input type="checkbox"/> können	<input type="checkbox"/> registrieren		
<input type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> Stn	<input type="checkbox"/> Stn + AE	<input type="checkbox"/> AE Factref
<input type="checkbox"/> v. Abg. z. K.	<input type="checkbox"/> n. Abg. z. K.	<input checked="" type="checkbox"/> z. w. V.	na 24.7.

Stobben-Zb ✓
in 2017 → m4-D2
z. n. V.

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
I A 2.8, 17.03.2014

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Telefon
06151 871-279
Kirsten Rowedder

Frankfurt am Main
16.07.2014

Hessischer Bildungsgipfel – Ansätze der Wirtschaft

Sehr geehrter Herr Staatsminister Professor Lorz,

die IHK-Arbeitsgemeinschaft bedankt sich für die Möglichkeit, unsere Impulse für den geplanten Bildungsgipfel vorab formulieren zu dürfen. Wir, die hessischen Industrie- und Handelskammern, bringen uns sehr gerne in den Bildungsgipfel und die einzelnen Arbeitsgruppen ein, um gemeinsam langfristige Ziele und Qualitätsmaßstäbe für die hessische Bildungspolitik zu erarbeiten. Die von Ihnen mit dem Bildungsgipfel angestrebte langfristige Verlässlichkeit ist nicht nur für Schulen, sondern auch für die hessischen Unternehmen ein wichtiges Ziel.

In der Bildungspolitik liegt ein Schlüssel für die positive wirtschaftliche Entwicklung in Hessen. Die Unternehmen brauchen qualifizierte und motivierte Fachkräfte, um Innovationen umsetzen und damit im Wettbewerb bestehen zu können. Mehr als 80 % des zukünftigen Fachkräftebedarfs stammt aus dem Bereich der beruflichen Bildung. Aus Sicht der hessischen Wirtschaft muss es das Ziel des Bildungsgipfels sein, die Zahl der Ausbildungs- und Studienabbrecher und die Zahl der Personen im Übergangssystem zu reduzieren und gleichzeitig die Attraktivität der dualen Berufsausbildung für Schüler, Lehrer und Eltern hervorzuheben.

Für den Erfolg des Bildungsgipfels ist aus unserer Sicht entscheidend,

- dass Bildung ganzheitlich gedacht wird und die verschiedenen an Bildung beteiligten Ressorts – Kultus, Soziales, Wissenschaft, Wirtschaft – eingebunden werden und

- dass nicht die Diskussion über Einzelmaßnahmen wie z.B. Schulformen im Vordergrund steht und die Beteiligten sich in Details verlieren, sondern grundlegende bildungspolitische Ziele und Grundsätze erarbeitet und daraus konkrete Maßnahmen abgeleitet werden.

Zu den aus Sicht der Wirtschaft relevanten inhaltlichen Schwerpunkten:

1. Umfragen der IHKs zeigen immer wieder, welche hohe Bedeutung eine frühzeitige, fundierte Berufs- und Studienorientierung für die Unternehmen haben. So gaben 53 % der Unternehmen bei der im Frühjahr dieses Jahres durchgeführten IHK-Bildungsumfrage an, dass der größte bildungspolitische Handlungsbedarf in einer Stärkung der Berufs- und Studienorientierung liegt; gefolgt von 47 % der Befragten, die eine Steigerung der Ausbildungsreife als Priorität sehen. Diese Aspekte sind zum Erreichen der oben beschriebenen Ziele (Reduktion von Abbrüchen und Reduzieren des Übergangssystems) ausschlaggebend.
2. In der Bildungspolitik muss es gelingen, den Fokus auf die Übergänge von Schule in den Arbeitsmarkt zu lenken. Nur wenn klar ist, welche Effekte einzelne bildungspolitische Maßnahmen auf den Verbleib der Schülerinnen und Schüler nach der Schulzeit haben, können wir gemeinsam entsprechend steuernd eingreifen. Die regionalen OloV-Runden, in die sich auch die IHKs aktiv einbringen, sind ein wichtiges Instrument für diese Diskussion und Steuerung vor Ort.
3. Ein wichtiger Partner bei der Ausbildung der von hessischen IHK-Unternehmen benötigten Fachkräfte stellen die hessischen Berufsschulen dar. Stärker als bisher sollten sich die Beruflichen Schulen auf diese zentrale Kernaufgabe konzentrieren.
4. Schon von Beginn an muss der Bildungsgipfel die Frage der Evaluation im Blick haben. Der Erfolg bildungspolitischer Maßnahmen muss messbar sein. Ein entsprechendes System von Kennzahlen (z.B. zu den Übergängen differenziert nach Schulformen) zur Evaluation und Steuerung der Maßnahmen muss aus- bzw. aufgebaut werden. Dies setzt voraus, dass wir in allen Phasen des Bildungsgipfels messbare Ziele festlegen.

Ergänzend zu den genannten Aspekten erhalten Sie die Wahlprüfsteine der hessischen Industrie- und Handelskammern, denen Sie weitere Details zu unseren bildungspolitischen Forderungen entnehmen können.

Für vorbereitende Gespräche zum Bildungsgipfel stehen wir gerne zur Verfügung.

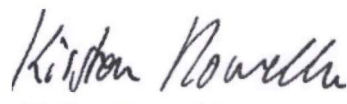
Freundliche Grüße

Arbeitsgemeinschaft hessischer
Industrie- und Handelskammern



Matthias Gräßle
Geschäftsführer

Industrie- und Handelskammer
Darmstadt Rhein Main Neckar



Kirsten Rowedder
Federführung Schule/Hochschule

Anlage
Auszug aus den IHK-Wahlprüfsteinen



IHK

Arbeitsgemeinschaft
Hessen

HESSEN WIRD ZUKUNFTSSTANDORT

*Wahlprüfsteine der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen
zur Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013*

INHALT

Hessen wird Zukunftsstandort	4	2.7 Die Tourismusdestinationen vermarkten helfen	27
1 Fachkräfte sichern	5	2.8 Starke Innenstädte als Identifikationskerne entwickeln	28
1.1 Eine zusammenhängende Strategie zur Fachkräftesicherung umsetzen	6	2.9 Für den Finanzplatz eine vernünftige Regulierungsarchitektur schaffen und den Aufsichtspratz stärken	29
1.2 Berufs- und Studienorientierung als fächerübergreifendes Schulcurriculum entwickeln	7	2.10 Den Fokus auf Existenzgründung und Unternehmensförderung setzen	31
1.3 Die Attraktivität der beruflichen Bildung stärken	9	2.11 Die Netzwerke am Innovations- und Forschungsstandort Hessen intensivieren	33
1.4 Die naturwissenschaftlich-technische und ökonomische Bildung hervorheben	10	2.12 Die Umweltallianz Hessen mit Leben erfüllen	35
1.5 Mehr selbstverantwortete Berufsschulen ermöglichen	12	2.13 Das Vergaberecht auf Eignung und Leistung des Anbieters konzentrieren	36
1.6 Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern	13	2.14 Die Förderung der Außenwirtschaft mit den Wirtschaftsorganisationen sinnvoll abstimmen	37
1.7 Ein ganzheitliches Integrationskonzept entwickeln	14	3 Haushalte stabilisieren	39
2 Standort-Stärken ausbauen	15	3.1 Steuern und Haushalt zukunftsfest ausgestalten	40
2.1 Sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen gewährleisten	17	Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern (ARGE)	42
2.2 Die Verkehrsinfrastruktur ausbauen	18	Adressen der hessischen Industrie- und Handelskammern	43
2.3 Den Öffentlichen Personennahverkehr und Fernbuslinienverkehr wettbewerbsgerecht ausgestalten	20	Impressum	44
2.4 Bei Infrastrukturvorhaben die Planungstransparenz erhöhen und die Genehmigungszeit verkürzen	22		
2.5 Ausreichende Breitband-Netze in allen Regionen schaffen	24		
2.6 Das Standortmarketing auf Ebene der Regionen unterstützen	26		

HESSEN WIRD ZUKUNFTSSTANDORT

Bei der hessischen Landtagswahl am 22. September 2013, die am gleichen Tag wie die Bundestagswahl stattfindet, entscheiden die Bürger über Weichenstellungen für den Wirtschaftsstandort Hessen in der Mitte Europas.

Die Ausgangslage für den Start in die nächste Legislaturperiode ist überwiegend positiv. Das Politik-Management der vergangenen Jahre war in vielen Punkten erfolgreich. Der Ausklang der Staatsschuldenkrise, die Stabilisierung des Bankensystems in Europa, die Erholung der Wachstumskräfte in Deutschland, die hervorragende Exportbilanz als Ausweis der gelungenen Globalisierung und die hohe Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften mit entsprechend starker Beschäftigung gehören zu dieser Bilanz. Die großen Herausforderungen dieser Jahre sind politisch und gesellschaftlich gemeistert worden. Die soziale Marktwirtschaft ist gestärkt aus der Krise hervorgegangen.

Die Wirtschaft in Hessen befindet sich dabei in einer bemerkenswert guten Situation. Die Bruttowertschöpfung lag 2011 erstmals über 200 Milliarden Euro. Hessen ist damit von der Wirtschaftskraft etwa so stark wie Dänemark und leistet nur etwas weniger als Österreich. Gemessen an der Wertschöpfung pro Kopf liegt Hessen noch vor Bayern und Baden-Württemberg. Und in Hessen werden durchschnittlich die höchsten Löhne in den Flächenländern gezahlt. Auch bei den Investitionen der Unternehmen ist Hessen vorne. Im Jahr 2011 wurden über 25.000 Euro pro Erwerbstätigem investiert, so viel wie an keinem anderen Standort. Und in Hessen gibt es auch die meisten Existenzgründer gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen; auf 10.000 Erwerbstätige kamen 104 Existenzgründer.

Auf der anderen Seite der Bilanz zeigt sich, mit welchem Aufwand dies erreicht wurde. Die öffentlichen Haushalte spüren auf allen Ebenen die Notwendigkeit zum Schuldenabbau. Der Handlungsspielraum des Staates zur Sicherung der Infrastruktur ist deutlich geschrumpft. Bei der Energiepolitik hat eine Kehrtwende mit erheblichen Folgewirkungen stattgefunden. Die staatlich induzierten Stromkosten lassen die Standortkosten für die Industrie, aber auch für andere Branchen wie die Rechenzentren und die Verkehrsbetriebe steigen. Was den Fachkräftemangel betrifft, ist noch ganz viel zu tun; bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie bei der Arbeitsmigration und Integration braucht es deutlich stärkere Impulse.

Das Gesamtbild zeigt, dass Hessen aufgrund der hervorragenden Voraussetzungen prädestiniert ist für eine Rolle als Zukunftsstandort der Wirtschaft. Die nächste Landesregierung muss aber sicherstellen, dass diese Potenziale genutzt und die Herausforderungen klug gelöst werden. Dazu gehören die richtigen Entscheidungen insbesondere auf drei Handlungsfeldern: Fachkräfte sichern, Standort-Stärken ausbauen, Haushalte stabilisieren.

Die wesentlichen Prüfpunkte für die Wahlentscheidung haben die Vollversammlungen der hessischen Industrie- und Handelskammern als Vertreter der hessischen Mitgliedsunternehmen beraten und verabschiedet. Wir geben diese Wahlprüfsteine der Öffentlichkeit zur Bewertung der Vorschläge der verschiedenen politischen Parteien zur Hand.

Prof. Dr. Mathias Müller
Vorsitzender der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen

Matthias Gräble
Geschäftsführer der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen

1 | FACHKRÄFTE SICHERN

Die Sicherung der Fachkräfte ist für Hessen der entscheidende Zukunftsfaktor. Der IHK-Fachkräfte-monitor zeigt, dass Hessens Wirtschaft bis 2015 durchschnittlich rund 100.000 Fachkräfte pro Jahr fehlen. Diese Entwicklung wird sich ab 2020, bedingt durch den demografischen Wandel, noch weiter verschärfen. Um dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen, sind zahlreiche Maßnahmen notwendig. Dazu gehören zum Beispiel eine stärkere Berufsorientierung in den Schulen, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der Rückbau des Übergangssystems von der Schule in den Beruf.

Bei der Wahlentscheidung ist es daher von großem Belang, dass die Parteien der Sicherung des Fachkräfteangebots für die hessische Wirtschaft einen hohen Stellenwert beimessen. Zudem ist zu prüfen, ob die von den Parteien vorgeschlagenen Maßnahmen tatsächlich zur Lösung der Herausforderung beitragen.

Politik und Wirtschaft müssen hier Hand in Hand daran arbeiten, in den nächsten Jahren mehr zu erreichen! Im Folgenden finden Sie Erwartungen der hessischen IHKs zur Fachkräftesicherung.

Die nächste Landesregierung muss

- eine zusammenhängende Strategie zur Fachkräftesicherung umsetzen
- die Berufs- und Studienorientierung als fächerübergreifendes Schulcurriculum entwickeln
- die Attraktivität der beruflichen Bildung stärken
- die naturwissenschaftlich-technische und ökonomische Bildung hervorheben
- mehr selbstverantwortete Berufsschulen ermöglichen
- die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern
- ein ganzheitliches Integrationskonzept entwickeln

Zur Sicherung des Fachkräfteangebots sind bereits eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen worden. Erforderlich ist ein Gesamtkonzept mit einer zusammenhängenden Strategie. Das Problem des Fachkräftemangels muss in der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik zusammenhängend als gemeinsames Thema angegangen werden. Es ist erforderlich, das Fachkräftereservoir perspektivisch zu erhöhen und neue Zielgruppen zu erschließen, die dem Arbeitsmarkt bisher nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Dazu müssen Maßnahmen vom Kindergarten bis zur Weiterbildung umgesetzt werden, um zum Beispiel Studienabbrecher-Quoten zu senken, die Frauenerwerbsquote zu steigern, Zuwanderung aus dem Ausland zu erleichtern und die Weiterbildung von Arbeitslosen, gering Qualifizierten und älteren Fachkräften strategisch auszubauen. Im Interesse der Mobilität von Familien, deren Arbeitsplatzwechsel auch häufig einen Schulwechsel bedingt, muss es für möglichst alle Schulformen und alle Schulfächer möglichst bundesweite Standards mit einer konsequenten Evaluierung geben.

Die Berufs- und Studienorientierung muss als fächerübergreifendes Schulcurriculum entwickelt werden. Das ist leicht gesagt und schwer umgesetzt, denn an die Schule werden immer mehr Erwartungen herangetragen. Damit die Jugendlichen fit für die Zeit nach der Schule werden, sollte die Besprechung von Berufsbildern Bestandteil des Fachunterrichts sein. Die Schüler sollten konkrete Berufsvorstellungen haben und damit einen guten Übergang in die Ausbildung finden. Die Hochschulen

sollen ihre Curricula zur Lehrerausbildung dementsprechend anpassen. Und Hochschulen sollten verstärkt Partnerschaften mit Unternehmen in der Region knüpfen und Kooperationsangebote für KMUs bereitstellen.

Die Attraktivität der beruflichen Bildung stärken heißt den Trend zu längeren Schulzeiten und zum Verweilen in Übergangssystemen umzukehren. Um ihre Ausbildungsreife oder ihre Berufsorientierung zu verstärken, nehmen schwächere Schüler gern die unterschiedlichen Angebote der Beruflichen Schulen wahr, von der Berufsfachschule bis zum Assistenten-Lehrgang. Diese sehr diversifizierten Angebote sind in Zeiten schwieriger Ausbildungsmärkte entstanden, heute aber nicht zeitgemäß. Diese Angebote haben nur noch eingeschränkt eine arbeitsmarktintegrierende oder berufsorientierende Funktion. Daher sollte die Landesregierung diese Doppelstrukturen verringern, so dass die berufliche Bildung wieder die erste Wahl wird.

Die nächste Landesregierung muss die naturwissenschaftlich-technische und ökonomische Bildung hervorheben. Diese Qualifikationen bestimmen heute zunehmend die Berufswelt, und daher sollte das Land Hessen eine langfristig angelegte MINT-Förderung entlang der Bildungskette in Gang setzen. Dafür muss das Land die Kapazitäten der technischen, naturwissenschaftlichen und ökonomischen Lehreraus- und Weiterbildung erweitern und attraktive Angebote schaffen, um ausreichend Fachlehrer zu haben.

Selbstverantwortete Berufsschulen müssen sich daran messen lassen, ob sie eine ggfs. mangelnde Schulausbildung kompensieren können und einen guten Bezug zur Berufspraxis herstellen. Die dafür notwendige Qualitätssteigerung erhoffen sich Bildungspolitiker davon, dass den Berufsschulen mehr Verantwortung übertragen wird. Die nächste Landesregierung muss dazu die bisher fehlenden finanziellen und rechtlichen Grundlagen schaffen.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern bedeutet: Hessen wird Familienland. Eltern stehen dann nicht mehr vor der Wahl zwischen Kindern und Beruf, sondern können beides gut miteinander verbinden. Die Betreuungseinrichtungen, von der Krippe bis zum Hort, bieten mit dem Erwerbsleben kompatible Öffnungszeiten, um die flexible Verknüpfung von Beruf und Familie zu ermöglichen. Das betrifft auch Ganztagsbetreuungsangebote für Schulkinder, die eine flächendeckende Betreuung bis in die Abendstunden sicherstellen. Hierfür wird entsprechend qualifiziertes Personal benötigt. Betreuungsgutscheine sollen berufstätigen Eltern die Wahl eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots ermöglichen. Der Gesetzgeber sollte sicherstellen, dass die Wahlfreiheit der Kita sowohl am Wohn- als auch am Beschäftigungsort gängige Praxis ist.

Ein ganzheitliches Integrationskonzept entwickeln ist ein notwendiger nächster Schritt zur Integration von Migrantinnen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Viele Initiativen sind gestartet, aber wie weit haben sie zur Minderung des Fachkräfteproblems beigetragen? Die nächste Landesregierung sollte ein Monitoring einrichten, das die Fortschritte Hessens wie auch der Regionen darstellt. Integration ist eine quantitative und qualitative Zukunftsaufgabe für die Regierung wie für die Gesellschaft.

1.1 | EINE ZUSAMMENHÄNGENDE STRATEGIE ZUR FACHKRÄFTESICHERUNG UMSETZEN

HINTERGRUND | WIE ES IST

Der Fachkräftemangel wird zunehmend zu einer größeren Herausforderung für die hessischen Unternehmen. Fast jedes dritte Unternehmen meldet Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen. Der IHK-Fachkräftemonitor zeigt: Allein bis 2015 werden durchschnittlich rund 100.000 Fachkräfte pro Jahr fehlen. In Hessen ausgebildete Hochschulabsolventen stehen dem regionalen Arbeitsmarkt häufig nicht zur Verfügung. Neben Akademikern fehlen insbesondere auch zahlreiche beruflich qualifizierte Fachkräfte. Dieser Mangel wird sich zukünftig aufgrund der demografischen Entwicklung weiter verschärfen. Dadurch kann die Prosperität und Innovationsfähigkeit der Unternehmen sowie der Wirtschaftsstandort Hessen maßgeblich geschwächt werden. Die Fachkräftekommission des Landes Hessen hat diese Zusammenhänge aufgezeigt und Maßnahmen benannt, die dem Fachkräftemangel entgegenwirken sollen.

EMPFEHLUNGEN | WIE ES SEIN SOLLTE

Das Problem des Fachkräftemangels muss in der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik zusammenhängend als gemeinsames Thema angegangen werden. Dazu ist ein ganzheitliches Konzept erforderlich, das die Veränderungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen erfasst und aufnimmt. Es ist erforderlich, das Fachkräftereservoir perspektivisch zu erhöhen und neue Zielgruppen zu erschließen, die dem Arbeitsmarkt bisher nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Dazu müssen Maßnahmen vom Kindergarten bis zur Weiterbildung umgesetzt werden, um zum Beispiel Studien- und Ausbildungsabbrecherquoten zu senken, die Frauenerwerbsquote zu steigern, Zuwanderung aus dem Ausland zu erleichtern und die Weiterbildung von Arbeitslosen, gering Qualifizierten und älteren Fachkräften strategisch auszubauen. Die beteiligten Institutionen müssen ihre Kräfte bündeln, um innovative und kooperative Strategien zur Fachkräftesicherung zu entwickeln. Eine konsequente Weiterentwicklung der Willkommenskultur ist notwendig, damit sich in- und ausländische Fachkräfte in Hessen heimisch fühlen. Zudem müssen für alle Schulformen und für möglichst viele Schulfächer zügig bundesweite Bildungsstandards eingeführt und mit Prüfungen regelmäßig evaluiert werden.

MEHRWERT

Die hessischen Unternehmen finden ausreichend qualifizierte Fachkräfte und müssen keine Einschränkungen hinsichtlich Produktivität und Qualität bei ihren angebotenen Produkten und Dienstleistungen hinnehmen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind besser qualifiziert und können ihre Potenziale besser entfalten. Die hessische Wirtschaft bleibt innovativ, wettbewerbsfähig und kann weiterhin im internationalen Wettbewerb bestehen. Wertschöpfung findet im Land Hessen statt und wird nicht an andere Standorte verlagert. Durch eine höhere Erwerbsbeteiligung werden die Sozialversicherungssysteme entlastet; die öffentlichen Finanzen gewinnen durch geringere Ausgaben und höhere Einnahmen an Stabilität. Diese verstärkte bundesweite Ausrichtung des Bildungswesen erleichtert die Mobilität von Fachkräften, die häufig mit einem Schulwechsel einher geht.

UMSETZUNG | WIE ES ZU ERREICHEN IST

Der Abschlussbericht der Fachkräftekommission des Landes Hessen zeigt den Weg zu einer nachhaltigen und koordinierten Strategie der Fachkräftesicherung auf. Aufbauend darauf müssen nun konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Die Anzahl junger Menschen ohne Schulabschluss muss weiter verringert werden, die Berufs- und Studienorientierung ausgebaut werden. Die Beschäftigungsfähigkeit älterer Fachkräfte ist durch lebenslanges Lernen sowie eine frühzeitige Gesundheitsvorsorge zu erhalten. Neben der Unterstützung durch die Unternehmen sind dazu auch die Arbeitnehmer selbst gefordert. Ebenso wichtig wie Aus- und Weiterbildung ist die weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Land, kommunale Gebietskörperschaften und Universitäten arbeiten strategisch zusammen, um auch ausländische Hochschulabsolventen zu gewinnen und in der Region zu halten. Vor allem Kleine und Mittlere Unternehmen müssen dafür sensibilisiert werden, in den aufgezählten Handlungsfeldern aktiv zu werden.

1.2 | BERUFS- UND STUDIENORIENTIERUNG ALS FÄCHERÜBERGREIFENDES SCHULCURRICULUM ENTWICKELN

HINTERGRUND | WIE ES IST

Die Wirtschaft braucht Schüler und Hochschulabsolventen, die das erworbene Wissen aus Schule und Hochschule in der Praxis, also in der Ausbildung und im Berufsleben, anwenden können. Zudem benötigt sie Bewerber mit ausreichenden sozialen Kompetenzen und Kenntnis über wirtschaftliche Zusammenhänge und Finanzierungsformen. Dies lernen sie am besten mit praxisbezogenen Lerninhalten und durch Praktika, bei denen die Unternehmen eine zentrale Rolle spielen. Mit der Strategie „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit“ (OloV) ist ein Ansatz zur Berufsorientierung in der Sekundarstufe I für alle Schulformen entwickelt worden. Seine landesweiten Qualitätsstandards lassen explizit regionale Besonderheiten zu. Das kommt den Unternehmen zugute, da Schüler durch einen systematisch angelegten Berufsorientierungsprozess eine fundierte Berufswahl treffen und bessere Vorstellungen vom Berufsbild, von der Berufsausbildung bzw. vom Studium haben. Allerdings besteht bei Schulen, die selbständig werden, die Gefahr, dass sie zentrale Angebote zur Berufs- und Studienorientierung, die das Staatliche Schulamt für sie in den OloV-Kreisen verabredet, aufgrund ihrer Selbständigkeit ablehnen. Hier entsteht erhöhter Koordinationsaufwand. Der Bereich der Studienorientierung ist für Schüler der Sekundarstufe II bislang zu wenig systematisch. Hohe Studienabbrecherquoten belegen hier besonderen Handlungsbedarf. Die Praxisorientierung in der Hochschulausbildung funktioniert nach der Studienreform noch nicht reibungslos. Zeitfenster für Praxisphasen oder Praktika sind zu kurz oder nicht mit der Wirtschaft abgestimmt. Dies führt dazu, dass Unternehmen ihre Praktikumsstellen oder Plätze für Werkstudenten nicht mehr so gut besetzen können.

EMPFEHLUNGEN | WIE ES SEIN SOLLTE

Schulen und Hochschulen sind Orte, an denen Lehrende den Lernenden Praxisbezüge zur Berufswelt einschließlich der Unternehmenskultur vermitteln, ihnen individuell Berufsperspektiven aufzeigen und in Praxisphasen begleiten. Dies ist notwendig, um möglichst realistische Bilder von der Arbeitswelt in den Betrieben zu erhalten und eine fundierte Berufswahlentscheidung zu treffen. Bildungseinrichtungen und Wirtschaft sehen sich als gleichberechtigte Partner einer gewinnbringenden Zusammenarbeit. Diese staatlichen Bildungseinrichtungen pflegen Kontakte zur regionalen Wirtschaft, die die Kontakte

nutzen kann, um ihren Fachkräftenachwuchs zu sichern. Gleichzeitig gilt es durch einen intensiveren Austausch von Lehrenden mit der Wirtschaft, einen besseren Praxisbezug zu erreichen.

MEHRWERT

Lernende erhalten eine gute Berufs- und Studienorientierung, so dass ein reibungsloser Übergang in Ausbildung, Studium und Beruf gelingt. Davon profitieren Unternehmen. Ihre Azubis wissen besser, welche Anforderungen sie im Rahmen der Ausbildung erfüllen sollen. Ausbildungsabbrüche auf Grund von falschen Berufsvorstellungen lassen sich so gut reduzieren. Gleiches gilt für gute Studieninformation, die hilft, Studienabbrüche zu reduzieren und spätere Tätigkeitsbereiche in den Unternehmen aufzeigt. Geldgeber und Anbieter von Berufsausbildungsvorbereitung integrieren ihre Angebote in die lokalen OloV-Netzwerke: so entstehen keine Doppelstrukturen und Unternehmen können sich in transparente Netzwerke einbringen. All diese Aktivitäten dienen der Sicherung des qualifizierten Fachkräftenachwuchses.

UMSETZUNG | WIE ES ZU ERREICHEN IST

Das Land Hessen und die Kommunen treiben OloV als landesweite Strategie zur Berufs- und Studienorientierung weiter voran. Zur Stärkung der Ausbildungsreife in den allgemeinbildenden Schulen treffen sie hessenweite Vereinbarungen zur Zusammenarbeit in der Jugendsozialhilfe. Die Berufs- und Studienorientierung von selbständigen Schulen werden mit entsprechenden schulbezogenen Kennzahlen gesteuert. Die IHKs bringen sich in die regionalen Aktivitäten der OloV-Netzwerke ein (z.B. Ausbildungsmessen, IHK-Praktikumsportal). Berufs- und Studienorientierung sollte im Sinne eines fächerübergreifenden Schulcurriculums als Querschnittsaufgabe in allen Unterrichtsfächern sowie in der Lehreraus- und Lehrerfortbildung mit hohem Praxisbezug verankert werden. Die Besprechung von Berufsbildern sollte Bestandteil des Fachunterrichts sein, um mit konkreten Berufsvorstellungen bei den Schülern einen reibungslosen Übergang in die Ausbildung zu fördern. Die Hochschulen passen ihre Curricula zur Lehrerausbildung dementsprechend an. Hochschulen knüpfen strategische Partnerschaften mit Unternehmen in der Region und halten Kooperationsangebote für KMUs bereit. Hochschulen bieten sich als Anlaufstellen zur Vermittlung von Studienabbrecher an. Schulische Übergangssysteme sollen ausschließlich dazu dienen, Jugendliche ohne Ausbildungsreife zu einer beruflichen Ausbildung zu befähigen.

1.3 | DIE ATTRAKTIVITÄT DER BERUFLICHEN BILDUNG STÄRKEN

HINTERGRUND | WIE ES IST

In den nächsten Jahren werden in Hessen jährlich bis zu 150 000 Fachkräfte fehlen. 85 Prozent des Bedarfs von IHK-Unternehmen ist im beruflichen Bereich zu finden. Diese Chance ist bei vielen Schülerinnen und Schülern, ihren Lehrern wie Eltern zu wenig bekannt. Ebenso wenig bekannt ist die größere Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und akademischen Wegen. Die Angebote berufsbegleitender Studiengänge und die Anzahl berufsbegleitender Studierender in Hessen rangieren nach einer Studie von CHE auf Rang 6. Viele Schüler und Schülerinnen entscheiden sich daher für den höchstmöglichen Schulabschluss wie auch das Studium. Umfragen zeigen, dass sich nur noch ein Viertel der Realschüler für duale Berufsausbildung interessiert.

Der Trend zu längeren Schulzeiten ist auch bei schwächeren Schülerinnen und Schülern festzustellen. Um ihre Ausbildungsreife oder ihre Berufsorientierung zu verstärken, nehmen sie gern die unterschiedlichen Angebote der Beruflichen Schulen wahr, von der Berufsfachschule bis zum Assistenten-Lehrgang. Diese sehr diversifizierten Angebote sind in Zeiten schwieriger Ausbildungsmärkte entstanden. Nicht selten nutzen Schüler diese Angebote kumulierend. Studien haben nachgewiesen, dass sie ihre arbeitsmarktintegrierende oder berufsorientierende Funktion nur eingeschränkt erfüllen. Mit der deutlichen Verbesserung von Ausbildungsplätzen sind Doppelstrukturen von Angeboten von Betrieben und Berufsschulen entstanden. Berufliche Schulen und Schulträger begründen diese schulischen Angebote gerne mit der Sicherung des regionalen Wirtschaftsstandorts, auch um die Existenz der Berufsschulstandorts zu sichern.

Mit der Einstiegsqualifizierung ist ein Instrument der Berufsvorbereitung geschaffen worden, das hoch effizient auch weniger ausbildungsreife Schüler in Ausbildung bringt. Studien weisen einen Klebeeffekt bis zu 70 Prozent nach.

EMPFEHLUNGEN | WIE ES SEIN SOLLTE

Die Landesregierung stellt die Chancen einer dualen Berufsausbildung für einen Einstieg in den hessischen Arbeitsmarkt öffentlichkeitswirksam dar. Das Angebot an Beruflichen Schulen ist deutlich reduziert und so angelegt,

dass ein Übergang in duale Berufsausbildung auch während des Schuljahres möglich ist. Schulen werden an ihrem Erfolg bei einem schnellen Übergang gemessen. Die Landesregierung führt ein regelmäßiges hessenweites und regionales Monitoring durch und verabredet Ziele mit den Schulträgern. Schulische Angebote existieren nur dort, wo es keine dualen Ausbildungsangebote gibt. IHK-Unternehmen erhöhen ihr Angebot an Schulpraktika und öffnen sich auch schwächeren Bewerberinnen und Bewerbern. IHK-Unternehmen bieten verstärkt Praktika zur Einstiegsqualifizierung an.

MEHRWERT

Schüler, Eltern und Lehrer sind über die Chancen des hessischen Fachkräftebedarfs und die Wege zu einer beruflichen bzw. akademischen Laufbahn informiert. Unternehmen stehen wieder mehr Bewerber zur Verfügung.

UMSETZUNG | WIE ES ZU ERREICHEN IST

Die Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung thematisiert die unterschiedlichen Karrierewege. Landesregierung, Elternverbände wie auch Kommunen informieren Eltern über die Chancen des hessischen Fachkräftebedarfs. Die IHKs bieten hierzu ihre Expertise und Mitwirkung an. Große wie auch mittelständische IHK-Unternehmen unterstützen diese Informationsarbeit.

Die Landesregierung überarbeitet ihr Angebot an Beruflichen Schulen grundlegend. Sie reduziert es auf das Nachholen eines nicht erreichten Schulabschlusses bzw. auf den Erwerb von zusätzlichen Qualifikationen, bis ein Ausbildungsplatz gefunden ist. Bereits ab 2015 sind nur noch 15.000 Schülerinnen und Schüler in Angeboten Beruflicher Schulen. Die IHKs bieten an, genügend Praktika für neukonzipierte Angebote zu akquirieren. Das Land Hessen vereinfacht den Zugang für beruflich Qualifizierte zur Hochschule nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz.

1.4 | DIE NATURWISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE UND ÖKONOMISCHE BILDUNG HERVORHEBEN

HINTERGRUND | WIE ES IST

Unternehmen benötigen qualifizierten Fachkräftenachwuchs, besonders im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, mit beruflicher und mit akademischer Qualifizierung. Die Studien- und Berufswahl treffen Jugendliche während ihrer Schulzeit. Engagierte und fachlich versierte Lehrer sowie attraktiver Unterricht in diesem Bereich spielen für die Entscheidung der Jugendlichen eine wichtige Rolle. Deshalb sind qualifizierte Fachlehrer im naturwissenschaftlich-technischen Bereich besonders wichtig, um hier attraktive berufliche Perspektiven aufzuzeigen. Interesse für MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) ist dann besonders groß, wenn die Schüler im Unterricht selbst forschen und experimentieren können. Dazu braucht es in den Schulen die entsprechende Ausstattung und Gruppengröße, die dies möglich werden lassen, und Verbindung zu Lernorten mit Praxisbezug.

Ökonomische Bildung ist in der Schule über die Fächer Arbeitslehre sowie Politik und Wirtschaft verankert. Die gewerbliche Wirtschaft hat Interesse daran, dass beide Fächer für die zukünftigen Lehrer gleichwertig gelehrt werden und dass ökonomische Bildung möglichst praxisnah vermittelt wird. Die IHKs, Verbände und andere Wirtschaftsorganisationen und Unternehmen halten entsprechende Angebote zur ökonomischen Bildung bereit, die noch intensiver genutzt werden können – auch im Hochschulbereich.

EMPFEHLUNGEN | WIE ES SEIN SOLLTE

Naturwissenschaften haben in der Bildungskette vom Kindergarten bis zur Weiterbildung einen festen Stellenwert in Hessen. Damit wird das MINT-Interesse gestärkt und die Attraktivität der Berufe in diesem Bereich verbessert. Die Bildungseinrichtungen sind mit außerschulischen Lernorten eng verknüpft, dazu zählen auch Unternehmen. In Hessen vermitteln fachlich qualifizierte Erzieher und Lehrer ein positives und praxisnahes Grundverständnis von Naturwissenschaften und Technik, um mehr Interessierte für diese Bereiche zu gewinnen. In Hessen gibt es ausreichend beruflich und akademisch qualifizierten Nachwuchs im MINT-Bereich, der in den hessischen Unternehmen eingesetzt wird.

Unternehmen haben junge Mitarbeiter, die über das Grundverständnis der sozialen Marktwirtschaft verfügen und unter Anleitung praxisnahe Angebote wahrgenommen haben, die die ökonomische Bildung fördern. Jugendliche und junge Erwachsene kennen die Bedeutung von Unternehmen und die Chancen einer unternehmerischen Selbstständigkeit. Sie ist nicht nur für eine vielfältige Unternehmenslandschaft, sondern auch für unsere Gesellschaft von Bedeutung. Lehrende und Lernende erwerben Kenntnisse über und Verständnis für die Zusammenhänge der regionalen Wirtschaft und ihre Einbindungen in die europäischen und globalen Zusammenhänge.

MINT-Fächer und ökonomische Bildung werden in Hessen durch ausgebildete Fachlehrer vermittelt, die über die entsprechenden fachlichen und didaktischen Kompetenzen verfügen. Für eine gute Lehreraus- und Weiterbildung stimmen sich Wissenschafts- und Kultusministerium regelmäßig und verbindlich ab.

MEHRWERT

Angesichts der Ersatzbedarfe der gewerblichen Wirtschaft, besonders im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich und dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel gibt es deutlichen Handlungsbedarf in der Förderung der naturwissenschaftlich-technischen, aber auch der ökonomischen Bildung. Nur so kann die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Gesellschaft insgesamt sichergestellt werden. Durch die Förderung von naturwissenschaftlich-technischer Bildung wird das Interesse für eine derartige berufliche und akademische Ausbildung geweckt und das Fachkräftepotenzial erhöht.

Durch die Vermittlung grundlegender Kenntnisse über ökonomische Zusammenhänge bei Schülerinnen und Studierenden wächst das Verständnis für unternehmerisches Handeln und die Funktionsweise der regionalen Wirtschaft. Anforderungen der Unternehmen an Schulabgänger und Hochschulabsolventen können auf diesem Weg vermittelt werden. Mit entsprechend qualifizierten Fachlehrern kann die Vermittlung von MINT- und ökonomischer Bildung besser und mit mehr Praxisnähe gelingen.

UMSETZUNG | WIE ES ZU ERREICHEN IST

Das Land Hessen setzt in Abstimmung mit der Wirtschaft eine langfristig angelegte MINT-Förderung entlang der Bildungskette und zur Förderung der ökonomischen Bildung um. Das Land erweitert die Kapazitäten der technischen, naturwissenschaftlichen und ökonomischen Lehreraus- und Weiterbildung und schafft attraktive Angebote, um ausreichend Fachlehrer zu haben. Außer-schulische Lernorte werden durch die Landesregierung gestärkt untereinander und mit den Bildungseinrichtungen gut vernetzt.

Das Land Hessen verstärkt und fördert Angebote im Bereich der praxisnahen ökonomischen Bildung. Fachlehrer lernen in regelmäßigen Abständen durch eigene Betriebspraktika die unternehmerischen Tätigkeitsbereiche kennen, die sie als ein Teil der ökonomischen Bildung ihren Schülern vermitteln. Das Thema Existenzgründung wird verstärkt auch in die Hochschulen getragen und im Rahmen von Studieninhalten vermittelt.

Die Fachlehrerausbildung ist vom Land so zu steuern, dass ausreichend qualifizierte Lehrkräfte für die MINT-Fächer und die ökonomische Bildung zur Verfügung stehen.

1.5 | MEHR SELBSTVERANTWORTETE BERUFSSCHULEN ERMÖGLICHEN

HINTERGRUND | WIE ES IST

Umfragen bei IHK-Unternehmen zeigen immer wieder, dass die Leistungen der Berufsschulen daran gemessen werden, inwiefern sie die Berufspraxis sinnvoll ergänzen und mangelnde Schulausbildung kompensieren können. Die dafür notwendige Qualitätssteigerung erhoffen sich Bildungspolitiker konsensual von einer bereits 2004 initiierten Reform, bei der Berufsschulen mehr Verantwortung übertragen wird. Allerdings fehlen immer noch konkrete Rahmenbedingungen zu finanziellen und rechtlichen Grundlagen. Nicht nur das Land, sondern auch die Kommunen als Schulträger sind aufgefordert, eine aktive Rolle in diesem Prozess zu übernehmen. Schließlich gehört die Ausbildung junger Fachkräfte zur Förderung der regionalen Unternehmen.

EMPFEHLUNGEN | WIE ES SEIN SOLLTE

- Berufliche Schulen sind eigenständig und verfügen über eigene Personal- und Budgethoheit. Die Dualität der Finanzierung von Schule ist abgeschafft.
- Der Lernort Berufsschule vermittelt die theoretischen Ausbildungsinhalte wirklickeitsnah und macht die Absolventen fit für ihre erfolgreiche berufliche Zukunft. Die Berufsschulen kooperieren dabei eng mit den Unternehmen und Kammern, um Inhalte festzulegen und weiterzuentwickeln.
- Die Schulen werden durch schulbezogene Kennzahlen gesteuert. Dazu könnten die Ergebnisse in Kammerprüfungen zählen.
- Die Qualität des Unterrichts hat höchste Priorität. Hierzu gehören fachliches und berufliches Know-how der Lehrer, ein deutlich ausgebautes Weiterbildungsbudget, kein Unterrichtsausfall, eine interessante Gestaltung des Unterrichts und eine intensive Kommunikation der Schulen mit den Ausbildungsbetrieben. Lehrer absolvieren regelmäßig Praktika in Ausbildungsbetrieben.
- Vertreter von Ausbildungsunternehmen und Kammern vertreten in Schulbeiräten den dualen Partner Betrieb.
- Neben dem Master of Education können sich auch weitere Master für eine Tätigkeit in der Berufsschule bewerben. Des Weiteren haben auch Absolventen mit ausländischem Studienabschluss größere Chancen. Außerdem gibt es Aufstiegsmöglichkeiten für Fachlehrer.
- Berufliche Weiterbildung in Hessen bleibt dagegen Aufgabe von Unternehmen und Beschäftigten

MEHRWERT

Der Lernort Berufsschule überzeugt durch seine Leistungen Betriebe, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern. Der Mangel an Berufsschullehrern ist durch die Öffnung des Referendariats beseitigt.

Die Präsenzzeit in den Berufsschulen kann auf Grund der verbesserten Lehre, dem Einsatz von E-Learning und der Gewichtung der Inhalte verkürzt werden. Damit können Auszubildende von ihrem Arbeitsplatz aus im Betrieb lernen und ersparen sich zum Teil lange Anfahrtszeiten zur Berufsschule.

UMSETZUNG | WIE ES ZU ERREICHEN IST

Das Land Hessen sollte in Verhandlung mit den kommunalen Schulträgern die rechtlichen und finanziellen Eckpunkte für die Selbständigkeit definieren und sie gegenüber den Schulen kommunizieren. Um die Schulen an die Eigenständigkeit heranzuführen, sollten Schulträger zügig ihre Budgets den Schulen übertragen und ihnen Deckungsfähigkeit zusichern. Das Land und der Schulträger verständigen sich auf steuernde Kennzahlen. Die Berufsschulen evaluieren ihre Umsetzung der Selbständigkeit.

1.6 | DIE VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE VERBESSERN

HINTERGRUND | WIE ES IST

Um den drohenden Fachkräftemangel zu lindern, muss das verfügbare Arbeitskräftepotenzial stärker integriert werden. Dies betrifft u. a. die Beschäftigung von Eltern und damit die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Bei der Bereitstellung einer effizienten Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gibt es deutliches Flexibilisierungs- und Verbesserungspotenzial. Das Kinderbetreuungsangebot – insbesondere für unter 3-Jährige und Grundschul Kinder – ist noch nicht bedarfsgerecht ausgebaut. Lange Wartezeiten auf einen Platz in einer Tageseinrichtung oder einem Hort erschweren Müttern und Vätern den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben und verschlechtern so ihre Berufsperspektiven. Rund die Hälfte aller 30-jährigen Frauen mit Kindern – viele davon mit abgeschlossenem Studium und mehrjähriger Berufserfahrung – sind dauerhaft nicht (mehr) erwerbstätig. Auch die Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen gehen am Berufsleben vorbei. Angebote, die sich an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren, sind rar. Viele Kindertagesstätten und -horte werden ihrem Namen kaum gerecht und schließen bereits gegen 14 Uhr. Samstags hat kaum eine Kita geöffnet und auch bei der Betreuung während der Ferienzeiten gibt es noch viel zu tun.

EMPFEHLUNGEN | WIE ES SEIN SOLLTE

Hessen wird Familienland. Eltern stehen nicht vor der Wahl zwischen Kindern und Beruf und können beides gut miteinander verbinden. Die Betreuungseinrichtungen, von der Krippe bis zum Hort, bieten mit dem Erwerbsleben kompatible Öffnungszeiten, um die flexible Verknüpfung von Beruf und Familie zu ermöglichen. Das betrifft auch Ganztagsbetreuungsangebote für Schulkinder, die eine flächendeckende Betreuung bis in die Abendstunden sicherstellen. Das hierfür benötigte und entsprechend qualifizierte Personal ist vorhanden. Betreuungsgutscheine ermöglichen berufstätigen Eltern die Freiheit bei der Wahl eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots. Der Gesetzgeber stellt sicher, dass die Wahlfreiheit der Kita sowohl am Wohn- als auch am Beschäftigungsort gängige Praxis ist.

MEHRWERT

Eine bedarfsgerechte Betreuungsinfrastruktur ermöglicht eine frühe Rückkehr der Eltern, vor allem der Mütter, ins Berufsleben. Dadurch können die Unternehmen auf ein zusätzliches Arbeitskräftepotenzial zurückgreifen, das in Zeiten eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels keinesfalls ungenutzt bleiben darf. Dank zusätzlicher Einnahmen für die Steuer- und Sozialversicherungskassen übersteigt der volkswirtschaftliche Nutzen des Ausbaus seine Kosten bei Weitem. Das Kinderbetreuungsangebot ist damit einer der wesentlichen Standortfaktoren der Zukunft.

UMSETZUNG | WIE ES ZU ERREICHEN IST

Auch die Landesregierung beteiligt sich an der Schaffung der gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen für ein flächendeckendes Angebot an bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Betreuungsplätzen. Es muss allen Eltern möglich sein, für ihr Kind bis zum Ende der Schulpflicht einen bezahlbaren Betreuungsplatz zu finden. Es wurden die richtigen Schritte ergriffen, um einen zügigen Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren zu erreichen. Das Ziel eines Versorgungsgrades von 35 Prozent bis Mitte 2013 wird aber voraussichtlich verfehlt. Hier sind weitere Anstrengungen notwendig. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene (z. B. Kinderförderungsgesetz) müssen die Voraussetzungen für eine flächendeckende Versorgung mit Betreuungsplätzen schaffen und flexible Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen sicherstellen, damit diese den Anforderungen erwerbstätiger Eltern entsprechen. Dabei sollten die Qualitätsstandards für Betreuungseinrichtungen gewahrt werden. Die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen beim Ausbau der betrieblich geförderten Kinderbetreuung sollte nicht beim Aufbau eines Betriebskindergartens enden. Vielmehr sollte die Unterstützung auf die Beratung der Unternehmen im Rahmen von Belegplätzen und die Schaffung von Kooperationsmodellen ausgeweitet werden.

1.7 | EIN GANZHEITLICHES INTEGRATIONSKONZEPT ENTWICKELN

HINTERGRUND | WIE ES IST

Von ausländischen Jugendlichen befinden sich etwa 8 Prozent in einer Ausbildung, während diese Quote in der Gesamtbevölkerung Hessens in der Altersklasse zwischen 15 bis unter 25 Jahren 12 bis 15 Prozent beträgt. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Erwerbslosenquote von Migranten, die mit 14 Prozent etwa doppelt so hoch ist wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Menschen mit Migrationshintergrund gründen häufig kleine und kleinste Unternehmen. Aufgrund der kleinteiligen Unternehmensstrukturen und der oft wenig modernen Unternehmensorganisation ist deren Produktivität häufig gering. Oft sind die Unternehmen auch in wirtschaftlich wenig attraktiven Bereichen tätig, aus denen sich deutsche Betriebe zurückgezogen haben.

Etlche Studien weisen vor allem Sprachdefizite wie auch eine geringe Vorbildung als Ursache der geringeren Teilhabe von Migranten am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt nach. Damit die hessischen Unternehmen mit Migranten als Beschäftigten dem drohenden Fachkräftemangel begegnen können, müssen sie teilweise ihre Sprachkenntnisse und ihre Qualifikationen verbessern. Frühere Projekte der hessischen Industrie- und Handelskammern mit Migrantenunternehmen haben zudem herausgearbeitet, dass bei Eltern mit Migrationshintergrund eine große Unkenntnis über das deutsche Bildungssystem besteht.

Zwar sind in den letzten Jahren Modellregionen in Hessen entstanden, die die Integration von Migranten zum Ziel haben. Da sie sehr unterschiedliche Schwerpunkte und Ansätze verfolgen, können sie bestenfalls Best-Practice-Beispiele produzieren. Hinsichtlich der Integration von Migranten in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt vermissen die hessischen IHKs ein ganzheitliches Konzept und ein Monitoring, das die Fortschritte Hessens wie auch der Regionen darstellt.

EMPFEHLUNGEN | WIE ES SEIN SOLLTE

Der Anteil an Migranten, die an Integrationskursen teilnehmen, wird deutlich erhöht. Die nachfolgenden Generationen müssen bereits im Kindergarten Deutsch lernen, um Grundlagen für einen erfolgreichen Übergang in das Berufs- und Arbeitsleben zu schaffen. Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund wissen über das deutsche Bildungssystem sowie die Perspektiven von Studium und dualer Berufsausbildung Bescheid. Sie verstehen die Chancen, die die duale Berufsausbildung und die Aufstiegsfortbildung bieten, als Alternativen zu einer Hochschulausbildung in Deutschland. Ein Monitoring zeigt die Fortschritte der hessischen Regionen bei der Integration auf.

MEHRWERT

Es müssen weniger Fördermittel für Integrations- und Berufsvorbereitungsmaßnahmen eingesetzt werden; den hessischen IHK-Unternehmen stehen mehr Fachkräfte als Arbeitskräftepotenzial zur Verfügung.

UMSETZUNG | WIE ES ZU ERREICHEN IST

- Die Landesregierung erarbeitet ein Integrationskonzept, das die erfolgreichen, jedoch unkoordinierten Einzelmaßnahmen im Land aufeinander abstimmt und miteinander verzahnt.
- In Informationsveranstaltungen für Eltern und in den Elternvereinbarungen werden das deutsche Bildungssystem und seine Abschlüsse dargestellt und mögliche Berufswege aufgezeigt.
- Die Integrations- und Sprachkurse sehen als verpflichtende curriculare Einheit vor, über das deutsche Bildungssystem zu informieren. Die Vorteile der Berufsausbildung sind bekannt und das Ansehen im Vergleich zu schulischer oder akademischer Bildung ist vergleichsweise hoch. Wichtige Entscheidungsträger und Multiplikatoren in den Migrantenorganisationen sind entsprechend geschult.
- Die Ministerien stimmen ihre einzelnen Programme zum Übergang von Migranten in Ausbildungs- und Arbeitsmarkt aufeinander ab.

2 | STANDORT-STÄRKEN AUSBAUEN

Hessen ist ein Standort-Champion und soll es bleiben. Dafür bedarf es kraftvoller politischer Initiativen durch die nächste Landesregierung. Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur, Breitbandausbau und Innovationsförderung sind aus Sicht der hessischen IHKs wichtige Handlungsfelder.

Die nächste hessische Landesregierung muss

- sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen gewährleisten
- die Verkehrsinfrastruktur ausbauen
- den Öffentlichen Personennahverkehr und Fernbuslinienverkehr wettbewerbsgerecht ausgestalten
- bei Infrastrukturvorhaben die Planungstransparenz erhöhen und die Genehmigungszeit verkürzen
- ausreichende Breitband-Netze in allen Regionen schaffen
- das Standortmarketing auf Ebene der Regionen unterstützen
- die Tourismusdestinationen vermarkten helfen
- starke Innenstädte als Identifikationskerne entwickeln
- verkaufsoffene Sonntage praktikabel regeln
- für den Finanzplatz eine vernünftige Regulierungsarchitektur fördern und als internationalen Aufsichtsplatz stärken
- den Fokus auf Existenzgründung und Unternehmensförderung setzen
- die Netzwerke am Innovations- und Forschungsstandort Hessen intensivieren
- die Umweltallianz Hessen mit Leben erfüllen
- das Vergaberecht auf Eignung und Leistung des Anbieters konzentrieren
- die Förderung der Außenwirtschaft mit den Wirtschaftsorganisationen sinnvoll abstimmen

Die nächste hessische Landesregierung muss eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen gewährleisten. Die durch Abgaben steigenden Energiepreise sind vielerorts bereits heute eine ernsthafte Bedrohung für Wachstum und Beschäftigung. Hessen muss sich daher für eine grundlegende Reform der EEG-Förderung einsetzen, damit der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Netzausbau steuerbar werden. Die Vergünstigungen für energieintensive Unternehmen müssen erhalten bleiben. Die Betreiber neuer EEG-Anlagen müssen sich stärker als bisher an der Finanzierung des Gemeinschaftsprojekts Energiewende und an den Kosten für die Versorgungssicherheit beteiligen.

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist vordringlich. Die Landesregierung sollte den Bund überzeugen, seinen Verpflichtungen beim Fernstraßenbau nachzukommen. Zur Beseitigung der Engpässe auf den Hauptverkehrsachsen und für den Erhalt der vorhandenen Infrastruktur müssen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Der Öffentliche Personennahverkehr bekommt eine zunehmend stärkere Rolle als Bindeglied von Wohnen und Arbeiten. Flächen- und Verkehrspolitik müssen noch mehr Hand in Hand gehen. Gewerbegebiete vor den Toren der Städte und Gemeinden müssen erreichbar sein für Mitarbeiter und für Kunden.

Bei Infrastrukturvorhaben muss die nächste Landesregierung dafür sorgen, dass die Planungstransparenz erhöht wird und die Genehmigungszeiten verkürzt werden. Infrastrukturelle und industrielle Großprojekte erfordern einen Paradigmenwechsel. Politik, Verwaltung und Investoren müssen ihre Projektziele im Vorfeld erklären, für eine transparente Verfahrensgestaltung sorgen, aber auch die Grenzen von Bürgerbeteiligung aufzeigen. Der frühzeitige Einsatz optionaler Beteiligungsverfahren kann den Planungsprozess erleichtern und helfen, langwierige teure Verfahren zu vermeiden und damit Kosten zu sparen. Sie dürfen aber auch nicht zum Hemmschuh des Planungsverlaufs werden. Das Primat der Politik muss auch in Zukunft gelten.

Ausreichende Breitband-Netze in allen Regionen zu schaffen bleibt eine Daueraufgabe für Hessen 2.0. Leider sind die Unterschiede zwischen der Kapazität der Hochleistungsnetze in den Ballungsräumen und den Internetverbindungen in ländlichen Räumen unverändert groß. Doch auch in den Ballungsräumen sind zum Teil ganze Gewerbegebiete unzureichend versorgt und von der teils guten Infrastruktur der Privathaushalte abgekoppelt. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass das Engagement der Kommunen und Kreise koordiniert wird und die Ausbaustufen rechtzeitig realisiert werden. Dort, wo die Telekommunikationsanbieter aus wirtschaftlichen Gründen keine leistungsfähigen Netze aufbauen, müssen Kommunen und Kreise den Ausbau organisieren. Das Land muss dies durch geeignete Instrumente unterstützen.

Das Land sollte das Standortmarketing auf Ebene der Regionen unterstützen. Das Standortmarketing in Hessen konzentriert sich auf Wirtschaftsräume und somit auf die Regionen. In den Regionen müssen leistungsfähige, regionale Standortmarketing-Organisationen aufgebaut, unterhalten und weiterentwickelt werden. Das Land unterstützt die Regionen bei ihren Standortmarketing-Aktivitäten.

Beim Tourismus geht es nicht um Hessen, sondern um die herausragenden regionalen Destinationen. Das Land sollte helfen, diese attraktiven Ziele zu vermarkten. Die verschiedenen Destinationen bzw. großen Städte und die touristischen Unternehmen mit ihren unterschiedlichen Zielgruppen sollten sich mit Unterstützung des Landes positionieren können. Aus der erfolgreichen Tourismusvermarktung resultiert ein Imagegewinn für das Land mit Auswirkungen auf die Attraktivität des Standortes und damit auf alle Branchen.

Starke Innenstädte als Identifikationskerne entwickeln! Denn die Mitte steht fürs Ganze: Attraktive und funktionierende Innenstädte sind ein wichtiger Standortfaktor und dienen gleichzeitig als Identifikationskerne für Kommunen und Regionen. Durch eine individuelle Profilierung der Innenstädte kann es gelingen, die Innenstädte als lebendigen Kern und Treffpunkt unserer Städte zu erhalten. Die Landesregierung sollte die Instrumente zur Stärkung der Innenstädte weiterentwickeln.



INTERESSENVERBAND HESSISCHER
SCHULLEITERINNEN UND SCHULLEITER E.V.

Matthias Doebel IHS-Landesvorsitzender

Bruchköbel, den 27.07.2014

Beitrag IHS zum Bildungsgipfel am 17.09.2014

Sehr geehrter Herr Zboril, sehr geehrte Mitglieder des Planungsteams,

der IHS, der Interessenverband Hessischer Schulleiterinnen und Schulleiter, bedankt sich für die Möglichkeit, sich bezüglich des geplanten Bildungsgipfels, am 17.09.2014, inhaltlich einbringen zu können.

Aus unserer Perspektive ergeben sich folgende mittelfristige/ langfristige schulsystemische Schwerpunkte:

1. Inklusion

- a. Der Einsatz von multiprofessionellen Teams vor Ort an den Schulen.
- b. Gut qualifizierte TH Assistenten
- c. Auszeiträume in Schulen/ Auszeitklassen
- d. Anpassung der Schulpsychologie auf europäisches Niveau.
- e. Eine direkte Weiterführung der TH Assistenten von der Kita in die GS.(Problem langwierige verschleppte Verfahren)
- f. Die Möglichkeit zur Bildung von esE Kleinklassen

2. Evidenzbasierte Unterrichtsentwicklung

- a. Sicherung der Fachlichkeit bei der Entwicklung der Schulcurricula
 - i. Entwicklung von Kompetenzrastern
- b. Orientierung der strategischen Ausrichtung an den hochwirksamen Faktoren wie z.B.:
 - i. Zieltransparenz
 - ii. Reflexion von Lernprozessen
 - iii. Feedback
 1. Lehrerfeedback
 2. Lernbezogenes Schülerfeedback
 - iv. Beobachten und Wahrnehmen als Grundlage förderdiagnostischen Arbeitens
 - v. Valide Testverfahren zur Ermittlung der Lernausgangslage
 - vi. Einübung von Lernstrategien/ Metakognition als Voraussetzung für selbstgesteuertes Lernen und Kompetenzerwerb
 - vii. Dokumentation individueller Lernprozesse

Vorsitzender:
Matthias Doebel
Haingarten-Schule
Ludwig-Erhard-Str.17

T 0 61 81 | 777 90
F 0 61 81 | 577 957
schulleitung@haingarten.bruchkoebel.de
schulverwaltung.hessen.de

Privat
Akazienweg 6
63263 Neu-Isenburg
T 0 61 02 / 34 11 7

IHS – Geschäftsstelle
geschaeftsstelle@ihs-hessen.de

1. Lerntagebuch
2. Portfolioarbeit
- c. Ausbildung von Fachcoaches der o.g. Bereiche
- d. Planung einer Strategie den Prozess der Verwirklichung in der Fläche zu beschleunigen (Online Plattformen)
 - i. Best Practise wird strukturiert online zur Verfügung gestellt
- e. Schaffung der der Möglichkeit zur Bildung regionaler/ überregionaler Netzwerke/ regionale Bildungslandschaften (Ressourcen) Steuerung durch das SSA
- f. Information der Schulleitungen aller Schulformen
- g. Fortbildung
 - i. Anpassung aller vorgenannten Bereiche in der 1., 2. und 3. Ausbildungsphase
 - ii. Abrufmodule für Schulen
 1. Systemische FB im Sinne Hatties .62 (1 – 3 Jahre)
 2. Fortbildung im Bereich Feedback nach Hattie (2- 2,5 Jahre)
 3. Schulung im Bereich „Diagnose der Lernausgangslage“
 4. Transparente Unterrichtsgestaltung als Voraussetzung für die Steuerung und Selbststeuerung von Lernprozessen
 5. Entwicklung von Kompetenzrastern
 6. Lernstrategien als Voraussetzung selbstgesteuerten Lernens
 7. Meta cognitive Strategien
 8. Möglichkeit des Micro teaching in der 1., 2. und 3. Ausbildungsphase
 9. Schüler lehren Lehrern
- h. Materialien und Programme
 - i. Entwicklung von Advanced Organizern (Wahl) -> Verlage
 - ii. Entwicklung eine Onlineportals für lernbezogenes SuS Feedback
 - iii. hochwirksame validierte Sprachförder-, Lese- und mathematische Förderprogramme
 - iv. Stärkung des MINT Bereiches Fortsetzung SINUS – Sammlung guter Aufgaben

3. Schulleitungsgesundheit – Leitungszeit

- a. Die Leitungszeit ist in kleinen Systemen nicht ausreichend. Eine Unterrichtsverpflichtung von 20h + und/ oder einer Klassenführung sind nicht zumutbar. Dies führt dazu, dass geeigneter Leitungsnachwuchs im GS Bereich nicht in die Führungsverantwortung gehen will. Eine Anpassung der Leitungszeit ist notwendig. Die Landesregierung schafft

Matthias Doebel IHS-Landesvorsitzender

den Rahmen, dass Schulleitungen ihre Leitungszeit durch die Nutzung der 105% Zuweisung erhöhen können. Dies schafft Schulleitungen Spielräume für die kommenden 4 Jahre.

4. Auswahl und Orientierung von LehramtsstudentInnen vor Studienbeginn

a. Im Kontext evidenzbasierter Unterrichtsentwicklung wäre es sehr wichtig, die künftigen StudentInnen sehr klar in Bezug auf das, was wir uns an Schulen wünschen, zu orientieren und „Archetypen einer neuen Unterrichtskultur und Lehrhaltung auszubilden“, die die Schulen von innen verändern. Hierzu benötigen diese:

- i. Systemische FB im Sinne Hatties .62 (1 – 3 Jahre)
- ii. Fortbildung im Bereich Feedback nach Hattie (2- 2,5 Jahre)
- iii. Schulung im Bereich „Diagnose der Lernausgangslage“
- iv. Transparente Unterrichtsgestaltung als Voraussetzung für die Steuerung und Selbststeuerung von Lernprozessen
- v. Entwicklung von Kompetenzrastern
- vi. Lernstrategien als Voraussetzung selbstgesteuerten Lernens
- vii. Darüber hinaus müssen sie auch wissen, was ihnen die Inklusion, Teamentwicklung, Zeitmanagement, Selbstmanagement... abfordern wird.

5. Verbindliche Qualifizierung von SL vor Amtsantritt

a. Die Qualifizierung von SL vor Amtsantritt ist eine der zentralen Forderungen des IHS. Dass nun die Bundesländer an einem entsprechenden verbindlichen Gesetzentwurf arbeiten, ist zu begrüßen.

6. Sicherung der Qualität im Bereich der GTS unter der Berücksichtigung der bereitzustellenden Ressourcen

7. Einführung einer neuen Führungskultur unter dem Blickwinkel gelingender Führungsansätze

Mit freundlichen Grüßen

M. Doebel
IHS-Landesvorsitzender

Justus-Liebig-Universität Gießen - Postfach 11 14 40 - 35359 Gießen

Herrn Staatsminister
Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz
Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

**Stabsabteilung
Studium, Lehre, Weiterbildung,
Qualitätssicherung (StL)**

Patrik Mähling, Dipl.-Theol.
Referent Studium und Lehre (StL2)
Ludwigstr. 23
35390 Gießen
Telefon 0641/99-12120
Telefax 0641/99-12129
patrik.maehling@admin.uni-giessen.de
Sekretariat: Elfi Ennigkeit
Telefon 0641/99-12121
Elfi.Ennigkeit@admin.uni-giessen.de
Az.: StL2/HKM

Eingang		28.7.	
<input checked="" type="checkbox"/> Un	<input checked="" type="checkbox"/> Sts	<input checked="" type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> AL
Verfügung			
<input type="checkbox"/> können	<input type="checkbox"/> registrieren		
<input type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> Sin	<input type="checkbox"/> Sin + AE	<input type="checkbox"/> Ab-Fachref
<input type="checkbox"/> v Abg z K	<input type="checkbox"/> in Abg z K	<input checked="" type="checkbox"/> z w v.	Gra 28.7.

25.07.2014

Ø z.k. Stab B6-zb ✓

Bildungsgipfel

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

vielen Dank für die Einladung zur Beteiligung an der Planungsphase des bevorstehenden Bildungsgipfels durch die Einbindung in die Erhebung von möglichen inhaltlichen Themen oder Schwerpunkten.

Aus Sicht der JLU wären die folgenden fünf Themenbereiche dazu geeignet, im Rahmen des Bildungsgipfels diskutiert und bearbeitet zu werden:

1. Übergang Schule - Hochschule: Im Rahmen des Bildungsgipfels könnte dieses Themenfeld gemeinsam aus beiden Perspektiven bearbeitet werden. Aus Sicht der JLU wären dabei die Unterthemen „Brückenkurse“ und „Orientierungsstudium“ und deren Finanzierung zu berücksichtigen. Der adäquate Umgang mit Heterogenität und Diversität der Studierenden in der Studieneingangsphase ist für die Universität eine ständig wachsende Herausforderung. Bundesweite Bildungsstandards im Schulbereich könnten beispielsweise zu einer homogeneren Vorbildung von Abiturientinnen und Abiturienten beitragen.
2. Lehrerinnen- und Lehrerbildung: Aus Sicht der JLU könnte zum einen der Übergang Hochschule - Referendariat thematisiert werden und damit verbunden die stärkere Einbindung der universitären/akademischen Lehrerinnen- und Lehrerbildung in die 2. Phase der Lehramtsausbildung. Zum anderen würde sich hieran auch der Bereich der Lehrerinnen- und Lehrerbildung und -weiterbildung anschließen. Die Vernetzung von Schule und Universität und in diesem Kontext auch die Rolle, Aufgabe und Einbindung der empirischen Unterrichts- und Bildungsforschung könnte thematisiert werden.
3. Studienfinanzierung/Soziales: In diesem Themenbereich könnte die Schwerpunktsetzung beispielsweise in den Bereichen „Vereinbarkeit von Studium und gleichzeitigem Unterhaltserwerb“ und „Vereinbarkeit von Studium und Familie“ erfolgen. Ein weiteres Unterthema wäre der Bereich „Teilzeitstudium und BAföG“.

4. Inklusion: Bildungsaufgaben und -ziele im Bereich Inklusion könnten im Rahmen des Bildungsgipfels aufgrund der hohen gesellschaftlichen Relevanz breit im Dialog aller am Bildungssystem Beteiligten diskutiert werden. Ein Fokus könnte dabei auch „Inklusion an der Universität“ sein.
5. Hochschulfinanzierung: Erörtert werden könnte die Stärkung der Grundfinanzierung der Universitäten bei Reduktion der wettbewerbsorientierten Finanzierungen. Im Kontext der gegenwärtigen Debatten könnten die Perspektiven und zukünftigen Entwicklungen hinsichtlich GG Art. 91b Thema sein wie ebenfalls zukünftige Entwicklungen im Bereich des Hochschulpaktes 2020 auf der Basis der KMK-Prognose von anhaltend hohen Studierendenzahlen bis ins Jahr 2021.

Ich würde mich sehr freuen, wenn einige unserer Themenvorschläge Berücksichtigung finden würden und bin gespannt auf die Ergebnisse des Bildungsgipfels im September.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Prof. Dr. Adriaan Dorresteyn
Vizepräsident

Herrn Staatsminister
 Prof. Dr. R. Alexander Lorz
 Hessisches Kultusministerium
 Luisenplatz 10
 65185 Wiesbaden

Eingang	21/7	Az:	<input checked="" type="checkbox"/> M 4	<input type="checkbox"/> AL
Verfüggung			<input type="checkbox"/> registrieren	
<input type="checkbox"/> Schulen		<input type="checkbox"/> Stn	<input type="checkbox"/> Stn-AE	<input type="checkbox"/> AE Fachref
<input type="checkbox"/> AE		<input type="checkbox"/> in Abg z K	<input checked="" type="checkbox"/> z w v	

Ø z.h. B Stab Blz Bz

M 21/7 LLA-Dt z.w.v

Wiesbaden, 15.07.2014

Einladung zur Mitwirkung am Bildungsgipfel

Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Dr. Lorz,

für Ihr Schreiben vom 16. Mai dieses Jahres und die damit verbundene Einladung zur Mitwirkung am Bildungsgipfel danke ich Ihnen sehr. Eine langfristige Verständigung über Ziele und Maßnahmen der Bildungspolitik stellt in Hessen ein anspruchsvolles, in jedem Fall lohnenswertes Unterfangen dar. Sehr gerne folge ich daher Ihrer Einladung und zeige auf, welche inhaltlichen Schwerpunkte aus Sicht der Karl-Hermann-Flach-Stiftung für den Bildungsgipfel gesetzt werden sollten.

Wie Sie, sehr verehrter Herr Minister, in Ihrer Regierungserklärung vom März dieses Jahres zu Recht ausführen, ist die hessische Bildungspolitik seit Jahrzehnten von einem grundsätzlichen Konflikt zwischen den Anhängern integrierter Systeme und den Befürwortern differenzierter Systeme geprägt. Ich erlaube mir zu ergänzen: Es gibt darüber hinaus – auch mit Blick in andere Bundesländer – keinen vergleichbaren bildungspolitischen Grundkonflikt, der in dieser Form allgegenwärtig wäre und deshalb einer Befriedung bedürfte.

CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben daher das Ziel formuliert, im Interesse von Schulen, Schulträgern und Eltern die bildungspolitischen Gräben der Vergangenheit zu überwinden und einen Schulfrieden für Hessen herbeizuführen.

Aktuell wird die Auseinandersetzung über strukturelle Bedingungen unseres Bildungssystems sehr stark von der Diskussion über die gymnasiale Schulzeitverkürzung G8 bestimmt. In der jüngeren Vergangenheit waren es

- 2 -

insbesondere – leider auch durch die internationalen Schulleistungsuntersuchungen PISA ausgelöste und von der OECD forcierte – Bestrebungen für oder gegen das längere gemeinsame Lernen. Besonders eindrücklich in Erinnerung sind hierbei die gescheiterte sechsjährige Grundschule (Primarschule) in Hamburg oder der Versuch ohne Beteiligung des Parlaments die Gemeinschaftsschule in Nordrhein-Westfalen einzuführen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es nach Auffassung der Karl-Hermann-Flach-Stiftung unabdingbar, zunächst jenen Konflikt zu befrieden, der zweifellos als Ausgangspunkt gesehen werden kann.

1. Auf einem hessischen Bildungsgipfel sollte es daher zu einer Verständigung kommen, die bestehende Vielfalt an Schulformen in Hessen als Ausdruck eines historischen Kompromisses zwischen dem gegliederten Schulsystem einerseits und integrativen Schulformen andererseits zu begreifen. Das bestehende Schulangebot könnte für die nächsten zehn Jahre festgeschrieben werden und bliebe damit auch bei veränderten Regierungskonstellationen unangetastet. Zugleich sind die Schulformen aber weiterhin offen für inhaltliche Veränderungen, die sich aus pädagogischen Weiterentwicklungen ergeben. Diese institutionelle Garantie würde im Interesse der Schulen zu einer größeren Kontinuität und Verlässlichkeit führen und auch zu einer Stabilisierung und Sicherung des staatlichen Schulangebots beitragen. Denn ein gut ausgebautes staatliches gymnasiales Angebot verhindert die weitere Expansion der privaten Schulen.

Auf dieser Grundlage könnte in einem zweiten Schritt der Austausch über die wesentlichen Ziele und die Möglichkeiten zu ihrer Erreichung erfolgen. Mit der Enquetekommission des Hessischen Landtags "Kein Kind zurücklassen - Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen" hat die parlamentarische Diskussion über die Weiterentwicklung des Bildungssystems bereits begonnen.

2. Es wäre aus Sicht der Karl-Hermann-Flach-Stiftung daher folgerichtig, die Ergebnisse der Enquetekommission zunächst abzuwarten und in diesem Zusammenhang entwickelte Vorschläge zur Weiterentwicklung des Bildungssystems in den Bildungsgipfel münden zu lassen. Dies hätte den Vorteil, die nahezu gleichlautenden Initiativen von Landtag und Landesregierung sinnvoll miteinander zu verknüpfen, ohne dieselben Fragestellungen mit den gleichen Akteuren auf zwei parallel stattfindenden

- 3 -

Podien zu diskutieren. Auch müssten aufwändige Bestandsaufnahmen oder umfassende Analysen nicht doppelt geleistet werden.

Abschließend möchte ich Ihnen gerne darlegen, welche inhaltlichen Fragestellungen und Schwerpunkte aus Sicht der Karl-Hermann-Flach-Stiftung gegenwärtig zu diskutieren wären. Sie selbst haben in Ihrer Regierungserklärung ausgeführt, dass die demografische Entwicklung, ein verändertes soziales Gefüge, die Entwicklung hin zur Wissensgesellschaft, die zunehmende Digitalisierung und Globalisierung unmittelbare Auswirkungen auf Lehr- und Lernprozesse und damit auf die Arbeit in unseren Schulen haben.

3. Hieraus ergeben sich u.a. die folgenden Fragestellungen, die auf einem Bildungsgipfel diskutiert werden sollten:

- Wie können wir der demografischen Entwicklung unter Berücksichtigung der spezifischen Herausforderungen von ländlichen Räumen und Ballungszentren adäquat begegnen?
- Auf welche Unterstützungssysteme ist Schule angewiesen, um auf das veränderte soziale und familiäre Gefüge in unserer Gesellschaft zu reagieren?
- Wie kann eine Inklusion gelingen, die dem Wohl des einzelnen Kindes den Vorrang vor Strukturfragen gibt?
- Welche Auswirkungen hat die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche auf den Schulalltag und die Gestaltung von Unterricht?
- Auf welche Arbeitswelt müssen und wie sollten wir Kinder heute vorbereiten?
- Auf welche Arbeitswelt müssen und wie sollten wir künftige Lehrkräfte vorbereiten?

Das sind im Wesentlichen Fragestellungen mit denen sich die Enquetekommission im Kern befasst und die auch von Ihnen in Ihrer Regierungserklärung umrissen wurden. Insoweit sehe ich mich darin bestärkt, die sinnvolle Verzahnung der Initiativen von Landtag und Landesregierung nochmals zu bekräftigen. Im Ergebnis könnte eine ernsthafte Einigung über fundamentale Leitlinien der hessischen Schulentwicklung stehen, die auf dem unverrückbaren Fundament des historischen Kompromisses zwischen dem gegliederten und dem differenzierten Schulsystem fußt.

- 4 -

Ich bin gespannt auf Ihre Antwort und darf im Namen des Stiftungsrates und des Vorstandes der Karl-Hermann-Flach Stiftung die Bereitschaft zur Mitarbeit im Rahmen des Bildungsgipfels bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Herbert Hirschler

Staatssekretar a. D.
Vorsitzender des Vorstandes
der Karl-Hermann-Flach-Stiftung

Bildungsgipfel (HKM)

Von: AGFS Hessen <sprecher@agfs-hessen.de>
Gesendet: Dienstag, 22. Juli 2014 14:03
An: Bildungsgipfel (HKM)
Betreff: Beiträge zum Bildungsgipfel

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Staatsminister Prof. Lorz hat die AGFS Hessen und ihre Mitglieder in einem Schreiben vom 16.05.2014 eingeladen, inhaltliche Schwerpunkte für den Bildungsgipfel vorzuschlagen.

Über diese Einladung haben sich unsere Mitglieder sehr gefreut; sie entscheiden selber, inwieweit sie Themen vorschlagen wollen, und werden sich direkt an das Kultusministerium wenden.

Seitens der AGFS Hessen bedanken wir uns für die Möglichkeit zur Beteiligung, wir werden aber keine eigene, zusammenfassende Stellungnahme verfassen. Sollten bei der bevorstehenden Festlegung der Bildungsgipfel-Themen Belange der Ersatzschulen tangiert sein, wären wir für eine entsprechende Einbindung dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Landesarbeitsgemeinschaft der freien Schulen in Hessen (AGFS Hessen)
- Landesvertretungen öffentlicher gemeinnütziger Schulen in freier Trägerschaft in Hessen -

Dr. Jörg Boysen (Sprecher)
c/o Montessori-Zentrum Hofheim e.V.
Schloßstraße 119
65719 Hofheim am Taunus
Tel.: 06192 90 24 57 / PC-Fax: 03212 - 1039876
www.agfs-hessen.de



Landesarbeitsgemeinschaft der
Freien Waldorfschulen in Hessen
im Bund der Freien Waldorfschulen

Freie Waldorfschulen in Hessen
Landesarbeitsgemeinschaft e.V.
Landesgeschäftsstelle
Hügelstraße 67
60433 Frankfurt am Main

Eingetragener gemeinnütziger
Verein (e.V.)
Vereinsregister-Nr. 13188
Amtsgericht Frankfurt am Main
Fon +49 (0)69.53 05 37-61
Fax +49 (0)69.53 05 37-63
lag@waldorfschule-hessen.de
www.waldorfschule-hessen.de

**An das Hessische Kultusministerium
Herrn Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden**

Frankfurt am Main, den 02.09.14

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Lorz,

wir begrüßen Ihre zukunftsfähige Initiative, den bislang einzigartigen Versuch eines Bildungsgipfels in Hessen zu wagen. Als Landesarbeitsgemeinschaft sind wir leider nicht direkt eingeladen, was unsere Mitglieder sehr bedauern. Gerne möchten wir auf diesem Wege unsere Themenvorschläge für die Arbeitsgruppen oder runden Tische einbringen.

Inklusion:

Seit August 2013 entwickeln wir als erster Verband für Schulen in freier Trägerschaft in Hessen ein Fachreferat Inklusion. Die **Waldorf Inklusions Beratung (WIB)** ist ein Informations- und Beratungszentrum und stellt seine Dienste den hessischen Waldorfschulen und somit Lehrern und Eltern zur Verfügung.

Die **WIB** arbeitet:

Wertschätzend: Das Individuum steht im Mittelpunkt der Betrachtung.

Interdisziplinär: Das Team arbeitet bundesweit und fächerübergreifend mit allen Institutionen und Menschen zusammen, die sich für soziale Inklusion engagieren und Ideen entwickeln.

Bedürfnisorientiert: Das Team berät Schulen und Eltern zu der Thematik „Lernen durch Teilhabe“.

Gleichbehandlung:

Immer wieder werden wir mit unterschiedlichen Auslegungen konfrontiert, wenn es hinsichtlich der Unterrichtsgenehmigung unserer Pädagogen um die Frage geht, inwieweit deren Studienvoraussetzungen gleichwertig/gleichartig sind zu denen staatlich ausgebildeter Lehrer. Die gemachten Erfahrungen würden wir gerne in einen Arbeitskreis mit einbringen.

Ersatzschulfinanzierung:

Das Ersatzschulfinanzierungsgesetz als bildungspolitisches Erfolg im Bundesland Hessen fängt nun an sich in der Praxis zu bewähren. An einigen Detailfragen hinsichtlich der Interpretation und Auslegung dieses Gesetzes entsteht zunehmend Klärungsbedarf.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. S. Boyer

Eingang	04108	Az.:	STS 88
<input checked="" type="checkbox"/> M	<input checked="" type="checkbox"/> Sts	<input checked="" type="checkbox"/> M LMS	<input type="checkbox"/> AL
Verfügung	i.V. Lab. 06.08		HY
<input checked="" type="checkbox"/> scannen	<input checked="" type="checkbox"/> registrieren		
<input checked="" type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> Stn	<input type="checkbox"/> Stn + AE	<input type="checkbox"/> AE Fachref.
<input type="checkbox"/> v Abg z K	<input type="checkbox"/> n Abg z K	<input checked="" type="checkbox"/> z.w.V.	

170.000. 076-125 -



Landessportbund
Hessen e.V.

Ø CLUB ✓
STB-ZBV ✓

lsb h • Otto-Fleck-Schneise 4 • 60528 Frankfurt/Main

Herrn
Staatsminister
Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden



Geschäftsstelle
Otto-Fleck-Schneise 4
60528 Frankfurt am Main

Prof. Dr. Heinz Zielinski
Vizepräsident

Fon 069 6789-425 oder -320
Fax 069 6789-109

praesident@lsbh.de

31. Juli 2014
I/HZ/uh

Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Dr. Lorz,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 16. Mai 2014 und der damit verbundenen Einladung zur aktiven Teilnahme an der Planungsphase zum Bildungsgipfel. Im Interesse der 2 Mio. Mitglieder des Landessportbundes Hessen ist es sicherlich angebracht, das Thema „Schule und Sport“ zu einem Schwerpunkt im Rahmen des Bildungsgipfels zu machen. Selbstverständlich würde sich der Landessportbund mit seinen Verantwortlichkeiten in die Beratungen einbringen.

Die Nennung von inhaltlichen Schwerpunkten, wie sie im Folgenden vorgenommen wird, erfolgt stichwortartig. Eine entsprechende inhaltliche Erweiterung, verbunden mit entsprechenden Positionen des Landessportbundes, sollte dann in die Beratungen einfließen. In dieser Form ist jedenfalls Ihre Anregung verstanden worden. Sollte dies doch von Ihrer Seite anders gewünscht sein, so würden wir noch im Verlauf der Planungsphase weitere Ergänzungen vornehmen können. In diesem Fall bitte ich um eine entsprechende Rückmeldung.

1. Unterrichtlicher Schulsport

Hier geht es insbesondere um die Anzahl der Pflichtstunden, das Vorhandensein von Sportlehrern, den Sportunterricht in den unterschiedlichen Schulformen und insgesamt um den Stellenwert des unterrichtlichen Schulsports. Der Eindruck ist in den letzten Jahren entstanden, dass dieses Feld angesichts der Ganztagsentwicklung etwas in den Hintergrund getreten ist.

2. Ganztag und Sportunterricht

In diesem Bereich sollten vor allem Fragen der Rhythmisierung, der Rahmenrichtlinie Ganztag, der Ganztagschule und ihrer Folgen für den Vereinssport, die Fragen der Trainer, der Lehrer oder Übungsleiter im Sportunterricht aufgegriffen werden.

Commerzbank AG
Frankfurt
IBAN DE27500800000172418600
BIC DRESDEFF

Frankfurter
Sparkasse
IBAN DE70500502010000973343
BIC HELADEF1822

Postbank
Frankfurt
IBAN DE81500100600003164609
BIC PBNKDEFF

VR 4427
Amtsgericht Frankfurt a. M.
USt-IdNr.:
DE114233847

Fon (069) 6789 - 0
Fax (069) 6789 - 271
info@lsbh.de

3. Programm „Schule und Verein“
Hier geht es vor allem um die Auswertung erster Erfahrungen und daraus resultierender Folgerungen des Programms, aber auch um Fragen der Kooperation oder auch der Kooperationsmodelle, die sich im Verlauf der Entwicklung der letzten zwei/drei Jahre dargestellt haben.
4. Best Practice Beispiele für die Zusammenarbeit von „Schule und Verein“
Hierbei sollen vorzeigbare, sehr gute Beispiele dargestellt werden, wie Zusammenarbeit zwischen „Schule und Verein“ am besten funktioniert (das Stichwort hierbei ist die Nennung von Gelingensbedingungen).
5. Auszeichnung „gesunde Schule“ – und der Anteil von Sport und Bewegung an der Entwicklung einer gesunden Schule, zu der auch der Ernährungsbereich zu zählen ist.
6. Leistungssport und Schule
Dieser Bereich ist außerordentlich breit aufgefächert und reicht von einer Bestandsaufnahme über die Themen des Talentaufbaus und der Talentförderung, der Frage der Lehrer/Trainer, der Schulsportzentren, der Schwerpunktsportarten, der Situation der Eliteschulen, der Einrichtung von Sportklassen bis hin zu Flexibilisierung der Schulzeit.
7. Sportanlagen an oder in den Schulen
Hierbei ist besonders die Bestandsaufnahme von großem Interesse, die eine Zustandsbeschreibung der bestehenden Sportanlagen mit einschließt. Es gibt Hinweise darauf, dass der Sanierungsbedarf besonders groß ist, so dass neue Modelle der Finanzierung erwägenswert erscheinen.
8. Qualifizierungen
Hierbei könnte vor allem einbezogen werden, ob für angehende Sportlehrer ein Vereinspraktikum verpflichtend werden soll und vor allem in welchem Umfang dies der Fall sein sollte. Außerdem die Frage von Unterrichtsoptionen im Verein während des Referendariats oder auch die Schaffung eines neuen Berufsbildes „Schul- und Vereinssportlehrer“ sowie die Überlegung, eine neue Form von Ganztagschulkoordinatoren einzuführen.
9. Rahmenvereinbarung und Mentorenprogramm
Unter diesem Punkt soll die aktuelle Situation und die Perspektive der in der Diskussion befindlichen Rahmenvereinbarung zwischen Kultusministerium, Landessportbund, Sportjugend und Innen- und Sportministerium aufgerufen werden, ebenso wie die Beratung des beabsichtigten Mentorenprogramms.

10. Demografische Veränderungen und ihre Auswirkungen auf Schul- und Vereinslandschaften

Unter diesem Punkt sind vor allem die sehr unterschiedlichen Auswirkungen des demografischen Wandels im Schulbereich und die Folgen für die Vereinslandschaften aufzunehmen. In diesem Zusammenhang erscheint eine sehr starke Differenzierung der unterschiedlichen Teilräume Hessens von Bedeutung.

Ich darf noch einmal, im Namen des Landessportbundes, die Anregung erneuern, bei der Bildung der Arbeitsgruppen den Sport angemessen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Zielinski

LEBENS
DANK

Bildungsgipfel (HKM)

Von: claudia.kleinwaechter@verwaltung.uni-marburg.de
Gesendet: Mittwoch, 23. Juli 2014 10:04
An: Bildungsgipfel (HKM)
Cc: praesidentin@uni-marburg.de; harald.lachnit@verwaltung.uni-marburg.de; anja.lotz@verwaltung.uni-Marburg.de; jochen.fischer@verwaltung.uni-marburg.de
Betreff: Rückmeldung der Phillips-Universität Marburg zum Bildungsgipfel

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag des Vizepräsidenten für Studium und Lehre, Prof. Dr. Harald Lachnit, übermittele ich Ihnen die Antwort der Marburger Hochschulleitung auf das Schreiben von Kultusminister Lorz vom 16.05.2014.

Sehr geehrter Herr Minister Lorz,

für die Einladung, sich an der inhaltlichen Schwerpunktsetzung für den von der Landesregierung geplanten Bildungsgipfel zu beteiligen, danke ich Ihnen sehr. Die Philipps-Universität Marburg sieht sich als lehrerbildende (L3) Universität in der Verantwortung, ihren Beitrag dazu zu leisten, dass die Schulen – wie Sie schreiben – „sich noch besser auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren: unsere Kinder optimal zu fördern und ihnen die bestmöglichen Chancen für ihr weiteres Leben zu eröffnen“.

Studium und Lehre an der Philipps-Universität sind darauf ausgerichtet, die Entwicklung der Studierenden zu autonomen, kritisch denkenden und reflektierenden Individuen mit breitem Kompetenzprofil zu fördern. Sie berücksichtigen grundsätzlich die Möglichkeit der „Erschließung der Welt“ aus der Perspektive unterschiedlicher Disziplinen und Fachkulturen und sind der Förderung selbstgesteuerten forschenden Lernens und des wissenschaftlichen Arbeitens verpflichtet. Gute Lehre erfordert nicht nur die Professionalität des Lehrpersonals, gestärkt durch hochschuldidaktische Unterstützung, sondern auch die nachhaltige Sicherung der Lehrqualität. Studienerfolge können sich einstellen, wenn Studierende das zu ihren Neigungen und Fähigkeiten passende Studienangebot wählen. Information und Beratung bei der Studienwahl von Anfang an sind daher eine Grundbedingung für „ein richtig gutes Studium“. Unter dieses Motto hat die Philipps-Universität ihre im Rahmen des „Qualitätspaktes Lehre“ geförderten Aktivitäten gestellt.

Voraussetzung für den Studienerfolg ist allerdings auch, dass die Schulabgänger/innen Kernkompetenzen mitbringen, die unter dem Begriff „Studierfähigkeit“ in der öffentlichen Debatte zusammengefasst werden. Hier sind in jüngeren Jahren deutliche Defizite zu verzeichnen, die auf Dauer von den Universitäten nicht nachholend kompensiert werden können. Bei aller Bereitschaft, Brückenkurse zu schaffen und andere Maßnahmen zur Studienvorbereitung zu treffen, muss die Schnittstelle bzw. die Arbeitsteilung zwischen Schule und Hochschule politisch neu bewertet werden. Dieses Thema könnte Gegenstand eines Panels oder einer Podiumsdiskussion auf dem Bildungsgipfel sein; hier bezieht die Philipps-Universität gern Position. Gleichzeitig könnten wir mittels einer begleitenden Posterpräsentation unsere Aktivitäten im Rahmen des „Qualitätspaktes Lehre“ veranschaulichen und vorführen, wie die UMR mit dem multifunktionalen Einsatz von Lehrern/innen im Hochschuldienst einen innovativen Weg zur Verbesserung der Lehrqualität beschreitet. Aus Sicht der Hochschule müssen fachliche Erkenntnisse aus der Forschung und die universitären Erwartungen an den Ausbildungsstand von Schülern/innen viel stärker im Schulunterricht berücksichtigt werden. Durch eine Einbindung von Lehrern/innen in die akademische Lehre, die parallel dazu oder danach in die Schulen zurückkehren, lässt sich eine Sensibilisierung für und die Aktualisierung von Wissen über das Konzept der kompetenzorientierten Hochschullehre erreichen.

Wenn sich Ihre Planungen konkretisiert haben, steht Ihnen Frau Dr. Kleinwächter als Ansprechpartner/in zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Harald Lachnit
Vizepräsident für Studium und Lehre
Philipps-Universität Marburg
Biegenstr. 10
35032 Marburg

Tel.: 064 21 - 28-26008
Fax: 064 21 - 28-21345
harald.lachnit@verwaltung.uni-marburg.de

Mit freundlichem Gruß
Claudia Kleinwächter

Dr. Claudia Kleinwächter
Philipps-Universität Marburg
Stabsstelle für Grundsatzfragen
Geschäftsstelle für den Senat, die Universitätskonferenz und den Hochschulrat
Biegenstraße 10
35032 Marburg
Tel.: 06421/28-26212
Fax: 06421/28-28910
E-Mail: claudia.kleinwaechter@verwaltung.uni-marburg.de

Bildungsgipfel (HKM)

Von: Birgit Herok <BEHerok@t-online.de>
Gesendet: Freitag, 25. Juli 2014 09:59
An: Bildungsgipfel (HKM)
Betreff: Bildungsgipfel
Anlagen: Beiträge_BirgitHerok_zum Bildungsgipfel.pdf; Steckbrief_BirgitHerok.pdf

An das Planungsteam
für den Bildungsgipfel
Hessisches Kultusministerium
Wiesbaden

Sehr geehrtes Planungsteam,

herzlichen Dank für die Einladung vom 8. Juli 2014, mich am Planungsprozess für den Bildungsgipfel beteiligen zu dürfen. Ich bin sehr an der Entwicklung der Schulpolitik interessiert, dass der Auftrag der Erziehungsarbeit, ob von den Erzieherinnen in den Kitas oder Lehrern, in der Öffentlichkeit mehr Anerkennung, mehr Wertschätzung findet. Denn wer den Beruf des Erziehers ergreift, liebt Kinder und möchte seinen Beitrag dazu leisten, aus ihnen Erwachsene zu machen, die sich ihrer Verantwortung auch der Gesellschaft gegenüber bewusst sind. Für die Werte und Tugenden zu besitzen und danach zu leben, kein Fremdwort ist, sondern die sie gerne an die nächste Generation weitergeben wollen.

Aber wie kann man das Schiff, das begonnen hat, in die entgegengesetzte Richtung zu fahren, noch aufhalten? So viele sinnvolle Maßnahmen wurden in der Vergangenheit und werden auch heute noch ergriffen, um sichtbare Brennpunkte punktuell zu beseitigen, wie z.B. von zahlreichen Stiftungen und Vereinen. Aber was auch unternommen wird, das Schiff ändert die Richtung nicht. Es wird nicht einfach sein, die Bürger Hessens, besonders die in der Schule aktiven und involvierten Personen zu überzeugen, dass die neue Landesregierung es wirklich ernst mit dem Schulfrieden meint und sich ihrer Verantwortung vollends bewusst ist. Meines Erachtens gibt es nur noch eine einzige Lösung, diesen Kurs zu stoppen und neu zu beginnen. Dass beim Bildungsgipfel offen und ehrlich mit den Tatsachen umgegangen wird. Dass die Hilfe aller in der Schulpolitik involvierten Personen benötigt wird, um das Schiff zu bewegen. Dass anhand weniger, aber aktueller Problematiken, begonnen wird, von unten nach oben ineinander greifende Abläufe zu entwickeln. Eine Vision erstellt wird, ein realistisch erfüllbares Ziel, was wir alle gemeinsam mit unserem Beitrag ansteuern können.

Beispielsweise: Wo können die Eltern mithelfen, die Erzieherinnen in den Kitas usw.? Brauchen die Erzieherinnen in den Kitas ihr eigenes Berufsbild, mehr Qualität in ihrer Ausbildung, vielleicht auch eine höhere Bezahlung, um den Beruf attraktiv zu machen und damit ihre Erziehungsarbeit in der Gesellschaft mehr Anerkennung erfährt? Haben die Städte und Gemeinden noch genügend Puffer, um dies finanzieren zu können oder gibt es andere Möglichkeiten, vielleicht durch Mentoren oder Multiplikatoren o.ä.? Wenn jeder Teilnehmer am Bildungsgipfel im Rahmen seiner eigenen Möglichkeiten gebeten wird, sich an dieser neuen Denkweise zu beteiligen, seine Unterstützung zu geben, zu handeln, abzustimmen, dann hätten unsere Kinder eine bessere Chance für ihre eigene Zukunft (Denn wir wollen doch alle nur das Beste für unsere Kinder, für die Schüler, für die zukünftigen Erwachsenen.). Die Politik wiederum könnte ihren Beitrag dazu leisten, um staatliche Hürden und Hierarchien abzubauen und Bürokratisierungen zu entrümpeln. Wenn jeder seinen Beitrag im Rahmen der eigenen Möglichkeiten leistet, dann bin ich überzeugt, wird mit der Zeit die Hoffnung über die Zweifel siegen.

Die Arbeitsgruppen könnten schon mal auf diese Weise mit ihrer Arbeit beginnen und diese beim Bildungsgipfel vorstellen, damit die Teilnehmer des Bildungsgipfels wissen, worauf es ankommt, in welche Richtung das Kultusministerium gehen will. Wo ganz konkret die Hilfe jedes einzelnen Teilnehmers und die der Gesellschaft benötigt werden.

Anbei erhalten Sie meine Themen und inhaltlichen Schwerpunkte zum Bildungsgipfel sowie meinen Steckbrief.

Mit besten Grüßen

Birgit Herok
E-Mail: BEHerok@t-online.de

Meine Themen und inhaltlichen Schwerpunkte für den Bildungsgipfel

Nachfolgend die aus meiner Sicht am dringlichsten zu behandelnden Themen auf dem Bildungsgipfel. Die Angaben unter den inhaltlichen Schwerpunkten (lila) dienen nur als Anregung von meiner Seite und können beliebig ausgetauscht oder erweitert werden.

105% Lehrerversorgung – Wo kann man die durch Rückgang der Schülerzahlen frei werdenden Lehrer und Schulleitungen sinnvoll einsetzen, damit ihr Gedankengut und ihre Erfahrungen nicht verlorengehen?

- **Frei werdende Schulleitungen durch Einrichtung von Verbundschulen**
 - Könnten diese als Mentoren für Schulleiter/-innen eingesetzt werden, die zum ersten Mal so ein Amt bekleiden? (Thema: Schulleitermangel).
 - Als Vertretung, wenn ein Schulleiter krankheitsbedingt für längere Zeit ausfällt oder durch Ruhestand die Stelle für eine gewisse Zeit vakant ist? Das Lehrerkollegium würde auf diese Weise entlastet werden und ein kontinuierlicher Ablauf wäre gegeben.

- **In einem Landkreis frei werdende Lehrer**
 - Betreuungsgarantie bis in den Nachmittag gewährleisten
 - Umsetzung der Inklusion – neuer Einsatzort an Regelschulen durch Weiterbildung zum speziell ausgebildeten Lehrer für Kinder mit Behinderungen oder zum fachkundigen Betreuer
 - Zeitliche Entlastung für Mentoren/-innen sowie für alle Lehrkräfte, die Referendare, Praktikanten betreuen und begleiten
 - Vertretungspool (Einsatz bei Krankheit in einem längeren Zeitraum, bei Weiter- und Fortbildung über eine längere Zeitspanne gehend)

Entlastung der Lehrerschaft, damit sie ausreichend Zeit für ihren Erziehungsauftrag haben

- **Eindämmung der E-Mail- und Dokumentenflut**
- **Abbau der Bürokratisierung (z.B. im Vorfeld der Schulinspektion)**
- **Wie kann ein friedlicheres Miteinander zwischen Eltern und Lehrern erreicht werden?**
- **Umverteilung der ständig wachsenden Zusatzaufgaben auf andere Schultern**
 - Abiturienten/Studenten, die vorhaben ein Lehramtsstudium zu beginnen
 - entlastende Unterstützung durch Schülervertretung, Förderverein, feste Ehrenamtliche

Gegenmaßnahmen – Schulleitermangel

- **Wie kann der Posten eines Schulleiters wieder attraktiv gemacht werden, Anreize geschaffen werden?**
 - Doppelspitze in der Schulleitung – pädagogisch und betriebswirtschaftlich
 - Vorbereitung auf den Posten eines Schulleiters – bereits im Studium, Lehrerausbildung, um eine Zukunftsidee einzupflanzen (so wie ein Trainee in der Wirtschaft)
 - Entlastung bei dem riesigen Aufgabenspektrum – Verteilung auf andere Schultern
 - z.B. durch Einstellung eines Referenten/Assistenten, der die Vorarbeiten leistet, sich auf die verschiedenen Sichtweisen der Lehrer, Schüler und Eltern einstellen kann und dem Schulleiter beratend zur Seite steht
 - der Einsamkeit eines Schulleiters entgegenwirken
 - Hilfestellung bei der Umsetzung von Vereinbarungen KMK, der EU, der Regierung, um sich nicht permanent zwischen mehreren Stühlen zu befinden – eine Seite ist nie zufrieden
 - mehr Zeit für Leitungsaufgaben
 - Einsatz von Mentoren/-innen
 - Einsatz der durch die Demographie frei werdenden Schulleiter

Demographischer Rückgang und seine Folgen – Welche Handlungsempfehlungen kann das Kultusministerium den Landkreisen an die Hand geben, um sie bei ihrer auf sie zukommenden erheblichen Mehrarbeit durch die Einrichtung von weiterführenden Verbundschulen, der Erhaltung einzelner weiterführender Schulen zu unterstützen?

- **Sinnvolle Strategie**
 - personell
 - finanziell
 - zeitsparend durch weniger Hierarchieebenen (kurze Wege)
 - Können Beschluss-Sitzungen auch zwischen dem Turnus stattfinden, wenn dringend Bedarf besteht, damit keine zu langen Verzögerungen im Ablauf eintreten?
 - intensive Gespräche mit allen Beteiligten
 - Umgang mit den noch bestehenden Hauptschulklassen, wenn aufgrund der zurückgehenden Anmeldungen der Hauptschulzweig geschlossen werden muss

Inklusion – Wie kann diese von unten nach oben so umgesetzt werden, dass die Kinder mit Behinderung, je nach Grad ihrer Behinderung die passende Ausbildungsstelle finden?

- **Inklusion bei den Eltern von Kindern mit Behinderung**
 - Aufzeigen von Vor- und Nachteilen / ausreichende Informationen für behindertes Kind, Mitschüler und Lehrer, bevor es die Regelschule besucht
 - Vereinbarung zweier Probezeiten, einmal an einer Regelschule + später an einer Förderschule, um die Unterschiede feststellen zu können und dann erst eine Entscheidung zu treffen

- **Regelschulen – Wie können unter dem finanziellen Aspekt genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden?**
 - speziell ausgebildete Lehrer und genügend fachkundige Berater an den Regelschulen
 - freie Schulwahl in Regelschulen in nächster Nähe für körperlich behinderte Kinder
 - baulich bedingte Barrieren in die Schulgebäude könnten doch bestimmt mit den geringstmöglichen finanziellen Mitteln beseitigt werden, denn die meisten Schulgebäude haben sicherlich untere Etagen, wo eine Klasse mit einem im Rollstuhl sitzenden Kind fest angesiedelt werden könnte
 - Könnten durch die rückläufigen Schülerzahlen in dem jeweiligen Landkreis frei werdenden Lehrer hierfür ausgebildet oder fortgebildet werden?

- **Inklusion bei der Lehrerausbildung, Lehrerfortbildung**
 - es fehlen speziell ausgebildete Lehrer und fachkundige Betreuer an den Regelschulen, die die Klassenlehrer, Fachlehrer, Eltern des behinderten Kindes, Eltern der Mitschüler, Mitschüler psychologisch und strategisch betreuen und beraten, Berührungängste bei allen Beteiligten aus dem Weg zu räumen
 - Bereitstellung von Informationen, Material

- **Inklusion am Arbeitsplatz**
 - Wie können Ausbildungsbetriebe, Firmen besser informiert werden, hinsichtlich finanzieller Unterstützung durch Land/Staat, um einen Arbeitsplatz für Menschen mit Behinderung einrichten zu können?
 - Gibt es bereits eine Datenbank, in der Firmen aktuell einen Ausbildungsplatz für Menschen mit Behinderung anbieten?
 - bessere Zusammenarbeit zwischen den Firmen mit den Förderschulen / Regelschulen

Wie kann durch alle Beteiligten erreicht werden, dass die Schulabgänger die nötige Ausbildungsreife erlangen und die Schwächen bei den sozialen und persönlichen Kompetenzen behoben werden?

- **Strategie von der Grundschule 1. Klasse bis zum Schulabschluss / Abitur**
 - Übernahme von Ehrenämtern ab der 1. Klasse (kleinere Aufgaben) bis zum Abitur
 - gemeinsam und selbständig in einem Schuljahr z.B. klassenweise, innerhalb der Klasse ein Projekt übernehmen, dadurch wird soziales Verhalten, Verantwortung, Durchhaltevermögen, Disziplin gelernt – Eltern entwickeln Vertrauen in die Selbständigkeit ihrer Kinder – Mut zum selbständigen Handeln, zum Fehler machen dürfen, um daraus zu lernen, Fehler sich einzugestehen
 - Anreize schaffen durch Vermerk auf Zeugnissen
 - Anerkennung bei Praktikumsplatzsuche oder Studienplatz oder Kostenersparnis bei der Busfahrkarte
 - sichere Beherrschung des Kopf- und Prozentrechnens
 - sichere Beherrschung der Rechtschreibung, des Ausdrucks, der grammatikalischen Regeln, des Schreibens von ganzen Sätzen
 - ausreichend Zeit für Wiederholungen und permanentes Üben

Kinder- und Jugendliche mit Migrationshintergrund – Wie können ihre Chancen erhöht werden, eine bessere Schulausbildung zu erlangen und nicht schon in der Grundschule den Anschluss an ihre Klassenkameraden verlieren?

- **eine Strategie entwickeln vom Kindergarten bis zur weiterführenden Schule für die ausländischen Mütter, die wichtig im Leben eines Kindes sind**
 - Wie können die ausländischen Mütter, die in ihrem Heimatland die Schule nicht besuchen konnten, des Lesens und Schreibens nicht oder nur minimal kundig sind, herangeführt werden, um sich am Leben ihres Kindes im Kindergarten oder Schule selbständig zu beteiligen? Kinderbücher ihren Kindern vorlesen oder zusammen mit ihnen lesen, Wissen aufbauen, Zusammenhänge begreifen, die nötig sind, damit sie ihren Kindern bei den Hausaufgaben helfen können. Briefe vom Kindergarten, von der Schule lesen und in ihrem Sinn verstehen können und nicht ihre Kinder in die Rolle der Eltern schlüpfen müssen, um ihnen im Alltag zur Seite zu stehen (bei Behördengängen, Ausfüllen von Formularen, beim Einkauf usw.)
 - Wäre eine Möglichkeit, dass sie zu anfangs zusammen mit ihrem Kind an den Vorkursen Deutsch in den Kitas teilnehmen?

- **Qualitätsverbesserung der Vorkurse in Deutsch in den Kitas**

Die ausländischen Kinder müssen beim Vorlesen eines Buches auf Anhieb den Sinn verstehen und Zusammenhänge begreifen können. Deutsch reden und verstehen und die ersten Worte schreiben, reicht nicht aus, um einen gleichen Schulstart in die Grundschule wie die Kinder ohne Migrationshintergrund zu haben. Ich kann mich noch an die 3. Klasse unseres Sohnes erinnern, wo die fünf türkischen Kinder plötzlich Schwierigkeiten im sofortigen sinngemäßen Verstehen von Textaufgaben, Aufgabenstellungen in Sachkunde und anderen Fächern hatten. Die Klassenarbeiten wurden schlechter. Die mündlichen Noten ließen nach, weil beim Durchlesen eines Textes, der Sinn nicht sofort verstanden wurde. Obwohl die Mütter zu Hause waren, konnten sie nicht ausreichend helfen. Von diesen fünf Kindern hat niemand eine Empfehlung fürs Gymnasium bekommen. Die meisten landeten auf dem Hauptschulzweig.

Erwachsenenbildung – Erwachsene mit Migrationshintergrund

- **Neue Methodik bei den Sprachtests bei Ehegattennachzug (siehe oben)**
- **Hilfestellung für die ausländischen Mütter für die Wahl eines neuen Berufes, um Geld mitverdienen zu können**
 - neue Berufsperspektiven zu haben

Bildungsgipfel (HKM)

Von: Dzaferovic, Merima (LSA)
Gesendet: Donnerstag, 24. Juli 2014 11:01
An: Bildungsgipfel (HKM)
Betreff: Themenvorschlag Bildungsgipfel RCDS Hessen

Von: Sara Steinhardt [<mailto:steinhardt.sara@gmail.com>]
Gesendet: Sunday, July 20, 2014 10:18 PM Mitteleuropäische Zeit
An: Lorz, Prof. Dr. R. Alexander (HKM)
Cc: Kai Wißner <kai.wissner@gmx.de>
Betreff: Themen Bildungsgipfel

Lieber Herr Lorz,

wie am Freitag besprochen, würden Ihnen Herr Wißner und ich für den RCDS folgende Themen für den Bildungsgipfel vorschlagen:

○ 1. Phase
-Praxissemester

-Fachdidaktik (Ausbildung der Professoren, Vergleichbarkeit)
-Auswahlgespräche / Assessment Center

2. Phase
-Mentoren

Übergreifend:
-langfristige Bedarfsplanung (Planstellen, Ref-Stellen, Studienplätze)

Herzliche Grüße
Sara Steinhardt

○
Sara Steinhardt
Gutleutstraße 135
60327 Frankfurt/Main
GERMANY
Tel: 0049/ 69 913 13 715
Mobil: 0049/174 2076 222
Email: steinhardt.sara@gmail.com

An den
Hessischen Minister für Kultus
Herrn Staatsminister
Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

München, 1. Juli 2014

Ihr Schreiben vom 16. Mai – Hessischer Bildungsgipfel

Sehr geehrter Herr Minister,

ich danke Ihnen herzlich für Ihr Schreiben vom 16. Mai. Anliegend übersenden wir Ihnen gerne unsere Gedanken zum anstehenden hessischen Bildungsgipfel. Gerne sind wir bereit, darüber hinaus mitzuarbeiten, wo immer Ihnen unsere Unterstützung sinnvoll erscheint.

Mit den besten Grüßen aus München

Regina Pötke

Regina Pötke

Eingang		Az:	
<input checked="" type="checkbox"/> Min	<input checked="" type="checkbox"/> St	<input checked="" type="checkbox"/> 4-nü	<input type="checkbox"/> KL
Verfügung		registrieren	
<input type="checkbox"/> spannen	<input type="checkbox"/> Stn	<input type="checkbox"/> Sin + AE	<input type="checkbox"/> AE-Rachref
<input type="checkbox"/> v Abg z K	<input type="checkbox"/> n Abg z K	<input checked="" type="checkbox"/> z w V. Ga 7/7	

StabBG-26

10/10/7 -> LSA-Dig-z.m.V.

Kuratorium

Prof. Dr. h.c. Roland Berger (Vorsitzender), Karin Berger,
Prof. Dr. Heiner Bielefeldt, Staatssekretär Prof. Dr. Harald Braun,
Dr. Jürgen Hambrecht, Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen,
Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Reitzle, Marie M. Warburg MD,
Ulrich Wilhelm, Prof. Dr. Ludger WöBmann

Vorstand

Prof. Dr. Burkhard Schwenker
(Vorsitzender)
Wolfgang Mast
Regina Pötke
Dr. Tobias Raffel

Roland Berger Stiftung

Mies-van-der-Rohe-Straße 6
80807 München
Postfach 402140
80721 München

Tel. +49 89 9230-9500

Fax +49 89 5499-9500

info@rolandbergerstiftung.org

www.rolandbergerstiftung.org

Beitrag der Roland Berger Stiftung zur Vorbereitung des hessischen Bildungsgipfels

Thematische Schwerpunkte

1. Erhöhung der Bildungsbeteiligung

Vorrangiges Ziel muss es sein, den Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss zu verringern und die Bildungsbeteiligung von Kindern Jugendlichen mit schwierigen Startbedingungen – gleichgültig ob Zuwandererfamilie oder einheimische – deutlich zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, scheint uns die Definition eines verbindlichen Zeithorizonts in konkret beschriebenen Einzelschritten sinnvoll.

2. Individuelle Förderung

Immer wieder gefordert wird die individuelle Förderung, ohne dass klar definiert wäre, was man im Schulalltag wirklich dazu leisten kann. Die Forderung, ein Lehrer müsse seine Aufmerksamkeit unter den gegebenen Bedingungen tatsächlich jedem einzelnen Kind widmen, und zwar von einer detaillierten Begabungsanalyse bis zu einem individuellen Förderplan, geht aus unserer Erfahrung an der Realität vorbei. Man muss sich darüber klar werden, dass die Schule angesichts der gesellschaftlichen Realität nicht umhin kommen wird, einen Großteil der Erziehungsarbeit zu übernehmen (ggf. unter intensiver Betreuung auch der Eltern). Dazu braucht die Schule geeignetes Personal und eine räumlich angepasste Ausstattung.

Ein besonderes Problem sehen wir in der Betreuung und begabungsgerechten Beschulung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die nach Hessen kommen. Der nicht abbreißende Flüchtlingsstrom erfordert ethisch wie ökonomisch tragfähige Konzepte zur Integration dieser Jugendlichen.

3. Ganztagsschule

Mit dem zügigen Ausbau der Ganztagsangebote ist die Landesregierung auf dem richtigen Weg. Allerdings zeichnet sich bei den Ganztagesangeboten im Gegensatz zu den rhythmisierten Ganztagsschulen ab, dass die Betreuung an den Nachmittagen zu oft dem hohen Anspruch einer individuellen Förderung nicht gerecht wird. Wir favorisieren aus unserer Erfahrung den rhythmisierten Ganztagsunterricht mit sich abwechselnden Phasen von Anstrengung und Entspannung. Die Bereitschaft der Lehrerkollegien dazu ist höchst unterschiedlich, hier ist der Beratungs- und Unterstützungsweg dem Anordnungsweg absolut vorzuziehen. Lehrkräfte und verlässlich an die Schule gebundenes Betreuungspersonal müssen Hand in Hand arbeiten.

4. Förderung der Sprachkompetenz

Dringend erforderlich sind geprüfte Konzepte zur Sprachförderung. Die zahlreichen, in der Qualität stark schwankenden Modelle müssen miteinander verglichen und ausgewertet werden. Der Umfang der Sprachförderung – bei weitem nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund – muss massiv ausgebaut werden. Wir empfehlen zu überlegen, ob man vor dem Hintergrund des prioritären Desiderats der Sprachkompetenz nicht beispielsweise Englisch in der Grundschule zur Diskussion stellen kann.

5. Lehrerbildung

In die Lehreraus- und -fortbildung müssen – soweit noch nicht vorhanden – Bausteine zur interkulturellen Kompetenz, zur Elternarbeit, zum Umgang mit externen Partnern (Unternehmen, ehrenamtlichen Mentoren, Vereinen, Stiftungen etc.), zur Zusammenarbeit mit sozialpädagogischem Personal, zur Begabungsanalyse sowie zur Messung des Lernfortschritts unterstützend zur Benotung eingearbeitet werden. Lehrer aller Schularten müssen sich gleichermaßen der Erziehung und Bildung verpflichtet fühlen. Hier kommt immer mehr Verantwortung auf die Schulen zu, der sie sich nicht entziehen können.

6. Demografische Rendite

Wie in der Regierungserklärung des Hessischen Kultusministers angekündigt, wird die demografische Rendite im System belassen. Das halten für eine ausgezeichnete Möglichkeit, die hier skizzierten Maßnahmen zu verwirklichen. Außerdem wird es in den Schulen zu einer deutlich höheren Akzeptanz von Ganztagschulskonzepten führen.

7. Regionales Bildungsmanagement

Seit die Schule sich nicht mehr auf Unterricht im engeren Sinn beschränkt, wird die Vielzahl von Akteuren im Bildungs- und Erziehungsbereich deutlich sichtbar. Mit dem Ganztagsbetrieb geht die Einbeziehung aller Beteiligten in den Bildungs- und Erziehungsprozess einher. Dies stellt die einzelnen Einrichtungen vor durchaus ungewohnte Kooperationskonstellationen. Ein regionales Bildungsmanagement hat die Aufgabe, die einzelnen, z. T. monolithisch gewachsenen Einrichtungen miteinander zu vernetzen, ein verlässliches Bildungsmonitoring zu entwickeln, auf dem ein regionaler Entwicklungsplan basiert.

8. Qualitäts- statt Strukturdebatte

In der Öffentlichkeit wird leider aktuelle Bildungspolitik viel zu oft auf die G8/G9-Debatte reduziert. Der weitaus wichtigere öffentliche Diskurs über Qualität und Zukunftsfähigkeit von Schulen findet dagegen kaum statt. Bei einer Wahlfreiheit für die Schulen zu G8 oder G9 sind Klagen der Lehrerkollegien zu erwarten, dass man die Verantwortung „nach unten“ delegiert und durch aufwändige Abstimmungsprozesse viel Zeit für Bildung und Erziehung verloren geht. Allein die Entscheidung für G8 oder G9 sagt noch nichts aus über die Qualität von Unterricht und Erziehung oder die Aussicht auf einen erfolgreichen Schulabschluss. Möglicherweise wird hier der positive Ansatz eines tragfähigen Schulfriedens im Land vor Ort wieder konterkariert.

München, 30. Juni 2014

Regina Poetke, Vorstand
Barbara Loos, Koordination Mentorenprogramm

Siemens Stiftung, Kaiserstraße 16, 80801 München

Hessisches Kultusministerium
Referat Bildungsgipfel
Postfach 3160

65021 Wiesbaden

Name	Werner Busch
Telefon	+49 (89) 540487-307
Telefax	+49 (89) 540487-440
E-Mail	werner.busch@siemens-stiftung.org
Datum	7. Juli 2014

Eingang 14. Juli 2014
[Signature]

Bildungsgipfel der hessischen Landesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

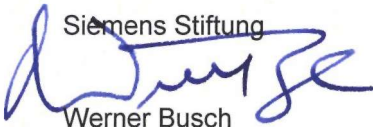
gerne kommen wir auf Ihr Schreiben von Herrn Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz an Frau Dr. Nathalie von Siemens zurück und danken für Ihre Einladung, einen Beitrag zu Ihrem geplanten Bildungsgipfel zu leisten.

Wir würden gerne die Gelegenheit nutzen, auf unser Bildungsprogramm Experimento hinzuweisen. Mit Experimento hat die Siemens Stiftung ein internationales Konzept für Erzieher und Lehrkräfte entwickelt, das auf dem Prinzip des entdeckenden Lernens basiert. Experimento besteht aus drei aufeinander aufbauenden, miteinander verzahnten Modulen: Experimento | 4+ für die Altersstufen 4-7, 8+ für die Altersstufen 8-12 sowie 10+ für die Altersstufen 10-18. Anhand von Experimenten aus den Themenbereichen Energie, Umwelt und Gesundheit können sich Kinder und Jugendliche selbstständig mit Naturphänomenen beschäftigen und technisch-naturwissenschaftliche Zusammenhänge erlernen.

Mittlerweile wird das Programm an acht Standorten in sieben Bundesländern in Deutschland umgesetzt, so auch am Landgraf-Ludwigs-Gymnasium in Gießen. Es würde uns freuen, wenn Sie den mit Experimento verfolgten Ansatz in Ihre Überlegungen einbeziehen könnten und stehen selbstverständlich für Fragen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Siemens Stiftung



Werner Busch

Anlage

Siemens Stiftung SbR

Kaiserstraße 16
80801 München
Deutschland

Tel.: +49 (89) 540487-0
Fax: +49 (89) 540487-440
www.siemens-stiftung.org

Vorstand: Dr. Nathalie von Siemens (Sprecherin), Rolf Huber, Georg Bernwieser
Sitz der Stiftung: München; von der Regierung von Oberbayern anerkannte Stiftung bürgerlichen Rechts.

Experimento – entdecken, erforschen, erklären

Naturwissenschaften vom Kindergarten bis zum
Schulabschluss

„Wie reinige ich verschmutztes Wasser? Woher kommt der Strom? Wie wichtig ist Nahrung für unseren Körper?“ Kinder sind neugierig und fasziniert von der Welt, die sie umgibt. Für Pädagogen* eröffnet dieser Wissensdurst eine Chance, das Interesse ihrer Schützlinge an Naturphänomenen und Technik frühzeitig zu wecken und über alle Altersstufen hin weiter zu entwickeln. Längst ist es kein Geheimnis mehr, dass dies am besten gelingt, wenn Kinder und Jugendliche aktiv eingebunden sind bei der Beobachtung, Erforschung und Erklärung naturwissenschaftlicher Fragen.

Mit dem internationalen Bildungsprojekt Experimento will die Siemens Stiftung pädagogischen Fachkräften Methoden, Anleitungen und Materialien an die Hand geben, die Kinder und Jugendliche auffordern, eigenständig und kreativ über naturwissenschaftliche Fragen und Lösungen nachzudenken. Sie verfolgt damit ihr Engagement für Bildung in Europa, Afrika und Lateinamerika und leistet nicht zuletzt auch einen Beitrag zur Verbesserung der Berufschancen von Jugendlichen. Denn eine fundierte naturwissenschaftliche Bildung ist weltweit ein Hebel für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eines Landes und für seine Zukunftsfähigkeit. Notwendige Voraussetzung dafür ist ein naturwissenschaftlich-technisches Verständnis, das über das Prinzip des entdeckenden Lernens geweckt und nachhaltig gefördert wird.

Experimento – ein Konzept mit Inhalt und Methode

Experimento erleichtert es Erziehern und Pädagogen, das Prinzip des entdeckenden Lernens in der Unterrichtspraxis umzusetzen. Kinder und Jugendliche befassen sich selbstständig mit Naturphänomenen, „be-greifen“ anhand von Experimenten technisch-naturwissenschaftliche Zusammenhänge und lernen durch eigenes Forschen und Entdecken diese zu verstehen.

Materialien zum Experimentieren, Anleitungen und anwendungsorientierte Schulungen für Erzieher und Lehrkräfte: Dies sind die drei Kernelemente von Experimento. Damit können pädagogische Fachkräfte den didaktischen Ansatz von Experimento sofort in ihrer täglichen pädagogischen Arbeit realisieren. Die praxisnahen Themen steigern das Interesse an Fragestellungen in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern. Die Kinder und Jugendlichen werden motiviert und befähigt, ihre eigenen Kenntnisse aufzubauen und kontinuierlich zu erweitern. Es gilt, die Experimentierfreude der Kinder sowie das freie und eigenständige Arbeiten zuzulassen und sie darin zu fördern.

Inhaltlich dreht sich bei Experimento alles um die Themen Energie, Umwelt und Gesundheit. Sie spiegeln globale Herausforderungen wider wie z. B. den Treibhauseffekt, erneuerbare Energien oder Trinkwassergewinnung. Die Experimente bauen vom Kindergarten bis zum Schulabschluss aufeinander auf und ermöglichen eine kontinuierliche Wissenserweiterung. Die Experimentieranleitungen sowie zahlreiche ergänzende Materialien werden zudem auch virtuell angeboten – als Online-Angebot für Pädagogen und Erzieher im Medienportal der Siemens Stiftung.

* Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird stets die allgemeine Form verwendet.
Sie gilt für weibliche und männliche Personen.





Experimento bietet

- Fortbildungskurse für Erzieher und Lehrkräfte zum praktischen Einsatz der Experimente
- Drei Experimentierkästen mit Experimentiermaterialien (im Gruppensatz) zu den Themen Energie, Umwelt und Gesundheit für die Altersstufen
 - 4-7 (Experimento | 4+)
 - 8-12 (Experimento | 8+)
 - 10-18 (Experimento | 10+)
- Ausführliche Anleitungen zu rund 130 Experimenten als Begleitmaterial im Experimentierkasten sowie in digitaler Form zum kostenlosen Download im Medienportal der Siemens Stiftung.

Experimento setzt auf die richtigen Partner

Bei der Entwicklung von Experimento setzt die Siemens Stiftung auf die Zusammenarbeit mit erfahrenen pädagogischen Partnern, die über eine umfassende Expertise in der Umsetzung von experimentellen Bildungsprojekten verfügen. Die Mischung aus Theoretikern und Praktikern gewährleistet nicht nur die inhaltliche, sondern auch eine schülergerechte, anwendungsorientierte Qualität der Experimente.

Neben einer Evaluierung durch Experten aus Universität und Schule müssen die Experimentierkästen auch den strengen Kriterien ihrer künftigen Anwender, den Kindern und Schülern, entsprechen, bevor sie in den breiten Einsatz gehen.

Derzeit werden Experimento | 4+, Experimento | 8+ und Experimento | 10+ in Deutschland, Südafrika und mehreren Ländern Lateinamerikas in Pilotprojekten erprobt.

Ein wesentlicher Garant für die Akzeptanz und Verbreitung von Experimento ist die Zusammenarbeit mit anerkannten, lokalen Bildungspartnern bei der Umsetzung des Projekts. Sie kennen die Herausforderungen in ihrem Land und die Voraussetzungen in der Bildungswelt.

Mehr Information:

www.siemens-stiftung.org/experimento
www.medienportal.siemens-stiftung.org

Kontakt:

experimento@siemens-stiftung.org

Siemens Stiftung
Kaiserstraße 16
80801 München
Deutschland

www.siemens-stiftung.org

ENCOURAGE. empowering people. Die Siemens Stiftung will Menschen in die Lage versetzen, sich aktiv gesellschaftlichen Herausforderungen zu stellen und bezieht sich dabei ideell auf die Werte von Werner von Siemens. Sie engagiert sich in den Bereichen Ausbau der Grundversorgung und Social Entrepreneurship, Förderung von Bildung sowie Stärkung von Kultur. Die Stiftung verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz und steht für verantwortungsvolle, wirkungsorientierte und innovative Projektarbeit.

Bildungsgipfel (HKM)

Von: Walter Hiller <w.hiller@sagst.de>
Gesendet: Mittwoch, 23. Juli 2014 10:46
An: Bildungsgipfel (HKM)
Betreff: Bildungsgipfel

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Software AG – Stiftung engagiert sich als Förderstiftung u.a. zum Thema „**Bildungsvielfalt**“ durch die Unterstützung von Schulen in freier Trägerschaft. In diesem Bereich des öffentlichen Bildungswesens werden nach wie vor wichtige pädagogische Aspekte berücksichtigt, die z.T. auch Anregungen für das allgemeine Bildungswesen sind.

Als teilnehmende Stiftung im Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ haben wir die Kommune Offenbach bei der Entwicklung ihrer Bildungslandschaft beratend begleitet. Hier konnten wir erfahren, wie – trotz sehr guter Kooperation am Ort - schwer es ist, das „fragmentarisierte und versäulte Bildungswesen“ stärker zu vernetzen. Hierzu braucht es noch wesentlich mehr **förderliche Impulse** „von oben“!

Mit dem „Pakt für den Nachmittag“ wird zwar ein Schritt in die richtige Richtung gemacht, die **Hervorhebung der pädagogischen Aspekte** für eine verpflichtende, rhythmisierte Grundschule für alle wäre notwendig, um auch die Kritiker der „Ganztags-Idee“ zu überzeugen. Als Vorsitzende im Projekt „Bildungsregion Darmstadt/Darmstadt-Dieburg“ erleben wir den erfolgreichen Prozess der Schloss-Schule in Gräfenhausen, die es geschafft hat, ein wirklich pädagogisch begründetes Konzept zu realisieren. Eine andere **Kooperation von Schul- und Sozialbereich** auch zur Lösung der Ganztagschule-Thematik ist überfällig!

Gerne bringen wir uns mit unseren Erfahrungen in den Bildungsgipfel ein.

Mit guten Wünschen für das Gelingen des Vorhabens
Für die Software AG – Stiftung

Walter Hiller

Walter Hiller
Direktor für Kommunikation u.
Internationale Beziehungen
Software AG - Stiftung
Am Eichwäldchen 6
64297 Darmstadt

Stiftungssitz: Darmstadt, Reg. Nr. III 11a.11(11) - 80

Tel. +49 6151 91665 - 0
Fax. +49 6151 91665 - 129
Durchwahl Hiller: - 144
Mobile Hiller: 0151 - 18838339
www.software-ag-stiftung.de

Sozialdemokratische Fraktion im Hessischen Landtag
Fraktionsvorsitzender

An den
Hessischen Kultusminister
Herrn Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10

65185 Wiesbaden

Eingang		Az.:	
<input checked="" type="checkbox"/> M	<input checked="" type="checkbox"/> Sts	<input checked="" type="checkbox"/> M 4	<input type="checkbox"/> AL
Verfügung			
<input type="checkbox"/> scannen	<input type="checkbox"/> registrieren		
<input type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> Stn	<input type="checkbox"/> Stn + AE	<input type="checkbox"/> AE Fachref
<input type="checkbox"/> v Abg z K	<input type="checkbox"/> n Abg z K	<input checked="" type="checkbox"/> z.w.V. <i>Gru 25.7.</i>	

Stab BG-ZB ✓

Referat Bildung,
Hochschule

Durchwahl:
0611/ 350-506

Email:
a.kornau@ltg.hessen.de

Unser Zeichen:
AK

Ihr Zeichen:

Ihr Schreiben vom:
16.05.2014

24.07.2014

In 2017 + MUDZ zwr.

Sehr geehrter Herr Kultusminister Lorz,

für Ihr Schreiben vom 16. Mai 2014 zum geplanten Bildungsgipfel danke ich Ihnen persönlich aber auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlich. Ich habe mich darüber gefreut, dass die Landesregierung den Austausch über bildungspolitische Themen mit einer Vielzahl von Akteuren aus dem Bildungsbereich und den im Landtag vertretenen Parteien sucht.

Die SPD-Fraktion unterstützt das Vorhaben, eine langfristige Verständigung über Ziele und Maßnahmen der Bildungspolitik herbeizuführen und freut sich auf konstruktive Treffen. Gerne komme ich Ihrer Bitte nach, Ihnen mitzuteilen, welche inhaltlichen Schwerpunkte aus unserer Sicht gesetzt werden sollten.

Wie auch mit der von uns initiierten Enquetekommission Bildung sind wir daran interessiert, unser Bildungssystem langfristig weiterzuentwickeln und zukunftsfest zu gestalten. Schulen brauchen Planungssicherheit, aber auch zusätzliche Fortbildungsmöglichkeiten und ausreichendes Lehrpersonal, um die gestiegenen und weiter steigenden Aufgaben bewältigen zu können. Die SPD würde gerne vor allem wichtige Kernprojekte, wie z.B. den flächendeckenden Ausbau von

Ganztagsschulen, die Umsetzung des Rechts auf inklusive Bildung oder die Reform der Lehrerbildung auf dem Bildungsgipfel behandeln und hierzu konkrete Planungen diskutieren.

Wir wollen über Bildungsgerechtigkeit und mehr Chancengleichheit auf allen Bildungsebenen von der Kita, über die Schule zur beruflichen und akademischen Bildung bis zur Weiterbildung sprechen. Auch die Auswirkungen des demografischen Wandels sind im Hinblick auf die Aufrechterhaltung eines flächendeckenden, wohnortnahen Bildungsangebots für uns ein wichtiges Thema.

Die SPD hält die Diskussion über Grundbedingungen nicht für beendet. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass diese fortgesetzt werden muss. Dabei sollte den Fragen nachgegangen werden, wie es gelingen kann, Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und den materiellen Voraussetzungen der Familie zu einem erfolgreichen Bildungsabschluss zu verhelfen, und ob Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit angesichts des in Hessen stark differenzierten Schulsystems gegeben ist.

Die SPD möchte sich darüber hinaus den zunehmend übergreifenden gesellschaftlichen Anforderungen zuwenden, die nur gemeinsam von Bund, Land und Kommunen bearbeitet werden können. Beispielhaft nenne ich den Kampf gegen Bildungsarmut, die inklusive Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung, den Übergang zwischen Schule und Berufsbildung sowie den Ausbau der Schulsozialarbeit.

Mit freundlichen Grüßen



Thorsten Schäfer-Gümbel

Herrn Staatsminister
Professor Dr. Ralph Alexander Lorz
Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10

65185 Wiesbaden

Ansprechpartner: Andrea Bartl
Geschäftsführerin
Tel. +49 (69) 300 388 401
Fax +49 (69) 300 388 498
Andrea.Bartl@start-stiftung.de

10.07.2014

Sehr geehrte Herr Staatsminister,

besten Dank für Ihr Schreiben vom 16. Mai 2014, in dem Sie uns eingeladen haben, uns an der Planungsphase für den Bildungsgipfel zu beteiligen. Das tun wir sehr gerne und haben auf der nachfolgenden Seite einige Themen zusammengetragen.

Unsere Muttergesellschaft, die Gemeinnützige Hertie-Stiftung, hat Ihr Schreiben bereits beantwortet. Wir schließen uns den Themen der Hertie-Stiftung an und ergänzen nur weitere Themen, die uns in unserer täglichen Stiftungsarbeit bewegen.

Wir freuen uns, dass die langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium eine Fortsetzung findet und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

START - Stiftung – ein Projekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung –
gemeinnützige GmbH


Andrea Bartl
Geschäftsführerin


Robert Hasse
Geschäftsführer

Themensammlung der START-Stiftung gGmbH für den hessischen Bildungsgipfel

<p>Schule</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Einbeziehung von ehrenamtlichen Aktivitäten in das schulische Lernen (Lernen durch Engagement) - Langfristig angelegte Verzahnung zwischen schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten - Durchgehende Sprachbildung in Grund- und weiterführenden Schulen - Systematisierung und Qualitätssicherung in der Fort- und Weiterbildung im Hinblick auf lebenslanges Lernen als selbstgesteuerter Prozess und auf sinnvolle, ergänzende Angebote für Menschen, die berufsbildende oder akademische Abschlüsse im Ausland erworben haben - Ganztagsangebote: Zusammenarbeit mit bestehenden Institutionen und Strukturen vor Ort (z.B. Vereine) intensivieren - Entwicklung des Schullebens: Möglichkeiten der Mitbestimmung und der Mitgestaltung durch SchülerInnen schaffen und sinnvoll in den Schulalltag einbinden
<p>Lehrpersonal</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Verankerung der Themen „Kommunikation“ und „Elternarbeit“ in der Aus- und Weiterbildung von Erziehern und vor allem Lehrkräften - Vermittlung eines selbstverständlichen Umgangs mit dem Thema Vielfalt - Einführung bzw. Verbesserung der Diagnostikkompetenzen als bewusster Teil der Lehrerausbildung

Herrn Minister
Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz
Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Eingang: 2317		Az.:	
<input checked="" type="checkbox"/> Min	<input checked="" type="checkbox"/> Sts	<input checked="" type="checkbox"/> M 4	<input type="checkbox"/> AL
Verfügung			
<input type="checkbox"/> scannen	<input type="checkbox"/> registrieren		
<input type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> Stn	<input type="checkbox"/> Stn + AE	<input type="checkbox"/> AE F. adref
<input type="checkbox"/> v Abg z K	<input type="checkbox"/> n Abg z K	<input checked="" type="checkbox"/> z w V	Gr 24. 7.

Ø z. K. Stab BG - Zb
Mo 2017 - 1. 11. 14
z. w. K.

Hamburg, 22. Juli 2014

Verehrter Herr Minister,
lieber Herr Professor Lorz,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 14. Mai 2014, das wir mit großem Interesse gelesen haben. Einen Bildungsgipfel zu den Zielen und Maßnahmen der Bildungspolitik in Hessen halten wir für äußerst fruchtbar. Vor diesem Hintergrund freuen wir uns sehr über die Einladung, uns an der Planungsphase zu beteiligen.

Wie bereits bei unserem informativen Gespräch in der Hessischen Landesvertretung bei der Europäischen Union besprochen, geben wir Ihnen gerne aus unserer Perspektive Input zu möglichen Themen und Schwerpunkten:

MINT-Räume schaffen

Wenn wir künftig über genügend MINT-Spitzenkräfte verfügen wollen, darf eine gezielte Ausbildung und Förderung des Nachwuchses nicht erst im Rahmen des Studiums erfolgen. Vielmehr gilt es, deutlich früher anzusetzen und neben dem schulischen MINT-Unterricht durch die Schaffung sogenannter MINT-Räume eine wirkungsvolle Infrastruktur zur individuellen Talentförderung aufzubauen: Innerschulisch kann dies durch die Schaffung von Kreativlaboren erfolgen, in denen Schüler oder schulische Arbeitsgemeinschaften verstetigt forschen und experimentieren können – als zusätzliches Angebot etwa im Rahmen der Ganztagsbetreuung. Außerschulisch sollten die ersten Ansätze einer solchen Infrastruktur auf der Basis von Best-Practice-Beispielen flächendeckend ausgebaut werden. Eine wichtige Rolle können hier künftig die sogenannten Schülerforschungszentren spielen.

MINT-Angebote im Ganztagsbereich

Im Zuge des Ausbaus der Ganztagsbetreuung sind die Bildungspartner gefordert, neue, attraktive und hochwertige Angebot zu entwickeln. Hier bietet sich die Chance, etwa im Rahmen des offenen Ganztagsunterrichts innovative Ideen und Konzepte zur Förderung des eigenständigen, forschenden Lernens zu realisieren. Die Förderung von naturwissenschaftlichem Experimentieren an der Schule bewirkt erfahrungsgemäß eine verstärkte Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an MINT-Wettbewerben wie etwa Jugend forscht. Erforderlich ist dabei die Schaffung entsprechender Voraussetzungen bei Lehrerinnen und Lehrern (durch Schulungen, Motivation und Begleitmaterialien) sowie in materieller Hinsicht (räumliche und materielle Ausstattung).

jugend forscht

der Nachwuchswettbewerb
in Mathematik, Informatik,
Naturwissenschaften
und Technik –
gefördert von
Bundesregierung, stern,
Wirtschaft und Schulen

Stiftung Jugend forscht e. V.

Baumwall 5

20459 Hamburg

Telefon: 040 374709-0

Telefax: 040 374709-99

E-Mail: info@jugend-forscht.de

Internet: www.jugend-forscht.de

Schirmherr

Bundespräsident Joachim Gauck

Kuratorium

Bundesministerium für
Bildung und Forschung

Ständige Konferenz der
Kultusminister der Länder
stern

Gruner+Jahr AG & Co KG

Deutscher Gewerkschaftsbund

Bundesverband der Deutschen
Industrie e. V.

Deutscher Verein zur Förderung
des mathematischen und natur-
wissenschaftlichen Unterrichts e. V.

VDI Verein Deutscher Ingenieure

Deutsche Bank AG

Deutsche Bundesstiftung Umwelt

je ein Vertreter der Bundesjury,
der Patenunternehmen und der
Wettbewerbsleiter

Vorstand

Dr. Sven Baszio
Geschäftsführer

Dr. Nico Kock
Stellvertretender Geschäftsführer

Forschendes Lernen

Ziel sollte es sein, das forschende Lernen inner- und außerschulisch bekannter zu machen und seine Umsetzung breit zu befördern. Durch forschendes Lernen – für das etwa auch die Projektarbeit bei Jugend forscht steht – können sich die Jugendlichen schon frühzeitig mit dem Handwerkszeug des wissenschaftlichen Arbeitens vertraut machen und dadurch eine Methodenkompetenz erlangen, die zu den Kernqualifikationen der heutigen Wissensgesellschaft gehört. Angestrebt wird, weitere Lehrerinnen und Lehrer aus den MINT-Fächern dafür zu gewinnen, forschendes Lernen als pädagogisches Konzept verstärkt im Unterricht zu verankern. Die Erfahrung zeigt, dass forschend erarbeitete Lerninhalte bei den Schülern oftmals nachhaltiger verankert sind als rein theoriebasiert vermitteltes Wissen.

Individuelle Betreuung von MINT-Talenten entlang der Bildungskette

Um die Talentförderung wirksam und nachhaltig zu organisieren, geht es darum, künftig ein Verfahren der individuellen Betreuung von MINT-Talenten entlang der Bildungskette zu etablieren. Durch personalisierte Schnittstellen etwa beim Schulwechsel oder über Mentoren in den verschiedenen Institutionen gilt es, die verschiedenen Bereiche und Ebenen verstetigt miteinander zu vernetzen. Dadurch kann eine gezielte Kommunikation und ein individualisierter Wissenstransfer über Talente ermöglicht werden. Gleichzeitig wird so ein Netz von Ansprechpartnern für Coaching und Beratung etabliert, wovon die jungen Menschen direkt profitieren.

Für Rückfragen oder Erläuterungen zu diesen Punkten stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit herzlichen Grüßen und in
der Hoffnung auf ein baldiges
Wiedersehen,

Dr. Sven Baszio

Sven Baszio

**der Nachwuchswettbewerb
in Mathematik, Informatik,
Naturwissenschaften
und Technik –
gefördert von
Bundesregierung, stern,
Wirtschaft und Schulen**

Stiftung Jugend forscht e. V.

Baumwall 5
20459 Hamburg

Telefon: 040 374709-0

Telefax: 040 374709-99

E-Mail: info@jugend-forscht.de

Internet: www.jugend-forscht.de

Schirmherr

Bundespräsident Joachim Gauck

Kuratorium

Bundesministerium für
Bildung und Forschung

Ständige Konferenz der
Kultusminister der Länder
stern

Gruner+Jahr AG & Co KG

Deutscher Gewerkschaftsbund

Bundesverband der Deutschen
Industrie e. V.

Deutscher Verein zur Förderung
des mathematischen und natur-
wissenschaftlichen Unterrichts e. V.

VDI Verein Deutscher Ingenieure

Deutsche Bank AG

Deutsche Bundesstiftung Umwelt

je ein Vertreter der Bundesjury,
der Patenunternehmen und der
Wettbewerbsleiter

Vorstand

Dr. Sven Baszio
Geschäftsführer

Dr. Nico Kock
Stellvertretender Geschäftsführer

Bildungsgipfel (HKM)

Von: Amelie Schlottmann <Amelie.Schlottmann@stiftunglesen.de>
Gesendet: Montag, 26. Mai 2014 17:17
An: Bildungsgipfel (HKM)
Betreff: Beiträge für den Bildungsgipfel
Anlagen: 140526_Positionspapier-SL_Politik.pdf

Kategorien: Grüne Kategorie

Beantwortet, M4-GA, 30.5.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage bezüglich des hessischen Bildungsgipfels an unseren Vorstandsvorsitzenden Prof. Joerg Pfuhl, der uns - verbunden mit der Bitte um Beiträge zu diesem - erreicht hat.
Wir begrüßen Ihre Idee sehr und beteiligen uns gerne.

○ Anbei finden Sie daher unsere Forderungen an die Politik, die wir in einem Positionspapier zusammengefasst haben.

Wir freuen uns von Ihnen zu hören und sind gespannt auf die nächsten Schritte.

Bei Fragen stehen wir sehr gerne zu Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Amelie Schlottmann



Amelie Schlottmann
Referentin der Geschäftsführung

○ Stiftung Lesen
Römerwall 40
55131 Mainz

Tel.: 06131-28890-11
Fax: 06131-230333
E-Mail: Amelie.Schlottmann@stiftunglesen.de

Besuchen Sie uns auch auf unserer Homepage:
<http://www.stiftunglesen.de>

Entdecken Sie uns auf Facebook: <http://www.facebook.com/StiftungLesen>
Folgen Sie uns auf Twitter: <http://www.twitter.com/StiftungLesen>

Hauptgeschäftsführer:
Dr. Jörg F. Maas
Geschäftsführerin Programme und Projekte:
Sabine Uehlein
Kaufmännischer Geschäftsführer:
Johannes Altschäfl

Lesen in Deutschland

- politische und programmatische Empfehlungen für bessere Bildung

29. Oktober 2013

Lesekompetenz ist eine zentrale, wenn nicht *die* Schlüsselqualifikation und wichtigste Bildungsvoraussetzung in Deutschland:

- Lesen und Lesekompetenz sind Basis erfolgreicher Schul- und Berufslaufbahnen
- Lesen ist Basis für Meinungsbildung, soziale Verantwortung und gesellschaftliche Teilhabe
- Leseförderung ist eine der effektivsten und effizientesten Bildungsinvestitionen

Die Stiftung Lesen hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, **Lesefreude zu wecken und Lesekompetenz in ganz Deutschland zu stärken** – unabhängig von den materiellen, kulturellen oder sozialen Voraussetzungen jedes Einzelnen.

1. Warum Leseförderung in Deutschland unerlässlich ist:

- Bundesweit sind 7,5 Millionen Erwachsene im Alter von 18 bis 64 Jahren nicht in der Lage, Texte richtig zu verstehen und richtig zu schreiben. Der Anteil dieser sogenannten funktionalen Analphabeten entspricht 14,5 Prozent der Deutsch sprechenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (leo. - Level-One Studie 2011).¹
- 17,5 Prozent der 16- bis 65-Jährigen in Deutschland sind maximal in der Lage kurze Texte mit einfachem Vokabular zu lesen und ihnen in stark begrenztem Maße Informationen zu entnehmen (PIAAC-Studie 2013).²
- Mangelnde Lesefähigkeiten bilden ein nachwachsendes Problem: 2009 hatten 18,5 Prozent der 15-Jährigen in Deutschland Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben (PISA-Studie 2009).³ 15,4 Prozent der Schülerinnen und Schüler der vierten Grundschulklassen hatten 2011 kein ausreichendes Leistungsniveau im Lesen erreicht (IGLU-Studie 2011).⁴ 12 Prozent der Grundschüler insgesamt hatten 2011 nicht die Mindeststandards im Lesen erfüllt, 33 Prozent nicht die Regelstandards (IQB-Ländervergleich 2011).⁵
- Unter den Kindern und Jugendlichen wachsen somit kontinuierlich neue Generationen potenzieller funktionaler Analphabeten heran. Aufgrund mangelnder Lesefähigkeiten fehlt ihnen eine zentrale Voraussetzung für Bildung und Zugang zum Arbeitsmarkt. Es ist zu erwarten, dass sich das Problem in künftige Generationen fortsetzen wird, wenn die heutigen Kinder und Jugendlichen wiederum selbst Kinder haben und als Eltern nicht die notwendige Förderung anbieten.

2. Folgen und Folgekosten mangelnder Lesekompetenz:

- 11,9 Prozent der Schulabgänger in Deutschland haben 2011 die Schule ohne Abschluss verlassen (Eurostat 2012).⁶ Wenn Jugendliche nicht über die geforderten Qualifikationen verfügen, finden sie trotz einer sich positiv entwickelnden Angebotssituation häufig keinen Ausbildungsplatz (Bertelsmann Stiftung 2012).⁷
- 2011 standen 30.000 unbesetzten Ausbildungsplätzen 294.294 Jugendliche gegenüber, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben und sich in einer Übergangsphase befanden. Davon sind 63.000 Jugendliche in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (21,5 %), 38.369 in einem Berufsvorbereitungsjahr (13,2 %), 28.150 im Berufsgrundbildungsjahr (9,6 %) und 16.151 in der Einstiegsqualifizierung (5,5 %) (Bundesinstitut für Berufsbildung 2011).⁸ 12 Prozent der 15- bis 29-Jährigen in Deutschland sind weder in Ausbildungs-, noch in Berufs- oder Weiterbildungsaktivitäten integriert. Im OECD-Durchschnitt sind es 15,8 % (OECD 2012).⁹
- Jährlich entstehen im Übergangssystem von berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und Einstiegsqualifizierung in Deutschland Kosten in Höhe von 4,3 Milliarden Euro (Bildungsbericht 2010).¹⁰
- 150.000 Jugendliche starten jährlich in Deutschland ohne Ausbildungsabschluss in ihr Erwerbsleben. Pro Altersjahrgang entstehen dem öffentlichen Haushalt dadurch jährlich Folgekosten in Höhe von 1,5 Milliarden Euro. Aktuell trägt der öf-

fentliche Haushalt insgesamt Folgekosten für 7 Millionen Menschen, die ohne Ausbildungsabschluss geblieben sind (Bertelsmann-Stiftung 2012).¹¹

- Hochgerechnet ist in den kommenden 10 Jahren mit 15 Milliarden Euro Folgekosten zu rechnen, wenn es nicht gelingt, niedrig qualifizierten Menschen Bildungschancen und Perspektiven zur Teilhabe am sozialen und beruflichen Leben zu ermöglichen bzw. zu erhalten (Bertelsmann Stiftung 2012).¹²

3. Warum Lesen und Vorlesen in allen gesellschaftlichen Gruppen wichtig ist:

- Ursachen für die Defizite in den Lesefähigkeiten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen liegen in beträchtlichem Maße in der (früh-) kindlichen Lesesozialisation, die den formalen Bildungsinstitutionen notwendig vorgelagert ist: Nur 48 Prozent der Eltern von Kindern unter 12 Jahren halten Lesefreude für ein wichtiges Erziehungsziel. 39 Prozent nehmen Einfluss darauf, was ihre Kinder lesen, 30 Prozent darauf, wie viel sie lesen (Stiftung Lesen 2010).¹³
- In 30 Prozent der Familien mit Kindern im Vorlesealter lesen Eltern selten oder nie vor. Die zentrale Vorleseperson ist für Kinder deutlich häufiger die Mutter als der Vater: 68 Prozent der Mütter lesen ihren Kindern täglich oder mehrmals in der Woche vor, jedoch nur 45 Prozent der Väter. Die geringe Präsenz von Vätern als Lesevorbilder und Vorleseakteure bedeutet eine mangelnde Unterstützung der Lesesozialisation vor allem von Jungen (Stiftung Lesen 2013).¹⁴
- Eltern besitzen immer noch ambivalente Einstellungen zum Lesen: Zwar stimmen 84 Prozent der Erwachsenen der Aussage zu, dass Lesen wichtig für die Entwicklung von Kindern ist. 62 Prozent der Eltern von Kindern unter 12 Jahren meinen, es bringe Kinder besonders voran, wenn sie gut lesen können und wenn sie viele Bücher lesen (58 %). Jedoch glauben nur 52 Prozent daran, dass es überhaupt möglich ist, Kindern Lesefreude zu vermitteln (Stiftung Lesen 2010).¹⁵
- Eltern ist nicht ausreichend bewusst, dass Lesen Kinder ganzheitlich fördert: Zwar sieht eine Mehrheit durch Lesen Wissen (93 %), Sprachkompetenz (96 %) und verschiedene kognitive Fähigkeiten gefördert, nur eine Minderheit dagegen bringt Lesen mit der emotionalen Entwicklung von Kindern und ihren sozialen Kompetenzen in Verbindung: 30 Prozent sehen z. B. die Kontaktfreude von Kindern durch Lesen eher gehemmt. Demgegenüber stehen gerade emotionale und soziale Fähigkeiten an der Spitze der Erziehungsziele von Eltern (Stiftung Lesen 2010).¹⁶
- Die genannten Einstellungen sind vor allem in solchen Bevölkerungsgruppen weit verbreitet, die aufgrund von ungünstigen Ausgangsbedingungen benachteiligt sind. Deshalb gehören Familien mit niedrigem Bildungsniveau – vielfach zugleich mit Migrationshintergrund – zu den wichtigsten Zielgruppen der Leseförderung (PISA 2000 und 2010).¹⁷

4. Wirtschaftlicher Nutzen von Investitionen in die Leseförderung:

- Eine Analyse des Social Return on Investment zum britischen *Bookstart*-Projekt (dem Modell für das deutsche Lesestart-Programm) zeigt: Pro investiertem Britischen Pfund entsteht hochgerechnet ein volkswirtschaftlicher Nutzen in Höhe von 25 £, weil Folgekosten, die durch Defizite in den Lesefähigkeiten der Kinder ohne *Bookstart* entstanden wären, entfallen (Booktrust 2010).¹⁸
- Berechnungen zu Bildungsinvestitionen in der Europäischen Union zeigen: Wenn es gelänge, das individuelle Bildungsniveau der Jugendlichen um 25 PISA-Punkte anzuheben, wären innerhalb der kommenden 80 Jahre europaweit Renditeeinnahmen in Höhe von 32 Billionen Euro zu erwarten (Hanushek / Wößmann 2010).¹⁹
- Hochrechnungen aus dem Jahr 2009 für Deutschland zeigen: Wenn innerhalb von 10 Jahren der Anteil der Jugendlichen, die nach den PISA-Kriterien als Risikoschüler/innen gelten, um 90 Prozent verringert würde, blieben dem deutschen Staat in den nächsten 80 Jahren volkswirtschaftliche Kosten in Höhe von rund 2,8 Billionen Euro erspart (Hanushek / Piopiunik 2009).²⁰
- Aufgrund der demografischen Entwicklung können in den kommenden Jahren in Deutschland potenziell Ausgaben für den Bildungssektor in Höhe von 8 bis 10 Mrd. Euro eingespart werden. Durch eine Reinvestition dieser Gelder in die qualitative Verbesserung frühkindlicher Bildung errechnen Experten eine Rendite von 8 Prozent sowie eine volkswirtschaftliche Rendite von 13 Prozent (Anger / Plünneke / Tröger 2007).²¹

5. Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Leseförderung in Deutschland:

Mit Blick auf die Defizite in der Leseförderung und Lesesozialisation in den Familien, den Bildungsinstitutionen und in der Gesellschaft sind folgende Maßnahmen notwendig:

- **Investitionen in Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung:** Sensibilisierung von Eltern und Erwachsenen, ihre Verantwortung für eine möglichst frühe und intensive Förderung der Sprachentwicklung und des Lesens ihrer Kinder wahrzunehmen. Besonders vordringlich und effektiv ist dies im Bereich des Vorlesens: Kinder, denen in der Familie vorgelesen wird, entwickeln häufiger Lesefreude, Lesemotivation und Lesekompetenz als Kinder, denen nicht vorgelesen wird (AID:A-Studie 2009; OECD 2012).²² Sie verfügen über vielfältige Interessen und Kompetenzen, die sich fächerübergreifend in besseren schulischen Leistungen niederschlagen – unabhängig vom Bildungshintergrund der Familien (Stiftung Lesen 2011).²³
- **Fortsetzung und Intensivierung der begonnenen frühkindlichen Leseförderprogramme - *Lesestart*:** Die Stiftung Lesen nimmt sich mit bundesweiten Programmen der Bewusstseinsbildung, Sensibilisierung und Versorgung mit ‚Lese- und Vorlesestoff‘ für Familien, Eltern und Kinder an: *Lesestart – Drei Meilensteine für das Lesen* (eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, durchgeführt von der Stiftung Lesen, mit Unterstützung einiger Länder) und *Mein Papa liest vor (unter der Schirmherrschaft der meisten Ministerpräsidenten der Länder)* erreichen Familien mit Kindern im Vorlesealter. Das bundesweite Programm *Lesestart*, das sich in der ersten Phase an Familien mit einjährigen Kindern mit einem Lesestart-Set über die Kinderärzte in Deutschland richtet, muss verstetigt werden mit finanzieller Unterstützung des Bundes und aller Bundesländer.
- **Breites öffentliches Engagement für Lesen und Vorlesen in Deutschland:** Der *Bundesweite Vorlesetag* mit über 50.000 vorlesenden Politikern, Prominenten und Entscheidern wirkt mit Vorleseaktionen zahlreicher Politiker und Prominenter in eine breite Öffentlichkeit hinein. Der Bundesweite Vorlesetag wird mit umfassender gesellschaftlicher Unterstützung zu einem Tag *Deutschland liest!* etabliert. Der *Vorleseclub* der Stiftung Lesen motiviert und aktiviert hierzu begleitend Ehrenamtliche in allen Ländern und Kommunen in Deutschland, Kindern vorzulesen. *Deutschland liest!* muss eine nationale Kampagne werden.
- **Verbindung von schulischen und außer-schulischen Programmen:** Investitionen in Maßnahmen zur schulbegleitenden non-formalen und informellen Leseförderung von Kindern und Jugendlichen gelingen nachweislich durch Angebote, die Kindern und Jugendlichen Lesen im Kontext anderer Medien erfahrbar machen und ihnen durch freizeitorientierte, kreative und spielerische Impulse Freude am Lesen vermitteln (Stiftung Lesen 2011).²⁴ Die Stiftung Lesen setzt dies durch die Einrichtung von *Leseklubs* (mit Unterstützung des Bundes und privater Einrichtungen) und den Einsatz von *Lesescouts* um, die in allen Schulen und außerschulischen Lernorten etabliert werden.
- **Höhere Bildungsinvestitionen:** Von den Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Kommunen für Bildung, Forschung und Wissenschaft entfielen 2010 172,3 Mrd. Euro auf das Bildungsbudget (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2013).²⁵ Die privaten und öffentlichen Bildungsausgaben betragen 2009 5,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (6,2 Prozent im Durchschnitt der OECD Länder; OECD 2012).²⁶ Von diesen Bildungsausgaben wurden 133,1 Mrd. Euro für Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Hochschulen ausgegeben (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2013).²⁷ Offenbar zu wenig: Die privaten Haushalte mussten gleichzeitig 5,5 Mrd. Euro für Nachhilfeunterricht und Lernmittel aufbringen (Statistisches Bundesamt 2012).²⁸ Die Stiftung Lesen setzt sich für eine signifikante Erhöhung der Mittel aus Bund, Ländern und Kommunen im Bereich der Leseförderung für Familien, Kinder, Jugendliche und Erwachsene ein.

Quellen:

- ¹ Grotlüschen, Anke, Wibke Riekmann (2011): Presseheft: leo. – Level-One Studie. Literalität von Erwachsenen auf den unteren Kompetenzniveaus. Hamburg 2011. Download unter http://www.alphabetisierung.de/fileadmin/files/Dateien/Downloads_Texte/leo-Presseheft-web.pdf (2.3.2013); Grotlüschen, Anke, Wibke Riekmann (Hrsg.) (2012): Funktionaler Analphabetismus in Deutschland Ergebnisse der erste leo. – Level-One Studie. Münster u. a.
- ² OECD (2013): Für das Leben gerüstet? Wichtigste Ergebnisse von PIAAC. Download unter: http://skills.oecd.org/SkillsOutlook_2013_KeyFindings_GER.pdf
- ³ Klieme, Eckhard u. a. (2010): PISA 2009. Bilanz nach einem Jahrzehnt. Münster u. a.
- ⁴ Bos, Wilfried, Irmela Tarelli, Albert Bremerich-Vos, Knut Schwippert (Hrsg.) (2012): IGLU 2011. Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster u. a.; eine Übersicht über die Befunde im Kontext der TIMSS-Studie findet sich unter http://www.ifs-dortmund.de/assets/files/presse/IGLU_TIMSS_2011_Pressekonferenz.pdf (2.3.2013).
- ⁵ Stanat, Petra, Hans Anand Pant, Katrin Böhme, Dirk Richter (Hrsg.) (2012). Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern am Ende der vierten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik. Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs 2011. Münster.
- ⁶ Europe in figures. Eurostat Yearbook 2012. Luxembourg: Publications Office of the European Union, 205. Download unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-CD-12-001/EN/KS-CD-12-001-EN.PDF (25.5.2013).
- ⁷ Hohbein, Aline, Lars Thies, Clemens Wieland (2012): Perspektive schaffen durch Ausbildung. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg): Warum Sparen teuer ist. Folgekosten unzureichender Bildung für die Gesellschaft. Gütersloh, 258 -267.
- ⁸ Berechnung des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der statistischen Bundes- und Landesämter 2011.
- ⁹ OECD (2012): Education at a Glance: OECD Indicators 2012. Download unter www.uis.unesco.org/Education/Documents/oecd-eag-2012-en.pdf (7.6.2013); für Deutschland unter: <http://www.oecd.org/education/EAG2012%20-%20Country%20note%20-%20Germany.pdf> (13.6.2013).
- ¹⁰ Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Herausgeber: Autorengruppe Bildungsberichterstattung im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld 2010, 317.
- ¹¹ Allmendinger, Jutta, Giesecke, Johannes, Oberschachtsiek, Dirk (2012): Folgekosten unzureichender Bildung für die öffentlichen Haushalte. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Warum Sparen teuer ist. Folgekosten unzureichender Bildung für die Gesellschaft. Gütersloh, 39 -72.
- ¹² Ebd.
- ¹³ Kreibich, Heinrich, Simone C. Ehmig (Hrsg.) (2010): Lesefreude trotz Risikofaktoren. Eine Studie zur Lesesozialisation in der Familie. Mainz, 22 f.
- ¹⁴ Stiftung Lesen (2013): Neuvermessung der Vorleselandschaft. Eine Studie der Stiftung Lesen, der Deutschen Bahn und der ZEIT. Download unter <http://www.stiftunglesen.de/institut-fuer-lese-und-medienforschung/forschungsprojekte/vorlesestudie> (28.10.2013).
- ¹⁵ Kreibich, Heinrich, Simone C. Ehmig (Hrsg.) (2010): Lesefreude trotz Risikofaktoren. Eine Studie zur Lesesozialisation in der Familie. Mainz, 18, 20, 29.
- ¹⁶ Kreibich, Heinrich, Simone C. Ehmig (Hrsg.) (2010): Lesefreude trotz Risikofaktoren. Eine Studie zur Lesesozialisation in der Familie. Mainz, 21.
- ¹⁷ Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.) (2010): PISA 2000, Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen, 399 ff. und Klieme, Eckhard u. a. (Hrsg.) (2010): PISA 2009. Bilanz nach einem Jahrzehnt, Münster, 231-255.
- ¹⁸ Booktrust (2010): Bookstart 2009/10: A Social Return on Investment (SROI) Analysis. London.
- ¹⁹ Hanushek, Eric A., Ludger Wößmann (2010): The Cost of Low Educational Achievement in the European Union. Analytical Report for the European Commission prepared by the European Expert Network on Economics of Education (EENEE).
- ²⁰ Wößmann, Ludger, Marc Piopiunik (2009): Was unzureichende Bildung kostet. Eine Berechnung der Folgekosten durch entgangenes Wirtschaftswachstum. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh, 26 und 40.
- ²¹ Anger, Christina/Plünnecke, Axel/Tröger, Michael (2007): Renditen der Bildung - Investitionen in den frühkindlichen Bereich, Köln: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.
- ²² Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebensverlauf. Herausgeber: Autorengruppe Bildungsberichterstattung im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld 2012, 318; OECD (2012): Let's read them a story! The parent factor in education. 2. Read your children a story. Download unter <http://www.oecd.org/pisa/pisaproducts/pisa2009/50297246.pdf> (23.10.2012), 18.
- ²³ Stiftung Lesen (2011): Die Bedeutung des Vorlesens für die Entwicklung von Kindern. Repräsentative Befragung von 10- bis 19-Jährigen. Eine Studie der Stiftung Lesen, der Deutschen Bahn und der ZEIT. Mainz. Download unter <http://www.stiftunglesen.de/vorlesestudie-2011> (13.6.2013).
- ²⁴ Stiftung Lesen (2011): Implementation and evaluation of reading and media-clubs in Israel and Germany. A method of promoting reading and media skills and social integration. Comparative study Israel – Germany 2008-2010. Mainz; Ehmig, Simone C., Timo Reuter, Manuel Menke (2011): Das Potenzial von E-Readern in der Leseförderung. Mainz. Download unter <http://www.stiftunglesen.de/ereaderstudie> (13.6.2013).
- ²⁵ Bundesministerium für Bildung und Forschung (2013): Bildung und Forschung in Zahlen 2013. Ausgewählte Fakten aus dem Daten-Portal des BMBF. Berlin, 28.
- ²⁶ OECD (2012): Education at a Glance: OECD Indicators 2012. Key Findings. Download unter <http://www.oecd.org/education/EAG2012%20-%20Country%20note%20-%20Canada.pdf> (7.6.2013).
- ²⁷ Bundesministerium für Bildung und Forschung (2013): Bildung und Forschung in Zahlen 2013. Ausgewählte Fakten aus dem Daten-Portal des BMBF. Berlin, 28.
- ²⁸ Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2012): Bildungsfinanzbericht 2012. Wiesbaden 2012.

Kontakt

Thomas Kleinebrink
Konzepte
Kommunikation und Public Affairs

Stiftung Lesen
Römerwall 40
55131 Mainz

Tel.: 06131-28890-17

Fax: 06131-230333

E-Mail: Thomas.Kleinebrink@stiftunglesen.de

Bildungsgipfel (HKM)

Von: Birgit Teuscher <birgit.teuscher@uni-kassel.de> im Auftrag von Rolf-Dieter Postlep Prof. Dr. <praesident@uni-kassel.de>
Gesendet: Montag, 4. August 2014 13:27
An: Bildungsgipfel (HKM)
Betreff: Hessischer Bildungsgipfel
Anlagen: Bildungsgipfel_RInG-Forderung_Studienzeitverlängerung.pdf;
Bildungsgipfel_Themenvorschlag_Aguado_Fohr_DaFZ.doc;
Bildungsgipfel_Themenvorschläge_Heß_Clement.doc;
Begleitschreiben_Hessischer_Bildungsgipfel.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie das Antwortschreiben von Herrn Prof. Postlep mit 3 Themenvorschlägen

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

Birgit Teuscher

Vorzimmer des Präsidenten

Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep
Präsident der Universität Kassel
Mönchebergstraße 19
34125 Kassel

Tel.: 0561/804-2233

Prof. Dr. Postlep - Universität Kassel - 34109 Kassel

Herrn Staatsminister
Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Hessisches Kultusministerium
Postfach 3160
65021 Wiesbaden

Mönchebergstraße 19
D-34109 Kassel
Telefon 05 61/8 04-22 33
Telefax 05 61/8 04-72 33
praesident@uni-kassel.de
internet <http://www.uni-kassel.de>

Datum 01.08.2014

**Hessischer Bildungsgipfel
Ihr Schreiben vom 16. Mai 2014**

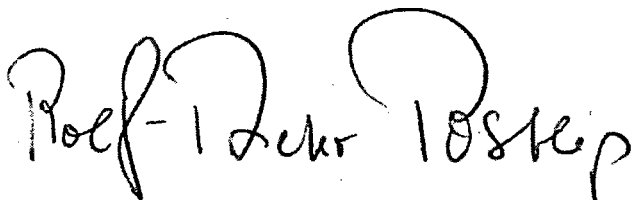
Anlage: 3 Themenvorschläge

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

es ist sehr zu begrüßen, dass Sie in die thematische Vorbereitung des geplanten hessischen Bildungsgipfels auch die Universitäten und damit die erste Phase der Lehrerbildung einbeziehen. Ich habe Ihre Anfrage hierzu an das Zentrum für Lehrerbildung weitergeleitet, das mir mehrere Themenvorschläge gesandt hat, die ich Ihnen anbei gerne vorlege. Aus Sicht des Präsidiums der Universität wäre außerdem im Hinblick auf die Studierfähigkeit der Studienanfängerinnen und -anfänger zu prüfen, im Abitur den Fächern Deutsch und Mathematik mehr Gewicht zu geben.

Es würde mich freuen, wenn unsere Vorschläge bei der thematischen Strukturierung des Bildungsgipfels berücksichtigt werden könnten.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep

Universität Kassel • D 34109 Kassel

An das Hessisches Kultusministerium

über das Zentrum für Lehrerbildung der
Universität Kassel

Nora-Platiel-Str. 1
34109 Kassel

grittner@uni-kassel.de
fon +49 561 804-3718

<http://www.uni-kassel.de/go/ring>

Kassel, 23. Juli 2014

Vorschlag zur Diskussion im Rahmen des Hessischen Bildungsgipfels

des Referates für Interdisziplinäre Grundschulpädagogik (RInG)
des Zentrums für Lehrerbildung der Universität Kassel

Verlängerung der Studienzeit für das Lehramt an Grundschulen in Hessen

Eine moderne Grundschullehrerausbildung ist eine wissenschaftliche Lehrerausbildung und muss wissenschaftlichen Standards entsprechen.

Forschungsergebnisse zeigen, dass gerade eine fundierte Ausbildung des fachlichen und pädagogisch-psychologischen Wissens bei den angehenden Lehrkräften sich besonders positiv auf die Qualität des Unterrichts und den Lernerfolg der SchülerInnen auswirkt (Baumert et al., 2010; Voss et al., 2014). Zudem erfordert der Einsatz im Anfangsunterricht der Grundschule von den Lehrkräften zusätzliche spezifische Kenntnisse und Kompetenzen im Bereich des (schul-)pädagogischen, des (lern- und entwicklungs-)psychologischen und sprachlichen Wissens. Dieses Wissen ist Voraussetzung für die konstruktive und professionelle Bearbeitung von Aufgaben, die sich aus der steigenden Diversität der (außer-)schulischen Vorerfahrungen der Kinder ergibt, wie z.B. Zwei- und Mehrsprachigkeit, Migrationserfahrung sowie unterschiedlichste Kultur- und Sozialisationserfahrungen. Im Fokus stehen ebenso Aufgaben der aktuellen Schulentwicklung wie z.B. Jahrgangsmischung, Inklusion und Ganztagschule. Diese fundierte Ausbildung ist in sechs Semestern und einem Prüfungssemester kaum zu leisten. Daher sollte die Studienzeit für das Lehramt an Grundschulen auf 10 Semester angehoben werden. Bildungsexperten stützen diese Forderung. So forderte die Expertenkommission für Lehrerbildung unter der Leitung von Prof. Dr. Jürgen Baumert im Zuge der Reform der Lehrerbildung in Berlin kürzlich: „Es gibt kein durchschlagendes inhaltliches Argument, das aus der Differenzierung von Ausbildungsgängen nach Lehrämtern eine unterschiedliche Studiendauer herleitet. Die spezifischen Tätigkeitsanforderungen der unterschiedlichen Lehrämter führen bei einer gemeinsamen Grundstruktur zu unterschiedlichen Kompetenzprofilen, die sich inhaltlich, aber nicht im Qualifikationsniveau oder der wissenschaftlichen Dignität unterscheiden.“ (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft 2013, S. 40)

Zahlreiche andere Bundesländer haben die Notwendigkeit einer inhaltlich und damit zeitlich umfassenden Ausbildung von Grundschullehrkräften im Zuge des Bologna-Prozesses bereits

erkannt und entsprechend gehandelt. So werden Grundschullehrkräfte in Bremen, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Thüringen bereits in einer Studienzeit von 10 Semestern ausgebildet; Berlin führt ein solches Studium zum Wintersemester 2014/15 ein.

Deshalb sollte im Rahmen des Bildungsgipfels in Hessen die Einführung einer Regelstudiendauer von 10 Semestern für alle Lehrämter beschlossen werden.

Die Forderung nach einer Studienzeitverlängerung wird von den Mitgliedern des Referats Interdisziplinäre Grundschulpädagogik der Uni Kassel unterstützt:

Swantje Dölle (Fachgebiet Technische Elementarbildung), **Prof. Dr. Petra Freudenberger-Lötz** (Fachgebiet Religionspädagogik, evangelische Religion), **Prof. Dr. Verena Freytag** (Fachgebiet Ästhetische Bildung und Bewegungserziehung), **Petra Goldbach** (Forschungsgruppe Didaktik der Physik), **Prof. Dr. Frauke Grittner** (Leiterin des ZLB-Referats Interdisziplinäre Grundschulpädagogik, Vertreterin des Fachgebiets Grundschulentwicklung und Integrativer Sachunterricht), **Dr. Herbert Hagstedt** (ehemaliger Geschäftsführer Referat Interdisziplinäre Grundschulpädagogik), **Prof. Dr. Friederike Heinzel** (Fachgebiet Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Grundschulpädagogik), **Prof. Dr. Frauke Heß** (Fachgebiet Musikpädagogik), **Prof. Dr. Norbert Kruse** (Fachgebiet Primarstufendidaktik Deutsch), **Prof. Dr. Jürgen Mayer** (Fachgebiet Didaktik der Biologie), **Dr. Bernd Maubach** (Fachgebiet Primarstufendidaktik Deutsch), **Frauke Mutschall** (Institut für Sport und Sportwissenschaft), **Dr. Martina Nieswandt** (Fachgebiet Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Grundschulpädagogik), **Melanie Oschmann** (Fachgebiet Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Grundschulpädagogik), **Prof. Dr. Bernd Overwien** (Fachgebiet Didaktik der politischen Bildung), **Prof. Dr. Annegret Reese-Schnittger** (Fachgebiet Religionspädagogik, katholische Religion), **Prof. Dr. Volker Scheid** (Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sport und Sportwissenschaft), **Dr. Ralf Schneider** (Geschäftsführung Referat Interdisziplinäre Grundschulpädagogik), **Prof. Dr. Tanja Wetzel** (Fachgebiet Kunstpädagogik), **Prof. Dr. Rita Wodzinski** (Forschungsgruppe Didaktik der Physik), **Prof. Dr. Bernd Wollring** (Arbeitsgruppe Didaktik der Mathematik, Schwerpunkt Grundschule), **Dr. Claudia Wulff** (Fachgebiet Didaktik der Biologie)

Literatur:

Baumert, J., Kunter, M., Blum, W., Brunner, M., Voss, T., Jordan, A., Klusmann, U., Krauss, S., Neubrand, M. & Tsai, Y.-M. (2010). Teachers' mathematical knowledge, cognitive activation in the classroom, and student progress. *American Educational Research Journal*, 47, 133-180.

Müller, K. (2010). *Das Praxisjahr in der Lehrerbildung - Empirische Befunde zur Wirksamkeit studienintegrierter Langzeitpraktika*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

Rothland, M. (2014). Viel hilft viel? Verlängerte Praxisphasen im Lehramtsstudium und Forschendes Lernen im Praxissemester. Vortrag im Rahmen der Zentrumsratssitzung des Zentrums für Lehrerbildung der Universität Kassel am 15.05.2014.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (Hrsg.) (2012). Ausbildung von Lehrkräften in Berlin. Empfehlungen der Expertenkommission Lehrerbildung. Berlin: o. V.

Voss, T., Kunter, M., Seiz, J., Hoehne, V. & Baumert, J. (2014). Die Bedeutung des pädagogisch-psychologischen Wissens von angehenden Lehrkräften für die Unterrichtsqualität. *Zeitschrift für Pädagogik*, 60, 184-201.

Bildungsgipfel: Themenvorschlag

Eingereicht von Prof. Dr. Karin Aguado & Tanja Fohr, M.A./ StR.i.H.
(23.06.2014)

Bildungsgipfel

Themenvorschlag: "DaZ lehren und lernen"

Aus- und Weiterbildung von hessischen Lehrkräften

Kinder und Jugendliche, die zweisprachig aufwachsen, benötigen eine gezielte Unterstützung im Bereich der Entwicklung ihrer bildungs- und fachsprachlichen Kompetenzen, damit sie im deutschen Bildungssystem gleiche Chancen wie monolingual aufwachsende Schüler/innen haben. Dies ist bereits seit Langem bekannt, nur fehlt es in vielen Bundesländern, so auch in Hessen, an entsprechenden Maßnahmen zur Vorbereitung von Lehrkräften auf die spezifische Förderung von Zweitsprachenlerner/innen. Von zentraler Wichtigkeit erscheint hier die Entwicklung, Erprobung und Evaluation eines kombinierten Programms für die Aus- und Weiterbildung von angehenden und berufstätigen Lehrer/innen. Ausgehend von dem vorliegenden Bedarf sollten Angebote konzipiert werden, die es ermöglichen, sich berufsbegleitend für die Förderung bildungssprachlicher Kompetenzen von DaZ-Schüler/innen zu qualifizieren. Die steigende Anzahl der Anfragen von Schulen und die damit verglichen äußerst niedrige Anzahl an Fortbildungsangeboten sowie aktuelle Zahlen aus der Bildungsberichterstattung belegen, dass dringend Lösungen gefragt sind, um dieser Kluft zwischen Qualifizierungsbedarf und -angebot zu begegnen.

Themenschwerpunkte

- DaZ-Aus- und Weiterbildung: Diskussionen rund um die Umsetzung von Modulen zur Qualifizierung
- Erfahrungsberichte aus anderen Bundesländern (z.B. Projekt Heidelberg/ Sprachintensiver Unterricht / DaZ in der Schule / Mecklenburg-Vorpommern)
- Erfahrungsberichte aus Aus- und Weiterbildungsprogrammen in Hessen (Beispiel Universität Kassel / Weiterbildendes Studienprogramm DaFZ)
- Standards für die DaZ-Aus- und Weiterbildung
- Kompetenzrahmen: Ziele für eine die Ausbildung im Studium und Referendariat sowie Weiterbildung

Prof Dr. Karin Aguado & Tanja Fohr, M.A./ StR.i.H.

Universität Kassel
FB 02, Fachgebiet DaFZ
Kurt-Wolters-Str. 5
34125 Kassel

+49-561-804-3305
tfuhr@uni-kassel.de
karin.aguado@uni-kassel.de

Vorschläge und thematische Impulse für einen hessischen Bildungsgipfel

Vorschläge von Frau Prof. Dr. Frauke Heß, FB 01, Institut für Musik:

- Inklusion
- Praxissemester
- aus Sicht der Fachdidaktik: der neue Päd. Mitarbeiter-Erlass, der das Arbeiten unnötig erschwert sowie für die fachdidaktische Qualifizierung das Problem von fehlenden Stellenhülsen für Beamte (dadurch können Lehrer/innen, die bereits in der Schule tätig sind, kaum noch für eine WB-Stelle gewonnen werden)

Vorschläge des Instituts für Berufsbildung gemeinsam mit den Direktoren der hiesigen Berufsbildungszentren (eingereicht von Frau Prof. Dr. Ute Clement):

Kooperation und Wettbewerb zwischen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung

Begründung:

1. Aus dem demografischen Wandel ergibt sich zunehmend ein *Wettbewerb um Schüler* am Übergang Allgemeinbildung und Berufsbildung.
2. Die Forderung, *Berufsorientierung möglichst schon ab Klasse 7* in den Unterricht einzubinden, führt zu neuen und spannenden Formen der Kooperation zwischen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen (z.B. bei der Nutzung von Werkstätten o.ä.).
3. Die Landesregierung plant offenbar, berufsvorbereitende Bildungsgänge stärker an allgemein bildende Schulen zu verlagern (*Zusammenlegung von EIBE und SchuB*) – mit erheblichen strukturellen, aber auch pädagogischen Folgen.
4. Im Kultusministerium sind die Abteilungen II und III zusammengelegt worden, wodurch die *Berufliche Bildung* nicht mehr mit einer eigenen Abteilung im Ministerium vertreten ist – ein Grund mehr, sich über geeignete Kooperationsformen Gedanken zu machen, die der besonderen bildungspolitischen Bedeutung der beruflichen Bildung auch gerecht werden.

Eingang		Az:	
<input checked="" type="checkbox"/> Min	<input checked="" type="checkbox"/> Sts	<input checked="" type="checkbox"/> M 4	<input type="checkbox"/> AL
Verfügung			
<input type="checkbox"/> kopieren	<input type="checkbox"/> registrieren		
<input type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> Stn	<input type="checkbox"/> Stn + AE	<input type="checkbox"/> AE Fachref
<input type="checkbox"/> v. Abg. z. K.	<input type="checkbox"/> n. Abg. z. K.	<input checked="" type="checkbox"/> z.w.V. Gro 25.7.	

Stab BG - 26 ✓



in 2017 - 5M4 - DZ
2. M. V.

Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Hessen

VBE Landesverband Hessen Postfach 1209 63530 Mainhausen

Hessisches Kultusministerium
Herrn Kultusminister Prof. Dr. Lorz
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Niedergärtenstraße 9
63533 Mainhausen
T. + 49 6182 - 89 75 10
F. + 49 6182 - 89 75 11
info@vbe-hessen.de
www.vbe-hessen.de

Mainhausen, 24.07.2014

BILDUNGSGIPFEL

Sehr geehrter Herr Kultusminister, *lieber Herr Prof. Dr. Lorz,*

für Ihr Schreiben vom 16. Mai 2014 danke ich Ihnen im Namen des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Hessen.

Die Frage nach verlässlicher Schul- und Bildungspolitik treibt auch den VBE Hessen seit längerer Zeit um. So sehen wir unsere Tätigkeit als Politik-Beratung (nicht Politik-Ersatz!) stets im Dienste zukunfts- und tragfähiger Entscheidungen für Hessens Schulen mit all den beteiligten Menschen.

Bevor wir einige Schwerpunkte ausführen, die aus unserer Sicht für einen Bildungsgipfel bedeutend sind, gestatten Sie uns einige **grundsätzliche Vorbemerkungen zum gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Standort des VBE Hessen:**

Seine Grundsätze von Bildung und Erziehung stehen auf dem Fundament christlicher und humanistischer Werte. Sie berücksichtigen das Grundrecht der Erziehungsberechtigten, denen die primären Erziehungsrechte und -pflichten zukommen.

Mit Entschiedenheit tritt der VBE für Erziehungsnormen und -werte ein. Einseitige, ideologisch ausgerichtete pädagogische Konzepte lehnt der VBE mit gleicher Entschiedenheit ab.

Toleranz gegenüber weltanschaulichen Überzeugungen und religiösen Empfindungen ist Voraussetzung jeder gerechten pädagogischen Arbeit.

Landesvorsitzender
Stefan Wesselmann
Am Obertor 41
64832 Babenhausen
T. + 49 6073 - 68 75 43
stefan.wesselmann@vbe-hessen.de

Der VBE Hessen sieht keine Diskrepanz in der Erziehung zu Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft einerseits und zu sozialer Mitverantwortung und Mitmenschlichkeit andererseits.

Bildung und Erziehung, Schule und Unterricht unterliegen den gleichen dynamischen Prozessen wie die übrige Gesellschaft. Das Bildungswesen muss diesen Entwicklungen angemessen und mit maßvollen Reformen Rechnung tragen.

Eine leistungsfähige Entwicklung kann nur nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, weltanschaulicher und organisationspolitischer Offenheit und pädagogischer Professionalität gestaltet werden.

Die Bildungsgänge müssen vielfältig und durchlässig angelegt sein. Das Bildungswesen muss sich in all seinen Bereichen durch umfassende Differenzierungs- und Fördermaßnahmen auszeichnen. Das schließt die Förderung von Hochbegabten ebenso ein wie die Förderung Leistungschwacher sowie Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen.

Auf dieser Grundlage sieht der VBE Hessen nachfolgend kurz beschriebene Schwerpunkte, auf die sich das Augenmerk der Vereinbarungen im Bildungsgipfel richten muss.

Bildungs- / Chancengerechtigkeit und Teilhabe

Jeder Mensch muss im Rahmen seiner Möglichkeiten so gefördert werden, dass er den für ihn bestmöglichen Abschluss erhalten kann. Dies gilt selbstverständlich uneingeschränkt für alle Menschen, mit und ohne Behinderungen. Um dies zu erreichen, müssen alle Systeme entsprechend mit finanziellen, personellen und sächlichen Ressourcen ausgestattet sein.

Das wäre aus Sicht des VBE Hessen so inklusiv, dass über den Begriff „Inklusion“ nicht länger und vor allem nicht gesondert diskutiert werden müsste. Jeden Menschen im Rahmen seiner Möglichkeiten optimal zu fördern heißt jedoch aus Sicht des VBE Hessen nicht automatisch, dass dies nicht auch in einer Förderschule stattfinden kann. Darüber hinaus hält er es nicht für zielführend Förderschulen „von heute auf morgen“ abzuschaffen (oder wie in Nordrhein-Westfalen über „Mindestschülerzahlen“ auf dem kalten Weg zu schließen).

Unser Schulsystem krankt derzeit vor allem daran, dass vom Primarbereich an stetig größerer Wert auf Individualisierung von Lernen, Fördern, Fordern und Leistungsbewertung (u. a. durch Nachteilsausgleiche, individuelle Leistungsbewertung und Kompetenzbeschreibungen für das Fach Deutsch)

gelegt wird, jedoch im Laufe der weiteren Schuljahre mit Lernstandserhebungen, zentralen Abschlussarbeiten in drei Arten von Abschlüssen dieser Individualisierung zuwider gehandelt wird.

Es gilt nicht nur zu klären, ob zukünftig die Kinder an sich selbst, oder am Anderen gemessen werden sollen. Es gilt dann auch konsequent danach zu handeln.

Ganztagsschule

Ganztagsangebote schaffen mehr Chancengerechtigkeit, das steht außer Frage. Von daher müssen mehr Ganztagsangeboten geschaffen werden, auch das ist unstrittig. Allerdings müssen es echte Ganztagschulen sein und keine Schulen mit Betreuungsgarantie bis 14.30 Uhr oder 17 Uhr.

Nur gebundene Ganztagschulen ermöglichen wechselnde Phasen von Lernen, Üben, Wiederholen, Anspannung und Entspannung. Diese muss es flächendeckend als freiwillige Angebote – auch neben der Familie und außerschulischen Bildungsangeboten – geben.

Schulsystem(e)

Um die Bildungswege im umfassenden Sinne „barrierefrei“ zu halten, bedarf es nicht nur der Wahlfreiheit der Schulformen, sondern insbesondere auch einer hohen Durchlässigkeit zwischen Schulformen, Schularten und Bildungsgängen.

In Zeiten zurückgehender Schülerzahlen und Konkurrenzsituationen zwischen Schulen und Schulformen aufgrund zunehmender „Abstimmung mit den Füßen“ durch das Wahlverhalten von Eltern muss zudem die Frage nach der Vielfalt des zukünftigen Schulsystems gestellt werden. Der in der Bundesrepublik einmalige „Gemischtwarenladen“ an Schularten in Hessen wird nicht aufrecht zu erhalten sein.

Der VBE Hessen erinnert in diesem Zusammenhang an sein „Zwei-Säulen-Modell“, dass neben dem unstrittig von der Mehrheit der Eltern gewünschten Gymnasium eine zweite Schulform vorsieht, die ab Klasse fünf von allen Schülerinnen und Schülern besucht wird, die am Ende von Klasse vier noch keine Gymnasialempfehlung von der Grundschule bekommen haben. Diese „zweite Säule“ bereitet auf alle Schulformen der Sekundarstufe I vor. Sie entscheidet am Ende der Jahrgangsstufe 6 über den Übergang in abschlussbezogene Bildungsgänge.

Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte

Die Besten eines Jahrgangs für den Lehrerberuf zu gewinnen, ist für den VBE Hessen eine Grundvoraussetzung für ein hervorragendes und leistungsfähiges Schul- und Bildungswesen.

Dies setzt voraus, dass die Arbeitsbedingungen stimmen (s.u.). Dies bedarf aber auch einer universitären Phase, die dafür Verantwortung übernimmt, dass ungeeignete Lehramtsstudentinnen und -studenten gar nicht erst in das Referendariat gelangen. Auch muss die Universität wesentlich mehr als bisher in die Pflicht genommen werden, das jeweils gültige Lehrerbildungsgesetz auch tatsächlich und mit für die Lehrämter zielorientierten Veranstaltungen umzusetzen.

Praxisphasen müssen aus Sicht des VBE Hessen dringend unter der Federführung der Studienseminare stattfinden.

Der Vorbereitungsdienst an den Studienseminaren soll 24 Monate dauern und neben allgemeinen pädagogischen Elementen vor allem eine fundierte fachdidaktische Ausbildung beinhalten. Die Verschlechterungen der Ausbildung seit 2005 müssen wieder umgekehrt werden. Der VBE Hessen stellt sein seinerzeit entwickeltes und vorgestelltes Lehrerbildungsmodell gerne erneut vor.

Aus Sicht des VBE Hessen ist die Gleichwertigkeit aller Lehrämter sowohl im Umfang der Ausbildung, als auch in einer einheitlichen Eingruppierung umzusetzen. Alle Lehrer sind Lehrer: Sie leisten keinen gleichartigen, aber einen gleichwertigen Dienst.

Um die Profession der Lehrkräfte zu erhalten, ihre Fortentwicklung zu ermöglichen und auf auftretende Bedarfe (aktuell: Fachbedarf für Ethik und hoher Bedarf an Förderschullehrkräften) adäquat reagieren zu können, bedarf es wesentlich umfangreicherer Fort- und Weiterbildungsangebote. Diese müssen allen Lehrkräften (befristeten und unbefristeten) gleichermaßen zugänglich und grundsätzlich kostenfrei sein. Zudem bedarf es – gerade bei umfangreichen Weiterbildungsmaßnahmen – einer angemessenen Entlastung von der Unterrichtstätigkeit.

Fort- und Weiterbildungsangebote des Landes müssen zudem besser aufeinander abgestimmt werden. Eine zentrale Rolle sollte dabei den Studienseminaren zukommen. Innerbehördliche Verrechnungen verhindern derzeit noch, dass Studienseminare und Universitäten sich umfassend und in allen Bereichen einbringen können.

Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte

Die Versorgung der Schulen mit durchschnittlich 105 % der Grundunterrichtsversorgung bringt auch vielen Lehrkräften zusätzliche Unterstützung (des Weiteren z. B. auch der Sozialindex).

Das ist unbestritten und sehr zu begrüßen! Lehrkräfte werden aber auf der anderen Seite auch immer stärker belastet, z. B. durch zahlreiche Koordinationen, Kooperationen und Runde Tische nicht nur im Rahmen von Inklusion, durch immer umfassender werdende Förderplanarbeit, die Umstellung auf kompetenzorientiertes Unterrichten, die allgemeine Gremienarbeit im Rahmen der Schulentwicklung (vor allem nach Schulinspektion)...

Die Lehrerinnen und Lehrer des Landes Hessen geben ihr Bestes. Aus Berufung. Tag für Tag. Dabei haben sie mit 42 Stunden die höchste Wochenarbeitszeit sowohl im bundesweiten wie historischen Vergleich. Sowohl die Sicherheit des Arbeitsplatzes als auch der Verweis auf das Berufs-Ethos sind keine unendlich dehnbaren Begründungen für Einschnitte und Schlechterstellungen. Gedanken über die bildungs- und schulpolitische Zukunft Hessens muss auch die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte in den Blick nehmen, damit die Besten eines Jahrgangs sich für den Lehrerberuf entscheiden können.

Der VBE Hessen ist gerne bereit seine Sichtweisen in den angesprochenen Bereichen, aber natürlich auch zu allen anderen Vorschlägen, weiterhin konstruktiv in den Prozess einzubringen, der hoffentlich in guten und tragfähigen schul- und bildungspolitischen Vereinbarungen „gipfeln“ wird.

Mit freundlichen Grüßen,



Stefan Wesselmann, Landesvorsitzender



VERBAND DER LEHRER HESSEN

Eingang 28/7		Az:	
<input checked="" type="checkbox"/> Mu	<input checked="" type="checkbox"/> Ate	<input checked="" type="checkbox"/> M 4	<input type="checkbox"/> AL
Verfügung			
<input type="checkbox"/> PERSÖN	<input type="checkbox"/> PERSÖN	<input type="checkbox"/> PERSÖN	<input type="checkbox"/> PERSÖN
<input type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> SM	<input type="checkbox"/> SM + AE	<input type="checkbox"/> AE Fachref
<input type="checkbox"/> AEGGK	<input type="checkbox"/> AEGGK	<input checked="" type="checkbox"/> W.V.	Grü 26.7.

Ø z.k. Stab BG-Zb

Herrn
Kultusminister
Prof. Dr. Lorz
Luisenplatz 10

65185 Wiesbaden

im Deutschen Lehrerverband Hessen DLH
Im Deutschen Beamtenbund DBB

Landesvorsitzende:
Gudrun Mahr
Weingartenstraße 50
61231 Bad Nauheim
Tel.: 06032-85555
Fax: 06032-869266

e-mail:mahr-bad-nauheim@t-online.de

Bad Nauheim, den 25.07.2014

Sehr geehrter Herr Staatsminister!


Im Namen des VDL danke ich für Ihre Einladung, uns am geplanten Bildungsgipfel mit zu beteiligen. Wir tun das sehr gerne.

Die inhaltlichen Schwerpunkte für den Bildungsgipfel aus Sicht des VDL stellen folgende Themen dar:

- | | | |
|-------------------|-----------|-----|
| 1) | Inklusion | |
| 2) | Erhalt | der |
| Schulformvielfalt | | |

Wir würden uns freuen, an den vorgesehenen Handlungsempfehlungen mitarbeiten zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen


(Gudrun Mahr)

Eingang 7216		AS	
8. Min.	8.4		
Verf. Nr. 3			
<input type="checkbox"/> 1. St.	<input type="checkbox"/> 2. St.	<input type="checkbox"/> 3. St.	<input type="checkbox"/> 4. St.
<input type="checkbox"/> 5. St.	<input type="checkbox"/> 6. St.	<input type="checkbox"/> 7. St.	<input type="checkbox"/> 8. St.
<input type="checkbox"/> v. Abg. 2. K.	<input type="checkbox"/> v. Abg. 1. K.	10.7.14. DR/176.	



VdM
 Verband deutscher
 Musikschulen
 Landesverband
 Hessen e. V.

VdM, LV Hessen, Rheinstraße 111, 65185 Wiesbaden
 Hessisches Kultusministerium

Herr Kultusminister

Prof. Dr. R. Alexander Lorz

Postfach 3160

65021 Wiesbaden

Hans-Joachim Rieß
 Landesgeschäftsführer

Durchwahl: (0611) 34186860

riess@musikschulen-hessen.de
www.musikschulen-hessen.de

Wiesbaden, den 16. Juni 2014

**Ihre Einladung zur Mitwirkung beim Bildungsgipfel, hier: Vorschlag für die
 Schwerpunktsetzung des VdM-Hessen**

Sehr geehrter Herr Lorz,

vielen Dank für die o. g. Einladung mit Ihrem Schreiben vom 16. Mai 2014, die wir sehr
 gerne annehmen! Hierzu übersenden wir Ihnen nun unseren Vorschlag für die inhaltliche
 Schwerpunktsetzung beim geplanten Bildungsgipfel aus der Perspektive des VdM-Hessen.

Ferner haben wir zur fachlichen Vertiefung weitere Unterlagen beigelegt und möchten Ihre
 Aufmerksamkeit zugleich auf unser gemeinsam mit den Schulmusikverbänden erarbeitetes
 Grundsatzpapier „Umfassende musikalische Bildung im Zusammenwirken von Schulmusik
 und Musikschule“ lenken. Unter dem Aspekt der diesbezüglichen Kooperation von Regel-
 schule und Musikschule verstehen wir uns somit nicht nur als „externe“ Experten, sondern als
 quasi „gekorene“ Partner zur Frage der musikalischen Bildung überhaupt.

Vor diesem Hintergrund würden wir uns sehr freuen, wenn Sie uns beim hessischen
 Bildungsgipfel entsprechend wirksam einbeziehen würden. So verbleibe ich mit dem Dank
 für Ihre Mühe und

mit freundlichen Grüßen

Hans-Joachim Rieß, M.A.



Vorschläge für die inhaltliche Schwerpunktsetzung beim geplanten hessischen Bildungsgipfel aus der Perspektive des VdM-Hessen

1. Ausgangslage

1.1 Allgemeinbildung

Unter dem Eindruck der Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien wächst der Ökonomisierungsdruck auf die schulische Bildung, und die Bildungspolitik reagiert zumeist mit einer einseitigen Verstärkung der kognitiven und naturwissenschaftlichen Ausbildung. Fantasie und Vorstellungskraft als entscheidende subjektive Kreativitätsressourcen für die Bildung vor allem junger Menschen kommen demgegenüber oft zu kurz. Musikalische Bildung nimmt indessen die essentielle Freiheit der Bildung gegen alle Tendenzen zu Funktionalisierung und Zweckbestimmung ernst. Sie sucht kontinuierlich die Balance zwischen Sinneserfahrung und Reflexion, befähigt zum kritischen Vergleich, erweitert die eigene Gestaltungsfähigkeit und eröffnet auf diese Weise neue Handlungsmöglichkeiten. Musikalische Bildung ist unersetzlicher Bestandteil allgemeiner Bildung. Insofern hat sie die Freiheit zur Bedingung und den Umgang mit ihr zum Ziel.

1.2 Ganztägig arbeitende Schulen

Das bisher etablierte System der Halbtagsschule wandelt sich in Hessen derzeit in die Richtung ganztägig arbeitender Schulen. Diese Veränderung bedeutet eine erhebliche Herausforderung für die öffentlichen Musikschulen in ihrer Funktion als freie Träger der kulturellen Kinder- und Jugendbildung. Während ihr Angebot bisher darauf setzte, dass Kinder und Jugendliche am Nachmittag die Angebote der öffentlichen Musikschulen nutzen können, besteht nun die Notwendigkeit zur Entwicklung neuer Angebotsformate im Rahmen von Kooperationen von Regelschule und Musikschule. Hierbei steht auch die Regelschule vor der Aufgabe, sich weitaus stärker als bisher am Gemeinwesen zu orientieren. Schule darf also kein abgeschlossener Raum bleiben, sondern muss vielmehr mit den Institutionen vor Ort auf



Augenhöhe zusammenarbeiten. Neben der Lösung formaler und organisatorischer Aufgabenstellungen darf der Blick auf die fachlich-inhaltliche Verknüpfung mit dem Bildungsauftrag nicht vergessen werden.

2. Fachliche Begründungszusammenhänge

Im Musikunterricht geht es grundsätzlich um die Balance zwischen drei Zielbereichen, dem Erwerb reflektierten musikalischen Wissens und musikalischer Kenntnisse, dem systematischen Aufbau spezifischer musikalischer Kompetenzen und der Erfahrung tatsächlicher Musizierpraxis. Die genannten Zielbereiche gelten mit ggf. unterschiedlichen Gewichtungen für jedwede Art von Musikunterricht, gleich, ob dieser als allgemeiner Unterricht in der Regelschule, als instrumental- und vokalpädagogischer Unterricht an der öffentlichen Musikschule, als Unterricht in elementarer Musikpädagogik an formalen und nonformalen Bildungseinrichtungen oder in Kooperationsformen erteilt wird.

Wir gehen deshalb von einem Aufeinander-Angewiesen-Sein von Musikunterricht in der Regelschule und der gemeinsamen Musizierpraxis der öffentlichen Musikschulen aus. Es gilt, Schulmusik und öffentliche Musikschule gehören zusammen, sie komplettieren musikalische Bildung, sorgen für kulturelle Teilhabe und befördern auf diese Weise zugleich das Verständnis für und die Freude an der Musik. Die mittlerweile zahllosen Projekte können letztlich eine fundierte und kontinuierliche musikalische Allgemeinbildung nicht ersetzen.

Die Regelschule hat u. a. den Auftrag, durch ein allgemeinverbindliches Angebot in grundlegende Inhalte und Formen der musikalischen Bildung einzuführen. Dieses ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil zunächst im Primar- und Sekundarbereich auf Grund der allgemeinen Schulpflicht alle Kinder eines Altersjahrgangs angesprochen werden können. Obwohl die musikalische Bildung in ihrer Bedeutung anerkannt ist, entspricht ihr nicht überall der Umfang des schulischen Angebots; es ergeben sich Begrenzungen aus dem möglichen Umfang der Pflichtstundenzahl und den Anforderungen der übrigen Fächer. Die Lehrpläne der verschiedenen Schulformen enthalten quantitativ wie qualitativ unterschiedliche organisatorische Unterrichtsangebote, welche auch regional abweichen.



Die Möglichkeiten der Regelschule, auch besondere Fähigkeiten des einzelnen entsprechend seinen musikalischen Begabungen und Neigungen intensiv zu fördern, sind daher notwendigerweise begrenzt. Hier setzt wiederum die Arbeit der öffentlichen Musikschulen an. Sie bieten breitgefächerte Zugänge, die sich primär an den pädagogischen Prinzipien der Freiwilligkeit und Stärkenorientierung ausrichten. Die öffentlichen Musikschulen vermitteln Allgemeinbildung mit Hilfe musikpädagogischer Methoden und eine darauf aufbauende künstlerische Ausbildung. Im Rahmen einer Erziehung durch Musik zur Musik für alle sozialen Bevölkerungsschichten führen öffentliche Musikschulen ausgehend von elementaren Musizierformen zu vielfältigster vokaler und instrumentaler Musizierpraxis.

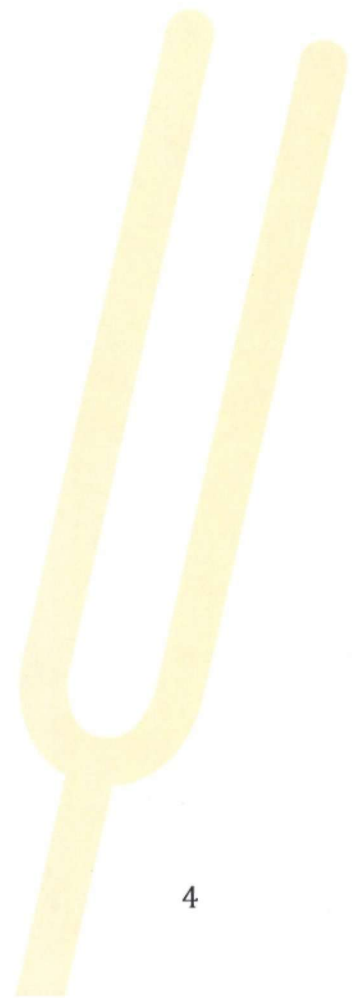
Was Schulmusik und Musikschule daher gemeinsam anstreben, lässt sich gut am Beispiel des hessischen JeKi-Programms zeigen:

Hierbei handelt es sich um ein erweitertes musikalisches Bildungsprogramm für den Grundschulbereich, welches über die reine räumliche Kooperation von Regelschule und Musikschule wie auch über das sonst übliche Angebot von Arbeitsgruppen hinausreicht. Ausgehend von dem Anspruch eines umfassenden Musikunterrichts ergänzen sich die Professionen der Schulmusik- und Musikschullehrkräfte. Dabei bilden die allgemeine Vermittlung musikalischen Wissens und musikalischer Kenntnisse, der systematische Aufbau spezifischer musikalischer Kompetenzen und die aktive Musizierpraxis den didaktischen Rahmen zur Befähigung der Kinder, die Klangmöglichkeiten der jeweiligen Musikinstrumente auf ihr persönliches Ausdrucksstreben zu beziehen und sich als Teil einer Musiziergemeinschaft zu erleben.

Im JeKi-Unterricht findet eine musikpraktisch vertiefende Umsetzung des Lehrplans im Schulfach Musik statt. Ergänzend werden hierzu instrumentale und vokale Basiskompetenzen an der Schnittstelle zwischen der Erkundung des Musikinstruments und dem möglichen Beginn des Instrumentalunterrichts vermittelt. Darüber hinaus schließt die öffentliche Musikschule mit ihrem breitgefächerten Unterrichtsangebot an. Somit sind für den JeKi-Unterricht auf der methodischen Ebene die Formen des Teamteachings, des Lehrplan intensivierenden Gruppen- und Klassenmusizierens und die einschlägige räumliche Kooperation von Grund- und Musikschule charakteristisch. Hierbei bringen sich die Lehrkräfte beider Schulformen



jeweils als originäre Musiker, instrumentale Fachdidaktiker und zugleich Pädagogen ein, die vielfältige Gruppenführungsformen anwenden und hierfür spezifische Unterrichtsmethoden entwickeln.





3. Folgende inhaltliche Schwerpunkte sind daher von Bedeutung

Im Bereich der musikalischen Bildung müssen Regelschule und öffentliche Musikschule gemeinsam zur **Herstellung der grundgesetzlich gebotenen gleichwertigen Lebensverhältnisse** beitragen, um den unbedingten Anspruch auf **musikalische Bildung für alle Kinder und Jugendlichen** konsequent umsetzen zu können. Dies bezieht ausdrücklich auch die Fragen der **Inklusion** mit ein.

Folglich braucht umfassende musikalische Bildung **verbindliche rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen** für das erfolgreiche Zusammenwirken von Schulmusik und öffentlicher Musikschule. Dies bezieht sich auch auf die Frage einer hinreichenden **landes- und kommunalbezogenen Förderlogik zur inhaltlichen Verzahnung der örtlichen Multiplikatoren**.

Hierzu haben wir im Jahr 2013 bereits eine valide Befragung zur Kooperation von Regel- und Musikschulen durchgeführt, aus deren Analyse sich folgendes Bild ergibt:

Die Musikschulleiter(innen) messen den Kooperationen eine hohe Wichtigkeit bei. Sie gehen davon aus, dass diese Entwicklung unumkehrbar ist und ferner auch an Bedeutung zunehmen wird. Ferner sind die Musikschulen in allen Schultypen aktiv und bieten ein sehr breites Unterrichtsangebot, auch in Abstimmung mit dem Bedarf der jeweiligen Kooperationspartner.

Was ist unser Ziel?

- Förderung der Musizierpraxis für möglichst alle Grundschüler(innen), aber auch für die Schüler(innen) anderer Schulformen
- Ausbau des JeKi-Programms, damit tatsächlich alle Schüler(innen) der Grundschulen teilnehmen können

Was ist unsere Stärke?

- Qualität und Fachkompetenz der Lehrkräfte
- schulische Kontinuität und organisatorische Verlässlichkeit
- große Angebotsvielfalt



Was brauchen wir?

- vollständige räumliche, zeitliche, organisatorische und inhaltliche Einbindung in den Stundenplan ganztätig arbeitender Schulen
- landesweit vergleichbare Handhabung bei der Umsetzung und der inhaltlich-fachlichen Ausgestaltung der Kooperationen
- (kurzfristig) finanzielle Planungssicherheit, über das laufende Schuljahr hinaus
- (mittelfristig) Sicherung der Finanzierung und Schaffung verbindlicher Rahmenbedingungen für die Kooperationen
- (langfristig) verbindliche Finanzierung der Kooperationsangebote
 - Einsicht in die Wichtigkeit der Kooperation
 - verlässliche und rhythmisierte Stundenplanung
 - Vermeidung von innerschulischen Konkurrenzprogrammen
 - bessere Kommunikation und mehr Anerkennung
 - verlässliche Organisationsstrukturen

4. Referenzpapiere

Bündnis für Musikunterricht in Hessen (2013): Umfassende Musikalische Bildung im Zusammenwirken von Schulmusik und Musikschule, Wiesbaden.

Verband deutscher Musikschulen, Landesverband Hessen (VdM-Hessen) (2014): Grundsatzprogramm des VdM-Hessen, Wiesbaden

Verband deutscher Musikschulen, Landesverband Hessen (VdM-Hessen) (2010): Jedem Kind ein Instrument (JeKi-Hessen), Wiesbaden.

Sämtliche Publikationen stehen zum Download auf der Website des VdM-Hessen unter www.musikschulen-hessen.de bereit.

Grundsatzprogramm des Verbands deutscher Musikschulen, Landesverband Hessen (VdM-Hessen)

Von der Mitgliederversammlung am 7. April 2014 in Hünstetten beschlossen

Der VdM-Hessen setzt sich als Fach- und Trägerverband für die Interessen von 65 öffentlichen Musikschulen ein, die mit 2.800 Lehrkräften ein planvoll strukturiertes musikalisches Bildungsangebot für 78.000 Schüler(innen) durchführen. Eine noch größere Zahl erreichen die öffentlichen Musikschulen im Rahmen vielfältiger Kooperationen, etwa mit Regelschulen und Kindertageseinrichtungen.

Darüber hinaus bietet der VdM-Hessen musikschulpolitisch engagierten Personen sowie Multiplikatoren aus dem Bereich der musikalischen und kulturellen Bildung eine kommunikative Plattform. Dabei ist er parteipolitisch unabhängig sowie weltanschaulich und religiös neutral.

I. Bildungsauftrag

Der Mensch muss sich prinzipiell Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wahrnehmungsformen aneignen, um auf diese Weise seine Lebenskompetenz zu entwickeln. Bildung dient dabei der Herstellung eines bewussten Verhältnisses des Menschen zu sich, zu seiner Umgebung, zu Geschichte und Zukunft. Hierbei findet zugleich eine wechselseitige Erschließung von Mensch und Welt statt, die in dem zentralen humanistischen Ziel mündet:

„In selbstverantwortlicher Entscheidung eine eigene Persönlichkeit und Verantwortlichkeit auszubilden.“

Musikalische Bildung basiert auf dem eingangs beschriebenen Bildungsverständnis und findet innerhalb und außerhalb der Schule statt. Sie ist somit als allgemeine Bildung zu verstehen,

wobei der Einzelne als musikalisch verfasstes Wesen zu betrachten ist, welches sich in die gesellschaftlich vorhandene Musikkultur hineinentwickeln möchte. Folglich steht Musikalische Bildung für einen differenzierten Umgang mit Musik und entsprechendem gestalterisch ästhetischen Handeln.

Jedem Menschen muss daher nicht nur die Möglichkeit offen stehen, sich musikalisch auszudrücken, sondern ihm steht auch zu, die dafür notwendigen Fähigkeiten zu erwerben. Jedoch führen die unterschiedliche Ausstattung der Elternhäuser mit Bildungskapital wie auch die heterogenen Bedingungen zwischen Stadt und Land zu Ungleichheiten und Benachteiligungen. Gemeinsame Aufgabe von Regelschule und öffentlicher Musikschule ist es daher, diese Kluft aufzufangen, ohne die Menschen gleich machen zu wollen.

Der Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Kultur in Deutschland verdeutlicht, dass das Lernen prinzipiell lustbetont erfolgt. Daher kann das Denkvermögen erst durch die Schulung der Sinne in Gang kommen. Dies belegen zahlreiche wissenschaftliche Studien in den Bereichen Neurobiologie, Psychologie und Pädagogik. In der fachlichen Zusammenarbeit von Regelschule und öffentlicher Musikschule ergänzen sich allgemeine und individuelle Aspekte der Musikpädagogik in vorbildhafter Weise. Gleiches gilt für die damit einhergehende Verknüpfung kognitiver und emotionaler Lehr- und Lernmethoden. Für eine weiterführende persönlichkeitsbezogene Förderung musikalischer Fähigkeiten und Fertigkeiten sind differenzierte Unterrichtsangebote unerlässlich.

Hierfür bieten die öffentlichen Musikschulen seit jeher breitgefächerte Zugänge, die sich primär an den pädagogischen Prinzipien der Freiwilligkeit und Stärkenorientierung ausrichten: Die öffentlichen Musikschulen vermitteln Allgemeinbildung mit Hilfe musikpädagogischer Methoden und eine darauf aufbauende künstlerische Ausbildung. Im Rahmen einer Erziehung durch Musik zur Musik für alle sozialen Bevölkerungsschichten führen öffentliche Musikschulen, ausgehend von elementaren Musizierformen, zu vielfältigster vokaler und instrumentaler Musizierpraxis.

II. Grundsätze

Der VdM-Hessen setzt sich ein für

- eine Musikschararbeit, die gemäß des weiten Kulturbegriffs von einer Gleichwertigkeit der Musikkulturen ausgeht und somit die Künste wie auch die Alltagskulturen einschließt;
- ein „Bürgerrecht Kultur“, auf kulturelle Vielfalt und Teilhabegerechtigkeit als Leitziel des musiksulpolitischen Handelns;
- die Freiheit der Musikkultur und die Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation der Musikschullehrkräfte;
- die Förderung der musikalischen Selbsttätigkeit und Breitenarbeit. Vielfältige Angebotsformate sollen die Motivation und Bildung weiter Bevölkerungskreise unterstützen;
- eine Stärkung der Kulturellen Bildung als zentrale Vermittlungsaufgabe durch die spezifischen Potentiale der Musikpädagogik;
- mehr Expertise und Professionalität in der Musikschulpolitik

III. Musikschulpolitik ist Gesellschaftspolitik

Die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändern sich stetig. Ein tiefgreifender Strukturwandel hin zu einer digitalen und globalen Wissensgesellschaft schafft neue Risiken, aber auch Chancen. Die ökologische und finanzwirtschaftliche Krise sowie die demographische und sozioökonomische Entwicklung beeinträchtigen die Lebensgrundlagen auch zukünftiger Generationen und bedrohen den sozialen Frieden. Vor dem Hintergrund der zunehmenden gesellschaftlichen Entpolitisierung behalten die allgemeinen Ziele musikalischer Bildung umso mehr ihre Relevanz für die Fortschreibung des demokratischen Modells, nicht nur als Staats-, sondern insbesondere auch als Lebensform. Alle Politikbereiche sind aufgerufen, sich diesen Herausforderungen zu stellen – auch die Musikschulpolitik. Notwendig sind also alternative Gesellschaftsentwürfe, welche die kulturelle und soziale Teilhabe mit nachhaltiger Entwicklung zusammen denken und dabei insbesondere auch die Arbeitsbedingungen in den öffentlichen Musikschulen in den Blick nehmen.

Bildung ist mehr als Schule!

Doch unter dem Eindruck der Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien wächst der Ökonomisierungsdruck auf die schulische Bildung, und die Bildungspolitik reagiert darauf mit einer einseitigen Verstärkung der kognitiven und naturwissenschaftlichen Ausbildung. Fantasie und Vorstellungskraft als entscheidende subjektive Kreativitätsressourcen für die Bildung vor allem junger Menschen kommen demgegenüber oft zu kurz. Musikalische Bildung nimmt indessen die essentielle Freiheit der Bildung gegen alle Tendenzen zu Funktionalisierung und Zweckbestimmung ernst. Sie sucht kontinuierlich die Balance zwischen Sinneserfahrung und Reflexion, befähigt zum kritischen Vergleich, erweitert die eigene Gestaltungsfähigkeit und eröffnet auf diese Weise neue Handlungsmöglichkeiten. Musikalische Bildung ist unersetzlicher Bestandteil allgemeiner Bildung. Insofern hat sie die Freiheit zur Bedingung und den Umgang mit ihr zum Ziel.

Ganztägig arbeitende Schulen

Das bisher etablierte System der Halbtagschule wandelt sich in Hessen derzeit in die Richtung ganztägig arbeitender Schulen. Diese Veränderung bedeutet eine erhebliche Herausforderung für die öffentlichen Musikschulen in ihrer Funktion als freie Träger der kulturellen Kinder- und Jugendbildung. Während ihr Angebot bisher darauf setzte, dass Kinder und Jugendliche am Nachmittag die Angebote der öffentlichen Musikschulen nutzen können, besteht nun die Notwendigkeit zur Entwicklung neuer Angebotsformate im Rahmen von Kooperationen von Regelschule und Musikschule. Hierbei steht auch die Regelschule vor der Aufgabe sich weitaus stärker als bisher am Gemeinwesen zu orientieren. Schule darf also kein abgeschlossener Raum bleiben, sondern muss vielmehr mit den Institutionen vor Ort auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Neben der Lösung formaler und organisatorischer Aufgabenstellungen darf der Blick auf die fachlich-inhaltliche Verknüpfung mit dem Bildungsauftrag nicht vergessen werden.

Zeitgemäße Allgemeinbildung im Rahmen ökonomischer Prinzipien

Öffentliche Musikschulen sind und bleiben Orte mit gleichermaßen geschichtsbewusster, aber auch zukunftsorientierter Musikalischer Allgemeinbildung. Sie wenden stets ökonomische Prinzipien an, sofern auf diese Weise ein nachhaltiger Beitrag zur Musikalischen Bildung der Gesellschaft ermöglicht werden kann.

Mehr Dynamik und Komplexität

Öffentliche Musikschulen stellen sich der politischen Forderung, in Projekten und Netzwerken aktiv zu werden. Für den Erfolg entscheidend ist hierbei ihre klare Positionierung bei Fragen der Zielbestimmung und der finanziellen, rechtlichen wie auch organisatorischen Rahmenbedingungen.

Beziehungsnetzwerke und Individualisierung

Öffentliche Musikschulen bilden einen Knotenpunkt für Interaktionen und sind damit Orte der Ermöglichung und Teilhabe. Dort kann sich das Individuum in der Gemeinschaft erfahren. Öffentliche Musikschulen bieten ferner Raum für persönlichen Rückzug und Selbstbestätigung wie auch für Inklusion und Anschluss.

Prävention

Öffentliche Musikschulen ermöglichen eine Hinführung zum selbstbestimmten Lernen und das frühe Erkennen und Fördern von Begabungen. Musikalische Bildung befördert dabei Sekundärtugenden wie beispielsweise Selbstdisziplin, Konzentrationsfähigkeit, Leistungsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit im Kontext einer vernunftgeleiteten menschlichen und demokratischen Lebensweise.

Demographischer Wandel und gesellschaftliche Milieus

Öffentliche Musikschulen begegnen dem demographischen Wandel mit großer Offenheit durch ihre praktizierte gesellschaftliche Durchdringung und die Erschließung neuer Zielgruppen. Auf diese Weise sind sie für alle Menschen relevant.

Lernende Organisation, Digitalisierung und Exzellenz

Öffentliche Musikschulen stehen durch den enormen Zuwachs befristeter Projektarbeit mit externen Kooperationspartnern vor der Herausforderung, ihre Betriebsorganisation trotzdem funktional zu halten und weiter zu entwickeln, um dauerhaft mit hoher Qualität arbeiten zu können und gesellschaftlich relevant zu bleiben. Musikalische Bildung lässt sich zwar nicht unendlich produktiv gestalten und bewerten; gleichwohl sind die organisatorischen Rahmenbedingungen, die sie ermöglichen, an den Erfordernissen von Effektivität und Effizienz zu messen. Öffentliche Musikschulen organisieren ihre Betriebsabläufe zentral und digital und machen sie auf diese Weise ihren Interessensgruppen zugänglich. Hierbei beweisen öffentliche Musikschulen ihre Exzellenz beispielsweise durch die:

- Qualität der Schülerleistungen
- gleichermaßen fachliche, künstlerische und pädagogische Profession der Lehrkräfte
- offenen und transparenten Schulstrukturen

und durch ihre:

- Schülerzahlen
- Qualitätsstandards
- Entwicklung von relevanten Unterrichtsformaten
- Wertschöpfung in Bildungspartnerschaften

sowie durch ihr vermitteltes Wissen und Wissensmanagement.

IV. Musikschulpolitische Praxis

In den letzten sechs Jahrzehnten ihrer Entwicklung haben die öffentlichen Musikschulen in Deutschland erhebliche Akzeptanz gefunden. Ausschlaggebend hierfür ist sicherlich der nachweislich nachhaltige Bildungserfolg, den ihre musikpädagogischen Angebote gewährleisten. Dieses Gelingen beruht in erheblichem Maße auf einem Handlungskonzept von Musikerziehung, das auf persönlicher Entwicklung mit und in der Musik zielt: Musikalische Bildung ist somit vor allem Selbstbildung und Persönlichkeitsbildung und nicht bloßes Mittel zur Erreichung anderer übergeordneter Zwecke, so nützlich diese auch sein mögen.

Öffentliche Musikschulen befähigen Kinder und Jugendliche zur fantasievollen Auseinandersetzung mit Musik und zum Erleben musikalischer Alltagskultur. Sie fördern ihr gestalterisch-ästhetisches Handeln in der Musik und ihre Wahrnehmungsfähigkeit für komplexe soziale Zusammenhänge. Das ermutigt zur verantwortlichen Mitgestaltung der Gesellschaft.

Trotz wiederholt prominent geäußerter Wertschätzung haben die Musikschulen immer noch ein Umsetzungsproblem, wie zuletzt auch die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ festgestellt hat. Daher besteht bei der förderpolitischen Absicherung dringlicher Handlungsbedarf:

1. Es fehlt an Reichweite: Vom Ziel Musikalischer Bildung für alle Kinder und Jugendlichen sind wir noch weit entfernt.

2. Es fehlt an Ausgewogenheit: Der potentielle Beitrag öffentlicher Musikschulen zur Herstellung der grundgesetzlich gebotenen gleichwertigen Lebensverhältnisse ist erst in Ansätzen erkannt, geschweige denn umgesetzt.
3. Es fehlt an Zukunftssicherheit: Die Infrastruktur für öffentliche Musikschulen ist größtenteils unzulänglich, Innovationsfelder sind erst in Ansätzen erschlossen.
4. Es fehlt an Abstimmung und Durchlässigkeit: Weder in der Förderlogik, noch in der Praxis vor Ort ist derzeit eine hinreichende Verzahnung aller Akteure in der Musikalischen Bildung erkennbar.

Der VdM-Hessen sucht daher den Dialog mit Trägern, Politik, Öffentlichkeit und Verwaltung auf Landes- und Kommunalebene, um den unbedingten Anspruch auf Musikalische Bildung für alle Kinder und Jugendlichen konsequent umsetzen zu können.

Bildungsgipfel (HKM)

Von: Inge Holler-Zittlau <Inge.Holler-Zittlau@erziehung.uni-giessen.de>
Gesendet: Freitag, 18. Juli 2014 15:36
An: Bildungsgipfel (HKM)
Cc: vorstand vdS (vorstand@vds-hessen.com)
Betreff: Beteiligung Bildungsgipfel vds-Verband Sonderpädagogik Hessen
Anlagen: vds-HKM-Bildungsgipfel-Minister Prof Lorz-2014-07-18-ok.pdf; vds-LA-Hessen-Eckpunkte-Papier-zur-UN-BRK-2012-11-17-HZ.pdf

Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Lorz
Sehr geehrte Damen und Herren
Vielen Dank für die Einladung zur Teilnahme des Verband Sonderpädagogik vds-LV Hessen am Bildungsgipfel der Hessischen Landesregierung.

Wir freuen uns, wenn bei dem Bildungsgipfel das Thema „Inklusive Bildung“ im Hessischen Schulsystem an prominenter Stelle aufgenommen werden würde.

Anbei sende ich Ihnen einen Anschreiben und das Eckpunktepapier des vds-LV Hessen dazu.

Mit freundlichen Grüßen
Inge Holler-Zittlau
Vorsitzende vds-LV Hessen

Zur Organisation des Bildungsgipfel würden
Anbei sende ich ihnen unsere

Justus-Liebig-Universität Gießen
Institut für Heil- und Sonderpädagogik
Inge Holler-Zittlau
Karl-Glöckner-Straße 21B
35394 Gießen

Tel. 0641.99 24-173
Skr. 0641.99 24-171
Fax 0641.99 24-179



Verband
Sonderpädagogik
Landesverband Hessen e.V.
www.vds-hessen.com

Eckpunktepapier zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Gießen Kleinlinden,
17.11.2012

In der Bundesrepublik Deutschland ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen nach Abschluss eines Ratifikationsverfahrens am 26. März 2009 in Kraft getreten. Diese UN-Konvention postuliert unter anderem:

»Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage von Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives (inklusives) Bildungssystem auf allen Ebenen ...« (Art. 24,1). Es wird weiter erklärt, dass »Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden« (Art. 24,2).¹ Es gilt demnach, im Sinne der UN-Konvention einem Menschenrecht auf Bildung in einem allgemeinen Bildungssystem für Menschen mit Behinderungen Geltung zu verschaffen.

Der vds-Hessen begrüßt und unterstützt das Postulat eines **inklusive Bildungssystems** und stimmt der Umsetzung der o.g. UN-Konvention in Hessen ausdrücklich zu. Dazu muss diese inklusive Entwicklung in gesellschafts-, sozial- und schulpolitisch verantwortbarer Weise sowie ohne Qualitätsverlust für sonder- pädagogische Förderung und Unterstützung grundgelegt und vorangebracht werden.

Die Grundlage für ein inklusives Bildungssystem zu sichern, bedeutet für den vds-Hessen im Folgenden:

- Allen Menschen - unabhängig von ihren individuellen Merkmalen, wie z. B. Geschlecht, Abstammung, Sprache, Heimat und Herkunft, Behinderung, Rasse, Glauben und religiöse oder politische Anschauungen (vgl. auch § 3 Abs. 3 Hessisches Schulgesetz) – ist ein gleichberechtigter Zugang zur Bildung im allgemeinen Schulsystem zu ermöglichen.
- In einer allgemeinen Schule für alle Kinder und Jugendliche soll ein Bewusstsein für die Vielfalt und die Akzeptanz der Verschiedenartigkeit von Menschen entwickelt und mit Heterogenität in Unterricht und Erziehung pädagogisch und didaktisch verantwortungsbewusst und sinnvoll umgegangen werden. Dazu bedarf es erheblicher Anstrengungen im Bereich der Ausbildung, der Fort- und der Weiterbildung des pädagogischen Personals.
- In den allgemeinen Schulen ist ein inklusives Regelangebot vorzuhalten, ohne auf bewährte individuelle und spezifische Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten zu verzichten. Dabei ist Sonderpädagogische Kompetenz im inklusiven Angebot ebenso wie in spezifischen sonderpädagogischen Förder- und Unterstützungssystemen, solange sie erforderlich sind, zu erhalten und weiterzuentwickeln. Stets hat in diesem Zusammenhang das Kindeswohl im Vordergrund zu stehen und ist Maßstab für schulische Entscheidungen.

¹ UN-Konvention vom 26. März 2009 – www.un.org/Depts/german/uebereinkommen/ar61106-dbgbl.pdf
(Zugriff am 15. Mai 2011)

- Stigmatisierung und Diskriminierung durch eine staatlich veranlasste Aussonderung und Besonderung von Kindern und Jugendlichen aufgrund ihrer individuellen Merkmale sind zu vermeiden. Ihre Teilhabe am allgemeinen Bildungssystem ist in höchstmöglichem Maße sicherzustellen.

Diese genannten und unverzichtbaren Grundlagen lassen es u.a. zu, dass ein Recht von Menschen mit Behinderungen auf eine aktive Teilhabe in der Gesellschaft verwirklicht werden kann. Das lässt sich allerdings nicht alleine durch schulische Inklusion erreichen. Vielmehr ist ein **gesellschaftlicher Diskurs** mit dem Ziel zu führen, diese aktive Teilhabe unter Akzeptanz der Vielfalt menschlichen Lebens und seiner gesamtgesellschaftlichen Bezüge zuzulassen und zu unterstützen.

Eine inklusive Entwicklung vor dem Hintergrund der o.a. Grundlagen ist in ihren Merkmalen gekennzeichnet durch eine in besonderer Weise angestrebte **Barrierefreiheit** für Menschen mit Behinderungen in **allen Lebensbereichen**, auch und gerade den Zugang zu einem allgemeinen Bildungssystem betreffend, damit eine aktive gesellschaftliche Teilhabe auch tatsächlich grundgelegt werden kann. Um dies zu erreichen, ist eine eindeutige politische Willenserklärung zur Inklusion sowie die Unterstützung des Prozesses durch politisch zielführende Strategien und Zeitentwürfe vonnöten.

Es muss dabei als ein **gesellschaftspolitisches Ziel** stehen, die Bereitschaft aller im Bildungssystem Tätigen zu wecken, um den Grundgedanken des gemeinsamen Lernens aller Kinder und Jugendlicher durch eigenes Zutun zu verfolgen und zu fördern. Die Eltern sind in diesem Zusammenhang als Experten für ihre Kinder mitzunehmen; eine Beteiligung und Einbindung der Eltern im Sinne enger Kooperation mit Schule ist der Gesamtentwicklung zuträglich. Mit dieser Betonung der Gemeinsamkeit und dem Gestalten einer Gemeinschaft zusammen mit den Schülerinnen und Schülern, in der Respekt voreinander, Wertschätzung füreinander und Vertrauen zueinander hohe Werte sind, kann es gelingen, eine inklusive Kultur zu schaffen.

Es ist nicht danach zu fragen, wie die **Lernsituation eines Kindes** beschaffen sein muss, um die allgemeine Schule besuchen zu können; vielmehr ist zu fragen, wie Schule zu gestalten ist, damit im Rahmen ihres differenzierten Angebots alle Kinder und Jugendlichen jeweils individuell angemessen gefördert werden können, und wie sich Schule den unterschiedlichen Bildungsbedürfnissen ihrer Schülerinnen und Schüler anpassen muss. Mit dem Organisieren von Unterstützung für die Vielfalt des Lebens und Lernens kann es gelingen, inklusive Strukturen zu festigen. Der Unterricht in einer inklusiven Schule ist demzufolge an der Heterogenität und der Verschiedenheit von Schülerinnen und Schülern zu orientieren. Er erreicht die Kinder und Jugendlichen in einer differenzierenden und individualisierenden Form, um ihren jeweils unterschiedlichen Lernansprüchen gerecht werden zu können. Einem solchen Unterricht ist ein Leistungsverständnis zugrunde zu legen, das das breite Leistungsspektrum aller Schülerinnen und Schüler abdeckt und den Wert der individuellen Leistung berücksichtigt.

Es bedarf einer **Organisationsentwicklung** von Schule, die inklusionsorientiert und mit dem festen Willen zur Verwirklichung inklusiver Maßstäbe sowie unter Beteiligung aller Betroffenen in einem offenen Dialog geführt wird. Es muss das Bewusstsein herangebildet werden, dass die allgemeine Schule zum Ausgangspunkt inklusiver Bemühungen werden wird. Nur so kann allgemeine Schule eine Haltung entwickeln, die von der Haltekraft und der Übernahme von Verantwortung für alle ihre Schülerinnen und Schüler – auch der mit einer Behinderung – geprägt ist.

Die den Gedanken der Inklusion tragende und sich inklusiv entwickelnde allgemeine Schule hat ein Anrecht auf sonderpädagogische Unterstützung. Eine Bereitstellung sonderpädagogischer Kompetenzen in den Bereichen der Förderdiagnostik sowie der Planung und Verwirklichung von kompensatorischer Förderung sind absolut unverzichtbar.

Zu den ebenfalls unverzichtbaren Voraussetzungen und **Gelingensbedingungen** gehört eine **Unterrichtsgestaltung**, die von der Individualität der Schülerinnen und Schüler ausgeht. Differenzierende und individualisierende didaktisch-methodische Konzepte sind Garanten für

einen erfolgreichen Unterricht, der alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen und dennoch unterschiedlich anzusprechen vermag. Dabei gilt es, Lernarrangements zu organisieren, die die Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler als Chance für das Lernen aller begreifen lassen. Schulische Ressourcen werden genutzt; um alle Schülerinnen und Schüler angemessen fördern und inklusive Entwicklungen sowie die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen unterstützen zu können.

Für die Entwicklung einer inklusiven Schule braucht es **Lehrkräfte**, die für die Aufgaben des gemeinsamen und inklusiven Unterrichtens in und mit heterogenen Lerngruppen vorbereitet sind. Dies erfordert Teamfähigkeit in Zusammenarbeit mit dem schulischen Personal und die Fähigkeit zur Kooperation mit Eltern und außerschulischen Partnern. Es gehört dazu auch die Fähigkeit, sich mit allen am Unterrichtsprozess Beteiligten offen, vertrauensvoll, kompetent und gleichberechtigt zu beraten.

Um eine erfolgreiche inklusive Entwicklung realisieren zu können, sind verstärkte Anstrengungen im Bereich der **Lehreraus-, der Lehrerfort- und der Lehrerweiterbildung** zu realisieren. Es gilt, die o.a. Bewusstseinsprozesse in allgemeiner Schule anzuregen und zu entwickeln; dazu müssen Elemente sonderpädagogischer Grundeinsichten in jedem Studiengang der allgemeinen Lehramtsstudiengänge sowie in der Zweiten Phase der Lehrerausbildung verpflichtend vermittelt werden. Es sind vor allem Einblicke in die Situation von Menschen mit Behinderungen anzustreben.

Individuelle Förderung orientiert sich am Entwicklungsstand eines jeden Kindes und Jugendlichen und schließt deren Lernberatung ein. Dabei ist eine inklusive Leistungsbeurteilung stets intraindividuell anzulegen, da vergleichende Leistungsbemessungen einem Menschen mit einer Behinderung so nicht gerecht werden können. In diesem Zusammenhang ist ein intensives Nachdenken über Nachteilsausgleich, über verbale Beurteilungen, über das Vermeiden von Nichtversetzungen und Wiederholungen sowie über individuell leistungsgerechte Abschlüsse erforderlich.

Maßstab für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen zur Sicherstellung des Prozesses hin zu einer inklusiven Schule muss das individuelle Recht eines jeden Kindes und Jugendlichen und seiner Eltern auf **aktive gesellschaftliche Teilhabe** sein. Dabei erfordert eine wirkliche Elternwahl, die diesen Namen auch verdient, den vollständigen Verzicht auf jede Art von Ressourcenvorbehalt.

Die Entwicklung einer Schule, die den Anforderungen der Inklusion gerecht wird, bedarf einer verbindlichen und konzeptionellen **Verknüpfung aller Ressourcen** aus den Bereichen Schule, Jugend, Soziales, Gesundheit etc. Für die Gestaltung des Übergangs zur inklusiven Beschulung ist von einem erhöhten Ressourcenbedarf auszugehen.

Bei der Ermittlung der notwendigen Ressourcen sind folgende Dimensionen zu berücksichtigen, wenn das Recht aller Kinder auf individuelle, angemessene und professionelle Unterstützung gewährleistet sein soll:

- Im Vorfeld aller ergänzenden Unterstützungsleistungen ist die umfassende und verlässliche Ausstattung der allgemeinen Schule sicherzustellen, damit diese dem Auftrag einer kindgerechten und präventiven Pädagogik entsprechen kann, die schulisches Scheitern durch frühe Unterstützung möglichst verhindert.
- Jede allgemeine Schule verfügt über eine systembezogene sonderpädagogische Grundausstattung, die unabhängig von definierten Einzelfällen zur Verfügung steht. Darüber hinaus sind für spezielle oder besonders hohe Bedarfe zusätzliche fachliche Ressourcen verfügbar. An die fachliche Kompetenz auf allen Ebenen der sonderpädagogischen Unterstützung werden höchste Anforderungen gestellt.
- Die Steuerung dieser Ressourcen muss regional transparent erfolgen. Personale Ressourcen müssen verlässlich und planbar den selbstständigen Schulen zur Verfügung stehen und regionale Strukturen berücksichtigen. Die soziale Belastung einzelner Schulen muss ebenso Beachtung finden wie der erhöhte Bedarf der Beratungs- und

Förderzentren für die Qualifizierung, Organisation, Leitung und Verteilung der Ressourcen an die Schulen ihres Zuständigkeitsbereiches.

- Für eine inklusive Schule werden mehr als nur schulische Ressourcen benötigt. In örtlichen und regionalen Netzwerken müssen alle Dienste, Einrichtungen und Träger so miteinander kooperieren, dass jede Schule über ein breit angelegtes interdisziplinäres Helferteam verfügt und spezielle Hilfen gezielt aktiviert werden können. Diese Vernetzung muss institutionalisiert und dem gemeinsamen Ziel einer bestmöglichen Förderung aller Kinder und Jugendlichen verpflichtet sein.

Mit Hilfe **sonderpädagogischer Kompetenz** wird **in einem inklusiven Bildungssystem** ein Beitrag zur Bewältigung beeinträchtigter Lern- und Entwicklungsprozesse geleistet. Sie setzt da an, wo diese Prozesse in Krisen geraten und/oder unter erschwerten Bedingungen ablaufen. Behinderung kann eine solche erschwerende Bedingung sein, aber auch andere Erschwernisse oder besondere Lernbedürfnisse können mit Hilfe sonderpädagogischer Expertisen bearbeitet und bewältigt werden. Sie stehen somit zukünftig einer breiteren Gruppe von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung. In diesem Sinn hilft sonderpädagogische Kompetenz, die jeweils passenden Antworten auf die Fragen zu finden, die ein Kind/ ein Jugendlicher dem Bildungssystem aufgibt.

Der **Beitrag der Sonderpädagogik** wird auf zwei Ebenen liegen, zum einen in der Arbeit mit dem Kind und zum anderen in der Arbeit für das Kind, wobei der letztgenannte Aspekt in der Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems an Bedeutung zunehmen wird. Es gehört u.a. zu den sonderpädagogischen Kernaufgaben,

- über diagnostische Ansätze Fragen zu Kompetenzen und individuellen Ressourcen von Kindern und Jugendlichen zu klären;
- über Beratung diese Ansätze mit Hilfe von Förderkontrakten und Zielvereinbarungen in eine tragfähige individuelle Förderplanung zu transferieren und Lehrkräfte der allgemeinen Schule bei der Umsetzung zu unterstützen;
- in der Förderung von Kindern und Jugendlichen spezielle Fördersettings- und Lernarrangements vorzuhalten, zu realisieren und weiterzuentwickeln;
- über Coaching- und/ oder Begleitprozesse die Nachhaltigkeit individueller Förderung zu gewährleisten, besonders wenn Übergänge innerhalb des Bildungssystems und in nachschulische Anschlussysteme zu bewältigen sind;
- über Koordination und Vernetzungsarbeit die Effektivität von außerschulischen pädagogischen, sozialen und medizinisch-therapeutischen Unterstützungsangeboten zu sichern.

Damit ein inklusives Bildungsangebot tatsächlich dazu beiträgt, dass auch benachteiligten und/ oder behinderten Kindern und Jugendlichen eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird, müssen Schulen ihre Förderangebote und -formen aus Elementen der Schulpädagogik, der Sozialpädagogik und der Berufspädagogik („trialen“ Bildungsangebot) konstruieren. Dabei wird darauf zu achten sein, dass neben den Inhalten dieses „trialen“ Bildungsangebots die Flexibilität dieser Förderangebote und Förderformen erhalten und im Sinne der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen weiter qualitativ und quantitativ ausgebaut werden.

Abschließend ist mit Entschiedenheit festzuhalten, dass lediglich auf der Grundlage der Feststellungen dieses Positionspapieres als unverzichtbare Grundpositionen, Voraussetzungen und Gelingensbedingungen eine inklusive Entwicklung erfolgreich, person- und sachgerecht sowie verantwortungsbewusst auf den Weg gebracht werden kann.

Inge Holler-Zittlau (Vorsitzende)

1. Vorsitzende
Inge Holler-Zittlau
Barfüßerstraße 49
35037 Marburg

Geschäftsstelle
Brigitte Müller
Orangeriegasse 4b
61348 Bad
Homburg

Unsere Zeitschrift
Behindertenpädagogik

Bankverbindung
Frankfurter Sparkasse
BLZ: 500 502 01
Konto: 947 407

Steuernummer
001 250 79516



Verband
Sonderpädagogik
Landesverband Hessen e.V.
www.vds-hessen.com

vds Landesverband Hessen e.V. Brigitte ,Orangeriegasse 4b 61348 Bad Homburg

HKM
Bildungsgipfel
Staatsminister Prof. Dr. Lorz
Postfach 3160
65021 Wiesbaden

1. Vorsitzende
Inge Holler-Zittlau
Barfüßerstraße 49
35037 Marburg
Tel 06421 21682
Fax 06421 21685
Holler-Zittlau@vds-hessen.com

Marburg, 18.07.2014

Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Dr. Lorz,

vielen Dank für die Organisation eines Bildungsgipfels und die Einladung sich daran bereits in der Planungsphase zu beteiligen.

Der vds Verband Sonderpädagogik nimmt diese Einladung gerne an.

Seit 2009 ist die UN-BRK (UN-Behindertenrechtskonvention) in Kraft. Die Länder sind damit gehalten ein inklusives Schulsystem zu entwickeln.

Wir freuen uns, dass seitens der Landesregierung die 105 % Lehrerzuweisung in Landesdurchschnitt beibehalten werden soll und dass die durch die demographische Entwicklung frei werdenden Lehrerstellen im Bildungssystem verbleiben.

Hinsichtlich der Umsetzung der UN-BRK ergeben sich vielfältige Anforderungen, die wir in einem Eckpunktepapier zusammengefasst haben.

Das Thema „Inklusive Bildung“ im Hessischen Schulsystem ist unseres Erachtens ein Thema, das auf den Bildungsgipfel prominent platziert werden sollte, da es alle Schulformen betrifft.

Einzelne Themen und Fragestellungen sind dazu in dem Eckpunktepapier des vds-LV Hessen formuliert.

Wir bitten dieses bei der Planung des Bildungsgipfels zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Holler-Zittlau



Herrn Minister
Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz
Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

25.07.2014

Eingang	28/7	Az:	
<input checked="" type="checkbox"/> M	<input checked="" type="checkbox"/> R	<input checked="" type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> AL
Verfügung			
<input type="checkbox"/> scannen	<input type="checkbox"/> registrieren		
<input type="checkbox"/> AE	<input type="checkbox"/> Stn	<input type="checkbox"/> Stn + AE	<input type="checkbox"/> AE Fachref
<input type="checkbox"/> v Abg z K	<input type="checkbox"/> n Abg z K	<input checked="" type="checkbox"/> z w v.	Grü 28.7.

Themen für Bildungsgipfel

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

gerne kommen wir Ihrer Aufforderung vom 16. Mai 2014 nach und regen die folgenden Themen für eine Behandlung auf dem anstehenden "Bildungsgipfel" an. Dabei beschränken wir uns - wie dies aus Ihrer Einladung vom 22. Juli zum Start des Gipfels am 17. September deutlich wird - auf den Bereich des allgemein- und berufsbildenden Schulwesens, allerdings einschließlich der Übergänge zum Hochschulwesen.

1. Verbesserte Berufs- und Studienorientierung

Zu den schulischen Kernzielen gehört seit der Schulgesetznovelle 2011 eine individuelle Berufs- und Studienorientierung. Sie schließt an die ermittelten Neigungen und Fähigkeiten jeden Schülers an und sichert eine nachhaltige Anschlussperspektive. Hierbei sollte ein stärkerer Fokus auf die Möglichkeiten und Chancen der dualen Berufsausbildung gelegt werden.

Wirksame Mittel für eine Verbesserung der Berufs- und Studienorientierung sind:

a) Für die Schulen:

Das Gütesiegel Berufs- und Studienorientierung im Rahmen der OloV-Initiative zeichnet gute berufsorientierende Schulen aus. Es schafft Anreize, auch mit Blick auf den demographischen Veränderungsprozess. Daher sollte das Gütesiegel evaluiert, weiter entwickelt und von allen beteiligten Trägern unterstützt werden. Nach derzeitigem Sachstand ist die Fortführung noch offen.

b) Für Schülerinnen und Schüler:

Das Schulfach "Politik und Wirtschaft" war ein politischer Kompromiss, der heute überholt ist, wie in diesen Tagen auch die Modernisierung in Baden-Württemberg zeigt. Zeitgemäß wäre eine Weiterentwicklung zum Schulfach „Ökonomische Bildung und Berufsorientierung“. Junge Menschen sind Teil des Wirtschaftssystems, das sie mit gestalten. Dieser Bildungsbereich ist auch für die Gestaltung des privaten wie gesellschaftli-



chen Lebens bedeutsam. Der Vorschlag eines schulformübergreifenden Fachs würde das Thema auch in der fachlichen Erstausbildung der Lehrer an den Hochschulen fest verankern.

2. Lehrkräfteausbildung

Lehrkräfte, die weder eine ökonomische Ausbildung genossen noch anderweitig entsprechende berufliche Erfahrungen gemacht haben, sollten bereits in der hochschulischen Ausbildung für eine gelingende berufliche Orientierung ihrer Schülerinnen und Schüler qualifiziert werden. Eine grundlegende Reform der Lehrerausbildung in der 1. Stufe gehört in vielen Bundesländern und auch in Hessen zu den verbleibenden großen "Baustellen" im Bildungswesen.

3. Aufwertung der MINT-Fächer

MINT-Berufe bieten jetzt und in Zukunft vielfältige berufliche Perspektiven. Um diese Möglichkeiten Jugendlichen wie auch Lehrkräften als Multiplikatoren zu eröffnen, bedarf es einer gezielten MINT-Förderung. Die strukturierte MINT-Förderlinie des HMWEVL bietet hierzu erste gute Ansätze. Sie sollte ausgebaut sowie stärker mit den Schulen verzahnt werden.

4. Gezielte Strukturverbesserungen

a) Selbstständige Schule:

Mit größeren Handlungsspielräumen und mehr Flexibilität zeigen selbstständige Schulen das Potenzial für eine deutliche Verbesserung der Schulqualität. Nach den ersten Jahren der Erprobung des Stufensystems nach dem HSchG sollten weitere Weichenstellungen erfolgen, insbesondere bei der flächendeckenden Ausweitung und in der Kooperation mit den Schulträgern. Daher bleiben Weiterentwicklung und Ausbau der Selbstständigen Schule ein Kernanliegen der VhU.

b) Prüfung der Inputvorgaben an Schulen:

Die VhU bekennt sich weiterhin zu den Prinzipien von Vielfalt und Wahlfreiheit im Schulsystem. Allerdings weist Hessen mittlerweile auch im Vergleich aller Bundesländer eine extrem hohe Differenzierung bei den Schulformen und Bildungsgängen auf. In der Folge wird in der Bildungsforschung vor der Gefahr einer Unübersichtlichkeit und Überdifferenzierung gewarnt, zumal die Pfadabhängigkeit im Schulwesen mittlerweile als eine wesentliche Ursache anerkannt ist, die soziale Disparitäten beim Bildungszugang erzeugt. Daher sollte die Spannweite der Angebote und Schulformen bei Erhalt der differenzierten Abschlüsse überprüft werden. Dazu gehört auch die Evaluierung der fachbezogenen Bildungsstandards mit Blick auf operative Erfahrungen im hessischen Schulunterricht.

c) Verschlankte Schulverwaltung:

Mit der angekündigten Auflösung des Landesschulamtes sollte die Chance genutzt werden, die Schulverwaltung zu verschlanken, insbesondere im Zeichen von mehr Selbstständigkeit der Schulen. Die VhU hält die derzeitige Infrastruktur der Schulverwaltung mit 15 staatlichen und 27 kommunalen Schulämtern für zu kopflastig. Hier könnte



auch im Schulwesen ein Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts geleistet werden, ohne Koalitionsvereinbarungen zu belasten.

d) Qualitätssicherung:

Die bisher geschaffenen Voraussetzungen für ein verbessertes Qualitätsmanagement der Schulen sollten nicht - wie bereits mit der Auflösung des IQ als Institution geschehen - noch weiter zurückgeführt, sondern auf der Basis einer Evaluation und neuester Erkenntnisse auf Dauer implementiert werden. Dazu gehört an zentraler Stelle die Beibehaltung der externen Schulevaluation, die Beibehaltung jährlicher Landesberichte und die Durchführung seitens einer eigenständigen Organisation außerhalb des normalen Dienstwegs. Eine in jeder Hinsicht weisungsabhängige Dienststelle wird diesen Anforderungen als unselbstständige Einheit (z.B. Abteilung) nicht gerecht.

5. Berufliche Bildung / Hochschulzugang

Wir weisen darauf hin, dass im hessischen Ausbildungspakt (2010), im Ausbildungskonsens des LAB (2012) und im Abschlussbericht der Fachkräftekommission bereits Vereinbarungen zum Rückbau des Übergangssystems, zum Rückbau vollschulischer Angebote an beruflichen Schulen und zum Hochschulzugang beruflich Qualifizierter getroffen wurden. Das gesamte Gebiet der beruflichen Bildung wird parallel im Bündnis für Ausbildung behandelt. Die dortigen Vereinbarungen sollten folglich in den Bildungsgipfel übernommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Fasbender

Jörg E. Feuchthofen